

in den letzten Jahren erbauten Fürsorgeheimen haben wir durch die 1- und 2-Bett-Zimmer viel Streit ausschalten können.

Besonders wichtig wäre auch, daß die jungen, geistig normalen Körperbehinderten auf irgend eine Art Beschäftigung finden könnten. Dazu brauchen wir eigene Räume für Bastelarbeiten und Spiele, sodaß auch diese Menschen das Gefühl haben, noch wertvolle Glieder in der menschlichen Gesellschaft darzustellen. Durch die Schaffung von kleineren Zimmern wird es auch möglich, daß ältere Ehepaare zusammen leben können. Es ist ja selbstverständlich, daß zwei Leute, die das ganze Leben zusammen waren, sich auch in ihren alten Tagen nicht trennen wollen, was aber jetzt in unseren Heimen oft der Fall ist, weil die Frau in der Frauenabteilung und der Mann im Männertrakt Aufnahme finden muß.

Wir brauchen aber in unseren Fürsorgeheimen nicht nur Betten und Schlafräume, sondern auch Nebenräume, ebenso werden Aufenthaltsräume und Speiseräume gebraucht. Bei schlechtem Wetter ist heute der Aufenthalt der Menschen nur in den Schlafräumen und Gängen möglich, wodurch die Reinhaltung der Zimmer oft sehr zu wünschen übrig läßt und auch die Lüftung kann nicht so durchgeführt werden, wie sie besonders bei älteren Menschen notwendig ist. Die Wasch- und Baderäume sind ebenfalls in allen 3 Heimen unzureichend. Zur Aufbewahrung der Kleider und Wäsche sind nicht die notwendigen Kasten vorhanden, weil sie wegen Platzmangels nicht aufgestellt werden können und es ist notwendig, die Kleider auf dem Dachboden aufzubewahren. Eine Schaffung der nötigen Räume wäre nur möglich, wenn der Belag verringert werden könnte.

Wenn wir jene Menschen, die mit verschiedenen Gebrechen behaftet sind, menschenwürdig unterbringen und versorgen wollen, ist es notwendig, daß der im a.o. Haushalt vorgesehene Neubau eines zweckentsprechenden Landesfürsorgeheimes auch verwirklicht wird. Aufgabe der Fürsorge muß es sein, allen Hilfsbedürftigen, nicht nur den Kindern und Jugendlichen, zu helfen, sondern auch jenen, die nicht mehr arbeiten können und die auf Gemeinschaftshilfe angewiesen sind, ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Die Zeiten sind vorüber, wo die vom Schicksal so hart betroffenen Stiefkinder des Lebens wie Menschen zweiten Ranges behandelt werden. (Beifall, Bravorufe bei SPO.)

Abg. Edda Egger: Hoher Landtag! Da die Ausgaben für Fürsorgevorhaben und Jugendhilfe gegenüber dem Vorjahr wieder eine Erhöhung erfahren haben, ergibt sich die Frage, ob nicht in einer Zeit der allgemeinen Festigung der Lebensverhältnisse und des steigenden Lebensstandards eine Senkung dieser Ausgaben möglich wäre. Allerdings, wenn man die Aufgaben des Landes auf diesem Gebiet betrachtet, muß man feststellen, daß es weniger Aufgabe des Landes ist, den hilfsbedürftigen Menschen materielle Hilfe zu geben. Das ist eine Aufgabe der Gemeinden. Die Aufgaben des Landes liegen auf dem Gebiet der Jugend- und Altersfürsorge und hier ist die Entwicklung derartig, daß doch immer weiter Hilfe notwendig sein wird. Es gibt immer mehr alte Menschen, weil ja ständig

die Lebenserwartung steigt, und zweitens ergibt sich durch die Veränderung der Lebensverhältnisse und der Familienstruktur, daß nicht mehr mehrere Generationen in einer Wohnung zusammen hausen können und wollen, weil die Wohnungen zu klein dazu sind. Es werden daher immer wieder Altersheime notwendig sein, wie auch die Abg. Lendl ausgeführt hat.

Ebenso ist es auch in der Jugendhilfe. Hier verlagerte sich die materielle Hilfe mehr auf eine erzieherische Hilfe. Diese Entwicklung zeigt sich auch in Ländern, die viel reicher sind als wir und wo die Leute weitaus besser leben, auch dort ist eine Jugendfürsorge notwendig. Wir können daher auch seitens der ÖVP bejahen, daß es notwendig ist, diese Fürsorge auszubauen. Es wird sich aber ohne Zweifel immer wieder eine Differenz ergeben in den Wegen, die wir dafür einzuschlagen wünschen. So wie sich die Verhältnisse ändern, aus denen heraus Fürsorge notwendig ist, so müssen wir auf diesem Gebiet auch neue Wege suchen. Z. B. in der Altersfürsorge wird man Wege finden müssen, um die vorhandenen materiellen Kräfte der Einzelnen miteinzubauen. Es wird nicht immer notwendig sein, große Heime zu errichten, wir wollen hier nicht immer nur zentralisieren, wir wollen individuellere Lösungen finden, die auch menschlich befriedigender sein werden. Ähnlich ist es auch in der Jugendfürsorge. Auch da wird es notwendig sein, nicht bei den bisher geübten Wegen zu bleiben, sondern die Jugendbetreuung manchmal lieber zu intensivieren, um damit die Fürsorgezeit abzukürzen und dadurch letzten Endes auch Geld zu ersparen. Es ist z. B. ein dringender Wunsch, bezüglich der Leiter der Jugendfürsorgereferate in den Bezirken andere Wege zu beschreiten. Das Jugendwohlfahrtsgesetz fordert von dem in der Wohlfahrtspflege Tätigen außer der fachlichen Ausbildung auch die persönliche Eignung. Diese Grundsätze müßten auch für die Amtsleiter gelten, wodurch eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Amt und Fürsorgerinnen möglich wäre.

Ebenso wäre es notwendig, daß z. B. die Distriktsärzte, soweit sie die Mütterberatung ausüben haben, für diese Aufgaben speziell geschult werden. Es ist heute oft so, daß die Ärzte nicht die nötige Praxis in der Kinderheilkunde haben. Wir haben in der Steiermark noch immer eine große Säuglingssterblichkeit, die herabzusetzen möglich wäre, wenn die Menschen die Mütterberatung ernster nehmen würden. Die Bevölkerung wird sie ernster nehmen, wenn sie hoffen darf, dort wirklich Hilfe zu finden und wenn nicht nur Fürsorgerinnen, sondern auch Ärzte anwesend sein können.

Weiters wäre es sehr notwendig, auf dem Gebiete der Jugendfürsorge die freiwilligen Jugendhelfer zu mobilisieren, damit wir mehr Jugendhelfer aus der Bevölkerung bekommen, um dadurch eine bessere Betreuung und Zusammenarbeit mit der Behörde als bisher zu ermöglichen. Auch wäre es notwendig, den Beirat, der im Gesetz vorgesehen ist, möglichst rasch zu errichten, damit die Zusammenarbeit mit den freiwilligen Jugendorganisationen intensiviert wird.

Bezüglich der Schülerausspeisung wäre zu wünschen, daß wieder mehr Milch dafür verwendet wer-

den kann. Milch und Milchprodukte sind hochwertige Nahrungsmittel, deren Preis besonders günstig liegt, wenn man den Nährwert berücksichtigt. Milch ist ein Schulnahrungsmittel erster Güte, das die Gesundheit, besonders von Kindern, fördert. Man kann und man müßte Wege finden, um billige Milch zur Verfügung zu stellen. In den Dreißigerjahren wurde den Schulen für den Kochunterricht ganz billige Butter zur Verfügung gestellt, auch da müßte man etwas tun. Es ist schade, wenn nicht die besten Nahrungsmittel, die im Lande reichlich vorhanden sind, wirklich verwendet werden können.

Das sind einige Anregungen, die wir zu geben hätten. Es ist zweifellos keine vollständige Liste aller unserer Wünsche. Es wird sich im Laufe der Zeit zeigen, was für weitere Wünsche und Anregungen wir haben. Jedenfalls ist es notwendig, daß nach Möglichkeit alle Kräfte, die positiv auf diesem Gebiet mitarbeiten wollen, ihren Beitrag leisten, um allen Hilfsbedürftigen im Lande die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Landesrat Maria **Matzner**: Hoher Landtag! Ich bitte, zu entschuldigen, daß ich nach der Mitternachtsstunde das Wort ergreife. Zu den Ausführungen der Frau Kollegin **Egger** möchte ich sagen, daß der Jugendbeirat nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz in dem Augenblick zusammenberufen werden kann, wenn das Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft getreten ist. Vorerst liegt es noch bei der Bundesregierung und die Einspruchsfrist ist noch nicht abgelaufen.

Hinsichtlich der Jugendhelfer möchte ich sagen, daß von ihnen schon wiederholt im Hohen Hause gesprochen wurde und daß nicht nur die Abteilung 9 sondern auch das Jugendwohlfahrtsreferat, die Fürsorge und die Freiwilligen Mitarbeiter sich bemühen, hier solche Helfer auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung und des Schutzes der Jugend vor Verwahrlosung zu gewinnen, daß aber solche Jugendhelfer nicht leicht zu finden sind. Es müssen die Bestrebungen, sobald das neue Jugendwohlfahrtsgesetz und das Jugendschutzgesetz, das Jugendhelfern einen bestimmten Schutz gibt, da sind, erfolgreich weitergeführt werden.

In der Frage der Schulung der Distriktsärzte und des Ausbaues der Mütterberatung möchte ich sagen, daß es sich um eine Angelegenheit der Gruppe 5 handelt. Es wäre sicherlich sinnvoll und zweckmäßig, diese Vorsorge überall, auch bei der Jugendwohlfahrt, einzubauen, denn das Jugendwohlfahrtsgesetz sieht vor, daß schon vom Tage der Empfängnis an Mutter und Kind geschützt werden.

In der Frage der Schulausspeisung haben schon Mitglieder des Finanzausschusses klargelegt, daß wir uns bemüht haben, mehr Mittel für die Milch- und Milchprodukte für die Schülerspeisung nach Steiermark zu bekommen, daß aber Mittel für die Verbilligung der Schulmilchaktion nicht mehr in dem Maße vorhanden sind, wie wir es wünschen und die anderen von den Molkereien durchgeführten Milchaktionen zu Normalpreisen in den Schulen abgegeben werden. Wir sind gerne bereit, uns für die Vermehrung der Mittel einzusetzen. Der Ge-

meinde Kapfenberg ist es gelungen, in Zusammenarbeit mit der Molkerei Kapfenberg eine verbilligte Schulmilch zu bekommen.

Zur Frage des Baues eines Landesfürsorgeheimes, das wir, wie die Mitglieder des Hohen Hauses wissen, schon seit Jahren anstreben, möchte ich sagen, daß wir hoffen, im Jahre 1958 soweit zu kommen, daß die Voraussetzungen für den notwendigen Bau eines Fürsorgeheimes geschaffen werden und wir damit einer gesetzlichen Verpflichtung des Landes nachkommen.

Ich danke den Mitgliedern des Hohen Hauses, daß sie, wenn auch nur mit wenigen Diskussionsrednern, zu den Aufgaben, die in der Gruppe 4 finanziell verankert sind, Stellung genommen haben und hoffe auf weitere Unterstützung der Mitglieder des Hohen Hauses. (Allgemeiner Beifall und Bravorufe.)

**Präsident**: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer**: Die Debatte zur Gruppe 4 war zwar kurz, aber immerhin sachlich und positiv. (Allgemeine Heiterkeit.) Ich beantrage noch einmal, der Hohe Landtag möge die im Finanzausschuß beschlossenen Ansätze und die Erhöhungen zu Gruppe 4 zum Beschluß erheben.

**Präsident**: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 4 mit den zugehörigen Abänderungen des Finanz-Ausschusses zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Ich verlautbare, daß ich die Sitzung bis heute heute ½9 Uhr unterbreche. Ich bitte die Klubobmänner, 10 Minuten vorher zu einer Klubberatung zu kommen.

(Die Sitzung wird um 0 Uhr 35 Minuten unterbrochen und am 19. Dezember um 8 Uhr 45 Minuten wieder aufgenommen.)

1. **Präsident Wallner**: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nachdem wir die Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, abgeschlossen haben, kommen wir nunmehr zur

#### Gruppe 5, Gesundheitswesen.

Berichterstatter ist Abg. **Sebastian**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Sebastian**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 5 umfaßt das Gesundheitswesen innerhalb der Steiermark. Dieses Kapitel umfaßt alle Einrichtungen, Kranken-Heil- und Pflegeanstalten, die zur Erhaltung der Gesundheit unseres Volkes erforderlich sind. Diese Post ist auf der Ausgabenseite die größte Post in unserem Budget. Es ist aber bemerkenswert, daß beim Zuschußbedarf der einzelnen Kapitel des Voranschlages die Gruppe 5 erst an der vierten Stelle steht, d. h., daß drei andere Gruppen einen größeren Zuschußbedarf haben als die Gruppe 5.

Erfreulich ist auch, daß es heuer wieder gelungen ist, eine weitere Etappe in Bezug auf die Herab-

setzung der Dienstzeit für die Landesbediensteten zurückzulegen, d. h., daß die 48-Stundenwoche in den Krankenanstalten möglich sein wird. Diese Neuregelung erfordert einen Betrag von rund 8 Millionen. Da wir aber wissen, daß die Einführung der 48-Stundenwoche nicht schlagartig mit 1. Jänner 1958 möglich ist, ist vorerst nur ein Betrag von 5½ Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Weiters begrüße ich, daß unter der Post 321,81 nochmals wie im Vorjahr ein Betrag vorgesehen ist für die Aufnahme eines Darlehens zur Fertigstellung und zum Ausbau der so dringlich gewordenen gynäkologischen Abteilung im Landeskrankenhaus Leoben. Das ist eine Frage, mit der sich der Finanz-Ausschuß schon die letzten Jahre beschäftigt hat und ich hoffe, daß es möglich sein wird, diesen dringenden Bau heuer in Angriff zu nehmen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß ein so weit verzweigtes Kapitel und ein so wichtiger Abschnitt eine sehr lange und gründliche Diskussion im Finanz-Ausschuß erforderte. Trotzdem ist es zu zahlenmäßigen Änderungen im Finanz-Ausschuß nicht gekommen. In den Erläuterungen, die mit dem Regierungsentwurf vorgelegt wurden und auch die Abänderungen, die durch die Landesregierung vorgenommen wurden, sieht die Gruppe 5 folgendes vor: Die Einnahmen machen rund 198,636.400 S aus und die Ausgaben 257,330.100 S. Es ergibt sich demnach ein Abgang von 58.693.700 S.

Ich hoffe, daß mit der Erstellung dieses Budgets für 1958 wieder ein wesentlicher Fortschritt im steirischen Gesundheitswesen möglich sein wird und bitte Sie nunmehr im Namen des Finanz-Ausschusses um die Annahme.

Abg. DDr. **Stepantschitz**: Ich wollte dem Herrn Landesrat Dr. Blazizek den Vortritt lassen und nicht zuerst sprechen. Ich habe nämlich gehofft, daß mir der Herr Landesrat einiges vorweg nehmen wird und ich mich daher kurz halten kann. Sie entschuldigen daher, wenn dies hier nicht der Fall sein wird.

Ich will nicht polemisieren und nur zu einigen Punkten in der Gruppe 5, die mir wesentlich erscheinen, einiges ausführen. Dieses Kapitel ist ja im Finanz-Ausschuß schon sehr eingehend behandelt worden. Vielleicht manchem sogar etwas zu eingehend. Ich glaube aber, daß über ein Kapitel, für das das Land einen so großen Beitrag auswirft, und der auch von der Regierung selbst immer wieder erhöht wurde, schon entsprechend geredet werden soll, weil man ja dafür sorgen muß, daß das Geld richtig verwendet wird. Ich glaube auch, daß gerade dieses Kapitel in einem Ausschuß behandelt werden soll, und daß Fragen, die mit der Gesundheitspflege zusammenhängen, nicht allzu oft in die Öffentlichkeit getragen werden sollten.

Die Krankenhäuser nehmen im Bereich der Gruppe 5 den größten Platz ein. Die Frequenz steigt ständig. Mir liegen hierüber genaue Zahlen vor. Im Jahre 1951 wurden in den steirischen öffentlichen und privaten Krankenanstalten 131.772 Verpflegungstage gezählt, während es im Jahre 1955 schon 152.452 waren. Wie kommt es zu dieser Zunahme der Verpflegungstage? Eine kurze Begründung hiezu. Die sozialen Verhältnisse sind andere geworden und

die Einstellung zum Krankenhaus ist ebenfalls eine andere geworden. Die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters ist im Steigen. Im Jahre 1934 gab es in der Steiermark 226.000 Personen, die über 50 Jahre alt waren. Diese Zahl ist im Jahre 1951 auf 290.000 gestiegen, also fast um 30%. Über 90jährige hatten wir im Jahre 1934 288 Personen und im Jahre 1951 602 Personen. Wir sehen daraus, daß die Medizin und die ärztliche Tätigkeit sich dahingehend bemerkbar machen, daß die Menschen älter werden. Eine Folgerung daraus ist wiederum die Tatsache, daß ältere Leute mehr Ärzte und mehr Krankenhäuser brauchen. Dieser Umstand ist mit schuld daran, daß die Krankenhäuser eine immer höhere Frequenz aufweisen. Diese Tatsache müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen und Vorsorge treffen, daß wir unsere Krankenanstalten entsprechend ausbauen.

Über das Defizit der Krankenanstalten wird immer viel gesprochen. Im kommenden Jahr wird dies etwas absinken, weil die Einnahmen steigen durch die Erhöhung der Verpflegungsgebühren und durch den Bundeszuschuß. Hiezu auch ein offenes Wort. Es ist nicht angängig, daß lediglich immer nur das Defizit kritisiert wird, es muß loyalerweise auch festgestellt werden, daß an ein öffentliches Krankenhaus, vor allem in Graz, wo dieses noch mit Kliniken verbunden ist, ganz andere Anforderungen gestellt werden. Der Patient erwartet von einem solchen Krankenhaus, daß dort besondere Untersuchungsmethoden durchgeführt und besondere Therapien angewendet werden. Das alles kostet Geld, daher müssen die Ausgaben über dem üblichen Durchschnitt liegen.

Es ist so, daß es auch öffentliche Krankenhäuser gibt, die nicht passiv sind. Es wird schwierig sein zu erklären, warum einige Krankenanstalten unbedingt passiv sein müssen, während Tamsweg z. B. einen Überschuß trägt. In diesem Zusammenhang muß ich noch etwas sagen. Die privaten Krankenhäuser, die sich im Lande Steiermark noch halten können, verdanken dies in erster Linie dem Idealismus derjenigen, die diese Krankenhäuser tragen und die in diesen Krankenhäusern zu einem gewissen Teil aus reinem Idealismus und ohne Bezahlung arbeiten. Das Land Steiermark ist diesen privaten Krankenhäusern, das kann man hier wohl eindeutig feststellen, zu größtem Dank verpflichtet, denn sie helfen uns, daß das Defizit nicht allzu groß wird. Es ist in diesem Zusammenhang erfreulich, festzustellen, daß ein kleiner Betrag zur Unterstützung privater Krankenhäuser vorgesehen ist. Der Ausbau des Krankenhauses in Vorau und der Neubau des Diakonissenkrankenhauses in Schladming sind Positivposten, die wir für unser Land Steiermark wirklich als Aktiva buchen können, und wir dürfen für diesen Idealismus nur dankbar sein.

Was die vorgesehene Planung betrifft, so wurde mehrfach festgestellt, daß die Kinderklinik in Graz neu erbaut werden soll. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit. Wir haben freudig festgestellt, daß der Geburtenüberschuß in der Steiermark wieder steigt. Gegenüber 1949 mit einem Geburtenüberschuß von 5728 stieg er bis zum Jahre 1956 auf 7894 an. Wir müssen nun aber alles tun, um diese Kinder, die nun wieder da sind, gut zu versorgen. Die Notwendigkeit einer Krankenhauspflanze ist bei den Kindern

immer hoch, weil aus unbekanntem Gründen die Zahl der Frühgeburten ständig zunimmt. Die Zustände im Kinderkrankenhaus sind völlig unzureichend und ich freue mich, daß es im letzten Moment noch gelungen ist, Geld bereitzustellen, damit auch mit diesem Bau in absehbarer Zeit begonnen werden kann. Eine Frage darf in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden, die Säuglingsschwester-Pflegeschule. Ich weiß genau, daß große Schwierigkeiten bestehen, hoffe aber, daß es auch hier möglich sein wird, dem steigenden Andrang zu diesem Beruf, das ist eine Ausnahme in dieser Zeit, gerecht zu werden und entsprechende Einrichtungen zu schaffen.

Noch ein weiteres Bauvorhaben ist in der Generaldebatte erwähnt worden, der notwendige Ausbau des Operationssaales an der chirurgischen Klinik. Die chirurgische Universitätsklinik in Graz führt eine unerhört große Anzahl von Operationen durch, die auf Grund der personellen und instrumentellen Gegebenheiten nur dort durchgeführt werden können. Im Jahre 1956 wurden auf der chirurgischen Abteilung 9916 Operationen durchgeführt, das sind täglich etwa 27, über ein Drittel der Fälle waren schwere Eingriffe. Diese Zahlen zeigen, daß bei den gegebenen Verhältnissen dieser enorme Betrieb, der in Österreich eine Seltenheit, wenn nicht einmalig ist, auf die Dauer nicht durchgeführt werden können. Erwähnen möchte ich, daß in Enzenbach ein Operationssaal gebaut wurde und 3 Jahre leer stand und noch heute nicht verwendet wird, weil die entsprechenden Chirurgen ihn nicht als geeignet befunden haben. In Zukunft müssen wir die Bauvorhaben auf die wirklich notwendigen Dinge konzentrieren.

Gestern wurde gesagt, man höre Kritik gerne, aber sie solle nicht in Nörgelei verfallen. Es werden die Krankenhäuser, was den ärztlichen und wirtschaftlichen Betrieb betrifft, kritisiert und es wird genörgelt, weil der Gebrauch von Medikamenten und die Benützung medizinischer Apparate sparsamer sein könnte. Ich will darauf nicht eingehen, ich möchte aber doch eine Feststellung wiederholen. Man möge doch auch bei der Überprüfung und Kontrolle des ärztlichen Betriebes der Krankenhäuser Fachleute zum Wort kommen lassen. Drei beim Land Steiermark beschäftigte Amtsärzte haben mit Unterstützung des Landes und mit Stipendien im Ausland nicht nur das Gesundheitswesen, sondern auch die Krankenhäuser studiert, keiner von ihnen wird beigezogen bei Fragen der Verwaltung der Krankenhäuser und bei Planungen der einzelnen Krankenanstalten. Das wäre aber wesentlich. In Zukunft muß es geschehen, daß darüber bei maßgeblichen Stellen Übereinstimmung herrscht.

Gestern wurde in der Schulfrage gesagt, daß zu wenig auf die Psychologie geachtet wird. Vielleicht ist dieser Vorwurf auch bei der Führung der Krankenhäuser nicht ganz abwegig, psychologisch darauf zu achten, nicht nur, was man sagt, sondern auch wer es sagt. Es ist merkwürdig, wenn sich ein Jurist mit einem Arzt in Debatten einläßt, wo das Fenster des Operationssaales gemacht werden soll. Es möge daher auch das psychologische Problem nicht übersehen werden.

Einer gewissen Kritik stehen auch die den Krankenanstalten angeschlossenen Landwirtschaften gegenüber. Wenn z. B. Hörgas ohne Berücksichtigung der Investitionen einen Abgang von 160.000 S vorsieht, so ist das eine etwas eindrucksvolle Zahl. Man hat diesen papiermäßigen Abgang damit erklärt, daß diese Landwirtschaft ermäßigte Lebensmittel an das Krankenhaus liefert. Aber man kann den Betrag aufgliedern, wie man will, ein Defizit bleibt. Im Landeskrankenhaus Graz, das nur einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb hat, wo nur die anfallenden Abfälle verwertet werden, ist dieser hoch aktiv. Man sollte doch diese Dinge weitgehend einschränken und dabei nicht übersehen, daß die Führung eines Spitals und die Führung einer Landwirtschaft zwei vollständig verschiedene Aufgaben sind und es schwer ist, einen Mann zu finden, der für beide in gleicher Weise geeignet ist. Es darf nicht übersehen werden, daß die Gefahr besteht, daß die eine oder andere Aufgabe vernachlässigt wird. Ich will es mir ersparen, auf weitere Beispiele einzugehen. Wir haben festgestellt, daß es Fehlleistungen gibt und wir müssen prinzipiell Vorsorge treffen, um diese Fehlleistungen, wenn nicht zu verhindern, so doch weitgehend einzuschränken.

Ich erwähne, daß für das Personal die 48-Stundenwoche vorgesehen ist. Wir freuen uns darüber außerordentlich. Jeder, der mit den Krankenhäusern näher zu tun hat, wird feststellen müssen, daß gerade das Pflegepersonal einen außerordentlich schwierigen und verantwortungsvollen Dienst zu vollführen hat. Der Umgang mit den Patienten ist für den Arzt genau so wesentlich wie für die Wärterin und den letzten Diener. Wir dürfen bei dieser Feststellung die Tatsache nicht übersehen, daß es gerade in der Krankenpflege Berufsgruppen gibt, für die es noch keine 48-Stundenwoche gibt. Bei den Schwestern wird sie schwer einzuführen sein und bei den Ärzten werden wir dieses Problem im Sinne einer Einschränkung der Dienstzeit nie lösen können.

Auf Grund der neuen Ärzteordnung ist eine wesentliche Besserstellung der Ärzteschaft erreicht worden, dennoch wurden von den Ärzten neuerdings Gehaltsforderungen angemeldet. Objektivweise darf man feststellen, daß die finanzielle Lage der Spitalsärzte derzeit keine schlechte ist. Es hat lange gedauert, bis die Ärzteschaft sich diese Position erringen konnte. Solange das Angebot an Spitalsärzten groß war, war es schwierig und es hat lange Zeit gedauert, auch die finanzielle Position zu sichern. Wir haben auch in Österreich am meisten Ärzte von ganz Europa im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Diese Tatsache hat zu einer weitgehenden Einschränkung des Nachwuchses geführt. Wir haben in einigen Jahren einen Engpaß an Spitalsärzten, es ist eine Anstauung jener eingetreten, die das Spital verlassen und auf die Praxis warten. Das hat dazu geführt, daß die an sich wenigen Spitalsärzte abwandern in andere Bundesländer und in die Unfall-Krankenhäuser, wo die Entlohnung, dem Mangel an Spitalsärzten Rechnung tragend, bereits höher ist als im Lande Steiermark. Es ist da notwendig, eine entsprechende Regelung zu finden, damit der entsprechende Bedarf an Spitalsärzten in Steiermark weiterhin gedeckt werden kann.

Auch die Frage der besonderen Gebühren hat, wie wir aus den Zeitungen wissen, schon eine Rolle gespielt. Auf Grund der Initiative des zuständigen Referenten wird sie in absehbarer Zeit und in anständiger und sauberer Weise gelöst werden. Die Frage der Distriktsärzte wird auch immer wieder aufgeworfen. Diese Ärzte befinden sich in einer Zwitterstellung. Einerseits sind die Entlohnungsverhältnisse unbefriedigend, andererseits wird gesagt, es handle sich lediglich um staatlich geschützte „Leichenbeschauer“. Wir wollen alle in dem Distriktsarzt einen Freund und Helfer der Bevölkerung haben und glauben, daß die vorgesehene Distriktsärzterordnung hier Ordnung bringen und dem Arzt die Stellung verschaffen wird, die er braucht, um seine Ansprüche und damit auch die Gesundheitsförderung der Bevölkerung entsprechend sicher zu stellen. Ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit Fortschritte erzielen werden können, wenn ich auch weiß, daß die gesetzlichen Voraussetzungen erst überprüft werden müssen, und wenn ich auch weiß, daß Schwierigkeiten bestanden haben und noch bestehen.

Zum Abschluß möchte ich ganz kurz noch auf eine Frage zu sprechen kommen, die hier auch schon erörtert wurde und die den Herrn Landeshauptmann Horvatek in Schrecken versetzt hat, und zwar nicht als Politiker, sondern in seiner Eigenschaft als sorgenden Finanzreferenten, und das ist die Frage der Impfung gegen die Kinderlähmung. Es ist mit Recht gesagt worden, daß eine allgemeine Impfung einen unerhörten Betrag erfordern würde. Es ist so, daß in den meisten europäischen Ländern diese Impfung bereits durchgeführt wird. Ich möchte nicht in Einzelheiten eingehen, weil dazu nicht die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Ich darf sagen, daß die zuständigen Stellen und auch der Landes-sanitätsrat dieser Frage ihr besonderes Augenmerk zuwenden und ich glaube doch, es wird sich als notwendig erweisen, daß das Land Steiermark diese Impfung aus Budgetmitteln des Landes ermöglicht, vor allem jenen, die sich diese an sich teure Impfung nicht leisten können.

Abschließend darf ich sagen, daß es ganz außer Diskussion steht, daß auf dem Gebiet des Gesundheitswesens viel geleistet wird. Wenn bei dieser Frage mehr oder weniger Kritik geübt wird, so vor allem deshalb, weil wir der Meinung sind, daß man bei diesen Fragen nicht gleichgültig werden, sondern sich interessieren soll, was mit dem Geld geschieht. Es ist ja mühselig genug zusammenzutragen und es soll daher auch entsprechend verwendet werden. Wir wollen ja auch alles tun, um auf diesem Gebiet der Gesundheitspflege das Bestmögliche zu leisten und ich möchte meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß es bei einer entsprechenden Zusammenarbeit aller verantwortlichen Stellen in Zukunft auf diesem Gebiet möglich sein wird, immer Besseres zu leisten. (Allgemein lebhafter Beifall.)

3. Präs. Dr. **Stephan:** Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht allzulange aufhalten, aber der Unterabschnitt 517, Förderung der Kurorte, gibt mir Anlaß, eine Betrachtung über die Bedeutung der steirischen Kurorte, insbesondere über das in der Oststeiermark liegende Kurbad Gleichenberg anzu-

stellen. Wie aus den hiefür ausgeworfenen Summen hervorgeht, fließen mehr als drei Viertel des Fondsbetrages dem Bad Gleichenberg zu, ein ziffernmäßiger Ausdruck für die Bedeutung dieses Kurortes. Leider ist nach unserer Ansicht die Bedeutung Gleichenbergs bei weitem nicht voll ausgenützt. Der Heilkraft der Quellen zufolge müßte nach unserer Meinung Gleichenberg ein Zentrum auch für den ausländischen Kurbesucher und Fremdenverkehr werden. Es wird einer anderen Gruppe vorbehalten bleiben, auf diese Frage näher einzugehen. Außer den verschiedenen medizinischen Belangen, die von der Kurkommission noch ins Auge gefaßt werden müssen, wird man besonders auch an die Verkehrsverhältnisse und verschiedene andere Einrichtungen zu denken haben.

Ich möchte zu dieser Gruppe nur noch eines erwähnen. Ich habe es ja alle Jahre gesagt. Was in der einen Gruppe über die Besetzung von Lehrerpunkten zu sagen ist, das gilt leider auch — ich habe diese Erfahrung wiederholt machen müssen — bei der Besetzung von Primariats- und Distriktsarzt-posten. Jedem, der mit der Besetzung dieser Posten in den letzten Jahren zu tun gehabt hat, wird es aufgefallen sein, daß jahrelang, oft 4 oder 5 Jahre, Primariatsposten unbesetzt blieben, weil man sich zwar nicht über die fachliche Eignung, denn die war vorhanden, wohl aber über die politische Eignung der Personen, die hiefür in Frage kamen, nicht einig werden konnte. Nach unserer Meinung ist auch bei der endlichen Besetzung des Primariatspostens an der III. chirurgischen Abteilung, die nach der Wahl, wohlgemerkt nach der Wahl 1957 stattgefunden hat, passiert, daß man einen hervorragenden Fachmann übergegangen hat. Nichts gegen die übrigen Herren, die sich auch um diesen Posten bewarben und die in ihrem Fach auch das ihre leisten. Aber einer wurde sicherlich übergegangen. Wenn die Usance bei Besetzung von solchen Posten — auch bei Distriktsarzt-posten — nur nach fachlichen Gesichtspunkten vorzugehen, eingehalten werden würde, so würde das uns allen und auch der Landesregierung nur zur Ehre gereichen.

Es ist ohne Zweifel erfreulich, daß man jetzt in den Landeskrankenanstalten nach der bisherigen 55-Stundenwoche die langersehnte 48-Stundenwoche einführt. Ich glaube, daß das gestern schon angeführt wurde und brauche mich daher nicht darüber zu verbreitern. Daß das auch Geld kostet, ist selbstverständlich. Ich muß wegen der Presse heute deutlich sprechen, denn als ich gestern die „Neue Zeit“ zur Hand nahm, stand darinnen, daß das Kinogesetz einstimmig beschlossen wurde, was aber nicht der Fall gewesen ist. Damit wollte ich sagen, die Geldfrage ist sicher nicht einer der Gründe, warum wir das Budget abgelehnt haben. Denn die Vorsorge, daß gerade so schwer arbeitende Menschen, wie die Pflege- und Einzelpersonen, nunmehr auch mit einer 48-Stundenwoche rechnen können, ist jedenfalls sehr erfreulich.

Im übrigen wäre zu den Ausführungen meines Vorredners ohne Zweifel einiges zu sagen, es ist jedoch nicht meine Absicht, den Hohen Landtag noch länger aufzuhalten. Ich hoffe, daß das, was ich gesagt habe, entsprechenden Ortes auch entsprechend beachtet wird.

Landesrat DDR. **Blazizek:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die überaus kurze, sehr sachliche und zurückhaltende Debatte zum Kapitel Gesundheitswesen entbindet mich erfreulicherweise einer längeren Rede. Der Herr Abgeordnete Dr. Stepantschitz hat in dankenswerter Weise an den Beginn seiner Ausführungen die Feststellung gesetzt, daß es nicht angängig ist, die Abgänge, die die Krankenanstalten, die Heilstätten, die Heil- und Pflegeanstalten dem Land Steiermark verursachen, immer nur zu kritisieren. Diese Abgänge sind, wie er das ganz richtig zum Ausdruck brachte, eben da und nicht zu umgehen. Trotzdem freue ich mich feststellen zu können, daß der für 1958 nach dem Budget präliminierte Abgang für alle diese Anstalten zusammen geringer ist als der Betrag, der für das heurige Jahr, also für 1957, als Abgang veranschlagt werden mußte. Heuer sind die Abgänge aller Anstalten zusammen mit rund 51'8 Millionen Schilling veranschlagt, im vorigen Jahr waren es immerhin 59'4 Millionen Schilling. Ich muß gerechterweise hinzufügen, daß allerdings der Zweckzuschuß des Bundes im heurigen Budget für 2 Jahre, also doppelt veranschlagt ist. Aber auch wenn man das berücksichtigt, ist der Abgang immer noch etwas niedriger als 1957.

Das ist eine Feststellung, die umso erfreulicher ist, wenn man weiß, daß der Personalaufwand in den Krankenanstalten im Jahre 1958 um mehr als 11 Millionen Schilling höher sein wird als der Personalaufwand, der für das Jahr 1957 veranschlagt worden war. Diese Erhöhung des Personalaufwandes ist nur zum allergeringsten Teil auf eine Stellenplanvermehrung, die unvermeidlich war, zurückzuführen. Sie ist vielmehr auf eine Reihe von Maßnahmen gegründet, die wir als erfreuliche Tatsachen buchen dürfen. Im Jahre 1957 wurde, wie schon der Herr Primarius Dr. Stepantschitz festgestellt hat, eine neue Dienstordnung für die Spitalsärzte erlassen, die diesen wesentliche Verbesserungen gebracht hat. Diese neue Dienstordnung war selbstverständlich mit Kosten für das Land verbunden. Im Jahre 1957 ist es ferner gelungen, die längst anhängig gewesene Zulagenfrage für das Personal zu regeln. Auch eine Sache, die eine schöne Stange Geld gekostet hat. Weiters ist es nun endlich möglich gewesen, für das Jahr 1958 die Einführung der 48-Stundenwoche für das gesamte Personal der Krankenanstalten, soweit es technisch überhaupt möglich ist, vorzusehen. Diese Tatsache beglückt uns alle und bedeutet wirklich eine soziale Nachziehung für unser unter schweren und unliebsamen Umständen arbeitendes Personal.

Trotz des so erhöhten Personalaufwandes sinkt das Defizit der Anstalten. Das ist neben einer immer mehr sich durchsetzenden Sparsamkeit auf 2 wichtige Tatsachen zurückzuführen, nämlich darauf, daß die Pflegegebührenregelung für die Krankenanstalten am 1. Jänner 1958 in ihrer 2. Phase voll wirksam wird und daß der Bund auf Grund des neuen Krankenanstaltengesetzes nunmehr endlich wieder Zweckzuschüsse zu den Betriebsabgängen leistet. Sie werden mir freilich entgegenhalten, meine Damen und Herren, daß der Betriebsabgang, welcher die Anstalten dem Lande verursacht, trotzdem höher ist,

als der Abgang des Jahres 1956, der nach der im Voranschlag ausgewiesenen Jahresrechnung 42 Millionen Schilling betragen hat. Aber seit 1956 haben sich einige Dinge getan. Es haben die Preise angezogen, das ist Ihnen allen bekannt und die Spitäler und die Heilstätten sind davon ebenso empfindlich getroffen worden wie jeder andere öffentliche oder private Haushalt. Davon abgesehen muß ich feststellen, daß der Personalaufwand, der 1958 zu tragen sein wird, gegenüber 1956 um mehr als 25 Millionen Schilling höher ist, und zwar ohne wesentliche Stellenplanvermehrung. Hätten wir 1956 dieselben Löhne und Gehälter zu zahlen gehabt, wie wir sie 1958 zu zahlen haben werden, dann würde das Defizit, abgesehen von der Preisteigerung schon im Jahre 1956 67½ Millionen Schilling betragen haben. Es beträgt aber für 1958 nicht 67½ Millionen Schilling, sondern nicht einmal 52 Millionen.

Ich möchte aber den Abgang, den die Anstalten verursachen, nicht nur von den Gesamtziffern des Budgets her beleuchten. Ich glaube nämlich, daß man die Wirtschaftlichkeit einer Einrichtung nur beurteilen kann, wenn man sie mit gleichartigen Einrichtungen anderer Träger vergleicht. Ein Vergleich zwischen den Spitälern ist möglich, wenn man den Aufwand, der pro Bett und Tag in den einzelnen Anstalten entsteht, zugrundelegt. Dieser Aufwand pro Bett und Tag ist im Durchschnitt der steirischen Spitäler rund 85 S, im Landes-Krankenhaus Graz höher, in den Provinzspitälern niedriger. Im Landes-Krankenhaus Graz beträgt er S 95'80, in den Provinzspitälern nur 75 S. (Landesrat Prirsich: „Die Unterbewertung des Landes.“) Es ist das keine Unterbewertung des Landes, sondern ein Verhältnis, das auf verschiedene Tatsachen zurückzuführen ist. Erstens sind mit dem Krankenhaus Graz die Kliniken verbunden, die einen anderen Betrieb aufweisen als die Landesspitäler, welche außerhalb Graz liegen. Zweitens glaube ich, muß man berechtigterweise bedenken, daß es gerade die kostspieligen und schwierigen Fälle sind, die nach Graz gebracht werden müssen und drittens gibt es noch eine Reihe anderer Umstände, wie die Tatsache, daß z. B. in Graz ein wesentlich höherer Ärztestand ist als in den Provinzspitälern. In Graz kommt ein landschaftlicher Arzt auf 12 Betten, in den Provinzspitälern ein Arzt auf 18 Betten. Wenn man noch bedenken will, daß neben den landschaftlichen Ärzten in Graz auch klinische Ärzte, d. h. vom Bund besoldete Ärzte tätig sind, muß man zur Feststellung kommen, daß in Graz auf manchen Abteilungen auf 8 Betten 1 Arzt kommt, in der Provinz auf 18. Solche Beispiele könnte ich noch weiter anführen, um angebliche „Unterbewertungen“ des Landes zu widerlegen. (Landesrat Prirsich: „An der Tatsache ändert das nichts.“) (Abg. Rösch: „Müssen Sie eben draußen eine Klinik bauen!“) Es gibt Wirkungen, die sich nicht übertragen lassen, das werden Sie zugeben.

Der Aufwand kann im übrigen nur mit anderen Spitälern Österreichs oder des Auslandes verglichen werden. Die Spitäler Kärntens haben einen Durchschnittsaufwand pro Bett und Tag, der ganz genau gleich hoch ist wie der in unseren Provinzspitälern, nämlich 75 Schilling pro Bett, die Spitäler Tirols haben einen Aufwand von 77 Schilling. Das Kran-

kenhaus Graz dagegen läßt sich nur mit den Wiener Verhältnissen vergleichen, weil es ein großes Zentral-Krankenhaus wie das Wiener Allgemeine Krankenhaus ist. Das Krankenhaus Graz hat einen Aufwand von 95'80 Schilling, die Wiener Spitäler haben einen Aufwand von 130 Schilling pro Bett und Tag. Sie werden diese Ziffer, die ich da über Wien genannt habe, sehr hoch finden, aber darf ich des Interesses halber vielleicht auch eine ausländische Ziffer dazu sagen. Die American hospital association berichtet im heurigen Jahr, daß der Durchschnittsaufwand der Spitäler der Vereinigten Staaten pro Bett und Tag sage und schreibe 22'78 Dollar beträgt, das sind mit dem Umrechnungsschlüssel — ich weiß, daß er nicht ganz zutreffend ist — 600 Schilling. Sie berichten hiezu noch, daß in großen Anstalten der Aufwand pro Bett und Tag 40 und mehr Dollar erreicht, das sind 1000 Schilling. Ich sage diese Aufwandziffern nur des Interesses halber, ich empfehle sie nicht zur Nachahmung.

Meine Damen und Herren, diese Vergleichsziffern werden Ihnen vielleicht sagen können, wie die wirtschaftliche Führung unserer Spitäler eigentlich zu beurteilen ist. Es wird für Sie von Interesse sein, wenn ich nicht nur den Aufwand pro Tag und Bett zergliedere, sondern wenn ich Ihnen auch darstelle, wie sich dieser Aufwand verteilt. Es ist sehr interessant, daß von dem Aufwand in Graz mehr als 50 Prozent und in den Spitälern der Provinz genau 50 Prozent auf den Personalaufwand entfallen. In Graz sind es pro Bett und Tag S 49'60, die auf den Personalaufwand, und S 46'10, die auf den Sachaufwand entfallen. In der Provinz entfallen S 37'60 auf den Personalaufwand und 37'40 auf den Sachaufwand. Wer also unsere Spitäler aufsucht, möge sich vor Augen halten, daß in Graz mit dem für ihn von der Krankenkasse bezahlten Betrag knapp der Personalaufwand gedeckt ist und daß die Erhaltung der Gebäude, der Räume und der Einrichtungen, die Verpflegung usw. überhaupt nicht bezahlt wird. Dieser Personalaufwand scheint sehr hoch zu sein. Aber er ergibt sich eben. Es ergibt sich, wie schon früher gesagt, daß in Graz für 8 bis 12 Betten, und im Landesdurchschnitt für 15 Betten ein Arzt notwendig ist. Weiters auf  $6\frac{1}{2}$  Betten eine Schwester, auf 23 Betten ein Verwaltungsangestellter, auf 54 Betten ein Bediensteter des Warte-Haus- und Wirtschaftspersonales und auf 14 Betten ein sonstiger Bediensteter. Das sind noch nicht alle Gruppen, die ich jetzt aufgezählt habe. Es gibt daneben noch Hebammen, Röntgenassistentinnen, med.-techn. Assistentinnen, Prosekturs- und Operationsdiener usw. So schlüsselt sich der Personalaufwand auf. Wenn ich wieder zusammenfasse, dann muß ich sagen, daß wir auf 1'8 Betten 1 Bediensteten in unseren Spitälern und in den Heilanstalten auf 2'2 Betten einen Bediensteten beschäftigen. In den Heil- und Pflegeanstalten kommt auf 2'9 Betten 1 Bediensteter. Sie werden das vielleicht hoch finden; daher muß ich Ihnen wieder zum Vergleich amerikanische Ziffern entgegenhalten. In Amerika gehen auf den Personalaufwand 70 Prozent des sehr hohen Gesamtaufwandes auf und da ist das Verhältnis Bett:Bediensteten genau umgekehrt. In Amerika kommen nämlich auf 1 Bett 2 Be-

dienstete. Bei uns auf 2 Betten 1 Bediensteter. Amerika hat im Durchschnitt seiner Spitäler also doppelt so viel Bedienstete als Betten und wir haben halb so viele. Diese Aufschlüsselung des Personalaufwandes halte ich für äußerst bedeutungsvoll bei der Beurteilung der Frage, welche Aufgaben eigentlich ein Krankenhaus zu erfüllen hat.

Ich halte es ebenso notwendig, einmal vor aller Öffentlichkeit festzustellen, wie sich der Sachaufwand der Spitäler verteilt. Es besteht nämlich eine große Neigung, den Aufenthalt in einem Krankenhaus mit dem Aufenthalt in einem Hotel zu vergleichen. Man sagt, die Verpflegungskosten in einem Krankenhaus sind ja so hoch wie in einem Hotel oder in einer Pension, dabei ist aber das Essen nicht so gut wie in einem Restaurant usw. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, diese Frage näher zu durchleuchten. Wir wenden in den Krankenhäusern vom Sachaufwand durchschnittlich 16 bis 20% für die Verpflegung auf. Mehr können wir nicht aufwenden, das heißt also, wir müssen mit einer Tagesverpflegungsquote von 8 bis 9 Schilling auskommen und damit Frühstück, Jause, Mittagessen und Nachtmahl herstellen. Der Medikamentenaufwand und die sonstigen ärztlichen Erfordernisse, Verbandzeug usw. sind ungefähr so hoch wie der Aufwand für die Verpflegung. Er beträgt bei den Spitälern 17'1 Prozent des Sachaufwandes. Alles andere, meine Damen und Herren, geht für die Erhaltung und den Betrieb der Anstalten auf. Wenn also etwa jemand auf die Idee kommen sollte, eine Kontrolle dahingehend durchzuführen, daß man Patienten, die nicht mehr unbedingt anstaltspflegebedürftig sind, rechtzeitig ausscheiden sollte, dann muß ich dazu sagen, daß das wirtschaftlich für die Anstalten nicht vertretbar wäre. Wir müssen natürlich ausscheiden, weil wir keinen Platz mehr haben, aber ausscheiden, nur um die Kosten des Spitales zu verringern, wäre falsch. Überlegen Sie sich einmal, wenn eine solche Kontrolle, und zwar eine wirksame Kontrolle den Patientenstand auch nur um 10 Prozent senken könnte, dann würden sich diese 10 Prozent auf die einzelnen Abteilungen, innerhalb derselben auf die Frauen- und Männerabteilungen, innerhalb dieser wieder auf die septischen und aseptischen Stationen usw. aufteilen. In jeder Station würde der Abfall auf Grund einer solchen Kontrolle ein ganz geringer sein, mit anderen Worten, es würde eine solche Krankenhauskontrolle den Personalaufwand auf keinen Fall drücken können, weil die Stationen ja genau so besetzt bleiben müssen. Aber auch beim Sachaufwand würde nichts Erschütterndes herauskommen. Es würden zwar die Verpflegungskosten erspart werden, das sind 20 Prozent und die Medikamentenkosten, das sind 17 Prozent des Sachaufwandes, während mehr als 60 Prozent des Sachaufwandes und der gesamte Personalaufwand weiter laufen würden, so daß eine Verringerung der Belagszahl unter allen Umständen das Defizit der Spitäler noch erhöhen müßte. Diese Feststellungen müßten einmal an die Öffentlichkeit herangetragen werden. Denn Spitäler lassen sich weder in dieser noch in sonstiger Beziehung irgendwie mit einem Hotel oder einem anderen Betrieb vergleichen. Nur 35 Prozent — hoch genommen — der Anlage eines Krankenhauses lassen sich mit

der Anlage eines Hotels vergleichen. Ein modernes Krankenhaus hat höchstens, aber auch allerhöchstens ein Drittel seiner Räume für Krankenzimmer zur Verfügung. Zwei Drittel und mehr sind notwendige und unumgängliche Nebenräume. Wenn Sie sich die Organisation eines alten Krankenhauses anschauen, wird das nicht so auffällig sein, wenn Sie aber einen Neubau besichtigen, so werden Sie das sofort feststellen können. Ein Beispiel dafür ist Wagna. Die im Erdgeschoß, im 1. und 2. Stock an der Hauptfront gelegenen Räume sind mit einigen Ausnahmen Krankenzimmer, alle anderen an der Hinterfront gelegenen Räume sind Nebenräume, Arztzimmer, Schwesterndienstzimmer, sanitäre Einrichtungen, Bäder, Röntgenzimmer, Untersuchungszimmer, Laboratorien usw.

Nicht nur, daß von den drei für die Kranken in Betracht kommenden Stockwerken sich die Hälfte an Nebenräumen ergibt, ist das ganze Kellergeschoß mit Wirtschaftsräumen besetzt. Es ist umso mehr als ganzes Geschoß zu werten, als der Keller sozusagen ebenerdig liegt. Der ganze rückwärtige Trakt, der aus dem Baukörper herausstößt, beherbergt die Operationssäle, das Gipszimmer, den Röntgenraum, das Untersuchungszimmer und dergleichen, ganz zu schweigen von den künftig dazuzubauenden Personalräumen, in denen die Schwestern, die diensthabenden Wärterinnen und vor allem die Ärzte untergebracht werden. Ein solches Krankenhaus ist also mit anderen Betrieben kaum zu vergleichen. Daher glaube ich, daß die Betrachtung eines Spitals aus irgend einem anderen wirtschaftlichen Gesichtspunkt als dem eines Krankenhauses unzutreffend wäre.

Meine Damen und Herren, sicher ist, daß dort, wo Menschen wirken, auch Fehler geschehen. Sicher ist auch, daß vielleicht manchmal irgendwo ein Mangel in der Koordination der Interessen auftritt. Aber ich habe seit dem ersten Tage der Übernahme des Referates gerade auf diese Koordination ein besonderes Augenmerk gewendet. Ich werde den Gedankengang, den Herr Abg. Dr. Stepantschitz hinsichtlich der Koordination geäußert hat, jederzeit unterstützen, weil er mir vom ersten Tage an am Herzen gelegen war. Ich muß dazu sagen, daß die Koordination weitgehend gegeben ist, weil wir in jeder Anstalt leitende Ärzte an der Spitze haben, die zwischen den Interessen der einzelnen Abteilungen abwägen; wobei weitgehend sichergestellt ist, daß mit den Ärzten jede Maßnahme oder wenigstens jede wichtige Maßnahme beraten wird. Freilich wird es dabei Mängel geben, eine gewisse Koordination, soweit wir sie durchsetzen konnten, ist aber gegeben.

Formell entscheidet über die Rangordnung der Dinge zwischen den Anstalten die Abteilung 12 bzw. der Referent, aber doch nie, ohne die Fachleute gehört und die Probleme ausreichend diskutiert zu haben. In einer Person denjenigen zu finden, der in der Lage ist, eine Rangordnung zwischen den Wünschen des Chirurgen, des Internisten, des Augenfacharztes, des Hals-, Nasen- und Ohrenspezialisten und des Dermatologen usw. herzustellen, das wird uns nie gelingen. Jeder dieser Herren wird mit Recht auf sein Spezialwissen hinweisen,

das jeden anderen außerstande setzt, mitzureden oder ihn zu überzeugen.

Die Wirtschaftsführung der Spitäler macht natürlich gewisse Gedankengänge, die sich vor allem aus der Betrachtung der Aufwendungen ableiten, erforderlich. Ich glaube, man müßte den Schluß ziehen, daß alles getan werden muß, um eine Vermehrung des Personalaufwandes, damit meine ich nicht die Bezüge der Bediensteten, sondern den Personalaufwand durch Stellenplanvermehrungen, zu verhindern. Daß man alles tun muß, dort Einschränkungen durchzuführen, wo es möglich ist, denn wenn der Personalaufwand 50 Prozent und mehr des Gesamtaufwandes beträgt, ist dort in erster Linie der Hebel anzusetzen. Ich glaube, auch sonst wäre manches zu erreichen, allerdings nicht ohne dahinterstehende Investitionen. Wenn Sie sich überlegen, wieviel Wege von den Ärzten, den Schwestern, dem Haus- und Wirtschaftspersonal zurückgelegt werden und wieviele Arbeitsstunden auf diese Wege aufgehen, scheint es notwendig, hier zu verbessern was möglich ist. Wenn man sich weiter überlegt, was moderne Waschkarussells, moderne Maschinen in der Küche, im Haushalt und in der Verwaltung an Arbeitskraft und Arbeitszeit sparen, kommt man notwendigerweise zum Schluß, daß auf diesem Sektor noch manches getan werden kann.

Auf dem Gebiet des Sachaufwandes ist, glaube ich, nicht viel zu erreichen. Es wurde in diesem Zusammenhang angeregt, man möge von der zentralen Ausschreibung, wie wir sie haben, abkommen und nur mehr große Aufträge zentral, im übrigen aber bezirksweise ausschreiben oder überhaupt ohne Ausschreibung einkaufen. Unser heutiges System entspricht dieser Anregung weitgehend. Wir schreiben nur große Aufträge zentral aus, wo es z. B. um 40.000 kg Waschpulver geht. Die zentral ausgeschriebenen Lieferungen machen im Jahr 13½ bis 14 Millionen Schilling aus, dagegen werden Lieferungsufträge um 46½ Millionen Schilling im Wege der bezirksweisen Ausschreibung vergeben oder im Wege des eigenen Einkaufes der Anstalten übertragen und überhaupt nicht ausgeschrieben. Ich glaube, dadurch wird weitgehend den wirtschaftlichen Ansprüchen Rechnung getragen.

Darf ich noch kurz zu den Bauvorhaben sprechen, die uns bewegen. Wir haben die Bauvorhaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens seit Jahr und Tag gereiht. Es freut mich, daß alle Fachleute mit dieser Reihung übereinstimmen. In der ersten Rangstufe sind die Frauenabteilung in Leoben und die Kinderklinik in Graz. Dazu gehört auch noch die Unterbringung der 3. Chirurgischen Abteilung im Krankenhaus selbst und die Schaffung einer passenden Operationssaalgruppe für die Erste Chirurgie. Ich stimme mit dieser Feststellung, wie ich glaube, genau mit Abg. Dr. Stepantschitz überein. Das sind die Bauvorhaben, die uns am allermeisten am Herzen liegen und die wir allen anderen größeren Vorhaben vorziehen müssen. Der Wünsche gibt es natürlich viele. Erst heute wieder sind mir mehrere neue Wünsche vom Krankenhaus Hartberg vorgebracht worden, die ich als berechtigt ansehe, aber augenblicklich nicht berücksichtigen kann.

Die Wünsche werden nie abreißen. Natürlich gibt es auch unter den kleinen Vorhaben solche, die

dringend sind und ich freue mich, feststellen zu können, daß es möglich war, einige solcher kleinerer Vorhaben zu bedecken. Insbesondere sind bedeckt die Fortführung der schon begonnenen Bauten, einschließlich des Personalwohnhauses in Knittelfeld, weiters ist bedeckt die erste Rate für den Bau des Personalwohnhauses in Feldbach und in letzter Minute unserer Verhandlungen ist es noch gelungen, Ansätze für den Bau von Personalwohnungen beim Landeskrankenhaus Graz und Leoben und auf der Stolzalpe, wenngleich unbedeckt, in den Voranschlag zu bringen. So viel wäre im wesentlichen zu den Bauvorhaben zu sagen.

Die Säuglingspflegerinnenschule macht mir genau dieselben Sorgen wie Ihnen, Herr Abgeordneter. Und nicht nur die Säuglingspflegeschule, sondern auch die Großkrankenpflegeschule, das geht vice versa. Für den erfreulichen Andrang, der sich heuer bemerkbar gemacht hat und von dem ich nur hoffe, daß er anhält, sind die Unterbringungsmöglichkeiten zu gering. Ich suche hier nach einer Lösung. Ich bin mir bewußt, daß ich auch jede Möglichkeit einer Notlösung ergreifen muß, und ich hoffe auch, eine solche jetzt im Auge zu haben, die ich mit Unterstützung der Landesregierung ergreifen werde, um die Dinge zum Besseren zu wenden.

Die Tatsache, daß die Chirurgie in Graz, ich meine die chirurgische Klinik, eine Operationssaalgruppe benötigt, habe ich schon herausgestellt. Die Tatsache, daß in Hörgas-Enzenbach ein Operationssaal erbaut wurde, der nicht entsprechend ausgenützt ist, gebe ich zu. Sie werden sich aber erinnern, daß ursprünglich ein Operationsteam für diese Anstalt zugesichert wurde und daß dieses Team, als der Saal gebaut war, erklärt hat, daß es nicht möglich wäre, die Heilstätte zu beschicken. Wir werden versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Der Operationssaal ist ja in Benützung, aber er müßte in weit größerem Umfang verwendet werden. Ich werde von mir aus alles dazu tun. Die Besprechungen sind seit geraumer Zeit im Gange.

Wenn Sie, Herr Abg. Dr. Stepantschitz, sich mit der Landwirtschaft in Hörgas befaßt haben, so muß ich wie im Finanzausschuß antworten. Der Abgang von 167.000 Schilling ist irreführend. 70.000 Schilling davon sind Investitionen, um einen Traktor anzuschaffen und Pferde ausscheiden zu können u. dgl. Aber unsere Landwirtschaften, die den Spitälern unmittelbar angegliedert sind, liefern zu den amtlichen Ab-Hof-Preisen, also zu den jeweils niedrigsten Preisen minus 10 Prozent. Das muß die Gebahrung der Landwirtschaften beeinträchtigen. Wenn Sie das berücksichtigen, ist die Landwirtschaft in Hörgas genau so ertragreich oder so wenig ertragreich als die bei anderen Landesbetrieben.

Die Frage der Besonderen Gebühren kommt zur Regelung. Sie wird in Kürze erfolgen und ist schon nach dem Krankenanstaltengesetz notwendig. Ich hoffe, daß wir uns da einen weiteren Verwaltungsaufwand ersparen können. Die Pauschalierung der Besonderen Gebühren wird eine Vereinfachung ersten Ranges für die Ärzte, Schwestern, das ganze Verwaltungspersonal, für die Abrechnung mit den Zuschußkassen usw. bringen. Vielleicht wird dann die Frage wieder auftreten, ob man den Zu-

schußkassen Rabatte geben kann. Demjenigen, der viel abrechnet, dem gibt man ja gewöhnlich Rabatte, und demjenigen, der einem Abrechnungsschwierigkeiten erspart, kann man sie begreiflicher Weise auch geben. Deshalb haben wir bisher den Rabatt von 10 Prozent an die mit uns direkt verrechnenden Zuschußkassen gewährt.

Die Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten Dr. Stephan zwingen mich, noch ein paar Worte zu sagen. Die Tatsache, daß der Förderungsbetrag aus der Kurabgabe in erster Linie nach Gleichenberg geht und alle anderen überschattet, ist darauf zurückzuführen, daß Gleichenberg das höchste Aufkommen an Kurabgabe zu verzeichnen hat. Es geht also nur das an Kurabgabe zurück, was der Kurort selbst eingehoben hat. Gleichenberg ist in dieser Beziehung der stärkste Kurort und bezieht demnach auch den größeren Förderungsbetrag.

Bei der Besetzung der Primariate und der Distriktsposten werden Sie mir, Herr Präsident Dr. Stephan, zugeben müssen, daß der Proporz nicht zum Zuge gekommen ist. Ich selbst bedauere außerordentlich, daß anlässlich der letzten Besetzung von Primariaten der erstgereichte Mann nicht berücksichtigt wurde. Das ist nicht im Wege des Proporz gesehen, sondern im Wege der Überstimmung und gegen den Willen der Sozialistischen Partei.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein letztes Wort. Die Spitäler, die Heilstätten und die Pflegeanstalten leisten Größtes im Dienst der sozialen Sicherheit und der Gesundheit der Bevölkerung. Größtes aber auch im Dienste der Volkswirtschaft, weil die erkrankten und hilfsbedürftig gewordenen Menschen durch sie auf dem schnellsten Wege wieder ihren Arbeitsplätzen und somit der Wirtschaft zugeführt werden. Das müssen wir anerkennen und ich möchte es anerkennen, indem ich allen danke, die im Sanitätswesen wirken.

Danken will ich besonders der Abt. 12 und ihrem Vorstand, der Fachabteilung, den Direktoren unserer Anstalten, den Primärärzten, den Assistenten, Sekundären und allen sonstigen Ärzten, den geistlichen und weltlichen Schwestern, dem ganzen Wartehaus- und Wirtschaftspersonal und den übrigen Bediensteten, danken aber auch der Hohen Landesregierung und dem Hohen Haus für die gewährte Hilfe und Unterstützung. Danken und Sie, meine Damen und Herren, bitten, daß Sie die Ansätze der Gruppe 5 bewilligen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Das Schlußwort hat der Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Sebastian:** Ich verzichte.

**Präsident:** Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 5 mit den im Finanz-Ausschuß beantragten Abänderungen die Zustimmung zu geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 6, Wohnbau- und Siedlungswesen.**

Berichterstatter ist Abg. **Koch.**

Berichterstatter Abg. **Koch:** Hoher Landtag! Die Gruppe 6 beinhaltet die Ansätze für die Planung

des Wohnungs-, Siedlungs- und Straßenwesens, Flußregulierungen, Wildbachverbauungen und ähnlicher Bauten.

Die gesamten Ausgaben betragen 227,041.100 S, denen Einnahmen in der Höhe von 60,260.800 S gegenüberstehen. Zu diesen ursprünglichen Ansätzen für Straßen- und Brückenbau sind erfreulicherweise noch einige Millionen dazugekommen, so daß uns für diese wichtige Aufgabe 115,865.200 S für 1958 zur Verfügung stehen. Es werden weitere 70 km Landesstraßen ausgebaut und staubfrei gemacht werden können sowie eine Reihe von Brücken instandgesetzt. Es werden in der Reihenfolge zunächst die wichtigen Durchzugsstraßen mit Belägen versehen werden, so daß ein ausgebautes Straßennetz entsteht. Dieses Straßennetz soll später immer dichter werden, so daß die Straßenbenützer im Laufe der Zeit immer mehr ein ausgebautes Landes- bzw. Bundesstraßennetz finden. Inzwischen müssen aber auch die Schotterfahrbahnen erhalten und nach Möglichkeit verbessert werden. Die Errichtung von Fuß- und Radfahrwegen entlang stark frequentierter Straßen ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe.

Ein großes Kapitel aber, das Wohnungs- und Siedlungswesen, nimmt immer größeren Raum ein. Nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 hat das Land aus eigenen Mitteln die Hälfte jener Summe, die aus Bundesmitteln bewilligt wurde, zu leisten. Mit dem Aufkommen der Bauwerber ergibt sich eine globale Verbauungssumme von über 600 Millionen Schilling, die auf dem Bausektor eine beachtliche Bewegung erzielt. Für die Assanierung und Verbesserung des Althausbestandes werden Einzelzuschüsse in der Höhe von 500.000 S im Budget vorgesehen. So werden die Aufgaben immer größer, die vom Landesbauamt und vom Wohnungs- und Siedlungsamt bewältigt werden müssen.

Ich erachte es als meine Pflicht, für die vorbildlich geleistete Arbeit allen Beamten, aber auch den Straßenbediensteten aufrichtig zu danken.

Nachdem sich der Finanz-Ausschuß mit dieser Gruppe eingehend befaßt hat, empfehle ich dem Hohen Haus im Namen des Ausschusses die Annahme der Gruppe 6 samt den vorliegenden Anträgen.

Abg. **Dr. Pittermann:** Hoher Landtag! Ich fühle mich verpflichtet, zu Beginn dieses Kapitels ein brennendes Problem aufzuzeigen, das uns jährlich nicht nur Boden kostet, sondern auch die Produkte, die dieser Boden hervorbringt. Es sind jene Verluste an Boden, die wir durch die mangelnden Flußregulierungen jährlich bei Überschwemmungskatastrophen erleiden.

Die Ursachen sind mancherlei. Nicht allein die atmosphärischen und geographischen Verhältnisse der Flüsse, auch die übersteigerten Schlägerungen der letzten Jahre, die unsere Bergwälder in Kahlflächen verwandelt und damit die natürliche Verdunstung unterbunden haben, sind als Gründe anzuführen. Der Bauernstand hat diese grüne Sparkasse im Zuge der Aufbauarbeiten heranziehen müssen und nun trägt dieser Umstand auch zu diesen Überschwemmungskatastrophen bei, wie wir sie alljährlich zu beklagen haben. Wenn wir auch heuer ver-

schont blieben, so haben wir voriges Jahr Überschwemmungen größten Ausmaßes erlebt. Ich kann mich entsinnen, daß im unteren Sulm- und Laßnitztal einzelne Besitzer bis zu zehnmal Überschwemmungen miterleben mußten. Zehnmal ging ihnen das verloren, was sie im Schweiß ihres Angesichts in den Boden gebracht hatten. Weitere Ursachen sind aber neben dem bereits Geschilderten die zahlreichen Wasserwehren und Wasserberechtigungen von Objekten, die einer verschwindenden Zeit angehören. Ich meine jene alten Mühlen, die nicht einmal das Pulver wert sind, um sie in die Luft zu sprengen, die aber legistisch ein Wasserrecht besitzen und mit denen unter Umständen sehr schwer auszukommen ist. Aber auch bei den Interessenten selbst liegen Schwierigkeiten, teils aus finanziellem Unvermögen und teils aus Unverständnis dafür, die Aufwendungen zur Regulierung als Investitionen für die betreffende Landwirtschaft anzusehen. Wir erleben alljährlich Überschwemmungen größten Ausmaßes im Gebiet der Sulm, Laßnitz, Kainach, Saggau, Lafnitz, Schwarzenbach, und zwar in einem Ausmaß, daß hier wirklich ein wirtschaftliches Problem ersten Ranges entsteht. Dazu kommt noch, daß neben dem Verlust an landwirtschaftlichen Produkten auch noch Viehschäden auftreten, schwere Schäden durch Leberegel, die bei den Tieren organische Schäden verursachen, welche Schäden sich jahrelang hinterher noch bemerkbar machen und dabei noch volkswirtschaftlich in die Waagschale fallen. Tausende Hektar sind im Jahre 1956 durch mehrmalige Überschwemmungen verwüstet und vermurt worden. Ich kenne Besitzer, die nicht einmal das notwendige Heu zur Fütterung hatten, so daß hier eine Abhilfe unabweislich ist.

Eine weitere wesentliche Schwierigkeit, die aufgezeigt werden muß, sind die einschlägigen Gesetze auf dem Gebiet des Wasserbaues. Der Zentralismus, den wir nirgends so stark spüren als gerade auf diesem Gebiet des Wasserbauförderungsgesetzes, ist ein Hemmschuh für jede Initiative unserer Beamten bei den Bau- und Agrarbezirksbehörden. Die Stellen, die sich mit den Regulierungen befassen, müssen buchstäblich um jede 10 S bei den Zentralstellen in Wien ansuchen, statt daß man ihnen nach gesundem Hausverstand einen Vorschub in die Hand gibt, auftretende Schäden sofort zu reparieren und große Schäden zu verhindern. Dies ist eine wesentliche Ursache, weshalb wir mit diesem Problem so schwer fertig werden.

Noch etwas ist hier zu erwähnen und zwar das intransigente Verhalten der Wasserberechtigten, die sich der Realitäten mit einer Sturheit verschließen, die fast sträflich zu nennen ist. Wir haben im Gebiet von Wildon eine Wehr, die mit allen Mitteln deshalb gehalten wird, weil sie nach der Vorstellung des Wasserberechtigten wieder einmal eine Mühle betreiben soll, eine Mühle, in der seit 20 Jahren nicht einmal ein Rad repariert wurde. Was für ein wirtschaftlicher Unsinn! Aber der Wasserberechtigte wehrt sich mit Händen und Füßen, das alte Wehr abtragen zu lassen bzw. er ist nicht in der Lage, die durch den Anstau des Flußbettes entstandenen Grundwasserschäden zu beheben. Das Problem der Regulierung unserer Flüsse ist aber nach wie vor dringend. Der Bund hat zwar im heurigen Budget

7 Millionen mehr zwecks Flußregulierung eingesetzt, ein schweres Hindernis zur vollen Ausnützung dieses Umstandes bildet aber das Junktim, das Bundesmittel nur im gleichen Ausmaß wie Landesmittel einsetzt. Wir haben aber hiefür nur beschränkte Mittel, ja es sind die Mittel in diesem Abschnitt um etwa eine Million geringer als im Vorjahr.

Nach wie vor aber ist es unsere Pflicht, hier im verstärkten Maße die Initiative zu ergreifen, um dieser Wunde in unserer wirtschaftlichen Struktur begegnen zu können. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **DDr. Freunbichler:** Es gibt wohl wenig Probleme, die derart so zur Lösung drängen, wie die Frage der Wohnraumbeschaffung, insbesondere im Bereich der Landeshauptstadt Graz. In diesem Zusammenhang werden in der Öffentlichkeit verschiedene Vorwürfe laut, die das zum Ausdruck bringen, daß das Land auf diesem Gebiet entweder nichts oder zu wenig oder nicht in geeigneter Art und Weise tut. In diesem Zusammenhang wird das Referat dahingehend verdächtigt, daß es seine Mittel vorwiegend auf das flache Land hinaus verlegt und über diese Dinge die Landeshauptstadt Graz vernachlässigt. Diese Klagen und Vorwürfe werden aber zu Unrecht erhoben, denn die nüchternen Zahlen und Tatsachen beweisen geradezu das Gegenteil. Zugebenermaßen, in unserer Landeshauptstadt herrscht wirklich große Wohnungsnot. Im Verlauf der Jahre 1945 bis 1955 hat das städt. Wohnungsamt 34.970 Wohnungssuchende registriert, davon haben im Laufe dieser 10 Jahre 21.152 Wohnungssuchende ihren Anspruch aufgegeben bzw. sind abgewandert, verstorben oder zum Teil auch tatsächlich wohnversorgt worden, so daß 13.818 Wohnungswerber mit Ende des Jahres 1955 noch als wohnungssuchend gemeldet waren.

Das sogenannte Neuvermietungsgesetz vom 3. Dezember 1956 hat die Erfassung bzw. Anforderung von Wohnungen und auch die Registrierung der Wohnungssuchenden auf neue Grundlagen gestellt. Auf Grund dieser neuen Rechtslage wurden im Laufe des Jahres 1957 neuerdings 6.185 Wohnungssuchende erfaßt, von welchen während dieses Zeitraumes 405 Bewerber wohnversorgt werden konnten.

Völlig unrichtig ist es aber, aus diesen Zahlen den Schluß zu ziehen, wie dies anläßlich der Eröffnung einer Wohnbauanlage behauptet wurde, die Wohnungsnot der Grazer Bevölkerung innerhalb dieser 2 Jahre habe um die Hälfte abgenommen und sich, nämlich von 13.818 Wohnungssuchenden im Jahre 1955 auf 5780 Wohnungssuchende verringert. Bei diesen genannten Zahlen handelt es sich nämlich um Größen, die keinesfalls miteinander vergleichbar sind, da, wie schon ausgeführt, mittlerweile die Erfassung auf eine völlig andere Grundlage gestellt wurde.

Um die Wohnungsnot oder wie sich Fachleute ausdrücken, den sogenannten Wohnungsfehlbestand ordnungsgemäß feststellen zu können, gibt es meiner Meinung nach nur den folgenden Weg. Im Jahre 1947 hatte Graz 223.927 Einwohner und 66.945 Wohnungen. Dies ergibt eine durchschnittliche Belagszahl von etwa  $3\frac{1}{2}$  Personen pro Wohnung. 10 Jahre

später, an der Wende 1956/1957, waren in Graz 232.970 Personen gemeldet, was einem Bevölkerungszuwachs von rund 9000 Menschen entspricht. Die Zahl der Wohnungen hat sich in Graz im gleichen Zeitraum von 66.954 auf 78.536 erhöht, also ein Zuwachs von rund 11.500 Wohnungen. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche Belagszahl von nicht einmal 3 Personen pro Wohnung.

Die Wohnungsnot ist also nachweisbar im Verlauf der letzten 10 Jahre zurückgegangen. Es ist sicherlich ein schöner Erfolg, aber noch keine Lösung, denn viele unserer Mitbürger warten dringend auf eine Wohnversorgung, tausende junge Menschen, die heiraten und einen eigenen Hausstand gründen wollen, brauchen ein entsprechendes Heim. Es muß nach wie vor unsere vordringliche Aufgabe in der Zukunft sein, allen diesen Menschen irgendwie zu helfen. Das Wohnungsproblem kann nämlich von vielen, die ein eigenes Heim beziehen wollen, nicht allein gelöst werden, betragen doch die Baukosten einer Wohnung im Durchschnitt 120.000 S. Hier hat meiner Meinung nach die öffentliche Hand die hohe Pflicht, den sozial Bedürftigen zu helfen, um so die Schaffung familiengerechter Wohnungen im größtmöglichen Ausmaße zu fördern.

Dieser Verpflichtung folgend hat das Land Steiermark insbesondere auf Grund der nimmermüden Initiative unseres Landeshauptmannes und des ständigen Referenten in der Regierung, Herrn Landesrates Prirsch, verstärkte Zuschüsse für die Wohnbauförderung in der Stadtgemeinde Graz zur Verfügung gestellt.

Von den rund 10.000 Wohnungen, die in Graz im Laufe der letzten 10 Jahre neu errichtet wurden, sind 2400 mit Förderung des Landes gebaut worden, das bedeutet, daß etwa ein Viertel aller in Graz den Wohnungsbedürftigen zur Verfügung gestellten Wohnungen mit Hilfe des Landes geschaffen wurden. Von diesen 2400 durch das Land geförderten Wohnungen scheint bei 448 Wohnungen die Stadtgemeinde selbst als Bauherr auf. Über 77 Millionen Schilling sind unserer Landeshauptstadt aus den Mitteln der Landeswohnbauförderungsmaßnahmen zugeflossen.

Leider haben nicht alle übrigen mit der Wohnbauförderung befaßten Stellen das gleiche Verständnis für die schwierige Situation für unsere Landeshauptstadt auf diesem Gebiet. Während beträchtliche Geldmittel aus dem vom Handelsministerium verwalteten Wohnhauswiederaufbaufonds nach Graz zur Beseitigung der Kriegsschäden flossen, waren die Zuteilungen aus dem dem Sozialministerium unterstehenden Bundeswohn- und Siedlungsfonds relativ gering und keinesfalls den tatsächlichen Erfordernissen entsprechend. Darüber hinaus haben wir erst vor einigen Tagen aus Wien die Hiobsbotschaft erhalten, daß im kommenden Jahr die Zuteilungen aus diesem Fonds noch geringer werden, da wir angeblich heuer durch einen Irrtum bereits zu viel erhalten haben sollen und dies eingespart werden müsse.

Gerade vom Sozialministerium müssen wir mehr Verständnis für diese Frage erwarten, zumal überdies aus diesem Fonds für eine Wohnung, deren Errichtung rund 120.000 S erfordert, die Förderung mit

60.000 S begrenzt ist, so daß fast in jedem Falle eine mindestens 50%ige Eigenleistung vorausgesetzt wird.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß es

1. nicht angeht, auf Grund unvergleichbarer Zahlenunterlagen von einer wirklichen Linderung der Wohnungsnot in unserer Landeshauptstadt zu reden, da solche Aussagen über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen;

2. daß ein Viertel der in Graz neu erbauten Wohnungen mit Hilfe und Förderung des Landes erreicht werden konnten, daher die Befürchtung, daß mit diesen Mitteln nur ländliche Bezirke bedacht werden, unbegründet ist.

Hohes Haus! Die Wohnungsnot in unserer Landeshauptstadt ist zwar im Abnehmen begriffen, sie ist aber noch lange nicht behoben. Wir wünschen und hoffen, daß die Landesregierung auf dem von ihr eingeschlagenen Weg fortfährt und auch in Zukunft alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um auch das traurige Los der vielen, denen bisher ein eigenes Heim versagt blieb, zu ändern. (Beifall, Bravorufe bei OVP.)

Abg. **Weidinger**: Hoher Landtag! Da die Gruppe 6 sich auch mit den Straßen, vor allem mit den Bundes- und Landesstraßen befaßt, möchte ich hiezu auch einiges sagen. In den letzten Jahren haben durch die ständig anwachsende Motorisierung die Straßen immer mehr an Bedeutung zugenommen, der Personen- und Lastenverkehr ist nicht nur von der Schiene auf die Straße verlegt, sondern ist auch sonst wesentlich stärker geworden. Die Straße ist nicht nur die Lebensader für einzelne Orte, sondern sie ist auch die Lebensader für ein Land. So auch für unsere Steiermark, die auf gute Zufahrtsstraßen angewiesen ist.

Wir haben gestern aus den Ausführungen des Herrn Abg. Stöffler gehört, wie viele Fremde gerade auf den Straßen in unser Land gekommen sind. Ich möchte vor allem als oststeirischer Abgeordneter unsere Wechselbundesstraße hier hervorheben. Diese Bundesstraße stellt nicht nur die kürzeste Verbindung Wien-Graz dar, sondern sie ist auch die kürzeste Verbindung von Italien oder der Tschechoslowakei. Aus dieser Tatsache ist es auch erklärlich, daß der Verkehr auf dieser Straße gewaltig zugenommen hat. Sie ist nicht nur die günstigste oder kürzeste Verkehrsverbindung, auch die landschaftlichen stets wechselnden Schönheiten dieser Straße haben in dieser Gegend einen sehr erheblichen Anteil an der Erhöhung der Frequenz. Ich will nun dem Hohen Haus das Zahlenergebnis bringen, die Rekordzahlen vom 20. Oktober 1957. An diesem Tage haben 695 Motorräder, 1030 Personenkraftwagen, 44 Autobusse, 56 leichte Last- und Lieferwagen, 54 Lastkraftwagen und 5 Lastkraftwagen mit Anhänger, zusammen von 6 Uhr früh bis 22 Uhr 1884 Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge aller Art, diese Straße passiert, d. h., daß durch diese 16 Stunden pro Minute 1'9 Fahrzeug oder alle Stunden 117 Fahrzeuge diese Straße befahren haben. Es konnten an einem hochfrequentierten Tag oft in einer Stunde bis 663 Kraftfahrzeuge gezählt werden. Diese Zahlen sagen wohl, welche Bedeutung diese Straße hat.

Es ist erfreulich und begrüßenswert, daß in diesem Jahr noch mit dem Ausbau des Straßenstückes Frauenhof—Fieberbründl und vor allem mit dem Pinkaberg begonnen wurde. Wir werden sehen, die Trasse der neuen Straße, die dort angelegt wurde, wird eine äußerst moderne werden, da die Kurven und Kuppen womöglich alle ausgeglichen sind. Ebenso erfreulich ist es zu hören, daß hier ein Fünfjahresprogramm zum Ausbau dieser Bundesstraße angelegt wurde, in dem die wichtigsten Platzumfahrungen Berücksichtigung finden werden, vor allem Hartberg, Grafendorf, Thalberg und Friedberg, da gerade der Durchzugsverkehr durch diese Orte infolge der Kurven äußerst erschwert ist.

Sehr empfehlenswert wäre aber auch der Ausbau der Riesstraße bis zum Laßnitztal. Diese Straße besteht tatsächlich nur aus Kurven. Es wäre hier, glaube ich, doch mit verhältnismäßig geringen Kosten möglich, einige dieser Kurven abzubauen und zu beschneiden.

Zu den Landesstraßen, möchte ich sagen, ist es sehr erfreulich, daß hier die beachtliche Summe von 11,865.200 S vorgesehen ist. Gegenüber den Bundesstraßen sind wir mit der Staubbefreiung unserer Landesstraßen, da kaum ein Viertel der Landesstraßen staubfrei sind, weit zurück. Es wäre empfehlenswert, daß auch hochfrequentierte Gemeindestraßen vom Land übernommen werden. Leider Gottes ist dieser Wunsch aber zwecklos, und zwar deshalb, weil gerade solche Landesstraßen dann fast gänzlich verwaisten. Die Gemeinde hat sie los und das Land kann infolge der beschränkten Mittel leider nicht den Hoffnungen, die darauf gelegt werden, entsprechen. Aber ich glaube, meines Erachtens noch viel dringlicher als die Übernahme von Gemeindewegen als Landesstraßen wäre wohl die Staubbefreiung der einzelnen Ortsdurchfahrten.

Es ist einfach unverantwortlich und untragbar, daß Orte, die an einer solchen Straße liegen, nicht nur dem Lärm und der Gefahr, sondern auch der Staubplage ausgesetzt sind. Ich glaube, es ist vordringliche Aufgabe, solche Ortsdurchfahrten vor allem staubfrei zu machen. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß in den Erläuterungen unseres Landesvoranschlages für die Staubbefreiung der Lungitztalstraße, Wagendorf—Ober- und Unterlungitz, kein Betrag aufscheint. Diese Ortsdurchfahrt durch diese drei Ortschaften hat eine Gesamtlänge von rund 1½ km. Die Frequenz kann ich ebenfalls auf Grund einer Zählung vom 24. April nachweisen. An diesem Tage wurden in der Zeit von 6 Uhr früh bis 22 Uhr 258 Kraftfahräder, 115 PKW, 2 Autobusse, 12 leichte LKW und 11 schwere LKW und 2 LKW mit Anhänger, rund 500 Fahrzeuge, gezählt. Die Zeit der Zählung der 500 Fahrzeuge beläuft sich auf 16 Stunden, d. h. daß pro Stunde rund 31 Fahrzeuge, pro 2 Minuten 1 Fahrzeug, die Straßen passierten. Wenn der Verkehr in derselben Zeit gleichmäßig verteilt worden wäre, in der Praxis ist es so, daß in der Zeit von 8 bis 12 und 14 bis 20 Uhr mehr Fahrzeuge fahren als in der übrigen Zeit, wenn also nur alle 2 Minuten ein Fahrzeug zu zählen wäre, das die Straße befährt, so werden bei jenen Straßen die ganze Umgebung, vor allem aber die an der Straße liegenden Häuser unter Staub leiden, also einer Staubplage

ausgesetzt, die nicht nur unerträglich, sondern auch gesundheitsschädlich ist.

Ich bitte daher, daß in künftigen Jahren einige dieser Ortsdurchfahrten staubfrei gemacht werden, wenn auch hierfür keine Mittel vorgesehen sind. Vielleicht läßt sich von anderen großen Projekten etwas abzweigen, um so einen Teil unserer Bevölkerung von dieser unerträglichen und gesundheitsschädlichen Staubplage zu befreien. (Beifall und Barvorufe.)

Abg. **Hofbauer**: Hohes Haus! Ich muß leider noch zum Problem der Glattjochstraße sprechen. Herr Kollege Weidinger, Sie lachen sehr leicht. Ich fahre seit einem halben Dutzend Jahren zu den Jahresversammlungen. Ob es ein Zufall ist oder etwas anderes, das entzieht sich meiner Kenntnis, ich muß feststellen, daß die ÖVP jedes Jahr einen anderen Abgeordneten entsendet. Tatsache ist, daß jedes Jahr ein anderer Mann entsendet wird. Landeshauptmann Udier war dort ... (Abg. Dr. **Pittermann**: „Bei uns befassen sich eben alle mit dem Problem! Nicht nur einer allein!“) (Landesrat **Fritz Matzner**: „Oder auch nicht!“) Mir sind diese Bürgermeister von hüben und drüben mehr wert als einige so geheimnisvolle Zwischenrufe. Alle diejenigen, die von der ÖVP einmal oben waren, müssen feststellen, daß diese Bürgermeister mit Ernst an die Sache gehen. Auch ich bin nicht so unernst zu nehmen, als wollte ich hier mit aller Gewalt über das Problem reden, nur um geredet zu haben. Meine Meinung ist — und das war auch der Tenor der Reden des Landesrates Brunner und des Abg. Lackner —, daß man endlich entscheidet und einen Weg findet, damit das Projekt des Landes Steiermark einmal erstellt wird. Nur um ein solches handelt es sich, nicht um die Erbauung der Straße! Der Bundesminister Dr. Bock hat darauf verwiesen, daß das Projekt vom Land erstellt werden müsse.

Auf der diesjährigen Jahresversammlung hat Herr Bundesrat Bischof sehr salbungsvoll gesprochen, man möchte die Straße nicht politisch betrachten. Bei jeder dieser Jahresversammlungen möchte man mir eines auswischen, weil ich noch immer nicht erlahmt bin. Ich brauche nur dem Appell des Herrn Landeshauptmannes nachgehen: „Man soll nicht nachgeben!“ In diesem Heft ist wieder so ein Antrag drinnen, wo es heißt „die Landesregierung möge prüfen“. Wer sich mit diesem Problem befaßt, muß feststellen, daß dieser Antrag genau so knieweich ist wie allen anderen Anträge, die man bisher auf diesem Gebiet gestellt hat. Mein Antrag hat anders gelaundet, ich war im Finanz-Ausschuß so anständig — wir haben auf der Glattjochstraßentagung gesprochen, daß man einen gemeinsamen Antrag einbringen sollte — und habe auch mit Abg. Lackner von Donnersbach gesprochen und ihn ersucht, den Antrag gemeinsam zu stellen. Nicht ich allein, das liegt mir fern! Wenn man sich die politische Zusammensetzung dieser beiden Täler anschaut, so darf man sich nicht vorstellen, daß es nur Sozialisten oder nur ÖVP-ler sind. Aber man muß den Mut haben und diesen Herren sagen: Wir sind nicht in der Lage, wir wollen nicht! Aber, daß man hinfährt und diese Leute vertröstet, diese Bürgermeister nehmen sich dazu extra einen Tag frei, das geht nicht.

Ich sage nochmals, es handelt sich nur um das Projekt, ich stelle auch keinen Zeitpunkt, aber man müßte letzten Endes den Mut haben und sagen, es geht nicht, es geht überhaupt nicht. Ich weiß, der Herr Landeshauptmann wird sagen, die Prebichlstraße und die Tauernstraße sind notwendiger. Aber das wurde diesen Bürgermeistern bei der Jahresversammlung nie gesagt, man hat sich einfach davongeschlichen. Schade, daß Landesrat Brunner nicht hier ist, der weiß, heuer waren die Bürgermeister sehr böse, weil man sich auch wieder davonschleichen wollte. Das ging aber nicht, da die Bürgermeister zornig geworden sind. Ich sage noch einmal: Entweder sagt man, es geht in 3 bis 4 oder 5 Jahren oder es geht überhaupt nicht. Aber immer wieder die Bürgermeister zum Narren halten, das ist untragbar und unwürdig. (Zustimmung bei SPO.)

Abg. **Krempf**: Hohes Haus! Die Sicherheit auf unseren steirischen Straßen hängt nicht nur von den technischen Voraussetzungen ab, sondern auch vom disziplinierten Verhalten der Straßenbenützer. Das Autofahren ist nicht nur eine Sache des Könnens, sondern auch eine Sache des Gewissens. Ich möchte das deshalb feststellen, weil die meisten Unfälle in Steiermark nicht auf den schlechten Straßen passieren, sondern auf den guten und weil viele Kraftfahrer auf der Straße dahinbrausen und dahinrasen ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen. Wenn sich die Autolenker zu Fuß begegnen würden, würden sie voreinander den Hut ziehen, wenn sie sich aber per Auto begegnen, fahren sie sich gegenseitig über den Haufen. Diese Feststellung möchte ich machen, weil heute schon darüber gesprochen wurde, daß an den Straßen viel gearbeitet wurde und viel geschehen ist. Das danken wir nicht nur allein dem Amt, dem Baureferenten, die heute dafür gelobt wurden, sondern letzten Endes der Finanzkraft unseres Landes.

Trotz dieser positiven Feststellungen gestatten sie mir, auf einige Mängel hinzuweisen, die ich aus der Obersteiermark kenne, die mir besonders aufgefallen sind, und die in keiner Weise den Fremdenverkehr fördern, noch unserer motorisierten steirischen Bevölkerung entgegenkommen. Ich denke als Abgeordneter des obersteirischen Industriegebietes besonders daran, daß unsere Landesstraßen nicht allein den Fremdenverkehr hereinbringen, nicht nur unsere schöne Heimat erschließen, sondern daß auf diesen Straßen auch unsere Arbeiter durch Schlaglöcher zum Arbeitsplatz fahren müssen. Die Straßen sind durch Omnibus- und Lastenverkehr derart frequentiert, daß ein Fußgeher oder ein Kleinkrafttradbefahrer einfach an die Wand gedrückt wird. Ich denke da an die Straße nach Radmer von der Eisenbundesstraße weg oder an die Straße nach Breitenau, wo die Veitscher Magnesitwerke einen Betrieb haben. Auch die Straße von Fohnsdorf nach Knittelfeld hat noch immer eine Schotterdecke und ist nicht staubfrei. Wenn Sie den konzentrierten Verkehr in den Industriebezirken Judenburg, Knittelfeld, Zeltweg, Fohnsdorf usw. ansehen, dann kann man sich vorstellen, was sich darauf abspielt. Auf diesen Straßen, die nur eine Schotterdecke haben, müssen die Kraftfahrer und die Menschen, die zu

ihrem Arbeitsplatz fahren, viel aushalten. Es wäre auf diesem Gebiet sehr viel aufzuzählen.

Wir müssen trachten, daß speziell diese Mißstände berücksichtigt werden. Ich habe eingangs erwähnt, daß die Sicherheit auf den Straßen vom disziplinierten Verhalten der Straßenbenützer abhängt. Man muß aber auch darauf drängen, daß die Straßen so eingerichtet werden, daß alle Straßenbenützer zu ihrem Recht kommen, der Motorisierte und der Nichtmotorisierte, der Fußgänger und der Radfahrer.

Aber nicht nur der Zustand dieser Straßen, die durch unsere Industriegebiete führen, allein ist es, der uns bewegt, es gibt noch Orte in unserer grünen Mark, die vom Lärm der Hammerwerke, vom Ruß und Rauch der Hochöfen weit entfernt sind, in einem stillen Tale liegen. Diese Orte bieten unseren arbeitenden und erholungsbedürftigen Menschen Entspannung und laden zur Rast. Die Zufahrten zu diesen Orten sind miserabel und entsprechen keinesfalls den modernen Anforderungen. Ich denke da insbesondere an Tragöß-Oberort mit seinem Grünen See. Wer diese Landschaft kennt, weiß, wieviel Erholung man dort finden kann, oder wenn sie die Straße in die Ramsau bei Schladming, die Straße nach Johnsbach, über die Buchau nach St. Gallen nehmen, so sind das alles Straßen, die in die Täler hineinführen und dort in Steigen ausmünden und dann den Bergsteigern den Weg zur Höhe weisen. Ich glaube im Interesse aller Anwesenden des Hohen Hauses zu sprechen, wenn ich hier den ständigen Referenten ernstlich ersuche, die ärgsten Mißstände auf unseren steirischen Landesstraßen abzustellen und zielbewußt den weiteren Ausbau zu fördern. Es wurde heute schon einmal gesagt, daß die Straßen nicht nur die Lebensadern unseres Landes sind, sondern daß die Landesstraßen schließlich doch auch eine Visitkarte nach außen bedeuten.

Hoher Landtag, ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch kurz auf einige Bundesstraßen lenken und zwar nicht deswegen, weil sie von uns im Budget berücksichtigt sind, sondern weil durch Ihre Unterstützung erreicht wird, daß der zuständige Referent im Bund entsprechend nachdrücklich die Forderungen der steirischen Bevölkerung vertritt. Ich erlaube mir, hier besonders auf die Eisenbundesstraße hinzuweisen, die von Leoben über den Prebichl nach Eisenerz—Hiefrau und weiter hinaus nach Steyr führt. Gerade durch die Industriezentren der Steiermark führt diese Straße und gerade sie ist in einem derart miserablen Zustand. Sie mag vielleicht zu einer Zeit entsprochen haben, als man noch in Säcken das Erz zu den Hüttenwerken schleppen mußte. In der heutigen Zeit wird diese Straße den Erfordernissen in keiner Weise gerecht. Ich weiß, daß bereits damit begonnen wurde, diese Straße zu projektieren. Ich möchte den zuständigen Referenten sehr eindringlich bitten, die Projektierung der Präbichlstraße nicht mehr zu unterbrechen, sondern zu Ende zu führen, damit mit dem Bau begonnen werden kann.

Es ist klar, daß es noch viele Bundesstraßen gibt, deren Ausbau notwendig wäre. Ich denke an die Dreimärkter-Bundesstraße, die von Hiefrau—Wildalpen—Gußwerk und weiter nach Mariazell führt. Diese ist in der Autokarte der Schweiz als Karren-

weg eingezeichnet. Wenn Sie das Salztal kennen, werden Sie mir zugestehen, daß dieses Tal ein stilles und herrliches Tal ist, es liegt an uns, dieses naturbelassene Stück Land wieder unseren erholungsbedürftigen Menschen zurückzuerobern.

Gestatten Sie mir, daß ich auf die Ausführungen des Kollegen Hofbauer zurückkomme, der sich hier für die Glattjoch-Straße verwendet hat. Meine Damen und Herren! Ich zweifle nicht, daß diese Straße für die Steiermark von Bedeutung wäre. Das ist außer jedem Zweifel. Aber solange im Herzstück der Steiermark noch solche Straßen sind wie die Prebichl-Straße, glaube ich, wird es dringender sein, daß wir einmal die bestehenden Straßen zu dem ausbauen, wozu wir sie brauchen und dann erst eine Straße projektieren, die mehr oder weniger allein nur dem Fremdenverkehr nützt.

Zum Schluß kommend, möchte ich sagen, daß es uns wohl allen klar ist, daß wir breitere und bessere Straßen brauchen, damit die Räder, die zur Rationalisierung des Wirtschaftsablaufes wesentlich beitragen, damit aber auch die Räder der erholungs-suchenden Menschen des In- und Auslandes unbehindert rollen können. Der Zustand der Landes- und Bundesstraßen ist vor allem in der Steiermark noch immer unzulänglich. Hoher Landtag! Ich bitte um Ihre Unterstützung für meine berechtigt vorgetragenen Wünsche! (Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Hans Brandl:** Hoher Landtag! Wenn in der Budgetdebatte über verschiedene Probleme und Verbesserungswünsche bezüglich unserer steirischen Straßen gesprochen wurde, so erlauben Sie mir, daß ich ganz kurz auf einen Straßenzug aufmerksam mache, der sowohl für den Fremdenverkehr als auch für die Wirtschaft von Bedeutung ist und den auch der Herr Abg. Krempl schon erwähnt hat, das ist die Drei-Märkter-Bundesstraße zwischen Hiefrau und Gußwerk. Es handelt sich dabei wie gesagt um eine Bundesstraße und die Mittel dazu müssen vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Der Zustand dieses 70 km langen Straßenstückes ist aber ein derart schlechter, daß sich im Frühjahr dieses Jahres die Gemeinden des Salza-Tales und einige Wirtschaftsverbände zusammengeschlossen haben, um bei den zuständigen Stellen vorzusprechen und sie um eine Verbesserung zu ersuchen. Der Herr Abg. Krempl hat darauf hingewiesen, daß diese Straße in der Presse als Karrenweg bezeichnet wird und es ist sehr begreiflich, daß viele Autofahrer, die vom Gesäuse kommen, kehrt machen, obwohl die landschaftlichen Schönheiten des Salzatalles ja allgemein bekannt sind. Dem Vorstoß einiger oberösterreichischer Nationalräte ist es gelungen, einen bescheidenen Anfang zum Ausbau dieser Straße zu setzen.

Meine konkrete Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Udier lautet nun dahin, wieviel der Bund im Jahr 1958 für den Ausbau dieser Straße zur Verfügung stellt und meine zweite Frage geht dahin, ob Vorkehrungen getroffen wurden, daß im Winter dieses Jahres am Bau dieser Straße durchgeführt werden könnte, weil es sich dabei doch größtenteils um Verbreiterungsarbeiten handelt, also hauptsächlich um Sprengarbeiten. Diese ma-

chen es eigentlich ohne weiteres möglich, auch im Winter daran zu arbeiten. Ich will mich kurz halten und mein Ersuchen im besonderen an das Landesbauamt richten, dieser Dreimärker-Bundesstraße sein besonderes Augenmerk zu widmen, weil es sich hier um eine Straße handelt, die zwar durch ein sehr abgeschiedenes Gebiet führt, das aber gleichzeitig zu den landschaftlich schönsten unseres Landes gehört. (Beifall.)

Abg. **Neumann**: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Schon mehrere meiner Vorredner haben auf das Problem der Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen in unserem Land hingewiesen. Es ist dies ein Problem, das uns alle, Bauern, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende, in gleicher Weise betrifft und berührt, ein Problem, das alle berührt, die die Straßen als Fußgänger, Radfahrer, Motorradfahrer und Autofahrer benützen. Es ist eine Tatsache, daß der Zustand so mancher Landesstraße den Anforderungen des heutigen Verkehrs nicht mehr entspricht. Die Belastung der Straßen steigt von Tag zu Tag. So hat z. B. die Volkswagenvertretung Robinson in Graz vor kurzem erst den 5000sten Wagen in der Steiermark verkauft. So erfreulich diese Tatsache einerseits ist, weil sie von der ständigen Aufwärtsentwicklung unseres Lebensstandards zeugt, so beunruhigend ist sie auf der anderen Seite, weil unsere Straßen diesen erhöhten Anforderungen in keiner Weise mehr entsprechen.

Ich fühle mich vor allem genötigt, Sie darauf zu verweisen, wie katastrophal z. B. die Zustände auf den Straßen der Weststeiermark sind. Ich denke dabei vor allem an die Landesstraße Krems—Stallhofen—Graz einerseits und an die Strecke Söding—Stallhofen—Gaistal andererseits. Diese Straßen weisen eine Länge von rund 40 km auf. Ich glaube, in objektiver Weise sagen zu müssen, daß gerade dieses Straßenstück zu den schlechtesten des Landes zählt. Es ist so, daß auf dieser Straße täglich allein 26 Autobusse verkehren. Es passieren diese Straße Hunderte von Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte. Es nimmt auch der Durchzugsverkehr Söding—Stallhofen—Gaistal immer stärkere Formen an. Die Straßenwärter da draußen sind diesen Zuständen gegenüber machtlos. Den Schotter, den man heute auf der Straße aufträgt, findet man nächsten Tag verstreut in den angrenzenden Feldern. Es ist so, daß diese Straße praktisch nur mehr aus Schlaglöchern besteht.

Hohes Haus! So wie die Straßen im Kainach- und Södingtal sind aber viele Straßenstücke in der Weststeiermark und das wirkt sich auch ungemein hemmend auf die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung dieses ohnehin zurückgebliebenen Landesteiles aus. Und wenn heuer wieder schöne Ansätze in unserem Budget für die Erhaltung, Verbesserung und den Ausbau unserer Landesstraßen zu sehen sind — wir finden in der Gruppe 6 im Unterabschnitt 668 einen Betrag von nahezu 112 Millionen Schilling — so werden sich damit sicher die dringlichsten Lücken auf unseren Landesstraßen schließen lassen. Es ist einmal so, daß gute Straßen wie überall so auch ganz besonders bei uns

in der Weststeiermark die Grundlage für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sind. Wir sehen ja schon aus den Ansätzen im Budget, daß das Straßenwesen ein Schwerpunkt unseres gesamten Wirtschaftslebens ist. Wir hoffen, daß mit den Beträgen, die dafür im Budget vorgesehen sind, die dringendsten Lücken wieder geschlossen werden können und daß auch in der Weststeiermark weitere Straßenzüge ausgebaut werden können zum Wohle der Bevölkerung und unseres Landes. (Beifall.)

Abg. **Vinzenz Lackner**: Hohes Haus! Die Gruppe 6 hat erfreulicherweise eine besondere Erhöhung erfahren. Wir begrüßen das deshalb, weil die Gruppe 6 die lohn- und arbeitsintensivste Gruppe unseres Haushaltsplanes ist und mit dieser Gruppe 6 auch jene Notstandsgebiete wirtschaftlich betreut werden können, die weder Industrie noch sonst argend etwas haben. Mir tut es leid, daß bei Aufzählung der Notstandsgebiete, wenn auch berechtigt, zwar die südliche Steiermark angeführt, der Bezirk Murau aber beiseite liegen gelassen und vergessen wird. Wenn auch Kollege Ertl erklärt hat, die Landbevölkerung sei besser daran, weil sie Holz hat, so muß ich sagen, das Holz hat nicht der Klein- und Mittelbauer, sondern wenige Großbauern, und daß die Klein- und Mittelbauern dieses Gebietes zu einem Notstandsgebiet gehören. Es ist erfreulich, wenn wir im Vorschlag lesen, daß auch für dieses Gebiet Maßnahmen in Bezug auf Straßen- und Brückenbau vorgesehen sind. Es ist der Bezirk Murau der kinderreichste Bezirk von Österreich, der Durchschnitt beträgt 7 bis 8 Kinder pro Familie und es wäre eine familienfreundliche Politik, wenn man dort Maßnahmen durchführen würde. (Landesrat **Prietsch**: „Ein ausgesprochener OVP-Bezirk!“) Nicht so ausgesprochen, denn im Bezirk Murau ist ja auch die Gemeinde Murau — Ihre Domäne, Herr Landesrat Brunner und Sie können nicht von einem ausgesprochenen OVP-Bezirk reden, weil auch Arbeiter dort sind.

Benachteiligt ist dieser Bezirk auch dadurch, daß er klimatisch sehr ungünstig liegt. Der Arbeitsbeginn fällt in den Mai und muß im September beendet werden, so daß eine Arbeitszeit von knapp fünf Monaten zur Verfügung steht. Wenn ein Arbeiter dort beschäftigt ist, verdient er in diesen Monaten 9600 bis 12.000 S. Sie können daraus ersehen, daß es sich wahrhaft um ein Notstandsgebiet handelt und hätte der eine oder andere nicht eine kleine Landwirtschaft, wäre das Auskommen unmöglich. In Oberwölz, das an der projektierten Glattjochstraße liegt, ist die letzte Säge eingestellt worden, die 80 Leute beschäftigte. Der Gutsbetrieb Prankh will ebenfalls im Winter den Betrieb einstellen, so daß die Arbeitslosigkeit noch größer wird. Die Mittel für die Wildbachverbauung werden immer so spät zur Verfügung gestellt, daß man von der ohnehin kurzen Arbeitszeit noch einen Monat verliert. Es ist tief traurig, daß in Zeiten der Hochkonjunktur gerade in diesem Gebiet ein wirtschaftlicher Niedergang festzustellen ist. Ich möchte daher bitten, daß, wenn Arbeitsaufträge vergeben werden, dieser Bezirk besonders berücksichtigt wird und insbesondere

auf die Winterarbeitsmöglichkeiten, die sich im Straßenbau ergeben, Sprengungen u. dgl. besonders Bedacht genommen wird.

Es soll aber auch dieser Bezirk teilhaben an den Vorzugsprozenten und man soll vom Standpunkt ausgehen, daß nicht das Billigste immer das Beste ist. Da war einer billig, weil er seinen Leuten sogar die Trennungszulageentschädigung streitig machte und im arbeitsgerichtlichen Verfahren zur Zahlung verhalten werden mußte. Es waren fremde Firmen beteiligt, die 60 km und mehr weg sind, sie mußten die Maschinen in diese entlegenen Gebiete schaffen, sie hatten kein Stammpersonal und sind so unsozial, daß sie keine Leute mehr kriegen. Um den Nachweis zu erbringen, daß sie ihrem Auftrag nachkommen, fahren sie Sonntag mit ihren Familienangehörigen hin und basteln dort ein bisserl herum. Eine Firma, die über ein entsprechendes Stammpersonal verfügt, stellt heute einen Barometerstand für eine gute Leistung dar, wenn sie auch etwas teurer ist. Man müßte bei der Vergebung auch soziale Grundsätze berücksichtigen.

Die Straße Tamsweg—Murau geht ihrer Vollenendung entgegen. Man hat die Schäden des Abschnittes zwischen Stadl und Turrach nicht behoben, sondern sie gelassen wie sie waren. Das Schmelzwasser, das von beiden Seiten kommt, staut sich zwischen links und rechts überhöhten Böschungen bis zu einer Höhe von einem halben bis einem Meter und bildet direkt eine Autofalle. Wenn sie dort hinkommen, stehen die Autos im Wasser, Eis und Schnee. Es muß noch überprüft werden, ob nicht durch Aufschüttungen die Straße einigermaßen hergerichtet werden kann.

Ein anderes Kapitel: Trotzdem die Bundesstraße von Tamsweg nach Murau in gutem Zustand ist, wurde von Tamsweg über Seebach auch eine Straße angefangen; obwohl die Straße Tamsweg bis zur Landesgrenze sehr schlecht ist und einem Güterweg gleichkommt, hat man von der Landesgrenze weg Richtung Seebach eine 1½ km lange schöne breite Straße errichtet und dann momentan aufgehört. Ausgerechnet dort, wo Kehren anfangen, hat die Straße nur mehr 2½ bis 3 m. Es wäre anzufragen, warum der Straßenbau eingestellt worden ist und was neben der Bundesstraße diese zweite Straße, die nicht einmal ein Aufschließungsgebiet berührt, bedeutet.

Im Zuge der Straßenverlegungen und Ortsdurchfahrten kommt es mitunter auch zu Ablösen, die dem Betroffenen nicht immer ganz angenehm sind. Bei der Ablöse Weißkirchen ist der Fall vorgekommen, da mußte die Garage, das Lager dort abgetragen werden und man hat dem Eigentümer irgendwo anders etwas zugewiesen, was flächenmäßig nicht entsprach. Leider hat er statt 120 m<sup>2</sup> nur mehr 60 m<sup>2</sup> erhalten. Er ist ein Kohlenhändler, der 2 Wagen hat, einen mit 1 Tonne und einen mit 3½ Tonnen. Man hat ihm einen alten Stadl als Ersatzgarage angewiesen, dort kommt er mit dem 1-Tonner hinein, den 3½-Tonner muß er frei stehen lassen. Er hat dort kein Licht und kann deswegen besonders im Winter seinen Wagen nicht warten. Wie soll ein Frächter da arbeiten? Er hat sich mit einer Eingabe an das Amt gewendet und bisher, trotzdem es schon 2 Monate her ist, keine Antwort erhalten. Ich nehme

an, daß sein Ansuchen verlorengegangen ist und es nicht eine Absicht sein soll.

Ein anderes Kapitel, das auch mit dem Straßenbau zusammenhängt, sind die Güterwege. Ich will es nur kurz streifen. Ich habe gehört, daß am Pleschnitzberg ein Güterweg von 9 km liegt. Dieser Güterweg ist ein alter bestehender Gemeindeweg. Der Caterpillar, der dort gearbeitet hat, hat einen Schuttkegel von 45 Grad aufgeworfen. Der alte Gemeindeweg ist nicht mehr benützbar. Es war anzunehmen, daß die Gutsverwaltung Prankh die Besitzersleute, Kleinbauern, auf dem Güterweg fahren lassen wird, das war aber eine irrite Auffassung. Es steht jetzt eine Verbotstafel: „Verbot für alle Fahrzeuge“. Nur die Gutsverwaltung Prankh darf diesen Weg benützen. Oben auf dem Berg haben 3 Besitzer 85 Joch, zum Teil Weide, zum Teil Wald. Sie kommen mit dem Futter nun nicht mehr herunter. Ein anderer Besitzer hat durch den Bau 330 m Umzäunung seiner Weide verloren. Er mußte von 7 Stück Vieh 2 verkaufen, weil er für den Winter nicht das Futter hat und die ändern wieder denken daran, ihre Wiese und ihr Almgebiet zu verkaufen. Es schaut das so aus wie eine moderne Bauernleigei. Ich möchte schon, nachdem hier Landesmittel verwendet werden, daß man da nach dem Rechten sieht und diese Privatstraßen herrichtet, um sie auch der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Außerdem haben die Besitzer oft keinen Schadenersatz erhalten. So hat man z. B. einem der Besitzer 2 Joch seines Waldes mit 30-jährigem Bestand ruiniert, weil Felsblöcke bei der Sprengung heruntergefallen sind. Sein Schaden beträgt 5000 S und er hat bis heute keinen Groschen bekommen. Das ist nicht Sinn einer Förderung, wenn man auf der einen Seite hilft und auf der anderen Seite jemand schädigt, statt ihm zu helfen, weil letzten Endes Zwangsverkäufe und andere Schäden auftreten.

Ein Kapitel möchte ich auch noch erwähnen, daß auch schon der Abg. Neumann gestreift hat. So im Vorbeigehen möchte ich, da ich außer Abgeordneter ja auch Lokalpatriot bin, das „Vergessene Dorf von Obersteiermark“, Rattenberg, erwähnen.

Diese Angelegenheit kommt mir so vor wie die Sache mit dem Regenschirm: „nimm ihn mit, laß ihn da!“ Ein Jahr ist es drinnen im Budget, das andere Jahr wieder draußen. Diesmal ist es wieder einmal draußen. Es ist dies eine Sache, bei der die Schuld nicht den Referenten jener Abteilung trifft, weil die Lösung auf der Bundesebene liegt. Rattenberg hat 600 Einwohner. Geschädigt werden sowohl die Bauern als auch die Industriearbeiter. Diese, weil sie Schäden an ihren Fahrzeugen erleiden und jene, weil der Boden nicht bebaut werden kann, solange die Straße nicht gerichtet ist. An der Straße leben bis Knittelfeld rund 20.000 Menschen. Bisher wurden vom Bund rund 50% ausgebaut. Die Straße ist ja im Programm enthalten, und zwar so, daß man sie vorerst einmal bis Sillweg ausbaut. Ich möchte schon bitten, daß man sich bei den zuständigen Stellen dafür verwendet, daß man sie endlich bis Rattenberg fertigstellt. Es sind auch schon eine Menge Unfälle passiert, wenn Bergarbeiter in der Nacht müde von der Schicht heimfahren. Man müßte trachten, die Straße zunächst wenigstens bis zur Ortseinfahrt von Rattenberg instandzusetzen, weil

man dort ja keine andere Verbindung hat. Das wäre ein Wunsch.

Nun noch etwas anderes, mit dem ich zugleich schließen will. Anlässlich einer Rundfunkansprache hat ein Referent der Bundesstraßenverwaltung einmal gesagt, in Österreich ließen sich mit einem Betrag von 15 Milliarden Schilling die Bundesstraßen in 10 bis 12 Jahren in Ordnung bringen. Das Glattjoch-Projekt würde 150 Millionen Schilling kosten, also ein Hundertstel Prozent dieses Betrages. Und wenn man das auf 10 Jahre aufteilt, dann müßte sich das doch machen lassen. Ich weiß, daß das Verzettelung der Arbeitskraft ist, aber ich möchte doch noch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier fragen, wie das mit den 300.000 S ist. Er sagte nämlich im Finanz-Ausschuß, das sei eine Utopie und er höre das erstemal davon. Ich bitte den Kollegen Lackner von der anderen Seite, darüber zu berichten, wie das in Irnding damals bei der Versammlung vor sich gegangen ist. Man hat uns erklärt, daß der Nachfolger Illig's dieses Projekt weiterverfolgen und daß es in Angriff genommen wird. Als verschiedene Vorwürfe erhoben wurden, hat man erklärt: „Wir haben schon an dem Projekt gearbeitet, als Ihr nur davon geredet habt.“ Bitte, so etwas ist eine bedeutsame Erklärung. Aber ich meine, man soll uns einmal erklären, ob es nun gemacht wird oder nicht. Man soll nicht nur immer hinter verschlossenen Türen verhandeln und bei der Bevölkerung Hoffnungen erwecken, die man dann nicht einhält. Es wurden damals bei dieser Versammlung in Irnding auch die Grüße vom Herrn Landeshauptmann überbracht, der die Bevölkerung aufforderte, an dem Gedanken festzuhalten. Davon haben wir aber nichts. Das können wir uns jetzt einrahmen lassen und hinaufschauen zu dem Spruch. Die Bevölkerung hält sowieso daran fest, indem sie alljährlich diese Versammlung durchführt und dort immer ihren alten Wunsch vorbringt. Und diese Ziffer von 300.000 S hat der Herr Hofrat Mylius bekanntgegeben, der sich bei diesen Dingen auskennt, weil er einmal im Bundesvermessungsdienst für das Straßenwesen jahrelang als Berater tätig war vor seiner Pensionierung.

Abschließend möchte ich bitten, der Bevölkerung da oben nicht immer nur Hoffnungen zu machen, sondern einmal mit Tatsachen zu kommen. Wenn man der Bevölkerung einmal sagen kann, Ja, an dem Projekt wird gearbeitet, dann faßt sie gleich wieder neuen Lebensmut und bringt auch wieder die Kraft und Freude auf, von sich aus etwas zu investieren und das wirkt auch wieder arbeitsbeschaffend. Aber so weiß ja keiner, was er tun soll, wenn die Zukunft so unklar ist.

Ich bitte daher das Hohe Haus noch einmal, diesem Problem erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und bei diesem Kapitel die Verteilung der Mittel wie bisher so reichlich vorzunehmen und ich bitte auch unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter, daß er so wie bisher an der Neugestaltung und Erhaltung unserer Straßen arbeiten möge. (Beifall, Bravorufe bei der SPÖ.)

Abg. **Karl Lackner:** Hoher Landtag! Ich möchte noch einmal auf die Flußregulierungen zurückkommen. Vor 50 Jahren ist man daran gegangen, die

Enns zu regulieren, den Ennsboden zu entwässern, um so fruchtbaren Ackerboden zu gewinnen. Diese Arbeiten wurden bis zum Jahre 1938 auch erfolgreich durchgeführt. Auf Grund der Kriegs- und Nachkriegsjahre ist das gesamte Ennsboden-Projekt leider zum Stillstand gekommen. Die Erosion des Wassers ist weiter gegangen, die Wildbäche brachten mit jedem Hochwasser eine Menge Schotter in die Enns, solange, bis die Schleppkraft der Enns nicht mehr ausreichte, diesen Schotter weiterzuschaffen. Ich konnte mich selbst dort oben davon überzeugen. Die Folge ist eine Überstauung der Enns, eine Erhöhung des Wasserspiegels, so daß das seinerzeit durch die Entwässerung gewonnene Ackerland wieder versäuert.

Erfreulicherweise wurde durch die Initiative des Herrn Landeshauptmannes heuer wieder begonnen, die Schuttkegel an der Einmündungsstelle der Enns auszubaggern. Es sind auch bereits die ersten Erfolge sichtbar. Es stellt aber eine unbedingte Notwendigkeit dar, in Zukunft diesem Ennsprojekt wieder etwas mehr Augenmerk zuzuwenden, denn zwischen Gröbming und Irnding sind ungefähr 3000 ha wertvoller Ackerboden davon betroffen. Man spricht immer von der Gefährdung der Existenz der Bergbauern, daher ist es umso notwendiger, diesen fruchtbaren Ackerboden wieder ertragreich zu machen und zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. **Oswald Ebner:** Hohes Haus! Zu den Flußregulierungen möchte ich ein paar Feststellungen und Mitteilungen machen. Auch im Gebiet des Zusammentreffens der Mürz und Mur und etwas mehr aufwärts, ganz besonders im Bezirk Leoben, wenn wir bei Niklasdorf an das Murufer herantreten, werden wir sehen, daß auf der gegenüberliegenden Seite bei Döllach eine Gefährdung der gesamten Siedlungen am Ufer festzustellen ist. Es ist dies schon ein alter Schaden, aber es nicht möglich gewesen, bisher größere Mittel dafür aufzubringen. Ich möchte daher hoffen, daß das jetzt, wo es so eine zwingende Notwendigkeit geworden ist, in Angriff genommen wird.

Eine Regulierung ist auch notwendig beim Mürzfluß in der Gegend von Langenwang und Krieglach. Auch dort besteht die Notwendigkeit schon seit 10 Jahren. Schon vor einigen 20 Jahren, als ich Bürgermeister dort war, haben wir Kommissionierungen für die Mürzregulierung gehabt. Die sind dann irgendwo gescheitert durch die mangelnde Einsicht des Besitzers. Da dieser seinen Besitz bereits übergeben hat, könnte die Möglichkeit gegeben sein, auch an dieser Regulierung ohne Widerstand heranzutreten.

Nun zu den Straßenbauten bzw. zur Instandhaltung kurz folgendes: Erfreulich ist die Tatsache, daß das Land einen immer ansehnlicheren Betrag für die Instandhaltung und den Ausbau von Straßen im Budget aufnimmt. Bei der Tatsache, daß die Straßenzustände in den letzten 12 Jahren weitaus gebessert worden sind, ist mit der Besserung des Straßenzustandes erfreulicherweise auch der Fremdenverkehr gestiegen und wollen wir den noch weiter steigern, müssen wir selbstverständlich all unsere Naturschönheiten, über welche wir in nicht min-

derem Ausmaß verfügen, in unserer Heimat erschließen und insbesondere wegmäßig erschließen. Wie Abg. Krempl betont hat, muß man für die heimische Bevölkerung, für die Arbeiterschaft, aber auch für die städtische Bevölkerung gute Straßen bauen, damit die städtische Bevölkerung die Möglichkeit hat, auf möglichst bequeme Art hinauszukommen, um dort die würzige Bergluft zu genießen. Da haben wir nun — zur wirtschaftlichen Erschließung ist vielleicht zuviel gesagt, aber notwendig — folgende Straßenverbesserungen: Die Verbindung vom Mürztal mit dem Feistritzal. Da sind 3 bzw. 4 Straßenübergänge über das mittlere Gebirge, welche als mittelmäßig zu bezeichnen, aber doch unzulänglich sind. Hier ist es nun erfreulich festzustellen, daß bereits im heurigen Jahr wenigstens eine dieser Straßen in Angriff genommen worden ist, und zwar wurde mit der Alplstraße begonnen. Ich hoffe, daß in absehbarer Zeit dieser Ausbau beendet werden kann und gleichzeitig ein weiterer Straßenzug von Kindberg über Stanz und über Fischbach nach Birkfeld, welcher eine kolossale Frequenz hat, zum Ausbau in Angriff genommen werden wird. Nicht zuletzt muß ich auch darauf verweisen, daß wir auch Mittel brauchen, um unsere Bergbauernwirtschaften wegmäßig zu erschließen. Das ist die erste Notwendigkeit und die erste Voraussetzung für ihre Existenzhaltung. Es werden sonst unsere Leute an diesen Wegverhältnissen verzagen und ich glaube, daß es nicht zweckmäßig wäre, wenn dort Bauernhäuser verwaisen und leer stehen. Es würde die gesamte Bevölkerung darunter leiden.

Nun zur Wohnbauförderung kurz ein paar Worte. Seit dem Jahre 1949 habe ich die Ehre, hier alljährlich bei der Erstellung des Landesvoranschlages mitzuwirken und ich glaube, seit jener Zeit ist die Steiermärkische Landesregierung mit steigendem Erfolg darauf aus, der Wohnungsnot zu steuern. Alle Jahre sehen wir höhere Beträge im Budget und hören, daß nun wirklich die Not etwas eingedämmt ist, obwohl wir hier bei den Beratungen gerade mit der Fraktion von links nicht immer einer Meinung waren. Wir haben im besonderen den Eigenheimbau forciert, die Herren der SPO wollen lieber den kommunalen Wohnbau, obwohl wir vor 2 Jahren nachgewiesen haben, daß man mit demselben Betrag, den man ausgibt, um Wohnungen zu bauen, 3 Eigentumswohnungen unterstützen kann, während man im kommunalen Wohnbau diesen Betrag für eine Wohnung benötigt. Es freut mich, hören zu können, daß Sie sich nun endlich für den Eigenheimbau interessieren und gestern dafür gesprochen haben, daß Sie jetzt den Eigenheimbau fördern wollen. Es liegt ja nichts dagegen. (Abg. R o s c h : „Das ist schon seit 4 Jahren im Gesetz festgelegt.“) Es ist schon manches im Gesetz festgelegt, aber es hat dieses oder jenes nicht entsprochen und damit nichts forciert wird, so haben auch hier die Herren Kollegen von links diese Sache nicht forciert. (Abg. B a m m e r : „Sie sind ein Spätling, Herr Kollege!“) Ich will hoffen, daß das gestrige Wort wahr ist und es nicht beim Wort bleibt, sondern auch Taten folgen. (Beifall bei OVP.)

Abg. **Wegart**: Hoher Landtag! Ich habe einmal gehört, eine Rede soll 3 Vorzüge aufweisen, einen

guten Anfang, ein gutes Ende und drittens sollen Anfang und Ende möglichst nahe beieinander sein. Von diesem Grundsatz will ich mich leiten lassen, weil ich sehe, daß das Hohe Haus sich fortwährend der Uhr bedient.

Ich möchte zu einem ernsten Thema kommen, das mit den Straßen eng zusammenhängt. Ich habe mir die statistischen Nachrichten hergenommen und hier festgestellt, daß im Oktober 1957 5.887 Unfälle zu verzeichnen waren, 5.302 Verletzte und 255 Tote. Der Jahresdurchschnitt ergibt rund 70.000 Unfälle im Bundesgebiet, rund 65.000 Verletzte und rund 3000 Tote, das ist nahezu das Ergebnis eines kleinen Krieges in der Welt, den wir jährlich auf den Straßen im Bundesgebiet zu verzeichnen haben. Es wird daher zu überlegen sein, was zu tun ist, um dieser elementaren Ausweitung des Verkehrs auch durch den Ausbau der Straßen zu begegnen. Andere diverse Wünsche sind von den Kollegen geäußert worden und es ist notwendig und ich habe dieses Thema schon vor 2 Jahren als Berichterstatter behandelt und ich erlaube mir, neuerlich beim zuständigen Referenten und beim Landesfinanzreferenten vorstellig zu werden, ob nicht darüber hinaus, was das Land normal tut, die Möglichkeit einer Anleihe gegeben ist. Gerade die Elektrifizierung hat in den letzten Jahren immens zugenommen und man hat nur Schritt gehalten durch die Aufnahme von Anleihen. Über kurz oder lang wird es auch im Straßenverkehr zu solchen Maßnahmen kommen müssen, um die Einfallsstraßen in das Land und unsere langen Hauptverkehrsadern besser auszubauen.

Heute sind schon Worte über die Verkehrsdisziplin gesprochen worden. Nicht die mangelnde Verkehrsdisziplin allein, auch der Zustand der Straßen ist mitverantwortlich dafür, daß wir eine so hohe Unfallsziffer haben. Ich habe mir die Mühe genommen, einen Vergleich zwischen den amerikanischen Unfallsziffern und denen Österreichs aufzustellen. Derzeit sind in Österreich rund 1 Million Fahrzeuge angemeldet, während der amerikanische Durchschnitt weitaus höher ist. Auf den Kopf der Bevölkerung aber berechnet ist die Unfallsziffer in Amerika weitaus niedriger als bei uns in Österreich. Ein Beweis, daß eben dort die Straßen weitaus besser ausgebaut sind als bei uns, und zwar nicht nur mit Budgetmitteln allein, sondern man hat sich daran gewöhnt, für solche Zwecke Anleihen aufzulegen. Ich erlaube mir, diese Anregung auch hier vorzubringen, auch diesen Gesichtspunkt beim Ausbau der Straßen einmal zu prüfen und in Erwägung zu ziehen. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. **Scheer**: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Generaldebatte hat sich auf beiden Seiten insbesondere mit Wirtschaftsproblemen beschäftigt und der Herr Abg. Stöffler hat gesagt, er werde uns einen Spiegel vorhalten, in dem wir die derzeitige Wirtschaftslage sozusagen erblicken können. Er hat dann als General-Debattenredner — für eine der beiden Regierungsparteien besonders — eine Lebensschilderung der aufstrebenden Wirtschaft mit allem Drum und Dran gebracht. Das wollen wir ihm auch gar nicht verübeln. Nachdem wir aber jetzt zwei Tage die einzelnen Debattenredner angehört

haben, schaut dieser Spiegel denn doch wieder ganz anders aus, als ihn der Herr Generaldebattenredner gezeichnet hat. Es kamen da Dinge zum Vorschein, die dieses günstige Bild wieder etwas trüben. Die Bundesstraßen werden z. B. als Karrenwege bezeichnet, es wurde vom Wohnungsverfall gesprochen, von den vielen verstaubten Straßen usw., und zwar von Regierungsmitgliedern beider Parteien. Das waren alles durchaus keine Nörgeleien, sondern sachliche Kritik, die hier vorgebracht wurde. Schön und gut! Man soll nur so weiter machen, aber man soll auch in der Zeitung etwas darüber schreiben und dort nicht immer nur Schönfärberei betreiben, um dann zuletzt, wenn es darauf ankommt, doch zugeben zu müssen, daß es in Wirklichkeit ganz anders aussieht.

Ganz besonders ein Problem ist bezeichnend und das ist das Wohnungsproblem. Beide Parteien haben diese Frage aufgegriffen, haben aber trotzdem das Übel nicht an der Wurzel gefaßt. Es dreht sich letzten Endes doch alles um eines in dieser Frage! Man sollte hier gewisse privatwirtschaftliche Grundsätze nicht außer Betracht lassen, man muß bedenken, daß eben jede Ware auch ihren bestimmten Preis hat. Und wenn wir für die gleiche Ware verschiedene Preise haben, dann resultiert daraus dieser Zustand, den wir derzeit auf dem Wohnungsmarkt haben.

Ich möchte beginnen mit dem Mieterschutzgesetz, das keine der beiden großen Parteien angreifen will, obwohl beide in privaten Gesprächen ohne weiteres zugeben, daß dieses Mieterschutzgesetz längst reformbedürftig geworden ist. (Landesrat Prirsch: „Das sind die Sünden der Väter!“) Ja, gewissermaßen, aber Sünden, an denen beide Teile gleich beteiligt waren. (Landesrat Prirsch: „Weiß nicht, ob nicht Ihr Vater auch dabei war!“) (Heiterkeit.) Das Mieterschutzgesetz war einmal sicherlich notwendig. Aber heute sitzen in den Mieterschutzwohnungen nicht mehr die sozial Schwächeren, sondern meist Leute, die sich ganz gut eine andere und teure Wohnung leisten könnten. Die größten Geschäftspaläste z. B. hausen in solchen Mieterschutzräumen. Wo ist da der Sinn dieses Gesetzes noch gegeben? Das muß doch einmal in Ordnung gebracht werden! Ganz abgesehen davon, daß dieses Mieterschutzgesetz gegen das Staatsgrundgesetz von der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz verstößt. Ich sage gar nicht: „Weg mit diesem Gesetz!“, aber wenn die beiden großen Parteien schon immer vom Mietenproblem sprechen, so muß man doch die Sache einmal angehen, man muß diesen Mut aufbringen und das Mieterschutzgesetz den heutigen Gegebenheiten anpassen, muß es novellieren. Das will ich damit gesagt haben und sonst gar nichts. Einen besonderen Hinweis möchte ich noch geben, indem ich Ihnen mitteile, daß der Verfall der alten Wohnungen heute beinahe gleich groß ist wie der Zuwachs an neuen Wohnungen und daß von diesen alten Wohnungen, die da verfallen, 80% Mieterschutzwohnungen sind. Wenn man das alles weiß, dann weiß man auch, daß die Dinge nicht so weitergehen können und man daher unbedingt eine Lösung suchen und finden muß.

Was die Straßen anlangt, werde ich noch darauf zurückkommen beim Fremdenverkehr. (Landeshaupt-

mannstellvertreter Dipl. Ing. Udier: „Die gehören aber hieher und nicht zum Fremdenverkehr, es ist daher zweckmäßig, jetzt davon zu sprechen.“) Ich will über die Straßen nicht im einzelnen wiederholen, was die anderen Abgeordneten hier schon gesagt haben, ich will sie deshalb im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr bringen, weil es sich sowieso meistens um Bundesstraßen handelt. Und weil schließlich der Fremdenverkehr in engster Beziehung zu den Straßen steht, weil sich ja heute zwei Drittel des Fremdenverkehrs auf den Straßen abspielen und nicht über die Eisenbahn, daher muß man diese Dinge auch von der Seite des Fremdenverkehrs her einmal betrachten.

Ich will auch noch ganz kurz auf das Glattjochproblem zurückkommen. Es hat Lackner „1“ dem Lackner „2“ nicht widersprochen bei den 300.000 S. Ich war auch damals dabei in Irtdning, wo man die Angelegenheit dem Herrn Landeshauptmann vorgebracht hat. Tatsache ist, daß man das Problem nicht von der Seite her betrachten darf, ob diese Straße für die paar angrenzenden kleinen Gemeinden da oben notwendig ist oder nicht. Das darf bei der letzten Entscheidung nicht das Ausschlaggebende sein. Es kann dabei nur eines entscheidend sein, nämlich die Überlegung, ob diese Straße aus rein verkehrstechnischen Grundsätzen notwendig ist oder nicht. Ob aus diesen Gründen diese Straße zur Entlastung der anderen Straßen gebaut werden muß, ob sie als Zubringerstraße für den Fremdenverkehr notwendig ist, ob als Durchzugsstraße usw. Ja oder nein! Wenn „ja“, dann muß sie eben gebaut werden! Wenn „nein“, dann muß man den Mut haben, zu sagen, das ist Zukunftsmusik für die nächsten 30 oder 50 Jahre! So aber, wie man es jetzt macht, ist das Ganze ein unnötiges Hinauszögern wichtiger Entscheidungen zum Nachteil aller dieser Menschen da oben, die in Zukunft an dieser Straße zu leben haben werden, weil diese Leute sich ja zeitgerecht wirtschaftlich darauf einstellen müssen. Eine Zielrichtung den Bewohnern dieser Täler zu geben, sind wir mindestens verpflichtet, wir dürfen sie nicht dauernd in Ungewißheit darüber lassen, ob gebaut wird oder nicht. Soviel also zum Glattjoch! Jedenfalls, glaube ich, ist es nicht richtig, ein Politikum daraus zu machen und dauernd zu sagen „ja, die Schwarzen wollen, aber die Roten wollen nicht“ oder umgekehrt. (Landesrat Prirsch: „Und welche Farbe haben die anderen? Sie wollen ja auch! Was haben denn Sie dann für eine Farbe?“) (Abg. Dr. Pittermann: „Wahrscheinlich gestreift!“) Auf diesen Zwischenruf finde ich wirklich keine Antwort. Aber wir wollen uns nicht über die Farbe streiten, gestreift oder nicht gestreift, das ist ja Nebensache! Gehen wir ab vom Niveau dieses Zwischenrufes und bleiben wir lieber auf dem Niveau unserer Straßen, überlassen wir es dem Schlußreferat des Herrn Landeshauptmannes Udier, auf alle diese Anfragen zu antworten, die jetzt an ihn herangetragen worden sind. (Zustimmung bei FPO.)

Abg. **Bammer**: Hohes Haus! Ich möchte die kurzen Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Freunbichler, der sich mit der Wohnungsnot in Graz beschäftigt hat, ergänzen. Es ist richtig, daß durch die Änderung des Bundesgesetzes, betreffend Wohnraumlen-

kung, eine verringerte Zahl von Wohnungssuchenden beim Amt aufscheint. Die Ursache dafür ist, daß ein großer Teil der Wohnungssuchenden glaubt, daß die Dringlichkeitsbestätigung, mit der sie in einzelnen Stufen eingereiht sind, noch gültig ist und diese als verwendbares Dokument aufbewahrt wird. Es mag sein, daß sich viele davon überzeugen mußten, daß auch der Vormerkschein von sehr problematischer Bedeutung ist, weil er praktisch nur eine Bevorzugung gegenüber solchen Wohnungsinteressenten darstellt, die diesen Schein nicht haben. Wenn ein privater Hausbesitzer eine Wohnung vergibt, sucht er einen solchen Bewerber, der den Vormerkschein des städtischen Wohnungsamtes besitzt. Die Frage dieses Vormerkscheines ist auch deshalb bemerkenswert, weil ein nicht wesentlicher Teil der Wohnungssuchenden davon die Hoffnung ableitet, er müsse in absehbarer Zeit eine Wohnung entweder von der Gemeinde oder sonst irgendwo erhalten. Das ist eine falsche Hoffnung. Wir wissen es und bedauern es alle sehr. Sicherlich ist zu sagen, daß sich die sozialistischen Gemeinderäte in der Grazer Stadtverwaltung nicht von der Ziffer der betreffenden Wohnungswerber, die sich vormerken lassen, beeinflussen lassen.

Wir wissen, daß die Wohnungsnot viel größer ist und über diesen Rahmen weit hinausgeht. Die Gemeinde Graz hat allein — und da muß ich die Ziffer des Herrn Abg. Dr. Freunbichler korrigieren — im Jahre 1957 270 Wohnungen fertiggestellt. Unter diesen 270 fertiggestellten Wohnungen befindet sich ein Projekt mit 50 Wohnungen, das als Familienasyl gebaut worden ist und dazu dient, jene Familien, die als delogiert mangels einer anderen Unterkunft in einem Gastzimmer oder in einem Hotel untergebracht werden mußten, aufzunehmen. Diese Familien werden in dieses Familienasyl eingewiesen, wo sie bis zum Erreichen einer anderen Wohnung Aufenthalt nehmen sollen. Einerseits ist das eine Hilfe für die im Gasthaus Lebenden, andererseits eine finanzielle Entlastung der Gemeindefinanzen. Die Kosten, die die Gemeinde für solche Familien jährlich aufbringen muß, betragen  $\frac{1}{2}$  Million Schilling, ein wesentlicher Betrag, der nur als Zuschuß an die Gasthausbesitzer ausbezahlt wird, damit sie diese oft sehr kinderreichen Familien in den Gasthäusern beherbergen. Dieses Familienasyl wurde im Oktober dieses Jahres besiedelt und es ist gelungen, nahezu alle Familien, die in Grazer Gasthäusern untergebracht waren, unterzubringen. Die Reaktion darauf war, daß  $1\frac{1}{2}$  Monate später mehr als 20 Familien neu delogiert wurden und wieder in Gasthäusern untergebracht wurden. Es ist ein Faß ohne Boden. In dem Augenblick, in dem die Gemeinde unter Aufwendung der letzten finanziellen Mittel eine derartige Notlösung zu Ende führt, hagelt es neuerdings Delogierungen. Aussetzungsbescheide werden nicht mehr erteilt, weil in Gasthauszimmern eingemietet werden kann, wobei der betreffende Hausbesitzer oder Wohnungsinteressent, der die Wohnung freibekommen will, für 4 bis 6 Wochen einen Betrag erlegt, eine Vorauszahlung leistet, so daß die Ersatzunterkunft zur Verfügung steht. Wenn wirtschaftliche Not in diesen Familien eintritt, dann wird die Fürsorge in Anspruch ge-

nommen. Für das Jahr 1958 muß mindestens  $\frac{1}{2}$  Million auf diesem Gebiete als Zuschuß gegeben werden. Daß es in Graz eine echte Wohnungsnot gibt, wissen wir. Die Gemeinde Graz bemüht sich, Wohnungen zu erstellen, auch über Förderung vor allem der Genossenschaften, um die Not der am schwersten Betroffenen zu lindern.

Abg. Ebner hat „freundlicherweise“ darauf hingewiesen, daß auch die „Linke“ endlich soweit ist, Eigenheimbauten als richtig, notwendig und förderungswert anzuerkennen. Er hat aber übersehen, daß ein Bundesgesetz über die Wohnbauförderung beschlossen worden ist und daß nach diesem Bundesgesetz bereits 3 Jahre im Lande Steiermark die Mittel vergeben werden, und zwar zwei Drittel Bundesmittel und ein Drittel aus Landesmitteln. Ein Viertel dieses Betrages wird für die Förderung von Eigenheimen an Einzelsiedler dienen, ganz unabhängig, welche Stellung die im Beirat und in der Landesregierung vertretenen Parteien zu diesem Problem haben. Das ist eine gesetzliche Regelung (Zwischenruf: „Keine innere Wandlung.“) Es muß das buchstabengetreu eingehalten werden und auf die Einhaltung wird streng geachtet. Sie werden uns nicht weißmachen können und wollen, daß die Wohnungslage und die Möglichkeit, die Wohnungsnot durch Eigenheimbau zu lindern, in allen Gebieten unseres Landes gleich ist. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß zum Beispiel in Hausmannstätten oder in anderen kleinen Gemeinden, wo die Gemeindeverwaltung nie in der Lage ist, Wohnbauten zu errichten und sich auch keine Genossenschaft um dieses Problem kümmern könnte, die Wohnungssuchenden unter viel günstigeren Bedingungen Eigenheime errichten können. Sie werden aber zugeben müssen, daß in Graz nur in sehr beschränktem Ausmaß davon Gebrauch gemacht werden kann. Man wird sich ausrechnen können, wann der letzte Baugrund in Graz für Eigenheimbauten verbaut sein wird, dann gibt es wahrscheinlich in Graz wie in anderen Städten auch Hochhäuser und keine Einfamilienhäuser im Zentrum der Stadt. Graz hat auch nicht — und das ist eine kleine Korrektur der Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Freunbichler — die Möglichkeit, durch die besondere Gunst irgendwelcher Referenten Mittel zur Erbauung von Wohnungen zu erhalten. Die Mittel aus der Wohnbauförderung 1954 werden nach dem Gesetz auf Grund des errechneten Wohnungsfehlbestandes vergeben. Davon erhält Graz 40 bis 41% und nicht mehr als der Gemeinde Graz auf Grund des Gesetzes zusteht. Die Mittel werden beschlossen und angewiesen, es kann von keinem bestimmten Entgegenkommen die Rede sein, sondern nur von der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Wir wissen, daß es notwendig wäre, über diesen Betrag hinaus viel mehr Geld, Baudarlehen und Kredite für die Landeshauptstadt zur Verfügung zu stellen, wir wissen auch, daß es nicht immer möglich ist und daß man nur bis zu gewissen Grenzen gehen kann, weil auch in anderen Ländern Wohnungsnot besteht. Wir wünschen nur, daß die Bestrebungen, die in den letzten Monaten laut geworden sind, die Landeshauptstädte, die besondere Wohnungsnot aufweisen, durch Gewährung zusätzlicher Mittel zu unterstützen, an-

halten, damit es möglich ist, positive weitere Schritte auf dem Weg der Bekämpfung der Wohnungsnot in Graz zu unternehmen. (Beifall, Bravorufe bei SPO.)

Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. **Udier**: Hohes Haus! Ich will mit einem Politikum beginnen, das kein Politikum sein sollte, nämlich mit der Glattjochstraße. Dazu möchte ich folgendes festhalten. Vollkommen unpolitisch ist dieses Problem primär behandelt worden, als im Jahre 1949 der Herr Landeshauptmann mit mir und dem Referenten des Bauamtes versucht hat, dieses Problem zu erörtern und als wir diese Täler der Obersteiermark abgefahren sind, um einmal festzustellen, welche der Übergangstäler in den Niederen Tauern in Frage kommen. Wir sind in Donnersbachwald, im Sölketal, in Oberwölz, in Schöder und allen diesen Tälern gewesen. Damals war niemals die Rede davon, daß politisch diese oder jene Möglichkeit erörtert werden sollte. Als dann der Herr Landesrat Dr. Illig sich ganz besonders der Glattjochstraße angenommen hat, hat man das als den richtigen Zeitpunkt gesehen, nunmehr diese Täler politisch dadurch möglichst durcheinander zu bringen, daß man versuchte, immer eines gegen das andere auszuspielen und das Projekt Glattjoch immer in erster Linie auf das Tabet zu bringen. Würde man das nicht so politisch aufgezogen haben und nicht bemüht gewesen sein, in diesem oder jenem Jahr ein paar Leute, die an die ÖVP glauben, davon abzubringen und ein bißchen anders darüber zu denken, dann würden auch die vielen Abgeordneten sich nicht bemüht haben, dort immer dabei und am Platze zu sein.

Ich habe mir einmal den Unwillen des Herrn Landesfinanzreferenten zugezogen, als ich hier im Hause bei der Glattjochdebatte mir erlaubt habe zu sagen, wenn statt der vielen Worte lieber für jedes Wort eine Fuhr Schotter zur Verfügung gestellt werden würde, so würde mehr für diese Straße geleistet werden. Es ist bis heute auch nicht anders geworden.

Ich darf zurückkommen auf die Versammlung in Irtding, wo die ganze Besprechung auf Tonband aufgenommen worden ist. Eines ist nicht zitiert worden. Ich kann mich nicht erinnern, daß von den 300.000 S der Kosten des Projektes gesprochen wurde. Denn im Vorjahr ist es eigentlich darum gegangen, daß die Vorarbeiten für die Projektierung, soweit sie von uns, also vom Land aus zu leisten sind, gemacht werden und daß das Ministerium dann die Technische Hochschule in Wien mit der weiteren Projektierung beauftragen wird. Davon ist dort geredet worden, und man hat den einen oder anderen Standpunkt eingenommen. Ich darf kurz meine Äußerungen, die ich im Finanz-Ausschuß gemacht habe, wiederholen. Um 300.000 S ist die Projektierung nicht durchzuführen. Diese wird rund 2½ bis 3 Millionen kosten und ich sehe mich als Referent außerstande, einen Antrag auch nur zu ventilieren, diesen Betrag zur Verfügung zu stellen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Verwirklichung ja doch auf Jahrzehnte zurückgestellt werden müßte, wenn man sich die Verhältnisse unserer Straßen in der Steiermark betrachtet, ob es sich um Bundes-

oder Landesstraßen dreht. Ich werde trotz des Antrages, der heute im Hause vorliegt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, zu prüfen, ob und wie die Kosten für ein Generalprojekt zur Erstellung der Glattjochstraße aufzubringen wären, der Landesregierung einen Antrag vorlegen, der bestimmt nicht beinhalten wird, so oder so sei dieses Geld aufzubringen. Ich habe mich bei den Finanzverhandlungen für 1958 besonders bemüht, die notwendigen Korrekturen, die das Bauamt wünschte, von Seiten des Finanzreferates zu bekommen, das ist auch insofern gelungen, als wir tatsächlich gegenüber dem ersten Entwurf um 4 Millionen mehr aufbringen können. Aber ich sehe mich nicht imstande, davon einen Teil abzuzweigen, um ein Projekt für die Zukunft zu erstellen, wenn ich nicht einmal in der Lage bin, die Notwendigkeiten und mir selbst dringend erscheinenden Wünsche aller jener, die nicht gesprochen haben oder heute gesprochen haben, zu erfüllen. Es ist aussichtslos, auch auf dem Sektor der Bundesstraßen, daß wir in 10 Jahren dort bauen werden.

Ich möchte gleich auf die 15 Milliarden zu sprechen kommen. Wie Abg. Lackner schon erwähnt hat, würde es 10 bis 12 Jahre dauern, um die Bundesstraßen mit diesem Betrag in Ordnung zu bringen. Aber es ist dort ein Programm ausgearbeitet worden, rein theoretisch, wonach die Sanierung der österreichischen Straßen auf 15 Jahre aufgeteilt und mit einem Aufwand von jährlich 1'3 bis 1'5 Milliarden bis zum Jahre 1972, einschließlich das Jahr 1957, soweit gediehen wäre, daß dann der Zustand der Bundesstraßen so sein würde, wie man ihn schon heute haben möchte im Hinblick auf die Zunahme des Verkehrs und der Motorisierung und die Verkehrssicherheit. Die Motorisierung nimmt aber immer noch zu. Sie wissen, daß nach der Statistik im Jahre 1952 in der Steiermark 42.500 Fahrzeuge liefen, im Jahre 1956 92.500 und im Jahre 1957 bereits über 100.000. Wenn man heute hier gehört hat, daß die Volkswagenvertretung Robinson den fünftausendsten Volkswagen verkauft hat, so kann ich nur sagen, daß bis zum September 1958 alle neu anzuliefernden Wagen bereits verkauft sind. Wir wissen also schon im voraus, wie sich die Verhältnisse auf diesem Sektor gestalten werden. Damit im Zusammenhang wäre vielleicht noch zu sagen, daß der Zustand der Straßen nicht nur von der Zahl der Fahrzeuge allein abhängt, sondern hier spielt auch noch mit das Gewicht der Fahrzeuge, ihre Tragkraft und ihre Geschwindigkeit. Dieser Faktor — wenn wir vom Jahre 1937 ausgehen und ihn in diesem Jahr mit 1 benennen — betrug im Jahre 1952 bereits 12'6, im Jahre 1956 16'4, d. h. die Beanspruchung und die Belastung der Straßen nimmt in einem Ausmaß zu, daß wir, wenn wir auch sämtliche Straßen heute schon staubfrei machen könnten, ohne Ausbau trotzdem morgen oder übermorgen wieder **daran** gehen müßten, weitere Straßen auszubauen, zu verbessern und zu verbreitern, weil die Belastung der Straßen eben entscheidend ist. Darauf ist auch zurückzuführen, daß wir vor 2 Jahren so außergewöhnlich viele Frostaufbrüche auf unseren Bundes- und Landesstraßen hatten, und zwar nicht nur in Österreich sondern auch im Ausland. Ich bin damals von München nach Bregenz gefahren und es war eine

Katastrophe, in welchem Zustand die Straße damals war. Das alles ist eine Folge der enormen Belastungen und des nicht entsprechenden Untergrundes dieser Straßen, der für den heutigen Verkehr eben nicht mehr ausreichend ist. Diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß alle unsere Bemühungen, die Bemühungen des Landesfinanzreferenten, Mittel für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen, unzureichend sind.

Ich bin überrascht gewesen, in der Debatte so viele Wünsche vorgetragen zu hören, das ist lange Jahre nicht der Fall gewesen. Ich möchte sagen, beim Essen kommt der Appetit und gerade der Bezirk hat sich am meisten gemeldet, der eigentlich ein bisserl still sein sollte. Ich könnte die Abgeordneten des Feldbacher oder Leibnitzer Bezirkes rügen, daß sie bei der Staubfreimachung gegenüber jenen Bezirken, die heute sich besonders gemeldet haben, zurückgeblieben sind. Ausgerechnet die obersteirischen Bezirke sind ohnedies etwas günstiger daran. (Abg. Sebastian: „Wir haben keine Landesstraßen, nur Bundesstraßen.“) Wir sind bemüht, diese Staubfreimachung gleichmäßig im ganzen Lande zu verteilen, weil im Bezirk Feldbach mehr gemacht werden muß als in Judenburg, weil die Verhältnisse dort anders liegen, bekommen sie einen höheren Prozentsatz, weil wir gefunden haben, daß ausgerechnet die sich bemühen, ihre Straßen noch besser zu machen. Das ist begreiflich, weil niemand zufrieden ist.

Ich komme zur Breitenauer Straße, die ich selbst kenne. Es war eine Abordnung bei mir von der Belegschaft der Veitscher Magnesitwerke. Was helfen aber alle Vorsprachen von Delegationen, wenn wir uns darauf beschränken müssen, nur das Nötigste zu tun. Ich appelliere in diesem Zusammenhang an die Einsicht, je mehr Einzelwünsche von den Bürgermeistern, von den Bezirkshauptleuten und von den Abgeordneten vorgebracht werden, umso mehr verzetteln wir uns und umso weniger wird der Erfolg sichtbar. In der Obersteiermark sind so viele Baustellen, daß keine Straße fertig wird. Ich kann leider nie sagen, die oder jene Straße wird endlich fertig, sondern nur ein bestimmtes Bau- los. Dann muß ein anderer Bezirk, ein anderes Bau- los drankommen, um einigermaßen die Leute zufrieden- zustellen. Wir sollten uns mehr konzentrieren können, dann würden die Straßen viel rascher fertig- gestellt werden. Würden wir uns nur auf einige Ge- biete einigen, würden wir einen größeren Effekt er- zielen. Ich glaube nicht an einen wesentlichen Erfolg, solange wir auf solche Weise weiterarbeiten müs- sen.

Ich erspare es mir, auf die Straßenverhältnisse im besonderen noch einzugehen. Von der Belastung der Straßen wurde schon gesprochen. Man könnte ein Programm erstellen, wie es für die Bundesstra- ßen erstellt ist, das wäre aber ein theoretisches Pro- gramm, weil die Mittel nicht da sind. Im Jahre 1957 hätten 1'3 Milliarden zur Verfügung stehen sollen, in Wirklichkeit stehen nur 975 Millionen zur Verfü- gung, also beträchtlich weniger. Der Anteil, der aus der Mineralölsteuer dem Bunde zufällt und zweck- gebunden ist, von dem von uns allen verlangt wird, daß er zur Aufteilung kommt, würde dazu dienen,

die begreiflichen Wünsche aller Gemeinden und Landesstraßenreferenten zu erfüllen. Das im Ausbau der Bundesstraßen beachtliche Fortschritte erzielt werden, wird niemand bezweifeln. Dennoch muß es unsere Sorge sein, daß wir uns bemühen, noch und noch Mittel vom Bund zu erhalten. Allerdings auf dem Straßensektor werden diese 15'6 bis 16% un- seres Bevölkerungsanteiles außerordentlich streng eingehalten werden, während wir glauben, mehr be- kommen zu müssen, weil wir zurückgebliebene Ge- biete in der Steiermark, besonders im Osten im Straßensektor haben. Der als Automobilist auf der Straße fährt, singt dann das Lied der Baustellen, die ihn aufhalten, ihn abbremsen und nicht vorwärts- kommen lassen. Ich meine alle jene Baustellen, wo man tatsächlich stehen bleiben muß, weil man we- gen der Arbeiten nicht vorwärtskommen kann. Mich beruhigen die Klagen über die Baustellen deshalb, weil ich überzeugt bin, daß jeder Automobilist im Moment der Fertigstellung dieser Baustellen glück- lich ist darüber fahren zu können. Niklasdorf— Bruck war eine unangenehme Strecke, im Laufe des Sommers mußte ich einmal  $\frac{3}{4}$  Stunden stehen, heute denkt kein Mensch mehr daran, weil die Strecke in wenigen Minuten zu durchbrausen ist. Ich hoffe nur, daß wir unser Programm für die Bundesstraßen in den nächsten 5 Jahren so verwirklichen können, wie dies vorgesehen ist, weil wir dann die Hauptstra- ßenzüge soweit gebracht haben werden, daß man sagen kann, die ärgsten Fälle sind bereinigt, die Karrenwege sind verschwunden, wir kommen da und dort durch.

Nun ein Wort zur Dreimärkter-Bundesstraße. Diese Straße bedeutet ein sehr schwieriges Pro- blem, denn auf diese Länge hin ist die Straße sehr schmal und hat ein steiles Gefälle zur Salza hin. Sie muß durch Stützmauern gestützt werden. Auf dieser Straße werden wir noch lange zu tun haben. Wir sind seit dem vergangenen Jahr daran, von beiden Straßenämtern Liezen und Bruck, von Hieflau herein die ärgsten Schwierigkeiten zu beseitigen. Da wir diese Dinge in Eigenregie durchführen, sind wir selbst daran interessiert, die Arbeiten so lange als möglich durchzuführen, also in die Wintermonate hinein, so daß die Leute Beschäftigung finden, so- lange nicht der Schneefall einsetzt, der dann in die- sem Gebiet die Arbeiten praktisch unmöglich macht.

Es ließe sich über die Straßen noch viel erzählen, das Hohe Haus wird mir das ersparen. Ich bin be- reit, jedem Auskunft zu geben, wenn es notwendig ist.

Ich komme noch zu den Ausführungen des Herrn Abg. Wegart über die Unfallziffern. Nicht nur die Disziplinlosigkeit der Fahrer, so meinte er, sondern auch die Unzulänglichkeit unserer Straßen mitver- ursacht die Unfälle. Sicher ist dies der Fall. Jeder, der unsere Straßen kennt, weiß, daß es da und dort Mißstände gibt, die oft zu Unfällen führen. Ich muß aber noch einmal darauf hinweisen und an alle ap- pellieren, die mit dem Auto fahren: Es ist oft und oft auch die Disziplinlosigkeit der Straßenbenützer die Ursache der Unfälle. An sich läßt sich feststel- len, daß auf den bestausgebauten Straßen die höch- sten Unfallziffern vorkommen. Dort ist jeder ver- sucht möglichst viel Gas zu geben, um zu beweisen, daß das Fahrzeug in Ordnung und voll einsatzfähig

und nur die Straße unzulänglich ist. Auch dort, wo die Straße ausgebaut ist, auf geraden Strecken, wie zum Beispiel Niklasdorf—Leoben, passieren heute mehr Unfälle als seinerzeit vor dem Ausbau. Da kann man wahrlich nicht sagen, daß der Straßenzustand an dem Unfall schuld ist, sondern der Fahrer. Der Appell an die vielen hunderttausend Benutzer der Straße ist notwendig, um die Zahl der Unfälle zu mindern.

Abg. Ebner will neben dem „Alpl“ auch die „Stanz“ ausgebaut haben. Das sind Wünsche, die sich nicht auf einmal verwirklichen lassen. Es können nicht zwei Übergänge nebeneinander ausgebaut werden, solange dringendere Fälle noch offen sind.

Im Zusammenhang mit den Straßenwünschen bzw. Beschwerden wurde vom Abgeordneten Lackner auch vorgetragen, daß ein Besitzer bei der Ablöse wieder einmal nicht befriedigt worden sei. Derartige ereignet sich laufend, jede Grund- und Gebäudeablöse verursacht Schwierigkeiten noch und noch. Jeder sagt sich, da kann ich ein Geschäft machen, außerdem hängt jeder an seinem Gut und will nichts hergeben, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Es handelt sich in diesem Fall um den Frächter Schwarzenbrunner, der ja bei der Verhandlung am 13. und 14. Juni 1957 dabei war und sich dort mit der Lösung des Problems und dem Ersatz, der ihm angeboten wurde, einverstanden erklärt hat. Erst nachher hat er sich an die Abteilung mit einem Schreiben gewendet und erklärt, daß ihm dieser Ersatz nicht entspricht. Ich muß das sagen, damit klar gestellt wird, wie die Dinge wirklich liegen, und nicht nur eine Seite gehört wird, wenn auch noch eine zweite da ist.

Ich muß aber auch ein wenig von den Straßen abgehen und bemerken, daß über das Bauamt nicht nur die Straßen betreut, sondern auch noch enorme Summen für andere Zwecke ausgegeben werden. Von der Summe von 450 Millionen Schilling, die wir im Jahre 1957 durch das Bauamt verbauten, entfallen 56,2% auf Straßen- und Brückenbau, das sind 252 Millionen. Der Großteil des Geldes ist also für Straßen- und Brückenbau aufgewendet worden. Wir haben die Mittel eingesetzt, so gut es geht, aber sie reichen eben nicht aus, um alle Wünsche und vorgetragenen Bitten zu befriedigen. Im Wasserbau haben wir 15 Millionen Schilling verarbeitet.

Vielleicht sind noch wichtig die Wasserleitungs- und Kanalisationsbauten. Das ist ein übles Kapitel, das hineinfällt in die schon wiederholt hier geführte Debatte bezüglich Zentralisation oder Dezentralisation. Die Zentralstellen machen uns viele Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung und Verarbeitung der Projekte. Die Mittel auf der Bundesebene sind auch hier viel zu gering. Wir selbst haben in der Steiermark Baugenehmigungen, für die der Bund Mittel zur Verfügung stellen soll, die allein 24 Millionen ausmachen und der Bund hat 10 oder 11 Millionen für das ganze Baugebiet auf diesem Sektor zu verarbeiten. Das Bundesministerium ist daran, ein neues Wasserbautengesetz auszuarbeiten und alle, die daran interessiert sind, daß die Wasserversorgungsanlagen möglichst in allen Städten und Siedlungen in Ordnung kommen, müßten sich bemühen, dieses Gesetz möglichst bald zum Tragen zu brin-

gen. Dazu müssen aber dem Ministerium mehr Mittel zur Verfügung stehen als bisher. Es müssen von allen Seiten alle Bemühungen gemacht werden, diese Mittel zu verstärken, damit den einzelnen Verwaltungskörperschaften die Möglichkeit gegeben wird, schneller vorwärts zu kommen.

Der Landeshochbau hat im Jahre 1956 48 Millionen verbraucht. Das Geld wurde verwendet zur Fertigstellung der Bezirkshauptmannschaft Hartberg, weiters für den Zubau zur Bezirkshauptmannschaft Leoben, zur Fertigstellung von Rosenhof und Blümelhof, für die zweite Baustufe des Landeskrankenhauses Wagna und anderes mehr. Auch der Bund hat für den Hochbau Mittel zur Verfügung gestellt und ich bringe im Anschluß an die gestrige Debatte noch ein paar Ziffern, die nicht uninteressant sind. Es sind im Jahre 1957 die Mittel, die man für die Mittel- und Hochschulen brauchte, in Steiermark auf 28 Millionen gestiegen, während es im Jahre 1954 noch 9 Millionen waren. Man hat also hier auch mehr gemacht als es den Anschein hat. Wenn man die Situation auf diesem Gebiet betrachtet, so sind in den Jahren von 1954 bis 1957 für die Technische Hochschule aufgewendet worden 27 Millionen, für die Universität 19 Millionen, für das Chemie-Institut 3 Millionen und für die Mittelschulen 20 Millionen, das sind schon Ziffern, über die man nicht hinwegsehen kann. Es ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß auch von Seite des Bundes auf diesem Gebiet etwas geschehen ist. Der Neubau der Technischen Hochschule kostet 47 Millionen Schilling, die Mittelschulen kosten 21 Millionen, es ist weiterhin in Irdring ein Bau erstellt worden mit 16 Millionen Schilling, ferner das Landesarbeitsamt in Graz mit 16½ Millionen Schilling, das Wasserbaulaboratorium auf der Technik mit 11½ Millionen Schilling. Es geht alles in die Millionen, was hier für einzelne Bauten oder für die Sanierung bereits bestehender Bauten aufgewendet wurde. Wir müssen uns immerhin freuen, daß langsam das nachgeholt wird, was hier durch viele Jahrzehnte versäumt wurde, doch will ich damit nicht sagen, daß wir nicht mehr Mittel gebraucht hätten.

Damit habe ich in kurzen Umrissen und bei Gott nicht erschöpfend einiges über das Bauwesen gebracht. Am Schluß will ich nicht verabsäumen, allen jenen, die auf diesem Sektor im Lande tätig waren, den Straßenwärtern draußen, den Wasserbauarbeitern, den Technikern, Zeichnern und anderen Angestellten des Bauamtes, den Ingenieuren, sowohl den leitenden Ingenieuren als den Ingenieuren auf den Baustellen, dem Herrn Baudirektor und allen anderen Angestellten und Arbeitern Dank zu sagen im Namen des Landtages für ihre geleistete Arbeit, denn es wissen alle, daß diese 450 Millionen Schilling, die da verbaut wurden, zuerst sinnvoll geplant und verarbeitet und später kontrolliert und abgerechnet werden müssen und daher viel Mühe und Sorgfalt verursachen. Mit diesem Dank will ich meine heutigen Ausführungen schließen. (Allgemein starker Beifall und Bravorufe.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Die Gruppe 6 ist wirtschaftspolitisch, volkspolitisch, verkehrs- und sozialpolitisch von besonderer Bedeutung. Das kommt auch in der großen Zahl der Debattenredner

zum Ausdruck. Wenn ich noch einmal auf das Straßen- und Flußbauwesen kurz zurückkomme, dann deshalb, weil ich schließlich und endlich als der einzige Vertreter des Bezirkes Fürstenfeld, der immer so schwer bedrängt wird (Heiterkeit), hier das Wort ergreifen will.

Das Hohe Haus und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier werden nicht böse sein, wenn ich kurz auf die Flußregulierung der Feistritz, der Rittschein und die Safen- und Lafnitzverbauung hinweise. Hinsichtlich der Straßen- und Wegebauwünsche darf ich sagen, daß offensichtlich ein ehrliches und redliches Bemühen von seiten des Landesbauamtes festzustellen ist, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Ich würde bitten, daß dieses Bestreben auch weiterhin, wenn auch durch die Mittel bedingt, in verhältnismäßig bescheidenem Ausmaß weiterhin wirksam bleibt. Vor allem Söchau sollte im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stehen. Unser Volksschriftsteller Frankl, für den ich ganz gerne einmal einen Preis sehen würde, hat Söchau als „Das gelobte Land“ bezeichnet und deshalb sind auch die Straßen, die von und nach Söchau führen, von Bedeutung. Ich glaube daher, daß die Straße Söchau—Stubenberg, an der nur stückweise gearbeitet wird, nicht vergessen werden darf und ebenso nicht die Straße Söchau—Hartmannsdorf—Feldbach, denn dort staubt es wirklich recht arg. (Zustimmung). Ich hoffe also, daß diese Ausbauten, wenn auch im bescheidenen Maße wieder weitergeführt werden können; ebenso wichtig sind aber auch die Straßenquerverbindungen. Wenn es möglich ist, könnten aus ersparten Mitteln, obwohl es nicht im Programm steht, einige Übergänge vom Feistritz- ins Lafnitztal geschaffen werden, die sich segensreich auswirken würden.

Ich habe in meinem Referat auch das Verkehrsrecht zu führen und Abg. Wegart hat mit Recht auf die steigende Zahl der Verkehrsunfälle hingewiesen. Gerade in den letzten Wochen hat es deren eine Vielzahl auch in der Steiermark gegeben. Selbstverständlich sind die Straßenverhältnisse hier auch irgendwie in Betracht zu ziehen. Aber ich möchte sagen, auf die Dauer werden wir in Österreich ohne eine gewisse Geschwindigkeitsbegrenzung nicht durchkommen, wollen wir dieser steigenden Zahl der Verkehrsunfälle wirklich Herr werden. Rücksicht und Vorsicht sind vor allem notwendig! Vorsicht, das gilt nicht nur für den Autofahrer, das gilt für alle Straßenbenützer und Rücksichtnahme sollten auch alle üben! Ich führe die steigende Zahl der Verkehrsunfälle auf unser ganzes gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zurück. Dieses Hasten, diese nervöse Zeit! Jedes Zeitungsblatt bringt es, letzten Endes zum Ausdruck, daß wir in einer sehr unruhigen Welt leben. Diese Dinge müssen sich natürlich auch auf die einzelnen Straßenbenützer, vor allem auf die Kraftfahrer auswirken. Deshalb sei noch einmal gesagt, wenn wir die Unfälle eindämmen wollen, kann dies nur durch eine gewisse Geschwindigkeitsbegrenzung geschehen. Jeder Straßenbenützer und besonders der, der am Volant sitzt, muß aber vor allem Rücksicht und Vorsicht üben.

Meine Damen und Herren! Die Gruppe 6 ist aber auch eine Frage der vorhandenen Mittel. Das gilt

sowohl für den Straßenbau als auch für den Wohnungsbau. Wir sind uns alle darüber einig, daß hier berechnete Forderungen und Wünsche noch in weitgehendem Maße offen sind. Wenn wir diese Wünsche und Forderungen erheben, dann mag es vielleicht nicht ganz unzweckmäßig sein, darauf hinzuweisen, daß unsere öffentlichen Körperschaften durch die Verhältnisse — das soll keine Kritik sein -- Aufwendungen in einem so großen Maße tätigen müssen, daß sich das irgendwie auf andere Gebiete, vor allem auf den Straßenbau und auf die so dringende Wohnraumbeschaffung auswirken muß. Ich möchte mich hier nicht in eine politische Debatte über das Wohnungsproblem und seine Entstehung einlassen. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, daß die Maßnahmen, die nach dem ersten Weltkrieg auf diesem Gebiete gesetzt werden, mögen sie auch seinerzeit vordringlich und ohne Zweifel zum Teil gut gemeint gewesen sein, aber man ist durch diese Maßnahmen aus der gesunden wirtschaftlichen Ordnung gekommen und heute besteht die Tatsache, daß für die Wohnraumversorgung der anwachsenden Bevölkerung, aber auch für die erfreulicherweise steigenden Ansprüche, fast ausschließlich nur mehr die öffentliche Hand zu sorgen hat. Die private Wohnbautätigkeit ist ja, abgesehen von „Einzelsiedlern“ in Österreich fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Wenn die öffentliche Hand sowohl für die Straßen als auch für die Wohnungen nicht die ausreichenden Mittel zur Verfügung stellt, so nach meiner Kenntnis nicht zuletzt deshalb, weil wir nicht nur auf dem Wohnungs- und Mietensektor aus der gesunden wirtschaftlichen Ordnung gekommen sind, sondern auch auf vielen anderen Gebieten. Ich sage noch einmal, daß das alles keine Kritik ist, aber wenn wir bei Durchsicht des Bundesbudgets feststellen müssen, daß die Post und Bahn für das Jahr 1958 einen Abgang von 3 Milliarden 32 Millionen Schilling aufweist, wenn wir uns vor Augen halten, daß dies ein tägliches Erfordernis von mehr als 8 Millionen Schilling seitens der öffentlichen Hand, also des Bundes bedingt, wenn wir überdies wissen, daß für die sicherlich notwendigen Lebensmittelstützungen der Betrag von rund 13 Milliarden Schilling aufgebracht wird, also auch täglich ca. 3 Millionen Schilling, was zusammen rund 11 Milliarden Schilling ergibt, oder wenn wir uns vor Augen halten, daß der sicherlich notwendige soziale Aufwand des Bundes mit 82 Milliarden präliminiert ist, so daß also zusätzlich aus dieser Sparte eine tägliche Belastung von 23 Millionen Schilling resultiert, so sagt das genug. Das ist keine Kritik, ich stelle nur reine Tatsachen fest. Wir verzeichnen allein für diese 3 Posten — Maßnahmen der Länder und des Bundes hinsichtlich der Tarife sind gar nicht berücksichtigt — einen täglichen Aufwand von rund 34 Millionen Schilling. Ja, wenn im Lande Steiermark für die Wohnbauförderungsmaßnahmen 1958 im ganzen Jahr nur rund 120 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, so ist das sicherlich ein beachtlicher Betrag, aber im Hinblick auf die vorangeführten Beträge müssen wir feststellen, daß es sich hierbei doch um eine recht bescheidene Summe handelt, die bei anderen Sparten lediglich den Zuschußbedarf von 3 oder 4 Tagen

darstellt. Warum ich das sage? Um hier zum Ausdruck zu bringen, daß es der öffentlichen Hand oder besser gesagt, dem Steuerzahler, das sind heutzutage wir alle, noch lange Zeit beim besten Willen und Können nicht möglich sein dürfte, der Wohnungsraumnot wirklich mit der notwendigen Energie und Eile an den Leib zu rücken, wie wir es alle wünschen würden.

Hohes Haus! Das Land Steiermark hat seit dem Jahre 1949 diesen Wohnbauförderungsfonds. Er ist damals eingeführt und mit einer Million dotiert worden. Wie könnte es auch anders sein — im Laufe der 9 Jahre wurde an diesem Wohnbauförderungsfonds in verschiedener Weise Kritik geübt. Tatsache ist aber, daß der Landeswohnbauförderungsfonds sich für die Steirische Bevölkerung sehr segensreich ausgewirkt hat. Wir waren immerhin in der Lage, mit diesen Mitteln jährlich im Durchschnitt 1000 Wohnungen zu fördern. Hierbei handelt es sich überwiegend um Einzelsiedler.

Hier im Hause ist davon gesprochen worden, die Stadt Graz habe nicht das erhalten, was ihr auf Grund des Gesetzes zustehe. Das stimmt nicht! Ich muß sagen, daß wir gerade in der letzten Zeit die Stadt Graz von einer gewissen Sorge befreit haben, das waren die viel umstrittenen Kripas-Bauten. In Zusammenarbeit mit dem Bund ist es nach nicht ganz leichten Verhandlungen gelungen, innerhalb der Landesregierung diese Frage zu lösen.

Ich habe hier, so wie alljährlich, eine genaue Statistik über den Landeswohnbauförderungsfonds. Daraus will ich Ihnen nur einige Zahlen nennen. Auch im Jahre 1957 haben diese Landesmittel wieder zu 54% Arbeiter erhalten, 14% waren öffentliche Angestellte, 8,6% Privatangestellte, 4,4% Rentner und Pensionisten und 19% freie Berufe. Der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt wie in früheren Jahren rund 80%. Ich sage es nicht nur, um damit zu dokumentieren, wie sozial diese Mittel verteilt werden, sondern deshalb, weil es ein überaus erfreuliches Zeichen dafür ist, wieviele sogenannte Unselbständige, wenn sie nur einigermaßen die Möglichkeit haben, hinsichtlich der Wohnversorgung zur Selbsthilfe greifen. Ich darf noch hinzufügen, daß diese Leute sehr sehr große Opfer bringen, um sich ein eigenes Heim und eine eigene Wohnung zu schaffen.

Es ist an mich im Ausschuß und auch hier der Wunsch herangetragen worden, das Referat möge vor allem auch die Städte und Industrieorte, vor allem in der Obersteiermark, bei der Verteilung der Mittel an die einzelnen Siedler entsprechend berücksichtigen. Wir werden das sehr gerne tun und ich freue mich, daß sich hier auch die Meinung einiger Herren aus der Sozialistischen Partei hinsichtlich der Behandlung und Förderung des Einzelsiedlers wesentlich geändert hat. Bürgermeister Dr. Speck, der damals auch dem Landtag angehört hat, hat im Jahre 1951 anlässlich der Budgetdebatte zum Ausdruck gebracht, dieser Siedlungsbau, vor allem in den Großstädten und Industrieorten, sei doch recht bedenklich. Er sagte, daß es eine falsche Zersplitterung der Mittel sei, weil die Verbauung sich nur auf den Stadtrand erstreckte, während man doch eine konzentrierte Verbauung innerhalb der

Stadt herbeiführen müßte. Er führte weiter aus, daß der Kleinsiedlungsbau eine ungelenkte Verbauung darstelle, bei der die Städte die ungeheuren Projektierungskosten und Aufschließungskosten übernehmen müßten, und die dann die allgemeinen Steuerlasten unnötigerweise erhöhen. Er stellte auch fest, es sei auf der anderen Seite die Frage zu stellen, ob dieser Kleinsiedlungsbau auf die Dauer das Richtige sei. Ihren Feststellungen entnehme ich nun, daß nunmehr auch Sie der Meinung sind, man könnte auch in größeren Orten, also auch in Graz, den Kleinsiedlungsbau fördern. (Abg. Sebastian: „In Siedlungsgebieten doch selbstverständlich! Sie wissen ganz genau, um was es geht!“) Das habe ich, Herr Kollege Sebastian, nicht bestritten! (Abg. Sebastian: „Sie tun so, als wenn wir gegen die Einzelsiedler im Land wären!“) Sie haben erst heute zum Ausdruck gebracht, daß den Einzelsiedlern in den Städten und Industrieorten mehr Augenmerk zugewendet wird.

Hinsichtlich der Wohnbauförderung 1954 möchte ich folgendes sagen. Dies ist eine Sparte, die sich zu zwei Drittel vom Bund gespeist wird. Auch hier ist die Aufteilung auf die Sektoren: Barackenersatz, Gemeindebauten, Wohnbaugesellschaften und Einzelsiedler wieder so, daß 50% der Mittel auf Arbeiter, 19% auf öffentliche Angestellte, 8% auf Privatangestellte, 7% auf Rentner und Pensionisten, 16% auf freie Berufe entfallen. Hier sind 87% der Mittel Lohn- und Gehaltsempfängern zugeflossen.

Hohes Haus! Ich erwähne noch, daß aus diesen Wohnbauförderungsmitteln von rund 120 Millionen laut Voranschlag der Stadt Graz im Jahre 1958 sicherlich Mittel von 40 bis 45 Millionen für Wohnbauzwecke zufließen werden. Ich glaube, daß damit doch im Hinblick auf die Wohnbautätigkeit in Graz ein gewisser beachtlicher Erfolg gesetzt wird, umso mehr, wenn auch der Bundes-Wohnungs- und Siedlungsfonds — leider ist dort nicht der Bevölkerungsschlüssel maßgebend — etwas dazu beiträgt. Zwar habe ich mit Bedauern gehört, daß man die Steiermark kürzen will, dagegen müssen wir uns entschieden stellen. Jedenfalls steht das Land Steiermark als Bundesland hinsichtlich des Wohnbauförderungsfonds an der Spitze. Es wird und muß nach meiner Auffassung auch weiterhin unser Bestreben sein, der Wohnraumversorgung das größte Augenmerk zuzuwenden. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Berichterstatter Abg. Ing. Koch: Nachdem 15 Redner zum Kapitel 6 gesprochen haben, stelle ich den Antrag, über die Gruppe 6 abzustimmen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 6 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung des Landtages und werde die Verhandlungen um  $\frac{1}{3}$  Uhr pünktlich wieder aufnehmen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 25 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 40 Minuten wieder aufgenommen.)

### Gruppe 7, Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist Abg. Ertl, ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hohes Haus! Die Gruppe 7 weist auf eine Einnahmensumme von 4.947.600 S, Ausgaben von 72.525.900 S. Die im Finanz-Ausschuß beschlossenen Zusatzanträge zum Budget liegen den Mitgliedern des Hauses in der Beilage auf. Ich darf hier nur einige Berichtigungen durchführen. Post 731,704 wird aufgelassen, bei Post 731,703 wird der Betrag von 3 Millionen Schilling auf 3.500.000 S erhöht und folgender neuer Text festgesetzt:

„Um der Abwanderung von Kleinlandwirten vorwiegend in den Bergbauerngebieten vorzubeugen, werden Beihilfen und Darlehen für die notwendigsten Instandsetzungen an den reparaturbedürftigen Bauobjekten und sonstige Wirtschaftshilfen gewährt. Auch können aus diesen Ansätzen für Viehschäden an notleidende Kleinbauern Zinszuschüsse für Viehankaufsdarlehen bis zu einer Laufzeit von 4 Jahren gewährt werden.“

Zu Post 731,723 ist in der Berichtigung ein Fehler bei Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Dieser Ansatz ist nicht um 1 Million, sondern lediglich um 500.000 S zu vermindern. Dementsprechend ist der Ansatz unter Post 731,726, Technisierungsmaßnahmen im bäuerlichen Haushalt, nicht um 1 Million, sondern um 500.000 S zu erhöhen. Erfreulicherweise ist es auch gelungen, in der Behandlung bei Gruppe 7 eine neue Post festzulegen, und zwar den Betrag von 2 Millionen S für das Grenzland und die Bergbauerngebiete. Nachdem die im Voranschlag festgesetzten Ansätze der Gruppe 7 und sämtliche Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge im Finanz-Ausschuß genehmigt wurden, ersuche ich die Mitglieder des Hohen Hauses, diesen Anträgen ihre Zustimmung zu geben.

Abg. 1. Präs. Wallner: Hoher Landtag! Es gehört schon seit einer Reihe von Jahren zur Gepflogenheit, daß ich als Vertreter der Kammer für Land- und Forstwirtschaft die Wechselrede der Gruppe 7 eröffne. In dieser Zeit hat sich so manches auch in der Wirtschaft geändert. Haben wir uns in den ersten Jahren der Nachkriegszeit hier im Landtage oft mit dem unzureichenden Aufkommen an Lebensmitteln und mit der mangelnden Erzeugungskraft der Landwirtschaft beschäftigt und darüber beraten, was alles zu unternehmen wäre, um aus der Zeit des Mangels herauszukommen, so können wir heute feststellen, daß sich die Landwirtschaft vor allem im Laufe der letzten Jahre zu einer Produktionskraft entwickelt hat, die sich sehen lassen kann. Darin ist in erster Linie begründet, daß die Mittel, die für die Förderung der Landwirtschaft aufgewendet wurden, sparsam und zielstrebig verwendet worden sind. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, den Stand zu erreichen, auf den wir heute schon blicken können.

Ich kann dem Hohen Hause berichten, daß das Jahr 1957 in den wichtigsten Produktionssparten

gleichsam Höchstleistungen erbringt. Wir kommen im heurigen Jahr bis Ende dieses Monats auf einen Viehexport von 15.300 Stück nur aus der Steiermark, während bis im Vorjahr nur 6800 Stück waren. Die Viehexporte erreichen heuer einen Wert von ungefähr 100 Millionen Schilling. Der Butterexport allein aus der Steiermark bei voller Versorgung des Landes selbst beträgt bei 300 Waggons in diesem Jahre im Werte von ungefähr 120 Millionen Schilling. Dazu kommt noch der Milch- und Käseexport. Genaue Ziffern dieses Exportes sind zur Zeit schwer zu erhalten. Es steht weiters fest, daß auch der Holzexport trotz seiner Drosselung im heurigen Jahr etwa 740.000 Festmeter im Werte von 715 Millionen Schilling erreichen wird. Zählen wir das zusammen, errechnet sich in diesen drei Gruppen: Vieh, tierische Erzeugnisse und Holz eine Exportziffer von rund 1 Milliarde Schilling.

Wenn man diese Ziffern hört, müßte man der Meinung sein, daß es der Landwirtschaft überall gut geht. Es ist sicherlich richtig, daß in der Landwirtschaft nach dem Kriege verschiedene Betriebe zurückgeblieben sind, daß es sehr auf den Betriebsführer, auf seine Ausbildung, auf die Lage des bäuerlichen Betriebes ankommt, so daß an dieser Produktionssteigerung nicht alle Besitzer der Steiermark gleichmäßig beteiligt sind. Wir haben im Hinblick auf den kommenden europäischen Markt und die Freihandelszone nichts mehr zu befürchten, manche unserer Betriebe können eine Konkurrenz mit den fortschrittlichen Betrieben des Auslandes, der Niederlande, der Schweiz aufnehmen. Wir müssen aber feststellen, daß viele landwirtschaftlichen Betriebe im Wettlaufe der Zeit zurückgeblieben sind. Denn es ist unsere ganz besondere Sorge, heute und auch in der Zukunft, daß in Österreich die landwirtschaftlichen Betriebe so verschieden je nach Lage und Gegend sind. Gerade die Bergbauerngebiete, meist hoch gelegene und heute noch keineswegs zufriedenstellend mit fahrbaren Wegen erschlossen, sind bäuerliche Betriebe, die am weitesten in der landwirtschaftlichen Förderungstätigkeit zurückgeblieben sind. Es haben uns in die Kammer für Land- und Forstwirtschaft seit 1953 verschiedene andere Länder ihre Experten geschickt, um zu erfahren, wie wir das machen. Wir haben viele Besuche aus dem Ausland, die diese forcierte Förderung in den Bergbauerngebieten kennen lernen wollen.

Wir haben in Steiermark 7 sogenannte Aufbaugebiete geschaffen: Das erste in Vorau mit 201 Betrieben, das zweite Gößgraben mit 207 Betrieben, das dritte Koralpe mit 165 Betrieben, das vierte Gleinalpe mit 110 Betrieben, das fünfte Schöffern mit 63 Betrieben, das Grenzlandgebiet mit 156 und Obdach mit 98 Betrieben, das sind rund 1000 Betriebe in Lagen von 800 bis 1500 Meter Seehöhe, die wir zu einer besonderen Förderungstätigkeit zusammengeschlossen haben. Zunächst gilt es, die Organisation der Selbsthilfe, die Möglichkeit der Selbsthilfe restlos auszuschöpfen. In diesem Jahre ist es möglich geworden, zusammen 160 km Aufschließungswege in diesen Aufbaugebieten auszubauen.

Wir haben ferner in diesen Gebieten auf 2400 ha die Trennung von Wald und Weide durchgeführt.

Dort wurde vielfach eine sehr extensive Landwirtschaft betrieben, das Vieh recht und schlecht aufgezogen und 1 bis 2 Jahre auf die Weide getrieben, um dann in Form von jungen Ochsenaufzucht zu werden. Diese Betriebsart läßt sich nicht aufrechterhalten. Wir wollen, daß diese Bauernwirtschaften so fundiert werden, wie es die kommende Zeit unbedingt verlangt. Es ist also die Trennung von Wald und Weide eine sehr notwendige Aufgabe und wir haben sie auch bereits auf einer Fläche von 2400 ha durchgeführt. Wir haben ferner 450 ha um 1'8 Millionen Schilling waldfreies Gelände neu aufgeforstet und ungefähr 280 ha Staudenflächen gerodet. Die Mitglieder der Landesregierung hatten kürzlich Gelegenheit, selbst zu sehen, wie man diese unfruchtbaren Staudenwälder unseres Hochlandes abholzt und dort ordentliche Nutzflächen schafft.

Der Kunstdüngerverbrauch in den Aufbaugebieten ist von 50 S pro ha bereits auf 300 bis 500 S pro ha gestiegen. Weiters wurden auf 109 Betrieben 162 Silos gebaut. Sämtliche dieser Besitzer müssen — das ist die Voraussetzung für die Förderung — der Milchleistungskontrolle angeschlossen sein. Demgemäß ist auch die Milchleistung von 1500 Liter auf 2400 Liter angestiegen.

Ich möchte die Gelegenheit heute gerne benützen und der Steiermärkischen Landesregierung für das Verständnis danken, das man diesen zurückgebliebenen Gebieten entgegengebracht hat, weil auch in diesem Budget wieder 2 Millionen Schilling eingesetzt sind, die wieder restlos für diese Gebiete zur Verteilung kommen werden.

Als weitere besondere Aufgabe für die nächste Zeit haben wir uns die Förderung der Technisierung des bäuerlichen Haushaltes zum Ziel gesetzt. Wir haben durch genaue Erhebungen festgestellt, daß in der Steiermark von 70.309 Betrieben erst in 18.120 technische Hilfsmittel im Haushalt verwendet werden, wie z. B. Elektroherde, Heißwasserspeicher, elektrische Küchenmaschinen, Kühlschränke usw. Im Durchschnitt sind also erst in 26 von 100 bäuerlichen Betrieben irgendwelche moderne technische Hilfsmittel für den Haushalt vorhanden. Man muß dabei bedenken, wenn der von uns errechnete Durchschnitt für ganz Steiermark 26 Prozent beträgt, so beträgt er in vielen Bezirken viel weniger. So beträgt der Durchschnitt z. B. im Bezirk Deutschlandsberg nur 19 Prozent, in Leibnitz 17 Prozent, in Radkersburg nur 12 Prozent, während er in Feldbach gar auf 11 Prozent absinkt. Wir sehen, daß das, was in letzter Zeit oft über die schwierige wirtschaftliche Lage des Grenzgebietes zu hören ist, wirklich nicht leere Propaganda ist, denn die Erhebungen, die dort angestellt werden, haben tatsächlich ergeben, daß diese Kleinbauerngebiete in der Entwicklung sehr zurückgeblieben sind und daher deren Förderung wirklich notwendig ist. Wir werden auch die halbe Million, die heuer im Budget dafür eingesetzt ist, vor allem dazu verwenden, um einmal die Hauswasserversorgung voranzutreiben. Ein städtischer Haushalt kann sich ja gar nicht vorstellen, was es heißt, das Wasser hunderte Meter weit heranzutragen oder zu führen. In unserer technisch so fort-

geschrittenen Zeit ist es wirklich eine Aufgabe der Öffentlichkeit, diesem Übelstand abzuwehren und Möglichkeiten zu schaffen, um den Bauern vor allem in hohen Lagen zu einer ordentlichen Hauswasserversorgung zu verhelfen.

Für unsere Kleinbauernschaft ist in den letzten Jahren durch die Errichtung von Tiefkühlanlagen sehr viel geschehen und man hat versucht, den bäuerlichen Haushalten durch die Möglichkeit der Konservierung von Frischfleisch Gelegenheit zu geben, ihre ganze Lebensweise umzustellen und der Ernährung neue Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. 166 Tiefkühlanlagen mit zusammen 7000 Fächern sind bereits in Betrieb und etwa 100 sind wieder in Planung und Ausbau begriffen. Wir haben weiters 172 Gemeinschaftswaschküchen in verschiedenen Orten geschaffen, wo immerhin pro Anlage 20 bis 30 Klein- und Mittelbesitzer Mitglieder sind und wodurch die Bäuerinnen ganz wesentlich entlastet werden. Auch im Beratungs- und Schulungsdienst für die Hauswirtschaft haben wir sehr intensive Wege beschritten und wenn uns die Mittel dafür auch im kommenden Jahr zur Verfügung stehen, werden wir diesen Weg weiter gehen und auf diesem Gebiet bestimmt auch wieder Ersprießliches leisten.

Als dritte Förderungsmaßnahme liegt uns besonders am Herzen der Obst- und Weinbau. Auch hierfür haben wir nicht unwesentliche Beträge heuer im Budget unterbringen können. Ich will mich gar nicht lange darüber verbreiten, weil ja allgemein bekannt ist, daß es in den letzten Jahren besonders im Obstbau ganz gewaltige Veränderungen gegeben hat. Länder, die früher nur Versuchsgebiete waren, haben heute bereits moderne Obstkulturen aufgezogen. Wenn wir auf den internationalen Märkten mithalten wollen, dann müssen wir uns sehr bemühen, das bisher Versäumte aufzuholen. Wir müssen auf diesen Gebieten ganz neue Wege gehen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft muß uns da selbstverständlich zu Hilfe kommen. Wir sind heute in der Lage, Bauern, die sich bereit erklären, eine moderne Anlage für Obstbau zu schaffen, die Maßnahmen der Schädlingsbekämpfung und die ersten Arbeiten bei Errichtung solcher Anlagen wesentlich zu erleichtern, indem wir ihnen entsprechende Darlehen zur Verfügung stellen. 4 Prozent des Zinsendienstes auf 5 bis 10 Jahre werden vom Bundesministerium übernommen und der Betrag wird, je nachdem, was angeschafft wird, zur Gänze auf das Konto des jeweiligen Bauern bei der Raiffeisen- oder Sparkasse überwiesen, bei der er das Darlehen aufnimmt. Der Besitzer kann sich diese 4 Prozent für den Zinsendienst als Zuschuß herausnehmen. Es gibt schon eine ganze Reihe von Besitzern aus dem Mittelstand, besonders aus der Weststeiermark, aber auch aus der Oststeiermark, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und einen modernen Obstbau aufziehen wollen, um so für die Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, nicht nur für den Inlandsverbrauch, sondern auch für den Export gutes Qualitätsobst zu erzeugen.

Auch beim Weinbau müssen wir zu anderen Betriebsformen übergehen, die viel weniger Arbeitskraft brauchen und besseren Erfolg als jetzt bieten. Diese Umstellung bedarf natürlich da und dort der

Unterstützung und wir werden daher auch Budget-Mittel für diese Förderung verwenden.

Ich möchte nun zusammenfassend noch zum Ausdruck bringen, in der Förderung der Aufbaugebiete, in der Förderung der Hauswirtschaft und der Technisierung des bäuerlichen Haushaltes, in der Förderung des Obst- und Weinbaues steht uns noch schwere Arbeit bevor. Wenn aber die Öffentlichkeit weiterhin bereit ist, uns dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, dann glaube ich, sagen zu können, daß damit in einigen Jahren Wesentliches zum Schutz und zur Stärkung unserer Landwirtschaft auf diesen Gebieten getan sein wird.

Wenn man die Produktionsziffern betrachtet, wie ich sie früher vorgebracht habe, so könnte vielleicht mancher der Meinung sein, daß es um die Landwirtschaft sehr gut bestellt sein muß. Aber in diesem Wettlauf, in dem wir uns alle befinden, im Wettlauf der Mechanisierung, der Steigerung der Produktivität, muß die Landwirtschaft naturgemäß automatisch zurückbleiben, weil wir Landwirte es leider mit Komponenten zu tun haben, die unwandelbar sind und die uns natürlich merklich in unserer Entwicklung hemmen. Da ist zunächst die Lage unserer Betriebe, dann die Struktur in der Landwirtschaft, die wir nicht von heute auf morgen ändern können, das fehlende Kapital, um viele Investitionen durchführen zu können, die notwendig sind, vor allem aber noch immer die mangelnde Ausbildung unserer Bauernschaft als Erbteil einer vergangenen Zeit. Es ist in so und so vielen Familien und Betrieben noch nicht möglich gewesen, jene Maßnahmen zu ergreifen, die für die heutige Wirtschaftsführung auf einem Bauernhof notwendig wären. Wir müssen leider auch feststellen, daß sich trotz der allgemeinen Konjunktur, auf die wir heute mit großem Stolz blicken, die Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse und die Einkommensentwicklung im Verhältnis zu den ständig steigenden Ausgaben zuungunsten der Landwirtschaft entwickelt haben.

So weist das Konjunkturforschungsinstitut aus, daß der Ausgabenindex in der Landwirtschaft im Oktober 1957 961 Punkte beträgt, während der Einnahmenindex mit 775 Punkten aufscheint. Es ergibt sich eine Differenz der Preisschere zuungunsten der Landwirtschaft mit 186 Punkten oder 24 Prozent. Die Landwirtschaft hat im großen und ganzen auf der preislichen Seite keine Besserung für sich buchen können. Wir haben lediglich die Steigerung der Produktivität und die Absenkung der Gesteungskosten, die als Steigerung unserer Einnahmen zur Verfügung stehen.

Seit dem Jahre 1952 gelten in den wichtigsten Hauptprodukten der Landwirtschaft feststehende Preise, während sich seit dieser Zeit die Ausgaben der Landwirtschaft ständig, wenn auch verschieden schnell in diesen Jahren noch aufwärts entwickelt haben. Die Löhne, die Sozialversicherung, die Erhaltung des Betriebskapitals, die Gebäude und die Einrichtungen der Landwirtschaft belasten jeden Betrieb so unerhört, daß, wenn bauliche Maßnahmen in der Landwirtschaft notwendig sind, es nicht mehr weiter geht. Bei Darlehen, die dann aufgenommen werden müssen, ist es unmöglich, mit 8, 9 oder

10 Prozent das Geld zu verzinsen, wie es in der Industrie der Fall ist, wo es automatisch und selbstverständlich möglich ist, durch Abschreibung und Überwälzung auf das Endprodukt die Bezahlung solcher Schulden durchzuführen.

Wir haben in den letzten Jahren ständig erhöhte Schwierigkeiten zu spüren bekommen und das zeigt sich in einer weiteren Abwanderung aus der Landwirtschaft. Wo liegt hier die Ursache des Fortwollens? Wenn man so hinhört, so fördern Sie die Landwirtschaft und haben Verständnis dafür, aber wenn man überall den Worten zur rechten Zeit auch die Tat folgen lassen könnte, würde es für die Landwirtschaft besser sein. Wir haben uns bis heute vergeblich bemüht, die notwendigen Agrarzölle zu bekommen, Zölle, die man der Industrie im vorigen Jahr sofort zugesichert hat. Wir brauchen auch einen gewissen Schutz in Vorbereitung für den europäischen Markt und für die europäische Freihandelszone. Wir bemühen uns, die Erfüllung unserer Forderung auf Einführung des Landwirtschaftsgesetzes zu erreichen. Abg. Rösch hat gesagt, ich war leider nicht hier, daß es nicht an den Sozialisten liege, daß dieses Gesetz Wirklichkeit werde, es liege darin, weil die Wirtschaftsgesetze verlängert worden seien. Es würde eben nichts geschehen! Aber faktisch ist die Sache so, daß jedes Mal, wenn wir die Zustimmung erhalten wollen, um ein Marktlenkungsgesetz zu erlangen, wir auch den Preis bezahlen mußten. Das Wohnungsanforderungsgesetz, das Preistreibereigesetz und verschiedene andere Dinge wurden immer gekoppelt. Hier ist es jedoch notwendig, allen Ernstes zu bekennen, daß wir auf das Landwirtschaftsgesetz neben der Bereinigung der Wirtschaftsgesetze nicht mehr verzichten wollen. Sie bringen ja nicht nur Vorteile den Produzenten, sondern auch unseren Konsumenten. In einem Marktausgleich liegt eine stabile Preisentwicklung und sie liegt im beiderseitigen Interesse. Wir müssen die Lenkungsgesetze für die Zukunft auf die Dauer erhalten.

Wir wollen auch Möglichkeiten der Produktionslenkung. Auch davon hat niemand für die künftige Zeit etwas zu befürchten. Wir wollen die Ausschaltung der Monsterbetriebe, der agrarischen Fabriken, wir wollen die Schweinemästereien oder Geflügel-Großbetriebe unterbinden, die zu 1000 Stück einstellen und den Kleinbauern seine Verdienstmöglichkeit nehmen. Marktlenkungsmaßnahmen sollen dafür sorgen, daß die Produktion den Bauern in Österreich in erster Linie zusteht und er für seine Arbeit und seine Erzeugnisse den Markt und auch einen entsprechenden Preis findet.

Das Dritte, was wir anstreben, sind die sogenannten „grünen Berichte“. Hier sollen auf Grund von Verarbeitungsbetrieben, von Buchführungsbetrieben, aufgenommen im ganzen Bundesgebiet, auf allen Grundlagen verbreitet, jährlich nachgewiesen werden, wie die Betriebe der Landwirtschaft, wie das Einkommensverhältnis der Wirtschaftsbetriebe sich im Verhältnis zu den übrigen Wirtschaften entwickelt hat. Wir können nämlich mit der Steigerung der Produktion nicht mit, wie ich selbst persönlich oft den Vertretern der Konsumenten gesagt habe.

Wir müssen uns in der modernen Landwirtschaft auch bemühen, die Gesteungskosten herabzudrück-

ken. Wenn man heute Industrieanlagen besichtigt, wozu kürzlich Gelegenheit war, und die Fließbänderarbeit sehen kann und vergleicht, wie sich im Laufe eines Jahrzehnts die Produktion von verschiedenen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens vervielfacht und vereinfacht und die Produktivität ungeheuer gesteigert hat, so können wir uns in der Landwirtschaft nicht damit vergleichen, weil einer der Faktoren unveränderbar ist, der sehr gewaltig in die Waagschale fällt, daß wir nämlich trotz der modernen Maschinen und Erfindungen die natürlichen Vegetationszeiten unserer Bodenfrüchte nicht verändern können. Wir können Traktoren verwenden, die zwar oft die Produktion verteuern, die aber dennoch angeschafft werden müssen, weil die Menschen nicht vorhanden sind, die das Vieh bedienen und die Zeit aufbringen, den Pflug zu führen. Wir können aber die Zeit der Entwicklung unserer Früchte und das Risiko der Witterung, das uns alle trifft, nicht verändern. Deshalb hat die Landwirtschaft ein Recht darauf, etwas anders behandelt zu werden wie alle übrigen Wirtschaftszweige, die unter gedeckten Hallen jede technische Entwicklung mitmachen können. Wir brauchen etwas mehr Verständnis und wirkliche Tat.

Auf dem Gebiete der Milchproduktion ist zu sagen, daß die Lieferung unerhört angestiegen ist. 1948 wurden insgesamt 85 Millionen Liter Milch abgeliefert, bis Ende Dezember 1957 sind es 240 Millionen Liter, die die Steiermark abgeliefert hat. In der Industrie oder in der übrigen Wirtschaft, wenn eine Fabrik in der Lage ist, sich zu entwickeln, kommt das den Arbeitern zugute. Wir hören von einer Verkürzung der Arbeitszeit, von einer Verbesserung der Löhne und der allgemeinen sozialen Verhältnisse. Wenn wir uns bemühen, die Lieferungen zu steigern und das letzte herauszuholen, haben wir noch die größte Sorge damit, diese Produkte abzusetzen. In Österreich haben wir wöchentlich eine Butterproduktion von 650 bis 700 Tonnen, das sind 65 bis 70 Waggons, und einen Inlandverbrauch von ungefähr 45 bis 48 Waggons, so daß sich ungefähr 20 Waggons wöchentlicher Überschub in Österreich ergibt. Wir müssen selbst dazu beitragen, diesen Überschub abzusetzen. Vor 2 Jahren haben wir Schwierigkeiten mit dem Milchpreis von S 1'90 gehabt. In der Schweiz ist der Milchpreis um 2 Rappen erhöht worden, umgerechnet beträgt der Milchpreis S 2'50 pro Liter. Das ist unsere Konkurrenz, denn die landwirtschaftlichen Arbeiter gehen jetzt schon ohne Paß über die Grenze, um dort zu arbeiten. Wir haben S 1'90 erreicht. Wie schaut die Wirklichkeit aus? Wir haben den Krisenfond auf 10 Groschen erhöht, um die Zollgrenze ins Ausland zu überwinden, damit wir die überschüssige Butter exportieren können. Das macht in Steiermark 24 Millionen Schilling im Jahre aus, die 4 Groschen, die wir erhöhten, sind ungefähr 8 bis 9 Millionen Schilling. Wenn wir die Förderungsbeiträge betrachten für unser großes Aufgabengebiet, sieht man, wie viel uns hier genommen wird in der Zwangslage, damit wir die Produktion verkaufen können.

Aber nicht nur das! Fast in allen steirischen Molkereien gibt es heute einen Milchpreistrückbehalt von 10 Groschen pro Liter für den Ausbau der Molkereien. Und zwar deshalb, weil die Landwirtschaft

das selbst bezahlen muß. Das sind bei 240 Millionen Liter Milch weitere 24 Millionen Schilling. Wir haben also nicht mehr S 1'90 pro Liter, sondern nur noch S 1'70. Aber zur gleichen Zeit sind Löhne und Sozialversicherung um mehr als das Doppelte gestiegen. Auch haben wir jetzt noch die Arbeitslosenversicherung dazubekommen und das ist eine ausgesprochene Mehrbelastung vor allem unserer Bergbauerngebiete. Wir bezahlen mit unseren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, die wir das ganze Jahr hindurch entrichten, auch die Saisonarbeiter im Flachland, die nur Saisonarbeit leisten und im Winter arbeitslos sind. Wir mit unseren Viehbetrieben brauchen die Leute aber auch im Winter und können sie nicht entlassen. Wir waren deshalb gegen diese Arbeitslosenversicherung, weil wir fürchteten, daß sich damit eine unmoralische Entwicklung anbahnen könnte, weil die, die freigestellt sind und Anspruch auf die Arbeitslosenrente haben, ja auch nebenbei noch arbeiten können. So schädigen sie eigentlich die anderen. Wir haben mit einem Wort auf allen Seiten neue Belastungen dazubekommen, während die Preise für unsere Produkte auf kein Verständnis stoßen und kein Entgegenkommen finden.

Ich weiß, daß die Sozialistische Partei da von sich aus wenig tun kann, weil die agrarischen Fragen auf der Bundesebene geregelt werden. Aber ich muß doch darüber sprechen, damit das Verständnis für unsere Lage geweckt wird und damit man Gelegenheit nimmt, einmal bei jenen Ministern, die da das letzte Wort zu sprechen haben, dahin Einfluß zu nehmen, um der Landwirtschaft in Österreich das zu geben, was sie braucht, um sich vorzubereiten für den europäischen Markt, um gleichberechtigt mitzukommen mit der ganzen übrigen Entwicklung der Wirtschaft und nicht immer zusehen zu müssen und nicht immer hören zu müssen: „Ja, wenn man ordentlich verdienen will, wenn man eine ordentliche Freizeit haben will, dann kann man nicht in der Landwirtschaft bleiben, dann muß man sich nach einem anderen Beruf umschauen.“

Ich möchte abschließend auch von mir aus allen jenen danken, die in den letzten Jahren in den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen vor allem bei der Förderung der Landwirtschaft mitgeholfen haben, das sind die Angestellten der Landwirtschaftskammer, denen ja der größte Teil der Arbeit mit den Förderungsmaßnahmen übertragen ist. Weiters möchte ich danken den Angestellten und Beamten des Landes und ich möchte dem Steiermärkischen Landtag versichern, daß sich die Bauernschaft ihrer Pflichten wohl bewußt ist. Das zeigt sich ja auch darin, daß die eigenen Leistungen und die Entwicklung der Selbsthilfemaßnahmen noch nie in einem solchen Ausmaß vor sich gegangen ist wie in diesem vergangenen Jahr. Die Bauernschaft verdient es wahrhaft, daß ihre Leistungen auch von der Öffentlichkeit anerkannt werden, indem man bereit ist, der Landwirtschaft das zu geben, was sie braucht, um ihre Aufgabe als Nährstand des Volkes auch erfüllen zu können. (Allgemein sehr lebhafter anhaltender Beifall.)

Abg. **Pichler**: Ich habe heute die Ehre, im Namen von mehr als 28.000 Feuerwehrmännern dem Hohen

Haus den Dank auszusprechen, da das erste Mal die Mittel, die dem Land Steiermark aus der einlaufenden Feuerschutzsteuer zufließen, restlos für Zwecke des Feuerschutzes Anwendung finden werden. Wenn diese Mittel diesem Zweck zugeführt werden, so ist es selbstverständlich, daß vor allem die freiwilligen Feuerwehren davon einen Nutzen haben, die leider in der Öffentlichkeit noch immer mehr aus einer etwas lächerlichen Perspektive angesehen werden und nicht so, wie es ihrem Wert entsprechen würde.

Welch hohe Auffassung und welcher Geist wirklich in diesen Feuerwehrmännern herrscht, können Ihnen zwei Fälle aus der letzten Zeit beweisen, die Ihnen bestimmt aus den Tagesblättern bekannt sind. Der erste Fall ist der des Kameraden Franz Kögel, vor dessen Schicksal wir erschüttert stehen, ein unerbittliches Schicksal, weil er sein Leben lassen mußte in Erfüllung seiner Pflicht und seiner idealen Auffassung. Der zweite Fall war der des Kameraden Rup, der mit 17 Jahren schon die dritte Lebensrettung zu verzeichnen hat und der vor kurzem von der Landesregierung öffentlich ausgezeichnet wurde. Diese beiden Fälle geben uns auch eine beruhigende Gewißheit, daß trotz aller materiellen Einstellung unserer Jugend sie doch noch die Begeisterungsfähigkeit für all das Große und Gute in sich bewahrt hat. Wenn sie auch die Probleme, die an sie herangetragen werden, etwas skeptischer betrachtet und kritisiert, wie wir es seinerzeit getan haben, so sind die bitteren Erfahrungen, die wir mit unserer idealen Aufgeschlossenheit seinerzeit machen mußten, eine genügende Entschuldigung und ein genügender Grund für diese Einstellung.

Aber nicht nur mit hohen Werten kann ich heute aufwarten, es sind auch sehr reale Begriffe, die die Berechtigung der Förderung der Feuerwehren aufzeigen. Wir haben heute viele Ziffern gehört und so will auch ich mich mit statistischem Material an Sie wenden. Ich habe hier die Ziffern, die die Landesstelle für Brandverhütung über das Jahr 1956 bekanntgegeben hat.

Im Jahre 1956 wurden 873 Brandfälle von 17.740 Mann im offenen Land bekämpft. Das Gebiet der Stadt Graz ist ausgenommen. Bei diesen 873 Brandfällen wurden allein unmittelbare Werte von 137 Millionen Schilling vor Schaden bewahrt und wenn der tatsächlich eingetretene Brandschaden von beinahe 30 Millionen auch noch immer sehr hoch ist, so muß ich aufmerksam machen, daß ja hier nicht ein Versagen der Wehren vorliegt, sondern der Grund liegt in der Unmöglichkeit sofortiger Alarmierung am Land. Gewöhnlich ist es so, daß die nächste Feuerwehr erst durch die Brandröte alarmiert wird, zu einem Zeitpunkt also, wo ein Objekt schon voll in Flammen steht und rettungslos verloren erscheint. Daß dann das Sammeln der Kameraden, die ja in Berufen stehen, auch seine Zeit erfordert und dies große Schwierigkeiten für die Landesfeuerwehren bildet, ist selbstverständlich. Auch ist es oft nicht so schnell möglich, die passende Fahrgelegenheit zu bekommen. Dies muß alles erwähnt werden. Erreicht dann ein solcher Feuerwehrtrupp die Brandstelle, so trifft er eine große Menge von Leuten, die es nicht erwarten können, bis der erste Löschstrahl auf das Objekt gerichtet wird. Was ha-

ben diese Männer noch alles zu überlegen! Man muß feststellen, ob Menschenleben in Gefahr sind oder Tiere, wie geht der Wind, welche Objekte sind zu schützen. Eine der wichtigsten Fragen ist die nach der Wasserbezugsquelle, und damit ist es oft sehr schlecht gestellt. Der Feuerwehrkommandant muß nun selbst die Entscheidung treffen, ob er genügend Wasser hat, um zum Angriff vorzugehen oder ob er sich nur auf die Verteidigung beschränken kann. Das ist eine derartige seelische Belastung unter den Augen der übrigen Bevölkerung, daß es schon eines außerordentlichen Menschen bedarf, um hier allen Anforderungen gerecht zu werden.

Daher ist es notwendig, daß die Leute, die sich diesem Dienste widmen, eine entsprechende Schulung und Aufklärung erhalten. Dazu dient die Landesfeuerweherschule, die ebenfalls aus Mitteln der Feuerschutzsteuer ihre Unterstützung erfährt.

Aber nicht nur in Brandfällen selbst werden die Feuerwehren gerufen, sondern die Freiwilligen Feuerwehrmänner bilden auch das organisierte Hilfskorps überall, wo irgendwie Not am Mann ist. So sind allein gegen Hochwasser und Eisstöße über 3000 Mann im Einsatz gewesen, für Bergungen und Bergrettungen, unter dem falschen Sammelnamen „Katastrophendienst“ zusammengefaßt, wurden 6500 Mann eingesetzt. Die Arbeitszeit all dieser Leute ergibt die Summe von 130.000 Arbeitsstunden. Das ist eine schöne Leistung im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt.

Ich glaube, daß diese Daten allein genügen werden, um Ihnen zu zeigen, daß die im Budget für diesen Zweck vorgesehenen Mittel nicht fehl am Platze sind und daß diese Mittel nicht nur dazu dienen, persönliche Werte und Allgemeingut vor dem Verderben zu schützen, sondern auch dazu, dem ideal veranlagten Menschen eine Betätigung in wirklich hohem Sinn zu bieten. (Allgemein starker Beifall.)

**Abg. Dr. Pittermann:** Hoher Landtag! Ich fühle mich veranlaßt, zum Posten „Landes-Bezirkstierärzte“ im Unterabschnitt „Tierzuchtförderung“ einige Betrachtungen anzustellen, und zwar aus zweierlei Gründen. Die Landes-Bezirkstierärzte haben das Hohe Haus schon einige Male beschäftigt. Zum ersten Mal 1953, als der Steiermärkische Landtag dieser Berufsgruppe eine legale Basis durch Schaffung des Landes-Bezirks-Tierärztegesetzes gab. Zum zweiten Mal durch mein Ansuchen an zuständiger Stelle, den Landes-Bezirkstierärzten ebenso wie den Distriktsärzten eine Dienstanweisung zu geben.

Das Ersuchen um die Redaktion einer Dienstanweisung ist und wird immer dringender aus folgenden Gründen: Im großen gesehen verlagert sich auf Grund der modernen Biologie und der veterinärmedizinischen Erkenntnisse das Gebiet des Tierarztes mehr von der kurativen auf die prophylaktische Seite, auf den Gesundheitsdienst. Wir haben einen solchen Einsatz schon in anderen Ländern — in Ländern, die exportfleißig sind, ist er schon vorhanden, weil sie den Nutzen eines solchen Gesundheitsdienstes eingesehen haben — nicht nur für das Tier selbst, sondern in Relation mit der menschlichen Hygiene. Man kann heute mit Fug und Recht die

Behauptung aufstellen, daß die Tierhygiene die Grundlage der menschlichen Hygiene darstellt. Vor nicht allzulanger Zeit wurde das Referat eines Kinderarztes in Wien, eines Spezialisten, über den Rundfunk gesendet, der erschreckende Ziffern über die Säuglingssterblichkeit bekanntgab und darlegte, daß nicht zuletzt die unhygienischen Lebensverhältnisse unserer Haustiere die Ursache dieser Säuglingssterblichkeit sei. Es ist Tatsache, daß sich mit der steigenden Konjunktur auch der Lebensstandard gehoben hat und daß dieser Standard an die Lebensmittelbranche gesteigerte Qualitätsforderungen stellt. Wir sind daher gezwungen, schon in der Urproduktion den hygienischen Forderungen unsere größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es ist nicht allgemein bekannt, daß der Produktionswert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht allzuweit hinter dem Produktionswert gewisser industrieller Artikel nachhinkt. Wir haben in Österreich im Jahre 1954 in der Elektroindustrie, um nur einige Ziffern zu nennen, um 2,5 Milliarden exportiert und im selben Zeitraum wurde Milch im Werte von 4 Milliarden Schilling erzeugt. Wir könnten noch andere Ziffern nennen und die Bedeutung der Tierzucht, der tierischen Produkte in eine günstige Relation zum industriellen Produktionswert bringen. Unser Viehbestand, abgesehen von den Pferden, zeigt eine aufsteigende Tendenz. In Steiermark haben wir 27.000 Pferde, 469.000 Rinder, 500.000 Schweine. Der Wert der tierischen Produktion ist mit 1595 Millionen Schilling veranschlagt, während die Bewertung der Viehbestände 2405 Millionen Schilling beträgt. Das sind Ziffern, die sich den anderen Werten unserer Volkswirtschaft durchaus ebenbürtig gegenüberstellen. Es ist notwendig, wie der Herr Präsident schon ausgeführt hat, darauf hinzuweisen, daß in einer einmaligen und gewaltigen Leistung unsere Bauernschaft diese schwierige Arbeit durchführt. Die Tierzucht und die Tierhaltung erfordert viele Mühe, die eine Freizeit fast ausschließt. Das Tier muß sein Futter haben und die Pflege muß eine ununterbrochene sein. Diese Arbeit ist durch keine besonderen Gewinne gekennzeichnet, ja, die landwirtschaftliche Struktur setzt dieser Produktion durch Besitzgrößenverhältnisse in der Steiermark eine gewisse Grenze. Sie wissen ebenso gut wie ich, daß wir den größten Prozentsatz unserer 79.000 Betriebe in 31 Prozent Mittelbetrieben haben, daß diese gewaltige Leistung unserer Tierzucht und Tierhaltung unseren Landwirten zugeschrieben werden muß, daß diese Arbeit meistens auf Familienbetrieb aufgebaut ist und das sie bei einer 16stündigen Arbeitszeit diese bewundernswürdige Leistung vollbracht wird.

Nun zurück zum ursprünglichen Thema Tierzucht und Tierhaltung. Sie steht und fällt mit dem Gesundheitszustand der Haustiere, da zugegeben werden muß, daß gesunde Tiere eine viel größere Leistung aufweisen als kranke Tiere. Während man die Produktion auf dem Gebiete des Pflanzenbaues durch entsprechende Düngung und durch Auswahl von Saatgut heben kann, steht und fällt die Qualitätssteigerung beim Tier mit dem Gesundheitszustand. Beim Export kommt in erster Linie die Qualität in Frage.

Der Laie macht sich im allgemeinen wenig Vorstellungen darüber, welche Gefahren unserem Tierstande drohen, wenn nicht auch hier hygienische Verhältnisse Platz greifen. Dies ist Aufgabe des Tiergesundheitsdienstes, dem das Land durch die Institution der Landes-Bezirks-Tierärzte eine legale Basis geben soll.

Wir haben z. B. im Vorjahr in der Steiermark einen kleinen Einbruch von Maul- und Klauenseuche zu verzeichnen gehabt. Sofort hat dieser Einbruch der Volkswirtschaft 11 Millionen Schilling gekostet. Das sind alles Gelder, die letzten Endes die Wirtschaft wieder irgendwie hereinbringen muß. Durch energisches Eingreifen des Landwirtschaftsministeriums und der Tierärzteschaft ist es gelungen, diese Seuche sofort zum Erlöschen zu bringen, aber wie gesagt, bis zu diesem Zeitpunkt hat sie uns schon 11 Millionen Schilling gekostet.

Den Landes-Bezirks-Tierärzten soll also eine Plattform gegeben werden, die es ihnen gestatten würde, neben der Tätigkeit, die die Amtstierärzte in veterinärpolizeilicher Hinsicht und in der Seuchenverhütung ausüben, sich auf dem Gebiet des Tiergesundheitswesens produktionsfördernd einzuschalten. Noch ein weiterer kurzer Hinweis: Im Grazer Schlachthaus müssen tausende Kilogramm von Lebern konfisziert werden, weil unsere Schweineestaltungen verwurmt sind. Hunderttausende von Schilling werden so auf die Straße geworfen und tausende von Schweinelebern wandern zu den Abfällen und in die Tierkörperverwertungsanstalten und bleiben so unproduktiv. Die Sanierung dieser Bestände stellt ein Spezialproblem der Tierzuchtförderung dar, das, wenn es gelöst wird, letzten Endes der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt.

Nur so im Vorbeigehen will ich noch ein Problem kurz streifen. Und zwar das Problem der Tbc- und Bazillus-Bang-Bekämpfung, eine notwendige Maßnahme im Rahmen des Tiergesundheitsdienstes, die der menschlichen Gesundheit dient. Die Tbc-Bekämpfung hat bei uns in der Steiermark schon einige Bezirke umfaßt und in diesen Bezirken haben wir auch bereits tbc-freie Rinder. Daraus resultiert natürlich wieder die Gewinnung garantiert tbc-freier Milch und diese Tatsache ist wiederum für den Export sehr wichtig, weil unsere Abnehmerländer heute nur mehr auf tbc-freie Erzeugnisse Wert legen. Auch Italien und Westdeutschland sind dazu übergegangen, nur noch tbc-freie Rinder und Bazillus-Bang-freies Vieh, das frei von ansteckendem Verwerfen ist, einzuführen.

Vom Herrn Präsidenten haben wir die ungeheuren Exportziffern gehört, die Österreich im letzten Jahr bewältigt hat. Es waren ungefähr 50.000 Stück Vieh, also Schlacht-, Nutz- und Zuchtrinder, wovon allein 34 Prozent auf die Steiermark entfallen. Wir stehen also als Bundesland in dieser Hinsicht an erster Stelle und schon aus diesen Zahlen können wir erkennen, welche ungeheuren wirtschaftlichen Wert die Tierzucht in der Volkswirtschaft einnimmt. Aber wir müssen natürlich auch konkurrenzfähig auf dem Gebiet der Tierzucht sein und müssen vor allem auf die Erzeugung von Qualitätsware achten, und zwar nicht nur Qualität schlechthin, sondern außerdem gesunde Qualität. Letzteres nicht nur mit Rücksicht auf den Export, sondern auch mit

Rücksicht auf unsere eigene Volksgesundheit, sowohl die der Erwachsenen als auch die der Jugend. Man gibt auf diesem Gebiet heute noch oft hunderttausende Schillinge aus — natürlich vollkommen berechtigt — ohne sich aber oft Gedanken zu machen, wo die Infektionsquellen sitzen, die ständig alle diese Tierseuchen immer wieder aufflackern lassen.

Eine Erweiterung des Tiergesundheitsdienstes in der Art, wie ihn heute z. B. Bayern schon weit vorgetrieben hat und wie er in anderen europäischen Ländern bereits zur Selbstverständlichkeit gehört, würde sich in der Prophylaxe auch krankheitsverhütend auf den Menschen auswirken. Sie wissen, daß die tierärztliche Tätigkeit in der Steiermark ja gut organisiert ist. Wir haben auch eine ganze Reihe von Amtstierärzten, die auf veterinärpolizeilicher Sparte Hervorragendes leisten. Wir haben die Landes-Bezirks-Tierärzte als einen Überrest aus Zeiten, in denen das Land die Förderungsagenden selbst durchführte. Die Landes-Bezirks-Tierärzte haben sich immer an vorderster Stelle um die Förderung der Tierzucht bemüht und ich kann ohne Übertreibung sagen, daß wir auf diesem Gebiete wirklich von Grund auf die ganze Entwicklung mitgemacht haben und daher verpflichtet sind, für diese Landes-Bezirks-Tierärzte einzutreten, die sich 20 Jahre lang um die Tierzuchtförderung bemüht haben. Sie können nichts dafür, daß sich die Kompetenzen verlagert haben. Um diesen 61 Landes-Bezirks-Tierärzten, wie sie der Dienstpostenplan aufweist, eine Aufgabe zu geben, wie ich Sie Ihnen vorhin im Rahmen des Tiergesundheitsdienstes geschildert habe, müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, diese neuen Wege der tiermedizinischen Prophylaxe auf Grund einer Dienstanweisung durchzuführen.

Diese Dienstinstruktionen wären ohne Kompetenzüberschneidungen ohneweiters durchzuführen. Wir sind selbstverständlich in unseren Fachorganisationen bereit, bei der betreffenden Dienststelle des Landes mitzuhelfen, um diese Dienstinstruktionen so bald als möglich Wirklichkeit werden zu lassen.

Daher geht mein Ersuchen an die zuständigen Stellen des Landes dahin, mit den Dienstinstruktionen an die Landes-Bezirks-Tierärzte nicht zuzuwarten und dieser Berufsgruppe neben der legalen Untermauerung auch eine Dienstordnung zu geben, damit sie in die Lage versetzt wird, ihrem Pflichtenkreis auch wirklich nachzukommen. Es wird dabei eine Begrenzung des Wirkungsbereiches notwendig werden. Beide Fragen müssen vollkommen klar sein, sowohl der Standort als auch die Dienstanweisung. Beides müßte in eine gewisse Relation gebracht werden. Lernen wir aus den Beispielen, die uns auf diesem Gebiet andere Länder bereits gegeben haben. Verfallen wir nicht in den Fehler, etwas zu versäumen, was uns hinterher schwer reuen wird. Die Erweiterung und Neuordnung des Tiergesundheitswesens wird natürlich unter der Aufsicht der zuständigen Stellen des Landes vor sich zu gehen haben. Wir müssen alle zusammenarbeiten, die Tierärzte, die Tierzucht-Abteilung der Kammer für Land- und Forstwirtschaft und die Stellen des Landes, damit auf dem Gebiete der Tierzucht alles getan wird, um der Tiergesundheit und überdies auch

der menschlichen Gesundheit und damit der Volkswirtschaft Nutzen zu bringen. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

**Abg. Brandl Gottfried:** Hohes Haus! Wenn ich die Debatte über das Kapitel 7 vorübergehen ließe, ohne über das Leben und die Rechte der Landarbeiter zu sprechen, dann wäre ich ein schlechter Vertreter dieser Berufsgruppe.

Es ist bekannt, daß der Landarbeiter im allgemeinen nicht so sehr im Blickfeld der Öffentlichkeit steht wie etwa der Arbeiter in der Industrie oder im Gewerbe. Ja, im Gegenteil, es ist allgemein bekannt, daß die Landarbeit heute eine Unterbewertung erfährt, die dringend nach Abhilfe ruft. Die Zahl der scheidenden Arbeitskräfte auf dem Lande nimmt von Jahr zu Jahr zu. Wenn wir im Jahre 1952 noch 37.644 Landarbeiter zählen konnten, so waren es zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1957 nur noch 31.178 Menschen, die als Landarbeiter den Boden bearbeiteten und das Vieh gepflegt haben.

Diese Erscheinung der Landarbeiterflucht ist nicht eine Erscheinung von gestern, auch nicht eine Erscheinung, von der nur Österreich betroffen ist, sondern die Landflucht ist in ganz Europa feststellbar und hat in Österreich ihre Ursache weit im vorigen Jahrhundert. Zur Zeit der Bauernbefreiung fanden die ersten Abwanderungen vom Lande statt. Allerdings nur die Großbetriebe haben die arbeitenden Menschen verloren, während die Zahl der Betriebe für die Ernährung zugenommen hat. Erst mit der Entwicklung von Gewerbe und Industrie um die Jahrhundertwende findet ein ständiger Strom von Menschen den Weg zur Stadt.

Die Lage der Landarbeit ist zweifellos ein sehr brennendes Problem, weil mit der weiteren Abkehr vom Lande schwere Folgen entstehen können, ja, die Sicherung der Ernährung ernstlich gefährdet werden könnte. Heute ist die Landwirtschaft noch in der Lage, auch in unserem Lande mehr Güter zu erzeugen als vor Jahren. Durch den Einsatz von technischen Maschinen und Geräten ist dieser Arbeiterausfall wettgemacht worden. Aber die Landarbeiter, die Menschen in den landwirtschaftlichen Betrieben des Berglandes können vielfach nicht durch Maschinen ersetzt werden. Bei Fortsetzung dieser Abkehr vom Lande sehe ich eine Zeit kommen, wo nicht einmal mehr genügend Menschen da sein werden, die Maschinen in Gang zu setzen.

Dieser wiederholten Landflucht kann vor allem entgegengewirkt werden durch eine Angleichung an die Arbeiter in Industrie und Gewerbe, wobei der Lohn nicht nur für den Lohnempfänger, für den Arbeiter, sondern allen in der Landwirtschaft Beschäftigten zugebilligt werden muß. Die notwendigen Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind die Grundlage. Die Löhne müssen in einem gerechten Verhältnis zu den Preisen der Industrieprodukte stehen. Nur dann kann der Landwirtschaft die volle Befriedigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse geboten werden. Die Lösung dieser Frage wird nicht zuletzt von der Einstellung der Allgemeinheit zur Landwirtschaft abhängen. Heute hat es den Anschein, als ob die Landwirtschaft nicht in der Lage wäre, ihren Arbeitskräften eine lebenswerte und eine dauernde Existenz zu sichern. Wenn die

Landarbeiter heute nicht die entsprechende Wertung in der Entlohnung finden, so liegt das darin, daß sich leider noch nicht überall die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß die Urproduktion aus Grund und Boden die Grundlage jeder Volkswirtschaft und die Grundlage des Staates ist.

Eine weitere Voraussetzung für die Hebung der Löhne liegt aber auch im Arbeiter, im Menschen selbst. Durch eine umfassende Schulung und Ausbildung sollen die Arbeitnehmer für ihren Beruf vorbereitet werden. In Auslegung der steirischen Berufsausbildungsordnung wird die Grundlage für eine gediegene Voraussetzung der Arbeit geschaffen. Der Erfolg ist der gesuchte und gut bezahlte Facharbeiter. Deshalb ist der Ausbau der bestehenden Einrichtungen und die Neuerrichtung notwendiger Schulungsstätten eine unerläßliche Voraussetzung. Darüber hinaus ist es unbedingt notwendig und es wird unsere Aufgabe sein, durch Schaffung von Wohnräumen, durch Beihilfen bei Familiengründungen eine Voraussetzung zu schaffen, die das Leben am Lande dem Arbeiter erträglich macht.

Wir vermerken dankbar jede Unterstützung und Hilfe des Landes und stellen mit Freude fest, daß auch das Land Steiermark dem dringenden Problem der Landarbeiterflucht sein Augenmerk zuwendet. In der Zeit von 1952 bis heute sind durch Beihilfen des Landes Steiermark 700 land- und forstwirtschaftliche Arbeiter nunmehr in den Besitz eines Eigenheimes gekommen, 1365 land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer haben eine Ehegemeinschaft gegründet und haben 1,058.000 Schilling als Beihilfe erhalten. Dankbar vermerken wir auch, daß für die Fachausbildung in der Landwirtschaft bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Manche unserer Schulen sind bis zu einem Drittel mit Landarbeitern belegt und ein ausgezeichnete Stab von landwirtschaftlichen Lehrern ist tätig, um den jungen Menschen das nötige Rüstzeug und auch die Freude für den Beruf zu geben. So richte ich an das Hohes Haus den Appell, alle Maßnahmen zu ergreifen und zu fördern, so daß ein gesunder Landarbeiterstand unserem steirischen Heimatland erhalten bleiben möge. (Allgemein lebhafter Beifall)

**Abg. Dr. Assmann:** Hoher Landtag! Ich habe die große Ehre und Aufgabe, über das Grenzland zu sprechen. Es ist richtig, wenn ich das nach Abschluß der Gruppe 6 und am Beginn der Gruppe 7 bringe, da diese beiden Gruppen für das Grenzland eine besondere Bedeutung haben.

Ich fasse es nicht als eine nebensächliche Angelegenheit auf, darüber zu sprechen, sondern es ist für mich vielmehr eine Herzensangelegenheit, da ich selbst in der Südsteiermark zu Hause bin und die Wünsche und Nöten dieses Gebietes gut kenne.

Eingangs meines Referates möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stöffler zurückkommen, der darin dem Grenzland einen breiten Raum geschenkt hat. Ich habe mit großer Freude wahrnehmen können, daß seine Ausführungen Ihr aufmerksames Interesse gefunden haben. Es ist leider eine traurige Tatsache, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Grenzland — im Bezirk Radkers-

burg, Leibnitz und Deutschlandsberg — nicht so sind, wie in den übrigen Gebieten der Steiermark und in Österreich. Hiedurch ergibt sich eine laufende Abwanderung aus diesen Gebieten. So waren z. B. in Gamlitz im Jahre 1945 3390 Einwohner, im Jahre 1956 nur mehr 3192. In vielen anderen kleineren Gemeinden ist der Prozentsatz der Abwanderung der gleiche wie im vorgenannten Beispiel. Diese Entwicklung zeigt sich schon seit längerer Zeit. Nicht nur die Bevölkerung der Grenzgebiete allein, sondern auch die Landesregierung und der Herr Landeshauptmann wurden hier auf den Plan gerufen. Im Zusammenhang damit meine ich, daß im Finanzausschuß von einer Seite die Anfrage gestellt wurde, wie sich die Landesregierung den Sanierungsplan für diese Gebiete vorstellt. Zu meiner großen Freude kann ich Ihnen sagen, daß wir über das Planen hinaus sind, wir befinden uns bereits mitten in positiver Arbeit. So klar wie im heurigen Jahr ist noch nie die Absicht zu erkennen gewesen, dem Grenzland zu helfen.

In der Gruppe 7 wird bei dem Ausbau und dem Neubau von Straßen für das Grenzland sehr viel getan, dem Hilferuf also in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Ich denke zurück an die Zeit, als wir eine Hilfe nur in geringem Ausmaß erhalten haben und wir eigentlich ziemlich stiefmütterlich behandelt worden sind. Es war auch kein Wunder, daß der Aufbauwille der Bevölkerung im Grenzland durch neue Ideen und positive Arbeit sich erst dann in einem größeren Ausmaß bemerkbar gemacht hat, als man sah, daß unserem Leben und unserer Wirtschaft an der Grenze von seiten der Landesregierung größeres Interesse und auch Unterstützung entgegengebracht wird.

Seit dieser Zeit, meine Damen und Herren, ist der Lebenswille in einem sehr großen Ausmaß angestiegen und die Bestrebungen, aus Eigenem etwas zu leisten und zu schaffen, sind beachtenswert. Es gäbe hierfür viele Beispiele anzuführen. Natürlich wird auch die weitere Entwicklung dieses Gebietes nur dann möglich sein, wenn uns die entsprechende Unterstützung gewährt wird. Ich möchte zu diesem Zwecke auf die Schwerpunkte der Aufbauarbeit im Grenzland, wie z. B. Wohnungsbau, Fremdenverkehr, Besitzfestigung, gewerbliche Wirtschaft und Schulwesen besonders verweisen.

Zu allererst möchte ich auf das Verkehrsproblem zu sprechen kommen und zur Verkehrsaufschließung Stellung nehmen. Es ist heute im Zeitalter des Kraftwagenverkehrs die Grundlage jeder Wirtschaft — egal, ob es sich um Bauern, Gewerbetreibende, Industriebetriebe oder Private handelt —, ob und welche Verbindungen in ein Gebiet vorhanden sind. Und diese Verbindung wieder ist in erster Linie abhängig vom Zustand der Straße. Was die Anzahl der Straßen im Grenzgebiet betrifft, so kann ich nur sagen, daß dieses Gebiet in dieser Hinsicht gut abgeschlossen ist. Die Qualität der Straßen allerdings läßt sehr zu wünschen übrig und dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der größte Teil der Straßen Gemeindestraßen, nur zu einem kleinen Prozentsatz Landesstraßen und zu einem noch kleineren Prozentsatz Bundesstraßen sind. Ich möchte mich zuerst mit den Bundesstraßen befassen.

2. Präsident **Operschall**: Wir sind jetzt bei der Gruppe 7 und nicht bei den Straßen.

Abg. **Dr. Assmann** (fortfahrend): Wenn ich über das Grenzland sprechen soll, so muß ich mich mit allen Problemen befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mit Bedauern festgestellt, daß, wenn über das Problem Grenzland gesprochen wird, man zuerst die Kompetenzen herausucht, was zu diesem Kapitel gehört und was nicht.

Es ist nämlich so, wenn ich bei der Gruppe 6 über die Straßen gesprochen hätte und in diesem Zusammenhang die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr erwähnt hätte, dann hätte man mir vorgehalten, dies gehöre in die Gruppe 7. Ich erachte es aber für richtig, wenn über das Grenzland gesprochen wird, alles zusammenzufassen, was zu diesem Thema gehört und nicht bei jedem Kapitel wieder neu zu beginnen.

2. Präsident **Operschall**: Ich mache darauf aufmerksam, daß zu Beginn eine Obmännerkonferenz stattgefunden hat, in der vereinbart wurde, nur zu dem Punkt zu sprechen, der gerade zur Tagesordnung gehört.

Abg. **Dr. Assmann**: Hohes Haus, meine Damen und Herren (Abg. **Dr. Pittermann**: „Gestern hat der Finanzreferent beim Kapitel „Kultur“ auch den Finanzausgleich berührt“), es tut mir leid, daß gerade von seiten der sozialistischen Fraktion den Wünschen des Grenzlandes scheinbar nicht in dem Ausmaß Rechnung getragen wird, als zu wünschen wäre, denn sonst kann ich mir nicht vorstellen, warum man so aufgeregt ist. (Zwischenruf bei SPO: „Für die Wünsche des Grenzlandes interessieren wir uns schon, aber nicht für Ihre Raubergeschichten!“). (Abgeordneter **Dr. Pittermann**: „Ich verwahre mich gegen den Ausdruck ‚Raubergeschichten‘“); (Abgeordneter **Dr. Wegerart**: „Das ist ein „Skandal!““); (Verschiedene Zwischenrufe, Unruhe, Glockenzeichen.) (Abg. **Dr. Kanan**: „Zur Geschäftsordnung!“); (Landesrat **Fritz Matzner**: „Während der Verhandlung gibt es keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung!“)

2. Präsident **Operschall**: Dr. Assmann hat das Wort!

Abg. **Dr. Assmann** (fortfahrend): Ich möchte mit den Bundesstraßen beginnen und ganz abgesehen von den anderen Wünschen zuerst auf das Straßenstück hinweisen, das die Steiermark mit Kärnten und dem weiteren Süden verbindet. Es haben sich in diesem Zusammenhang Vertreter der Kärntner und steirischen Behörden zusammengefunden und sowohl an den Herrn Landeshauptmann von Steiermark als auch an den Herrn Landeshauptmann von Kärnten das Ersuchen gerichtet, sich dafür zu verwenden, daß diese Straße vom Bund übernommen werden möchte. Was die Landesstraßen in diesem Grenzgebiet betrifft, so wird hier beim Ausbau nach einem bestimmten Plan vorgegangen. Es muß natürlich zuerst eine gewisse Nord-Süd- und dann eine Ost-West-Verbindung geschaffen werden und erst

wenn diese fertig ist, kann an eine Staubfreimachung und an den Ausbau weiterer Straßen gedacht werden. So selbstverständlich die Wünsche der einzelnen Bürgermeister und Abgeordneten aus diesen Gebieten auch sind, die immer wieder vorgetragen werden, so selbstverständlich ist es aber auch, daß hier nach dem bestimmten Plan vorgegangen wird. Ich möchte aber trotzdem als besondere Wünsche die Staubfreimachung der Landesstraße 84, von Heiligen Kreuz nach St. Georgen, der Landesstraße Nr. 146 von Kaindorf nach Jöb, und der Landesstraße Nr. 147 vortragen.

Das größte Problem aber sind die Gemeindewege. Die in manchen Budgets in der Höhe von S 100.000 bis 200.000 eingesetzten Mittel reichen nicht aus, um damit die zahlreichen Gemeindewege in gutem Zustand zu erhalten. Ich möchte in diesem Zusammenhange auf die Weinstraße von Glanz nach Leutschach verweisen, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch fremdenverkehrsmäßig gesehen große Bedeutung für das Grenzland hat und für die bereits der Antrag gestellt wurde, daß sie das Land übernehmen möge.

Bevor ich mich nun vom Verkehrsproblem des Grenzlandes abwende — es tut mir leid, daß ich mich nicht in der vorigen Gruppe zum Wort gemeldet habe — möchte ich mich noch kurz mit der Eisenbahn beschäftigen. Es wird sicher zugegeben werden müssen, daß auch die Eisenbahn heute im Verkehr noch eine gewisse Rolle spielt, wenn auch leider in unserem Grenzland nur mehr eine eingeleisige Rolle. Im Finanzausschuß wurde gesagt, daß auch der Arlberg nur eingeleisig befahren wird. Glauben Sie mir, die Demontage dieses zweiten Geleises zwischen Graz und Leibnitz hat bestimmt mehr gekostet, als man bei den Geleisen damit gewinnen konnte. Abgesehen von der Kostenfrage bei dieser Montage, die anscheinend keine Rolle spielt, wirkt eine solche Maßnahme gerade im Grenzgebiet bestimmt nicht verkehrsfördernd. Ich glaube, so darf man so etwas doch nicht machen. Die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes ist über diese Maßnahme mehr als verärgert.

Ich möchte nun zur Frage des Fremdenverkehrs selbst kommen. Wie Sie wissen, ist das Grenzland seit einiger Zeit sehr bemüht, Fremde in seinen Bezirk zu bekommen. Diese Bemühungen sind dank der Initiative der Fremdenverkehrsvereine, verschiedener anderer Vereine, wie Sportvereine und Gesangsvereine und auch von Einzelpersonen bereits von einem gewissen Erfolg begleitet gewesen. Die West- und Südsteiermark ist so schön, daß die Fremden im Sommer gern in diese Gegend kommen, die Bäder benützen und einen schönen und angenehmen Urlaub verbringen. Die Preise sind günstig, das heißt niedrig, der Wein ist gut und auch über das Essen haben sich die Fremden immer lobenswert ausgesprochen. Was die Unterkünfte betrifft, meine Damen und Herren, ist natürlich noch sehr viel nachzuholen, um einigermaßen den Ansprüchen der Gäste gerecht zu werden. Es ist aber auch auf diesem Gebiet im letzten Jahr viel gemacht worden und ich wünsche nur, daß diese Betriebe in Zukunft erfolgreich sind und sich dann dementsprechend erweitern und vergrößern können. Es wird natürlich der Fremdenverkehr in der Südsteiermark nicht mit

den Hochburgen des Fremdenverkehrs im Ausseerland oder in den westlichen Bundesländern vergleichen können. Aber ich kann mir vorstellen, daß bei einigem Lokalpatriotismus der Menschen aus der übrigen Steiermark es möglich sein wird — abgesehen von den Reisen nach Italien — auch einmal in unsere Gegend zu kommen und ihre eigene Heimat wenigstens für ein paar Tage oder ein paar Stunden zu besuchen und kennenzulernen. Ich bin überzeugt, daß sich die Leute auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs in der südlichen Steiermark weiterhin positiv durchsetzen werden und bei entsprechender Unterstützung von seiten des Landes der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben wird.

Für die Landwirtschaft im Grenzgebiet hat schon Herr Präsident Wallner gesprochen. Ich möchte nur sagen, daß wir es besonders erfreulich finden, daß die Kammer für Land- und Forstwirtschaft daran ist, in unserem Gebiet ein ausgebreitetes Aufbaugebiet zu schaffen, in dem 156 Betriebe inbegriffen sind. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiten für diese Aufbaugebiete ihren Zweck erfüllen werden und ein gesundes Bauerntum weiterhin auf der Scholle bestehen bleiben kann. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, daß die notwendigen Wege gebaut werden. Ich darf sagen, daß auf diesem Gebiete gerade in unserer Gegend in den letzten Jahren viel geschehen ist und möchte, daß auch in Zukunft weiterhin diese rege Bautätigkeit anhält und weiterhin unterstützt wird. Im Zusammenhange damit sei mir gestattet zu erwähnen, daß die Agrarbezirksbehörde, die sich große Verdienste um den Wegebau erworben hat, nach Aussage von einzelnen Bürgermeistern da und dort aber sicher in der Lage wäre, etwas billiger zu bauen.

Ich möchte noch den Hopfenbau im Leutschacher Gebiet erwähnen. Dieser Hopfenbau wurde durch die Privatinitiative vor 5 oder 6 Jahren ins Leben gerufen und hat heute ein Ausmaß erreicht, daß er viel Geld unter die Bewohner dieses Gebietes bringt.

Ich wollte heute auch noch über die Flußregulierung sprechen. Herr Abg. Dr. Pittormann hat mir dies eigentlich schon vorweggenommen. Die andauernden Überschwemmungskatastrophen, die wir haben, veranlassen mich, zu bitten, die Regulierungen, an denen sich die Betroffenen selbst finanziell beteiligen, so weit als möglich fortzusetzen.

Nicht vergessen werden darf der Weinbau im Schilchergebiet um Stainz über Sausal und Ehrenhausen bis Klöch. Es sind aber zum Teil Kulturen vorhanden, die weder den modernen Anforderungen in Bezug auf den Ertrag, noch einer Rationalisierung der Bearbeitungsmöglichkeit entsprechen. Es wird notwendig sein, daß diese Weinbauern auf Hochkulturen übergehen, sonst ist es unmöglich, daß sie auf einem größeren Markt konkurrenzfähig bleiben.

Der Wohnbau, der eigentlich zum Kapitel 6 gehört, soll kurz gestreift werden. Auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren sehr viel in unserer Gegend gemacht worden, zum Großteil aus eigenen Mitteln. Ich ersuche, daß in Zukunft gerade diesen Familien, die in unserer Gegend bereit sind, zum Teil unter Aufbietung ihrer gesamten finanziellen Leistungsfähigkeit und Tatkraft ein Eigenheim zu erstellen, daß man diesen Leuten an die Hand geht.

Wer einmal im Grenzland Grund und Boden besitzt, wird nicht veranlaßt, außer Landes zu gehen. Wir sind stolz darauf, daß viele Zuzügler heute noch die Absicht haben, im Grenzland zu bleiben. Wo es sich in unserer Gegend um Volksdeutsche handelt, soll diesen Ansiedlern besonders geholfen werden. Denn gerade von diesen Menschen werden wir einen besonderen Dank und auch Treue zu ihrer nunmehrigen steirischen Heimat erreichen.

Das wesentlichste Problem des Grenzlandes ist das des Arbeitsplatzes. Wir müssen mit aller Kraft versuchen, diesem Problem zu Leibe zu rücken, wenn die Erreichung dieses Zieles heute vielleicht auch die schwierigste Arbeit überhaupt ist. Wenn man vom Arbeitsplatz spricht, kommt man auf die kleinen Gewerbebetriebe und kleinen Industriebetriebe zu sprechen. Abg. Stöffler hat in seiner Rede hervorgehoben, daß für Gewerbebetriebe neue Möglichkeiten geschaffen wurden. Durch bevorzugte Kreditaktionen soll die Möglichkeit zur Modernisierung gegeben werden. Wesentlich wäre auch, wenn bei Ausschreibungen in Steiermark eine immer größere Anzahl von Gewerbetreibenden aus dem Grenzland eingeladen würde. Sofern diesen Betrieben die Vorteile der 5%-Klausel zugutekommen, wird sicherlich auch für Grenzlandbetriebe die Möglichkeit einer einigermaßen guten Entwicklung gegeben sein.

Wie die Verhältnisse der Gewerbebetriebe derzeit gelagert sind, will ich an Hand eines Beispiels aufzeigen. Der Bezirk Leibnitz, der 6,2 % der Gesamtbevölkerung des Landes Steiermark ausmacht, steht mit nicht ganz 2,2 % an Gewerbesteueraufkommen der Steiermark natürlich weit unter dem landesüblichen Durchschnitt. Was die Beschäftigung der kleinen Gewerbe und der kleinen Industrie im Grenzland betrifft, möchte ich ganz kurz besonders lobend hervorheben, daß gerade das Bundesministerium für Landesverteidigung bei der Arbeitsvergebung im Grenzland sich besonders bemüht. Erwähnen möchte ich, daß für den speziellen Bedarf dieses Ministeriums es sogar möglich war, Arbeitsgemeinschaften einzurichten. Ich bin überzeugt, daß es viele neue Wege und Möglichkeiten gibt, mit denen in der Südsteiermark dem Handel, dem Kleingewerbe und der Industrie eine wirtschaftliche Förderung gegeben werden kann.

Als weitere wesentliche Frage des Grenzlandes sind noch die Schulen zu erwähnen. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann im Namen der Bürgermeister in unserem Gebiete. Diese Schulbauten konnten nur durch die Gewährung von Bedarfszuweisungen erfolgen. Die finanzielle Leistungskraft dieser Grenzlandgemeinden ist, wie das Ihnen allen bekannt ist, eine äußerst kleine, so daß es aus eigener Kraft nicht möglich gewesen wäre, die vielen Volks- und Hauptschulen zu errichten, die man heute in diesen Gegenden sehen kann. Ich möchte auch ersuchen, weiteren Plänen auf diesem Gebiet eine entsprechende Unterstützung zu geben. Schulen stellen im Grenzland eine gewisse Visitenkarte für kulturelle Leistungen dar und darauf soll man besonders Rücksicht nehmen. Im Zusammenhang damit wäre besonders zu erwähnen, daß folgender Zustand für das Grenzgebiet eine Unmöglichkeit

ist: Kinder, die eine Mittelschulbildung erhalten sollen, müssen teilweise mehr als 50 km weit zur geeigneten Schule fahren. Ich hoffe, daß in nächster Zeit hier eine Abhilfe geschaffen werden kann.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß es den Gemeinden möglich war, Schulen zu bauen, weil Bedarfszuweisungen gegeben wurden, so kann ich Ihnen erklären, daß die Bürgermeister des Grenzgebietes, wie ich schon an Hand des Beispiels der Gewerbesteuer nachgewiesen habe, wahrlich nicht in berühmten finanziellen Verhältnissen sind. Der Finanzausgleich, der uns leider so viel Geld in Steiermark gekostet hat, ist wirklich eine betrübliche Angelegenheit. Es ist leider so, daß von der anderen Partei die steirischen Interessen nicht in dem Sinne vertreten wurden, wie es hätte der Fall sein müssen.

Ich habe zu Ihnen vorwiegend darüber gesprochen, wie notwendig es ist, dem Grenzland eine materielle Hilfe zu gewähren. Ich möchte aber abschließend betonen, daß es zumindestens im gleichen Ausmaß notwendig ist, dieser Bevölkerung vor allem auch die entsprechende moralische Unterstützung zu geben. Dies erscheint in manchen Fällen noch viel wichtiger als Geld. Die Menschen müssen das Gefühl haben, daß sie als Bewohner der südlichsten Teile des deutschen Sprachgebietes genau so zu Steiermark und Österreich gehören wie die Steirer aus Graz, Leoben und Liezen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu wissen, welche Möglichkeiten es gibt, um dem Grenzland dieses Gefühl zu vermitteln. Ich glaube, daß es gerade der Presse und dem Rundfunk und Fernsehen möglich ist, in dieser Hinsicht ein Stück beizutragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle bei der Landesregierung, beim Herrn Landeshauptmann Krainer im Namen der ganzen Grenzbevölkerung dafür bedanken, daß uns all diese Hilfe und das Verständnis entgegengebracht wurde. Wenn Sie, meine Damen und Herren, mithelfen, diese Wünsche, von denen ich Ihnen einen Teil vorgetragen habe, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu verwirklichen, dann bin ich überzeugt, daß auch das bodenständige Volkstum seine Verpflichtung nicht nur sich selbst, sondern auch gegenüber der Steiermark und gegenüber der gesamten österreichischen Familie voll und ganz erfüllen wird. (Lebhafter Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. **Dr. Kaan:** Zur Geschäftsordnung! Der Herr Präsident hat den Vorredner, Herrn Abg. Dr. Assmann zweimal in rascher Aufeinanderfolge zur Sache gerufen. Ich mußte daher befürchten, daß er ihm nach dem dritten Ruf zur Sache das Wort entzieht.

In der Zwischenzeit ist das Wort „Raubergeschichten“ gefallen. Daraufhin hat der Herr Präsident den Herrn Abg. Dr. Assmann weiterreden lassen, der sich mit der Landwirtschaft, mit dem Fremdenverkehr und mit den Straßen beschäftigt. Er hat den Gedankenfaden fortspinnen können. Ich entnehme daraus, daß der Herr Präsident nicht die Absicht hat, ihm das Wort zu entziehen. Der Antrag zur Geschäftsordnung ist daher hinfällig.

**Präsident:** Als nächster Redner hat der Herr Abg. Hegenbarth das Wort.

Abg. **Hegenbarth:** Jedem politisch denkenden Menschen ist es längst klar geworden, daß die Zukunft Europas, sagen wir besser des demokratisch gebliebenen Westeuropas, nur dann gesichert ist, wenn sich diese Länder auch politisch nahekomen. Es ist klar, daß sich unsere Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft verbreitern muß. Wir Bauern sind schon mitten drinnen in dieser Vorbereitung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß wir in der Landwirtschaft eine ganze Anzahl von Produktionsparten haben, die heute schon ohne weiteres imstande sind, mit anderen Ländern in Konkurrenz zu treten. Die Tatsache, daß wir z. B. auf dem Viehsektor, auf dem Sektor der Molkereiprodukte zum Exportland geworden sind und daß wir uns heute nicht nur preislich, sondern auch qualitativ mit anderen Ländern ohne weiteres messen können, bezeugt, wie weit wir es auf diesem Gebiet gebracht haben. Wir wissen auch, daß es vornehmlich zweier besonderer Mittel bedarf, um unserer Landwirtschaft in den kommenden Jahren noch jenen Grad der Vervollkommnung zu geben, der es uns gestattet wird, ohne Sorge in das Gebiet der europäischen Zollunion einzutreten.

Sie haben heute schon einiges gehört über die Mechanisierung der Landwirtschaft, ich möchte als mindest gleichwertigen Faktor die Berufsausbildung danebenstellen, die es ermöglicht, einen weit besseren und einen weit höheren Bildungsstandard für unsere Landbevölkerung zu erreichen. Auch wir Bauern freuen uns darüber, wenn draußen auf dem Land wieder eine neue Hauptschule entsteht und ich kann Ihnen sagen, die Tatsache, daß unsere acht ganzjährigen Landwirtschaftsschulen in Steiermark voll besetzt sind und daß wir jetzt im Spätherbst 1957 einen noch nie dagewesenen Rekordstand von 385 bäuerlichen Fortbildungsschulen in Steiermark besitzen, allein diese zwei Zahlen beweisen, wie groß der Bildungshunger der Landjugend geworden ist. Die Landwirtschaftskammer hat ihr übriges dazu getan. Während es im Jahre 1949 noch als ein Wagnis galt, den ersten Kammerfachkurs zu eröffnen, einen Kurs, an dem nicht nur junge Leute teilnehmen, sondern vor allem der Bauer, der schon seit Jahrzehnten in seinem Beruf steht, ein Kurs, der bezweckt, die Teilnehmer mit der modernsten Form des landwirtschaftlichen Produktionswesens vertraut zu machen, diese Kurse, an die man vorerst zögernd herantrat, heute aus der steirischen Landwirtschaftsförderung überhaupt nicht mehr wegzudenken. Wir werden auch auf anderen Gebieten noch einiges dazu tun müssen.

Infolge Ernennung durch die Steiermärkische Landesregierung bin ich Mitglied der Grundverkehrs-Landeskommission geworden und habe daher Einblick gewonnen in den bäuerlichen Grundstücksverkehr. Man merkt heute im bäuerlichen Grundstücksverkehr die Tendenz, daß eine bestimmte Betriebsgröße, die Familienbetriebe zwischen 20 bis 35 Joch umfaßt, sich ausgezeichnet hält, daß es bei dieser Betriebsgröße kaum ein Angebot auf dem Realitätenmarkt gibt, während bei Kleinbetrieben sowie

auch bei Großbetrieben, sofern sie über keine Waldreserven verfügen, ein starkes Bestreben besteht, Grundstücke abzuverkaufen, den Betrieb zu veräußern oder zu verpachten. Die Grundverkehrskommission kommt diesen Bestrebungen entgegen, indem sie den Bestrebungen der Entwicklung von Kleinbetrieben zu lebensfähigen Mittelbetrieben in jeder Beziehung hilfreich zur Seite steht. Auch der Steiermärkische Landtag hat im Herbst des vorigen Jahres eine Gesetzesvorlage beschlossen, welche die Finanzierung von solchen Hofankäufen bzw. die Aufstockung von Kleinbetrieben ermöglicht.

Über das Kapitel „Landflucht“ ist bereits sehr viel gesprochen worden, auch Bücher wurden geschrieben. Es gibt aber auch eine Gewerbe- und Gewerbeflucht am Land draußen, ich weiß nicht, ob das volkswirtschaftlichen Intentionen entspricht oder ob es Modesache ist, wenn gewerbliche Unternehmer das Bestreben haben, näher zur Metropole zu kommen. Vor meinem geistigen Auge steht ein Großgewerbebetrieb im Bezirk Voitsberg. Dieser ist durch die Tüchtigkeit seines Inhabers, eines Schlossermeisters, zu einem Gewerbebetrieb geworden, der auch eine gewisse Fertigung von Landmaschinen durchführt. Weiß Gott, was den Unternehmer bewegen hat, aus seinem weststeirischen Ort die Produktionsstätte an den Stadtrand von Graz zu verlegen. Welche Folgen das hat, ist an den Fingern abzuzählen. Erstens erhebt sich die Wohnungsfrage. Kaum war der Betrieb übersiedelt oder er war noch nicht ganz übersiedelt, mußten sich die Arbeiter und Angestellten des Betriebes, die ebenfalls übersiedeln mußten, um eine Wohnung umschauen. Es wird so sein, daß die bisherigen Wohnungen in diesem weststeirischen Ort einem weniger wichtigen Verwendungszweck zugeführt werden und die Wohnungsnot in Graz und in der näheren Umgebung weiterhin verschärft wird. Es ist klar, daß gewisse Industrien nur konzentriert arbeiten können, es wird niemand einfallen zu verlangen, daß die Hütte Donawitz den Hochofen in Hitzendorf hat. Es ist aber unverständlich, wenn das auch Gewerbetreibende tun, nur weil sie glauben, sie müssen absolut näher der Stadt sein. Die finanziellen Folgen sind auch nicht die erfreulichsten, denn die ohnehin finanzschwachen Landgemeinden werden noch schwächer und die reichen, wohlhabenden Gemeinden werden dann noch reicher.

Der Nationalrat hat im Laufe der letzten Wochen gute Arbeit geleistet. Er hat nicht nur, wie es seine Pflicht war, das Budget fristgerecht verabschiedet, sondern auch eine Selbständigpension geschaffen, wodurch ein jahrelanger Wunsch unserer alten Bauern und Handwerksmeister in Erfüllung ging, so daß sie eine bescheidene Versorgung für ihre alten Tage haben. Hohes Haus, welche Bedeutung diese Bauernpension bei der Bekämpfung der Landflucht haben wird, wird wahrscheinlich erst die Zukunft zeigen. Als Abgeordneter habe ich die Pflicht, Sprechstage abzuhalten. Da ist mir passiert, daß ein alter weißhaariger Bauer zu mir gekommen ist und sich beklagte, daß es ihm jetzt nach der Übergabe bei seinem Sohn und seiner Schwiegertochter nicht sonderlich gut gehen. Wenn ich ihn gefragt habe: „Ist das Essen schlecht oder die Behandlung?“, sagt

er „Oh Gott na, das Essen ist eh guat“, und wenn ich nun weiter frage: „Wie ist die Schwiegertochter mit Ihnen?“ sagt er „Die ist gar nicht zuwider“. Wenn das ein alter Bauer sagt, so ist das das höchste Lob, das er überhaupt finden kann, dieses Lob ist nicht einmal steigerungsfähig, es ist das höchste Lob, das man einer Schwiegertochter spenden kann. Wenn ich dann weiter forsche: „Warum sind Sie unzufrieden?“, sagt er dann: „Ich möchte halt gern ein paar Schilling im Sackl haben. Ich habe zu dem Buben gesagt, ich brauche Geld, da hat der Bua gesagt, schau Vater, ich muß die Geschwister auszahlen, die Finanz will nicht warten, der Notar will mich pfänden lassen, Du willst auch ein Geld von mir, ich habe selbst keines, wo nichts ist, hat auch der Kaiser das Recht verloren. Ich bin fest überzeugt, daß dieser alte Bauer, wenn er nächstes Jahr die Altersrente bekommen wird, zufrieden sein wird. Es gibt ein sehr schönes Sprichwort in der bäuerlichen Bevölkerung des Landes Steiermark, dieses Sprichwort geht vom Mürztal bis zur unteren Mur und lautet: „Übergib und nimm dir das Leben.“ Dieses Sprichwort ist im negativen Sinne wirksam und hat zur Folge, daß viele bäuerlichen Ehepaare die Wirtschaftsführung nicht aus der Hand geben, obwohl es für den Betrieb schon lange gut wäre, wenn ein junger Betriebsführer den Hof in seine Hand nehmen würde. Der Herr Abg. Dr. Speck hat mir einmal gesagt: „Sie reden über Landflucht und sind selbst schuld daran wegen dieser späten Übergaben.“ Ich habe den Bürgermeister das sagen müssen, was ich jetzt vor einigen Minuten sagte. Wenn der junge Bauer keine Aussicht hat zu übernehmen, dann entsteht automatisch eine gewisse Unzufriedenheit. Wenn diese jungen Buben mit 18, 19 Jahren sehen, wie mancher Bauernsohn noch mit 35 und 40 Jahren vergeblich auf die Übernahme wartet, entsteht in den jungen Leuten der Wunsch, es schöner, leichter zu haben, früher heiraten zu können und früher zu einer eigenen Existenz zu kommen. Das führt dazu, daß wir viele und wertvolle Kräfte verlieren. Es sind ja leider meistens die agilsten und aufgewecktesten, die zuerst in den Versuch kommen, die Scholle zu verlassen.

Die Landwirtschaft ist eben kein primitiver Beruf mehr, die Zeit, wo nur feste Fäuste und ein gesunder Körper notwendig waren, um den landwirtschaftlichen Beruf ordnungsgemäß zu führen, ist schon längst vorbei. Der Bauer, der vor 30 Jahren ein prima Wirtschaftsführer war, ist heute ein hoffnungsloser Rückständler, wenn er in den letzten 30 Jahren nichts dazu gelernt hat. Der Bauer muß heute auf den verschiedenen Gebieten des Maschinenwesens vertraut sein, er muß, wenn der Bindermäher nicht ordentlich knüpft, sehen, wie er mit diesem störrischen Gerät selbst zu Rande kommt, er muß Biologe sein, ein halber Chemiker sein, er muß mit Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln umgehen können, sonst wird er mehr Schaden als Nutzen bringen. Um all das richtig durchführen zu können, brauchen wir einen Stock junger aufgeweckter Betriebsführer und deshalb müssen wir auch alle Maßnahmen durchführen, alle Bestrebungen fördern, die darauf abzielen, daß der junge Bauer möglichst bald den elterlichen Hof übernehmen kann. Wir sind fest überzeugt, daß mit der Altersrente für die

Landwirtschaft ein guter Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele getan ist, weil Tausende alte Bauernehopaare in der Zukunft sagen werden: Wir sind nunmehr pensionsberechtigt, der Bub ist fleißig, er ist beim „Bund Steirischer Landjugend“ und kann etwas (Heiterkeit!), er soll heiraten, wir wollen ihm übergeben und ins Austragstüberl gehen.

Die Kinderbeihilfe, die vor drei Jahren noch etwas belächelt worden ist, hat sich auch durchgesetzt und ist heute besonders in unseren kleingewerblichen und kleinbäuerlichen Familien am Land aus dem Budget nicht mehr wegzudenken. Wenn Sie unten in den Grenzlandgemeinden mit einem Kaufmann sprechen, wird er auf Anhieb sofort bestätigen, daß er sogleich merkt, wenn in der Gemeinde die Kinderbeihilfe zur Auszahlung gelangt. Ein wahrer Sturm auf das Geschäft setzt ein, der ganze aufgestapelte Nachholbedarf wird erledigt. Ein Kaufmann hat mir gesagt, er sei mit Kinderstrümpfen einfach ausverkauft, nachdem das Finanzamt Leibnitz am gleichen Tag die Kinderbeihilfe angewiesen hat. Dutzende von Frauen sind gekommen und haben für die Kinder Bekleidungsstücke und Strümpfe gekauft.

Hohes Haus! Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat vor einiger Zeit in einer Wiener Zeitschrift einen sehr interessanten Artikel veröffentlicht, einen Artikel, der mich am Anfang ein bißchen geärgert hat. Er kam mir irgendwie kalt-schnautzig vor. Er hat sich befaßt mit der Erörterung der Frage: Was ist ein Mensch wert? Er ist zur Feststellung gelangt, daß ein arbeitsfähiger junger Mensch mit halbwegs guter Schulbildung im 16. oder 17. Jahre für die Volksgemeinschaft einen Wert von 300.000 Schilling darstellt. Er hat auf Grund einer komplizierten Rechnung herausgebracht, daß der junge Mensch in seinem Berufsleben vom 17. Lebensjahre bis zu seinem Lebensende um 300.000 Schilling mehr Werte schafft, als was er verbraucht, kaputt macht oder zerstört.

Nachher bin ich eigentlich nachdenklich geworden, als ich diese Berichte gelesen hatte. Die Statistik sagt uns doch, daß alljährlich vom Land und vom Dorf allein in der Steiermark 3000 bis 4000 Menschen abwandern. Vom Dorf in die Industrie und in die Stadt, so daß wir Bauern eigentlich der Industrie und der Stadt alljährlich eine ungeheure Subvention geben in Form von 3000 bis 4000 Arbeitsrekruten, die wir jedes Jahr franco frei ins Haus stellen. (Heiterkeit.) Das Dorf hat die Kosten der Aufzucht, die Bürgermeister können sich verbluten an den Schulbeiträgen — Gott sei Dank, daß wir Kinder haben, aber diese Schulbeiträge sind eine Belastung — und dann, wenn es so weit ist, dann geht der junge Mensch in die Industrie und stellt dort seine Kraft zur Verfügung, zahlt dort seine Steuern und gibt dort sein Geld aus und trägt dazu bei, die Wirtschaft in diesen Orten und Städten zu heben und zur Konjunktur beizutragen. Die Forderung der Volkspartei, die Forderung der bäuerlichen Abgeordneten ist, eine Art Finanz-Ausgleich zu schaffen zwischen den armen Landgemeinden und den im Überfluß schwelgenden Stadt- und Industriegemeinden. (Abg. R ö s c h: „In Überfluß schwelgende Stadtgemeinde Graz, das ist gut!“)

Hohes Haus! Es ist sehr viel über die Gefährdung unserer Grenzen gesprochen worden. Wir meinen da sicher nicht die Grenzen gegen Salzburg, die Grenze Semmering, wir meinen die Grenze im Süden, die Gebiete von Radkersburg, Ehrenhausen, Arnfels, Eibiswald usw. Worin besteht die Gefahr? Hohes Haus, die Gefahr besteht im großen gesehen in der weitaus höheren Geburtenzahl dieser süd-slawischen Völker. Die FAO hat festgestellt, daß in Wien im Durchschnitt der letzten zehn Jahre auf 1000 Einwohner 12 Lebendgeburten entfallen, in Belgrad aber trotz anderem Lebensstandard, trotz weniger Kalorien 35 Lebendgeburten auf 1000 Einwohner. Tatsache ist, daß es vor allem in der südlichen Hälfte unseres Landes viele Familien gegeben hat, die sich auf Grund der Kinderbeihilfe zu einer Vergrößerung der Familie entschlossen haben. Ebenso sicher ist es auch, daß es nicht die reichen Familien sind, wo Kindersegen herrscht, sondern im Gegenteil, die oberen Zehntausend sind immer sehr kinderarm gewesen. Das Landvolk füllt die Lücken aus, die in den Städten entstehen. Hohes Haus, im Frühjahr vorigen Jahres fand in Wien eine große Gynäkologentagung statt und da hat einer dieser großen Meister der Wissenschaft die Behauptung aufgestellt, daß in Österreich alljährlich 200.000 Abtreibungen stattfinden, also daß 200.000 Kinderleben zerstört werden. Ob diese Schätzung stimmt oder nicht stimmt, das kann ich nicht beurteilen, Tatsache ist, daß der „weiße Tod“ in unserer Bevölkerung wütet. Ich bin der Meinung, daß man nicht nur die Hausgehilfin einsperren soll, die Arbeiterfrau, die das Opfer einer gewissenlosen Hebamme geworden ist, sondern daß man hineinleuchten müßte in gewisse Luxussanatorien, wo sehr wohlhabende Damen sich von der Sorge einer bevorstehenden Mutterschaft zu befreien suchen. Ich glaube, daß man mit einem strengeren Vorgehen der Behörden sehr viel beitragen könnte zu einer biologischen Stärkung unseres Volkes und auch unserer südlichen Grenze.

Hohes Haus! Unsere Bauernschaft leidet wie kein anderer Beruf unter einem Mangel an Arbeitskräften. Unsere Bauernschaft hat in einem verzweifelten Wettlauf versucht, durch Mechanisierung und Rationalisierung diese entzogenen Arbeitskräfte zu ersetzen und es ist geradezu erstaunlich, was im Laufe der letzten Jahre auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Obwohl unsere Bauernschaft seit Kriegsende rund die Hälfte der damaligen Landarbeiter verloren hat, ist keine Verringerung der Produktion eingetreten, die Landwirtschaft hat einen Produktionsstand erreicht, der seit dem Jahre 1918 noch nicht zu verzeichnen war. Der Herr Präsident Wallner hat Ihnen genügend Zahlen gesagt, welche beweisen, daß die Landwirtschaft exportfähig ist. Ich möchte noch eine Kleinigkeit beifügen und etwas erwähnen, was der Öffentlichkeit vielleicht unbekannt ist. Die Molkerei Stainach im Ennstal exportiert Tag für Tag 50.000 Liter Frischmilch. Diese Milch wird für die Versorgung amerikanischer Truppen in Westdeutschland und Italien verwendet. Die Milch wird nicht mehr in Kannen gefüllt, sondern in wasserdichte Papierbeutel. Jeder amerikanische Soldat, ob in Aachen, Italien oder am Mittelmeer

bekommt zum Frühstück eine Papiertüte voll Ennstaler Milch.

Wenn man vor einigen Wochen gehört hat, daß unseren steirischen Molkereien zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein Einbruch gelungen ist in die Monopolstätte der europäischen Milchwirtschaft, nämlich in die Schweiz, und daß in den Luxushotels in Chamonix und Montreux zum Frühstück steirische Butter serviert wird, dann soll noch jemand behaupten, daß die Landwirtschaft nicht lebensfähig ist.

Die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft wird nicht zuletzt davon abhängen, ob auch die übrigen 80 Prozent der Bevölkerung eine verständnisvolle Haltung unserer Bauernschaft gegenüber einnehmen. Das ist leider nicht immer der Fall. Ich möchte mich hier nicht verzetteln und nur einen Fall herausgreifen. Das ist das merkwürdige Verhalten der Stadtgemeinde Graz gegenüber jenen Bauern, die die Ungeschicklichkeit begehen, Lebendvieh auf den Viehmarkt aufzutreiben. Es ist dies völlig überholt und überflüssig, da der Bauer dieses Vieh aus diesem Marktgebiet nicht mehr herausbringen darf, das Vieh muß drinnen bleiben. Was soll der Bauer tun, wenn er auf dem Markt steht mit seinem Vieh? Entweder muß er es, wenn der Markt übermäßig beschickt ist, zu einem Preis verkaufen, der weit unter dem liegt, was seinen Hoffnungen entspricht, oder er muß es einstellen bis zum nächsten Markt, was außer großen Kosten auch meistens infolge der Unruhe des Tieres einen großen Gewichtsverlust verursacht. Ich appelliere an die Stadtgemeinde Graz, durch eine Aufhebung dieser überholten Bestimmungen, die veterinärpolizeilich keinesfalls gerechtfertigt sind, der Landwirtschaft entgegenzukommen.

Hohes Haus! Ich hoffe, mit diesen bescheidenen Darlegungen bewiesen zu haben, daß unsere Landwirtschaft nicht tatenlos dasteht, sondern daß unsere Landwirtschaft sich ihrer Aufgabe als Nährstand des Volkes bewußt ist.

Schließen möchte ich mit einem Satz, den der große deutsche Dichter Goethe vor 130 Jahren in einem Brief an Eckermann geschrieben hat. Er lautet: „Wenn man die Verwilderung und Verlotterung im weitesten Teil unseres Volkes betrachtet, möchte man schier verzweifeln an der Zukunft unseres Vaterlandes. Aber noch gibt es einen Lichtblick in dieser trüben Zeit: Unser Landvolk!“ (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Koller: Hoher Landtag! Ich möchte voll und ganz für unsere Landwirtschaft das sagen, was ein deutscher Agrarstatistiker festgestellt hat, daß heute Teile der landwirtschaftlichen Betriebe unter einem ständigen Abgang der Arbeitskräfte leiden und daß dies eine Überbelastung und Erschöpfung des bäuerlichen Menschen und vor allem der Bäuerin zur Folge hat und daß in keinem Verhältnis zur Abnahme der landwirtschaftlichen Kräfte auch nur einigermaßen der mögliche Ausgleich in Form der Technisierung zunimmt. Es ist in keinem Fall mangelnder Fortschritt, sondern zum überwiegenden Teil darin begründet, daß die Landwirtschaft einer laufenden Erhöhung der Produktionskosten gegen-

übersteht, die eine Erweiterung des Preisaufwandverhältnisses mit sich bringen und nur einen schmalen Ausweg offen lassen, auf Grund der Substanz der bestehenden Betriebe Reserven zu erwirtschaften und sich technisch zu vervollkommen. Statistiken beweisen, daß der Bauernwald bei einem Flächenanteil von 34 Prozent 39 Prozent des Einschlages liefert.

Wie sieht es nun mit dem Stande der technischen Einrichtungen, die, wie gesagt, ein niemals völliger Ausgleich für die fehlenden Arbeitskräfte sind, in der Landwirtschaft in Steiermark und besonders im Grenzlande aus? Als bekannt möchte ich die Betriebs-Grundverhältnisse vorausschicken, und zwar, daß im Landesdurchschnitt 45 Prozent der bäuerlichen Betriebe unter 5 ha und 84 Prozent unter 20 ha liegen. Im Grenzlande sind die Verhältnisse noch krasser. Die Gruppe unter 5 ha liegt bei 50, während unter 20 ha es bei 94 Prozent ausmacht. Die Technisierung dieser Betriebe, ich fange beim Traktor an, weil dieser die notwendigste Maschine ist, ist folgende: Auf 100 Betriebe entfallen in der Steiermark im Durchschnitt 11 Traktoren, im Grenzlandbezirk Feldbach nur 5, in Radkersburg 8 und in Leibnitz und Deutschlandsberg nicht mehr. Das heißt also, nimmt man die Grenzgemeinden dieses politischen Bezirkes speziell heraus, so ergeben sich weit niedrigere Ziffern der Grenzgemeinden im Deutschlandsberger Bezirk, wo überhaupt nur 2 Traktoren auf 100 Betriebe entfallen. Die Elektrifizierung, die elektrischen Kräfte sind heute schon eine so selbstverständliche Voraussetzung für die normale Bewirtschaftung in der Landwirtschaft, daß man eigentlich, wenn man sie hat, mit einer Selbstverständlichkeit darüber hinweggeht, daß es noch viele Betriebe gibt, die auf diese verzichten müssen. Im Landesdurchschnitt sind 93 Prozent aller Betriebe elektrifiziert, im Bezirke Feldbach 85 Prozent, in Deutschlandsberg 82 Prozent, ähnlich sind die Verhältnisse in Radkersburg. Wenn Sie aus diesen Bezirken wieder die speziellen Grenzlandgemeinden herausziehen, sind es Zahlen, die geradezu fast unwahrscheinlich sind. Die Grenzgemeinden des Bezirkes Deutschlandsberg weisen nur 37 Prozent Elektrifizierung, des Leibnitzer Bezirkes 55 Prozent aus, während sie im Feldbacher Bezirk etwas höher liegen. Das beweist, daß die landwirtschaftlichen Betriebe unter Verhältnissen arbeiten müssen, die sicherlich nicht einfach sind. Die Elektrifizierung in diesen Grenzlandgemeinden und -bezirken läßt sehr zu wünschen übrig. Es bleibt dem Landtage vorbehalten, sich mit dem Gedanken zu befassen, Mittel und Wege zur Besserung zu finden.

Ein anderer Wunsch, wenn man ebenfalls mit dem technischen Maßstab mißt, ist auf den bäuerlichen Haushalt als besonders schwerwiegend gerichtet. In der Betrachtung der bäuerlichen Betriebswirtschaft ist die Bäuerin die erste und letzte im Haus und im Stall und hat über diese Arbeiten hinaus ihre ureigenste Aufgabe, Frau und Mutter und Betreuerin der Familie zu sein, so daß auch die technischen Einrichtungen des bäuerlichen Haushaltes dieser schweren Überbelastung unserer Frauen zuteilkommen. Schauen wir uns die Zahlen an. Wasser im Haushalt fehlt fast selbstverständlich, nur 33 Prozent von 57.000 Betrieben in Steiermark haben

es. Einen Wasserauslauf im Stall haben 27 Prozent, Waschmaschinen 13 Prozent, eine Zentrifuge und Kühlschränke 1 bis 3 Prozent. Das ist der eindeutige Beweis, daß die Technik im bäuerlichen Haushalt weit zurück ist und ihr Ausbau unbedingt gefördert und unterstützt werden muß. Noch ein Vergleich der Technisierung im bäuerlichen Haushalt der Grenzbezirke und Gemeinden. Wir haben einen Landesdurchschnitt von 26 Betrieben, die mit diesen Geräten versehen sind. Im Vergleich zu anderen Bezirken und Gemeinden ist dieser Unterschied viel einschneidender, wenn man die Grenzgemeinden untersucht und vergleicht. Es entfallen auf diesen technischen Haushalt auf 100 Betriebe in den Grenzgemeinden nur 12 Stück, in Feldbach 7 Stück, Eibiswald 8 Stück, Deutschlandsberg mit 7 Stück liegt bezüglich bäuerlicher Haushaltstechnik an letzter Stelle. Diese Gemeinden liegen mit einem Durchschnitt von 13,5 Prozent fast die Hälfte unter dem Landesdurchschnitt. Diese Ziffern zeigen das wahre Bild, unter welchen Bedingungen die Grenzlandgemeinden produzieren müssen und welche gewaltige Opfer und Anstrengungen es kostet, um diese Leistungen und Produktionszahlen, die mein Vorredner schon genannt hat, hervorzubringen. Es zeigt, welcher großer möglicher Absatz für die heimische Industrie hier noch liegt und es irgendwie wie ein Bumerang wirkt, wenn man der Landwirtschaft jeden Groschen vorrechnet. Dieser Vergleich zeigt den wirklichen Stand und auch die Kosten unserer bäuerlichen Betriebe. Es ist nicht immer der sogenannte „Mercedes“-Standpunkt, diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Mit Ratschlägen und theoretischen Abhandlungen vermögen wir der Landwirtschaft nicht entscheidend zu helfen. Der Schwerpunkt, der aus dem heurigen Landesvoranschlag herauszulesen ist, ist die Hilfe für die schwächeren Gemeinden des Grenzlandes, die enge mit der Landwirtschaft verbunden sind, die Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen und die Förderung des Grenzlandes, die Technisierung der bäuerlichen Haushalte und die sonstige Hilfe.

Obwohl noch viele Wünsche, die wir als berechtigt halten, vorhanden sind, wollen wir doch das Positive der Kreditansätze nicht verkennen und als gutes Zeichen für die Zukunft werten. Wenn dem gegenüber, Hoher Landtag, beim Großreinemachen in Sachen des sozialistischen Parteiprogramms auch noch alle die Dinge, die einer vernünftigen und vorteilhaften Regelung von Landwirtschaftsfragen irgendwie Widerstand leisten, über Bord gehen würden, dann könnten wir wirklich mit einem Hoffnungsschimmer in die Zukunft blicken. Genauso wie einer der Redner gesagt hat, daß es ohne Untersteirer auch keine Obersteirer geben würde, genau so bin ich der Überzeugung, daß es kein Steierland geben würde ohne einen gefestigten und gesunden Bauernstand. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Lackner Karl**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Assmann hat vorhin über das Grenzlandproblem gesprochen. Es gibt aber auch noch ein anderes Problem, das ebenfalls so ernst zu nehmen ist wie das Grenzlandproblem, und das ist unser Bergbauernproblem. Als Bergbauer des Ennstales muß ich kurz dazu Stellung nehmen.

Wenn der Städter oder der Bauer des Südens in die Alpen kommen und hoch oben die Berghöfe unserer Bauern sehen, so empfindet er auch, wie schwer diese Menschen ihr Leben fristen, unter welchen Mühen sie ihr Feld bestellen, wie weit von öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Märkten, Straßen, Lagerhäusern usw. sie entfernt sind, dann sieht er auch ein, daß diese Menschen dort oben ein karges Leben führen. Es gibt Leute, die den Gedanken erwägen — wobei sie in die Waagschale werfen, daß der Bergbauer einen großen Beitrag zur Erneuerung des gesamten Volkes leistet —, ob es zweckmäßiger wäre, diese Höfe als Almen zu verwenden oder aufzuforsten und die freiwerdenden Menschen anderswo nutzbringend unterzubringen. Diese Anschauung ist schon deshalb falsch, weil der Bergbauer sich und sein Gesinde aus eigener Scholle und Arbeit ernährt, während er im Falle der Abwanderung den Brotkorb des gesamten Volkes belasten würde. Abgesehen davon trägt auch der Bergbauer seinen Teil zur Produktion bei. Wenn er schon kein Brotgetreide erzeugt, so erzeugt er doch erstklassiges Zuchtvieh, hochwertige Milchprodukte, die die Qualität jener des Flachlandes weit übertreffen.

Aber noch eine weitere Aufgabe hat der Bergbauer zu erfüllen. Ein Volk wie das österreichische kann seinen Bestand immer wieder nur auf einen gesunden Bauernstand gründen und sich immer wieder daraus erneuern. Die Aufgabe des Bauern ist, abgesehen davon, daß er der Ernährer des Volkes sein muß, auch die Quell der Bluterneuerung zu sein und daraus resultiert auch die große Bedeutung des Bergbauerntums für die Volksgesamtheit. Tatsache ist auch, daß auf diesen Höhen und Kämmen nur Menschen sich halten können, die dem ständigen Kampf mit der Natur gewachsen sind. Dadurch wird eine gesunde Auslese herbeigeführt. Hier oben kann sich seit Generationen nichts Krankes und Schwaches halten, hier hat die harte Natur eine Auslese getroffen und Menschen geschaffen, die ohne Übertreibung als das Beste unseres Volkes anzusehen sind. Bei Erwähnung all dessen ergibt sich, daß es das Ziel einer guten und weitblickenden Staatsführung sein muß, das Bergbauern-tum leistungsfähig zu erhalten, damit dieses auch in Zukunft seinen wertvollen Beitrag als Blutsquell des Volkes leisten kann. Familien mit sieben bis acht Kindern sind bei den Bergbauern der Durchschnitt, ja es gibt Familien mit elf bis vierzehn Kindern, ja sogar mit 20 und mehr Kindern. Es darf nicht übersehen werden, daß im Süden der Steiermark auf einer Länge von rund 70 km eine Grenze verläuft, die keine natürliche, sondern nur eine politische Grenze ist. Daher ist es unbedingt notwendig, daß Land und Bundesregierung alles daran setzen, daß die Stellung und Lebensmöglichkeiten dieser wertvollen Menschen im Oberland gesichert und daß alles getan wird, diesen Menschen-schlag für seine Aufgaben für Volk und Staat leistungsfähig zu erhalten.

Ich danke auch im Namen der Bergbauern für die bisherige Unterstützung, für die Subventionen und Beihilfen, darf aber dazu gleich feststellen, daß diese ja kein Geschenk sind, sondern ein Zeichen

des Dankes an die Menschen, die seit Generationen so viel geleistet und so viel entbehrt haben. Ein Volk und ein Staat können auf die Dauer nur gesund bleiben, wenn dahinter ein gesunder, starker und leistungsfähiger Bauernstand steht. (Allgemein starker Beifall.)

Abg. **Edlinger**: Hohes Haus! Die Gruppe 7 hat heuer wieder einen bescheidenen Anteil an der besseren Finanzlage des Landes. (LR. **Prirsch**: „Bescheidener Anteil, das sagen wir auch immer, finden aber keinen Glauben!“) Die verschiedenen Förderungsmittel konnten wie im Vorjahr wieder eingesetzt werden, aber doch in einem etwas höherem Ausmaß und vor allem zeigt der Voranschlag in der Gruppe 7 eine neue Post im Unterabschnitt 731, Post 720 a). Die Post ist zweckbestimmt und der Titel heißt: „Beiträge für Aufbaugebiete des Grenzlandes“ mit einer Dotierung von 2 Millionen. Ich muß sagen, als ich diese Berichtigungen zum Voranschlag gelesen habe, habe ich mich wirklich gefreut (LR. **Prirsch**: „Und zu dieser Freude haben wir Ihnen verholten!“), man könne so manches für diese Zwecke um 2 Millionen schaffen. Auf der Bauernkammervollversammlung im Vorjahr, als man über diesen Gegenstand gesprochen hat, hat man den Wunsch herausgehört, daß man sich von der Landesregierung für das heurige Budget wenigstens 1 Million für diese Zwecke erhofft. Als ich dann im November oder Oktober in der Zeitung las, daß das Präsidium der Landesbauernkammer die Landesregierung zu einer Besichtigung eines solchen Aufbaugebietes in der Oststeiermark eingeladen hat, habe ich es als eine sehr kluge Maßnahme betrachtet, den Mitgliedern der Landesregierung ein solches Gebiet zu zeigen. Ich glaube, daß dieser Schritt auch von gutem Erfolg begleitet erscheint.

Da die Erläuterungen über die Verwendung nichts Näheres besagen, habe ich in unserem Klub unsere Regierungsmitglieder gefragt, für welchen Zweck diese 2 Millionen Schilling bestimmt sind. Unser Landeshauptmannstellvertreter hat sodann in ausführlicher Weise diese Reise in die Oststeiermark beschrieben und begründet, daß diese Förderung für dieses Aufbaugebiet zweckdienlich und erfolgversprechend ist. Herr Landesrat **Prirsch** hat hierauf einen Erhöhungsantrag von 1 auf 2 Millionen gestellt, der von unserer Fraktion und von unseren Regierungsmitgliedern zur Kenntnis genommen worden ist. (LR. **Prirsch**: „Die Mehrheit hat das ja leicht!“) (Abg. **Rösch**: „Alles Gute hat die Mehrheit!“) Unsere Fraktion hat zugestimmt, es wurde im Klub einstimmig und ohne Kritik zur Kenntnis genommen.

Mir persönlich ist die Oststeiermark bekannt seit meiner Tätigkeit als Mitglied des parlamentarischen Beirates im Wiederaufbau. Ich weiß, was dieses Gebiet, vor allem die nördliche Oststeiermark durch den Krieg Schaden erlitten hat, ich weiß, daß über 5000 Gebäude kriegsbeschädigt wurden. Es ist auch festgestellt worden, daß über 2700 Betriebe zum Wiederaufbau ihrer Gebäude aus Fondsmitteln eine Beihilfe erhalten haben in der Höhe von 76½ Millionen Schilling. Ich weiß auch genau,

welch ungeheure Mittel die Besitzer dieser Betriebe aus eigenem aufwenden mußten, um die kriegszerstörten Gebäude wieder instand zu setzen und aufzubauen. In Waldgebieten am Wechsel ist oft der letzte Baum geschlagen worden, um mit eigenen Mitteln aufbauen zu können. (LR. **Prirsch**: „Und man hat es doch nicht geglaubt!“) Ich weiß, daß im Hügellande, wo Sie, Herr Landesrat, zu Hause sind, eine Reihe von Gebäuden total beschädigt waren und diese Besitzer, weil sie keinen Wald hatten, Darlehen aufnehmen mußten, um die Gebäude wieder aufzubauen, während eben der andere Teil die Wälder absägen und das Geld aus der Kasse nehmen mußte. Es gibt auch heute noch Betriebe, die erst ausgebaut werden müssen. Ich empfinde es als ein Unrecht, wenn man gerade die Besitzer, über die der Krieg hinweggezogen ist, deren Gebäude beschädigt worden sind, vernachlässigen und deren Existenz, wo sie so viel aus eigenem aufgebaut haben, gefährdet würde. Das geht bis Radkersburg, Mureck und Spielfeld herüber, wo kleinere und mittlere Betriebe vorherrschen. Gelegentlich einer Besichtigung der Bezirkskammer Radkersburg erklärte der dortige Sekretär auf Grund meiner Frage: Was könnte man hier in der Radkersburger Gegend eigentlich fördern oder aufziehen, um mehr Geld und Verdienst zu erreichen? Wir haben, sagte er, ein panonisches Klima, ein feuchtwarmes Klima und es könnte Gemüse gebaut werden und wir zu Gemüselieferanten für ganz Steiermark herangezogen werden, wenn ein entsprechender Verwertungsbetrieb entstehen würde. Wenn sich die Mitglieder des Hohen Hauses erinnern — ich glaube, es war im Vorjahre —, sind wir hier eingetreten für eine Ausfallhaftung für einen solchen Verwertungsbetrieb. Er steht in Ehrenhausen und es hat sich um 300.000 Schilling gehandelt. Wir haben für diesen Verwertungsbetrieb die Haftpflicht übernommen, der „hohe“ Bürokratismus hat es aber noch nicht zuwege gebracht, diesem mittleren Betrieb das Geld zu verschaffen, so daß er noch nicht weiter ist als er vor 1½ oder 2 Jahren war.

Jetzt möchte ich über das Grenzland sprechen. Schon in der Generaldebatte ist von einem Redner der ÖVP vom Grenzland gesprochen worden. Gestatten Sie mir, da ich das Glück oder Pech habe, wie man eben sagen will, auch ein Bewohner dieses Grenzlandes zu sein, einige Worte dazu zu sagen. Am 18. November 1957 hat in Eibiswald eine Tagung stattgefunden, bei der eine bäuerliche Arbeitsgemeinschaft gegründet worden ist. Es war bei dieser Gründung unser Landeshauptmann **Krainner** und auch der Herr Landesdirektor der Bauernkammer **Holzinger** im Namen des Herrn Präsidenten **Wallner** dort und sie haben uns volle Unterstützung zugesagt und zugesichert, daß wir in diesem Gebiete, in diesem Grenzlandgebiete auf die Hilfe der Landesregierung und der Landesbauernkammer rechnen können. Wir haben das gerne zur Kenntnis genommen. Wir hoffen, daß dieses Versprechen auch eingehalten und auf fruchtbaren Boden fallen wird. Eines steht fest, daß gerade das Grenzland von einer Gruppe von Menschen bewohnt wird, die nicht nur arbeitswillig und fleißig, sondern auch sehr genügsam und würdig sind, unterstützt zu werden. Sie sind auch gewillt, große

Leistungen zu vollbringen und wie schon Abg. Dr. Assmann erklärt hat, hat sich eine Gruppe von Bauern zusammengetan im Gerichtsbezirke Arnfels, von Leutschach, Schloßberg, Eichberg und Glanz und hat mit Hilfe der Brauindustrie den Hopfenbau angefangen. Sie haben sich von der Brauindustrie, die sehr nobel war, einen Kredit geben lassen und vor allem, was meines Erachtens das Wichtigste ist, den Absatz gesichert. Sie haben sich weiter gesichert einen Mindestpreis und diesen auf 15 Jahre vertraglich festgelegt. Ich glaube, daß dies eine schöne Tat war und vor allem ein Zeichen ist, daß wir an der Grenze sehr bemüht sind, uns selbst zu helfen. Von diesem Hopfenbau, der schon über 40 ha im Ausmaß beträgt und an dem 45 Bauern in Form einer Interessentengemeinschaft beteiligt sind — es ist dies keine Genossenschaft und keine Vereinigung —, sind bereits in diesem Jahr über 2 Millionen Schilling an Bruttoertrag hereingekommen. Das ist bestimmt sehr lobenswert. Weiters haben wir eine Gruppe von Bauern, die den Tabakbau betreibt und es sind bereits 25 Besitzer, die heuer Tabak angebaut haben. Auch diese Einrichtung hat sich gut bewährt, denn die Erträge sind höchst befriedigend. Natürlich ist das alles arbeitsintensive Kultivierung. Aber die Leute sind ja diese Arbeit gewöhnt, so daß sie dies auch bewerkstelligen können.

Außerdem hat sich eine Gruppe zusammengefunden, die gefördert wird von der Tierzuchtgenossenschaft, die bereits im März den ersten Ferkelmarkt veranstaltet hat. Es ist dies die einzige Einrichtung dieser Art in der Steiermark und wir hoffen, daß auch hiedurch zusätzlich Geld in diese Gegend kommt und es so auch den kleineren Besitzern möglich wird, dort mitzutun. Wenn wir noch dazu die Unterstützung der Landesregierung und die der Landesbauernkammer für alle diese Vorhaben bekommen, dann glaube ich, wird auch im Grenzgebiet etwas erreicht werden und wir können dann auch mit Zuversicht in die Zukunft blicken. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich komme zurück auf den Fremdenverkehr und werde mich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit möglichst kurz fassen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, würde ich über die Bedeutung des Fremdenverkehrs ein Wort verlieren. Es ist schon so viel gesprochen worden, auch im Ausschuß, und ich darf daher annehmen, daß über den Fremdenverkehr hinlänglich alles bekannt ist.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch der Fremdenverkehr eine bedeutende Entwicklung im Laufe dieser schnellebigen Zeit mitgemacht hat und daß die zu uns hereinströmenden Fremden sich mehr und mehr der Motorisierung bedienen und heute schon zwei Drittel der Fremden per Auto, Flugzeug oder Motorrad in unser Land kommen und sich nur noch ein Drittel unserer Eisenbahnen bedient. Dieser Umstand zieht die höchst aktuelle Forderung nach sich, daß weniger die Straßen innerhalb der Steiermark, aber umso mehr die Einfallstore in unser Land ausgebaut werden müßten. Wie schaut es da bisher aus? Wir haben aus dem Westen nur zwei Einfallstore. Und zwar vom Nord-

westen her den Pötschen-Paß, der noch immer einer der schwierigsten Pässe in Österreich ist, und vom Westen her aus dem Salzburgischen den Mandling-Paß nach Schladming und ins Ennstal. Wer schon einmal von Bischofshofen nach Schladming gefahren ist, kann feststellen, daß die Straße von der Landesgrenze Salzburg bis nach Schladming, also die Bundesstraße ins Ennstal, den Titel Karrenweg wirklich verdient. Aber genau so traurig schaut die Pötschen-Straße aus. Die Ursachen dieser Verwahrlosung liegen leider Gottes viel tiefer als man annehmen möchte. Sie liegen vor allem darin, daß die beiden Fremdenverkehrsländer Oberösterreich und Salzburg beim Bund es immer wieder zu verhindern verstehen, die Fertigstellung dieser Straßen erfolgreich voranzutreiben. Diese Tatsache ist es, die uns fremdenverkehrstechnisch so viele Nachteile bringt.

Umso mehr sind die Bemühungen des steirischen Fremdenverkehrs um den Ausbau dieser Straßen begrüßenswert. Wir haben im Budget zweifellos Beträge zur Förderung des Fremdenverkehrs, die sich sehen lassen können. Es ist geradezu ein Treppenwitz, wenn wir auf der einen Seite in der Steiermark alles zur Aufnahme der Fremden tun, auf der anderen Seite aber die Zufahrtsstraßen in einem Zustand belassen, die jeden Fremden davon abschrecken, in unser Land zu kommen. Man könnte das mit einem Schildbürgerstreich vergleichen, die auch ein Haus zu bauen begannen, aber erst, als es fertig war, sahen, daß sie auf Fenster vergessen hatten, um Licht in dieses Haus zu bringen. Wir sind zwar höfliche Leute, aber wir können doch nicht, wie jene das Licht ins Haus, die Fremden in Säcken über unsere Pässe tragen. Es mutet jedenfalls sonderbar an, daß man gerade dem Ausbau dieser Strecken so wenig Bedeutung beimißt. Man ist zwar allgemein der Auffassung, daß womöglich von Schladming bis Stainach eine Betonstraße gebaut werden müßte, aber bis man dahin kommt, ist man auf einen Karrenweg namens Bundesstraße angewiesen, und zwar auf einen Karrenweg übelster Sorte. So viel zum Allgemeinen.

Was den Fremdenverkehr anlangt, müssen wir uns auch noch mit Gleichenberg beschäftigen. Dieser Kurort war vor dem Krieg vornehmlich von Gästen aus dem Osten besucht, aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Durch den eisernen Vorhang sind diese Gäste vollständig fortgefallen. Daher mußte sich Gleichenberg um einen anderen Kundenstock, wenn ich so sagen darf, umsehen. Diese Umstellung ist äußerst schwierig, obwohl in Gleichenberg alle Voraussetzungen für den Fremdenverkehr gegeben erscheinen. Es liegt in Gleichenberg einiges im argen, was für einen Fremdenverkehrsort moderner westlicher Prägung erforderlich wäre, wie z. B. die Errichtung eines Freibades. Auch in diesem Zusammenhang sei gesagt: Wenn man Steiermark verkehrsmäßig mit einem Blinddarm vergleicht, so kann von Gleichenberg als von einem Wurmfortsatz dieses Blinddarms gesprochen werden, weshalb die Aufschließung Gleichenbergs in verkehrstechnischer Hinsicht unbedingt vorangetrieben werden muß. Man muß auch von allen Seiten die Werbung für Gleichenberg in vermehrtem Ausmaß unterstützen, damit das Bad auch vom Westen her entsprechend besucht wird.

Auch wird es der Überlegung wert sein, daß man einen sinnvollen Umschwung innerhalb der Besucherherbeiführen sollte, dahingehend, daß eine Überzahl an privaten Besuchern erreicht wird, gegenüber dem jetzigen Zustand, der einem Überhang von Besuchern aufweist, die seitens der Sozialversicherungsträger eingewiesen werden. Das ist ein Umstand, der viele andere Heilungssuchende abhält, in den Kurort Gleichenberg zu kommen. Wir dürfen uns dieser Tatsache nicht verschließen. Sie ist eben eine Tatsache. Und doch sollten wir uns im Grenzland ganz besonders um das Gleichenberger Fremdenverkehrszentrum annehmen.

Noch erwähnen möchte ich, daß vor einiger Zeit ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde, daß uns durch das Fremdenverkehrsreferat ein Fremdenverkehrsgesetzentwurf vorgelegt werden soll. Es haben bereits andere Länder in Österreich dieses Gesetz durchgebracht und arbeiten danach, nur Steiermark hinkt leider etwas nach. Es ist mir völlig klar, welche Schwierigkeiten hier zu überwinden sind. Aber wenn wir in eine Zeit kommen sollten, in der das Land nicht mehr in der Lage ist, die Dotierung des Fremdenverkehrs, wie es jetzt geschieht, weiterhin zu üben, woher wird der Fremdenverkehr die Mittel nehmen? Es werden dann alle Kreise ohne Unterschied, ob sie direkt oder indirekt interessiert sind, dem Fremdenverkehr Beiträge leisten müssen. Dann wird auch das Land entsprechend von dem Aufwand für Fremdenverkehrswerbung entlastet werden. Daher möchte ich auch an Sie den Appell richten, diesen einstimmigen Beschluß des Steiermärkischen Landtages nicht zu vergessen und ehe baldigst trotz der Einwendungen gegen das Fremdenverkehrsgesetz, die von da und dort vorgebracht werden, die Beratung und Beschlußfassung des Fremdenverkehrsgesetzes anzustreben. (Zustimmung, Bravorufe.)

**Abg. Ebner:** Hohes Haus! Bekanntlich wurde in den jüngst vergangenen Monaten für die land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen neue Einheitswerte an die einzelnen Besitzer durch das Finanzamt zugestellt. Das Ergebnis dieser Einheitsbewertung hat irgendwelche Verschiebungen mit sich gebracht, und zwar deshalb, weil jedenfalls auf Grund der Unterbewertung der agrarischen Produkte der Wert der landwirtschaftlichen Nutzflächen allgemein etwas niedriger gehalten wurde bzw. nicht die durchschnittliche Erhöhung von dem Fünffachen des Wertes festgestellt wurde, andererseits bei den Waldgrundflächen eine Erhöhung bis zum Siebzehnfachen des Einheitswertes erfolgte.

Zur Festsetzung dieser Wald-Einheitswerte wurden von den Finanzämtern, ich glaube, es war 1952, Erhebungen durchgeführt und hatten die einzelnen Besitzer Angaben zu machen über das Alter ihres Waldbestandes. Sie haben dieses Alter auch richtig angegeben. Nun scheint eine außergewöhnliche Diskrepanz bei jenen Betrieben auf, welche wir zu den kleineren und mittleren Betrieben zählen müssen, die infolge ihrer Besitzstruktur in den vergangenen Jahrzehnten den Wald zur Streugewinnung benützten durch Schneiteln, das ist teilweise Entfernung der Äste (Reisigstreu). Ich hoffe, daß

den meisten Mitgliedern des Hohen Hauses dieser Begriff bekannt ist. Durch das Schneiteln bleiben die Bäume in ihrem Wachstum zurück, das Schneiteln erfolgt in gewissen Zeitabständen von 15 bis 20 Jahren. Die Besitzer haben das Alter angegeben, die Finanzbehörde hat auf Grund des Alters ihre Einheitswerte festgelegt. Ich möchte feststellen, daß dort Bäume stehen sollten mit 40 cm Durchmesser, infolge des Schneitens aber weisen sie keine größere Stärke als 20 bis 25 cm Durchmesser auf. Das ist nun eine kolossale Überbewertung durch die Finanzämter. Nun, ich bin mir bewußt, daß in den Aufbaugebieten die dort wirkenden Fachbeamten hier zeitgerecht die notwendigen Einsprüche veranlaßt haben. Auch die Bezirkskammern haben sich bemüht, die Leute aufzuklären. Ich weiß auch, daß nicht jeder Bauer einen Einspruch machen wird und das Übel wird im nächsten Jahr bei der Steuervorschreibung aufscheinen. Wenn der große Waldbesitzer einigermaßen diese höhere Bewertung und das Hinaufschnellen der Grundsteuer ertragen kann, wird gerade der kleine und mittlere Bauer dies nicht oder nur schwer ertragen können. Wenn er auch Holz von den alten Beständen zur Schlägerung bringen will, hat er selbst keine Zeit, er muß fremde Kräfte aufnehmen für die Schlägerung und ist so wieder auf Grund des Gesetzes verpflichtet, eine höhere Einkommensteuer für den Erlös aus dieser Holzschlägerung zu bezahlen. Hier werden sich in Zukunft Übelstände auftun. Meine Meinung geht dahin, daß in Zukunft über die Aufbaugebiete hinaus diesen Betrieben eine besondere Förderung zugutekommen sollte, nicht nur in der Form, daß man trachtet, die Aufbaugebiete möglichst über den ganzen betroffenen Raum zu vermehren, sondern daß auch andere Gebiete, die nicht als Aufbaugebiete festgesetzt sind, gefördert werden, indem man ihnen tunlichst entgegenkommt.

Aus dem Bericht des Herrn Präsidenten haben wir gehört, welche ansehnliche Summe von Rindern wir heuer exportieren konnten. Unsere heimische Versorgungsquote war hinreichend, ja sogar die Märkte überbeschiedt. Ich betone, daß dieser Export von Zug- und Nutzvieh deshalb leichter möglich war, weil die Tbc- und Bangbekämpfung in einem Großteil des Landes bereits durchgeführt ist und auch eine zweite Komponente noch mitbestimmend war bei diesen Zucht- und Nutzviehexporten, nämlich die Qualität der Tiere. Die Qualität der Tiere ist wieder ein Ergebnis der Tierzuchtförderung. In der Vergangenheit wurden sämtliche Beträge, die das Land für die Tierzuchtförderung, also im besonderen für die Tbc- und Bangbekämpfung ausbezahlt hat, sehr gut angelegt. Durch den Export kommt dieses Geld in Form der klingenden Auslandsdevisen wieder zurück.

Ich möchte die Landesregierung ersuchen, die Förderung der Landwirtschaft und aller ihrer Notwendigkeiten das notwendige Augenmerk zu schenken und die nötigen Beträge auch im nächsten Jahr wieder in den Landesvoranschlag einzustellen. (Beifall, Bravorufe.)

**Abg. Weidinger:** Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz

fassen. Es wurde schon einmal heute bei der Gruppe 7 über die Landes- und Bundesstraßen gesprochen und auch der Herr Abg. Scheer hat soeben über die Wichtigkeit der Straßen gesprochen. Wir haben aber auch in der Gruppe 7 Verkehrswege enthalten, und zwar sind das die Güterwege, die Zufahrtswege, die so wichtig sind für unsere Landwirtschaft. Was diese Wege für unsere Wirtschaften auf dem Lande bedeuten, weil sie geradezu die Lebensadern unserer Landwirtschaften sind, das brauche ich ja hier nicht erläutern. Unsere oststeirischen Obstbauern wissen z. B. genau, was es bedeutet, wenn das Tafelobst mit aller möglichen Sorgfalt vom Baum gepflückt, dann aber auf eisenerbereiften Bauernwagen auf schlechten Wegen abtransportiert und dabei unansehnlich und angeschlagen wird durch das Rütteln und Schütteln. Da zeigt es sich dann zum Schluß beim Preis, den das Obst erlangt, wieviel eine schöne Straße wert wäre, wenn man das Obst in gummibereiften gefederten Lastkraftwagen abtransportieren könnte.

Auch bei Holz ist es ähnlich. Gott sei Dank sind ja heute die Holzpreise so, daß die Bringung sich auszahlt. Aber die Waldbesitzer haben vorher Jahre darunter gelitten, daß sie zwar Holz in Menge hatten, sich aber bei den niederen Holzpreisen und den schlechten Güterwegen die Bringung einfach nicht lohnte. Aber man weiß ja nicht, wie sich diese Holzpreise entwickeln werden. Jedenfalls ist eines sicher, daß gute und mit Kraftwagen befahrbare Güterwege für jetzt und alle Zeit ein Lebensnerv für unsere Bauernschaft sein werden und ich erachte es daher für notwendig, darauf zu schauen, daß wir gute Zufahrtswege zu unseren Gehöften und Dörfern bekommen. Wenn wir daher in der Gruppe 7 unter der Post 733/701 für Güterwege einen Betrag von 3 Millionen Schilling dotiert sehen, so freut uns das. Wir sind dankbar dafür, aber ich möchte ausdrücklich feststellen, daß das ja kein Geschenk ist für die Landwirtschaft oder für die Landbevölkerung, denn wir müssen zu diesem Betrag noch die Hälfte dazulegen in Form von Arbeitsleistungen und eigenen Beiträgen. Für Bund und Land ist es also kein schlechtes Geschäft, wenn man uns hier solche Beträge zur Verfügung stellt.

Ich möchte Ihnen das einmal aus der Praxis heraus demonstrieren. In nächster Nähe meines Wohnsitzes wurde auch ein solcher Güterweg errichtet. Mit dem Bau wurde im Jahre 1946 begonnen und bisher sind bereits 3 km ausgebaut und zirka 30 Besitzer sind davon erfaßt und ihre Anwesen dem Verkehr erschlossen worden. Ich habe mich der Mühe unterzogen und teilweise selbst erhoben oder erheben lassen, was für die Instandsetzung dieses Weges in diesem gesamten Gebiet bzw. von den 30 davon bisher begünstigten Besitzern investiert wurde. Und da habe ich folgendes Bild erhalten: Es wurde ein Mehr zugeführt von: 970.000 Kilogramm Kunstdünger, 235.000 Kilogramm Futtermittel, 150.000 Stück Dachziegel, 240.000 Stück Mauerziegel, 129.000 Kilogramm Zement, 95.000 Kilogramm Kalk, 5000 Stück Deckensteine, 505 m<sup>3</sup> Schotter, 187 m<sup>3</sup> Sand, 8700 fm Brennholz, 3000 fm Nutzholz, 640.000 Kilogramm Obst, 860 Liter Milch, 130.000 Liter Most und 300.000 Kilogramm Getreide. Der Wert dieser Güter beträgt 6,4 Millionen Schil-

ling. Als weitere Folge des vorhandenen Weges wurden zusätzlich noch von den Weginteressenten angeschafft 8 Traktoren, 6 Motorräder und 3 PKWs. Wenn wir das auch berechnen, so sind das weitere 500.000 Schilling. Wenn Sie nun annehmen, wenn wir für diese Waren nur ein einziges Mal die Warenumsatzsteuer bezahlen, bekommen wir dadurch einen Steuerbetrag von rund 345.000 S herein. Dabei ist die Mehrproduktion, die durch den Kunstdünger hervorgerufen wurde, das Vieh usw. in dieser Rechnung noch gar nicht enthalten. Sie sehen daraus, daß der Staat durch diese Mittel, die er uns zum Ausbau unserer Güterwege zur Verfügung stellte, gleich wieder einen erhöhten Steuerertrag von rund 345.000 S zurückerhalten hat.

Um nun diese Investitionen und ihre Bedeutung näher zu beleuchten, sage ich Ihnen, daß allein die für Kunstdünger und Baumaterialien mehr ausgegebene Summe, z. B. ausgemacht hat 1.140.000 S. Der für Nutzholz eingenommene Netto-Betrag ist etwa gleich hoch. Die Ausgaben für Futtermittel betragen etwa 650.000 S, das ist fast gleich so viel wie die für Obst eingenommene Netto-Summe. Es wurde also, wie man sieht, als Folge des Wegbaues reichlich investiert und es kann dadurch selbstverständlich auch wieder mehr an Steuern an den Staat zurückgezahlt werden.

Nun möchte ich die Dinge noch von einer anderen Seite beleuchten. Zu diesem Wegbau haben Bund und Land in den Jahren 1946 bis 1950 und von 1952 bis 1957 — im Jahre 1951 ruhte der Wegbau — 306.000 S als Beihilfen gegeben. Wenn wir diesen Betrag valorisieren und annehmen, daß er heute rund 400.000 S ausmachen würde, so können wir doch sagen, daß hier wieder dem Staat schon aus dieser einfachen Rechnung heraus rund 345.000 S in Form von Steuern zurückgeflossen sind. Und zwar in ganz kurzer Zeit.

Ich möchte außerdem noch feststellen, daß zwar von Bund und Land wohl Bundes- und Landesstraßen aus Budget-Mitteln erhalten werden, daß aber auch selbst wir für unsere Gemeindegewege, ForstaufschlieBungswege, Güterwege usw. einen sehr erheblichen Teil beizutragen haben. Ja, es ist so, daß die Landbevölkerung mitunter dreifach zum Straßen- und Wegbau Beiträge zu leisten hat. Erstens sind wir auf Grund des § 57 der Gemeindeordnung verpflichtet, zu unserem Straßenbau beizutragen, zweitens kommt es nicht selten vor, daß einmal in einer Gemeinde die Interessenten gemeinsam einen Gemeindegeweg bauen und drittens müssen wir noch außerdem zusätzlich zur Erhaltung unserer Landes- und Bundesstraßen Steuern zahlen. Wir sind also an allen Straßenbauten im Lande beteiligt, obwohl das Steueraufkommen in unserem Bezirk ein besonders niedriges ist. Sie werden in der Gemeindezeitung gelesen haben, daß da schon ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den einzelnen Gemeinden. Es ist nicht gleich, ob man den Bezirk Bruck zum Beispiel betrachtet mit einer Kopfquote von S 719'10 oder ob man den Bezirk Hartberg nimmt, der an 13. Stelle steht mit einer Kopfquote von S 279'20, oder Feldbach an 16. Stelle mit S 247'60. Es ist also ein Unterschied, ob ein reicher Bezirk herangezogen wird zum Straßen- und

Wegebau oder eine arme Gemeinde und ein armer Bezirk.

Man sieht jedenfalls aus all dem, was ich Ihnen jetzt geschildert habe, daß diese Beihilfen, die uns da zur Verfügung gestellt werden, kein Geschenk sind, das wir zum Ausbau unserer Wege erhalten, sondern daß durch Mehrproduktion und Mehrinvestition in Form von Steuern, vor allem in Form der Umsatzsteuer, die ja nicht nur einmal, sondern mehrmals für einen Artikel bezahlt wird, Mittel wieder beim Staat hereinkommen, daß wir also einen Großteil dieser Beihilfen in dieser Form dem Land und dem Staat wieder zurückgeben.

Außerdem ermöglichen diese Wege auch noch zusätzlich Tausenden von Menschen eine Lebensexistenz, erhöhen den Lebensstandard und verschönern zusätzlich noch unsere Heimat. (Beifall und Bravorufe.)

3. **Präsident Dr. Stephan:** Hohes Haus! Es wird keiner Partei dieses Hauses einfallen, die bisherige Debatte hat das auch ergeben, die Bedeutung des Bauernstandes und insbesondere die Bedeutung des Bauernstandes im Grenzlande nicht hoch genug einzuschätzen. Es ist selbstverständlich, daß man schon aus einer historischen Rückschau her zu diesem Schluß kommen kann. Nach dem ersten Weltkrieg wäre es nicht zum Verlust der Untersteiermark gekommen, wenn man vorher darauf gesehen hätte, daß auf dem flachen Lande deutsche Bauern gesessen hätten, denn die deutsche Bevölkerung von Marburg, Cilli und Pettau allein war nicht in der Lage, das Land deutsch zu erhalten. Deutsch bleibt das Land nur dort, wo deutsche Bauern sitzen. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Ich darf, ohne unbescheiden zu sein, daran erinnern, daß wir vor zwei Jahren in diesem Hause erstmals eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gerichtet haben, was er gegen die Unterwanderung des Grenzlandes zu unternehmen gedenke. Ich glaube, die Herren und Damen, die schon damals im Landtag vertreten waren, werden sich daran erinnern. Wir haben uns erlaubt, nach einiger Zeit nach dem Verbleib einer Antwort zu fragen. Sie wurde uns auch gegeben und ich stelle mit Befriedigung fest, daß tatsächlich ganze Arbeit geleistet wurde. Ich will das nicht deswegen hier sagen, weil heute ab und zu der eine oder andere Redner so getan hat, als ob er allein den Schutz des Grenzlandes gepachtet hätte, sondern deshalb, weil man sich richtigerweise an den historischen Ablauf der Dinge erinnern soll.

Zur Landwirtschaftsfrage, die schon einige Stunden hier erörtert wird, möchte ich mich ganz kurz halten. Es haben hier Fachleute gesprochen, besonders Präsident Wallner hat uns in seiner prägnanten Art die Erfolge und die Sorgen der Landwirtschaft dargelegt. Ich möchte nur, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, einige Tips geben. Sie brauchen sie wahrscheinlich nicht und wissen selbst, daß das weniger uns im Lande Steiermark und weniger den Landtag und die Landesregierung, sondern vielmehr die Bundesregierung angeht. Ich halte es für wesentlich, daß man sich an höchster Stelle in der Bundesregierung besinne, daß es Mög-

lichkeiten gibt, unserer Landwirtschaft auf kurzem Wege zu helfen und dabei auch unserer Grenzbevölkerung, wobei man eine Abstufung vornehmen könnte. Das erste wäre die Abschaffung der Warenumsatzsteuer für landwirtschaftliche Produkte, was ohne Zweifel den Produzenten zugute kommen würde. Weiters die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Produkte in die Exportförderung. Nicht nur die Industrieartikel sollen wir heute in Österreich exportieren, sondern, wie mein Herr Vorredner bereits bewiesen hat, große Mengen landwirtschaftlicher Produkte, vor allem die forstwirtschaftlichen Produkte. Das würde bedingen eine Einbeziehung in die Handelsverträge. Nur so wird es möglich sein, die hohen Zölle abzubauen, die wir bei der Butter gegen Westdeutschland bezahlen müssen. An sich ist die Butter in Westdeutschland um 20 Prozent teurer als in Österreich. Wenn sie nicht durch hohe Einfuhrzölle geschützt wäre, wären die 10 Groschen für den Krisenfonds unnötig. Man hat bisher verhindert, daß diese Einbeziehung in die Handelsverträge mit dem nach landwirtschaftlichen Produkten hungernen Ausland vorgenommen wird.

Endlich als letzten Punkt möchte ich die Verabschiedung eines ausreichenden Landwirtschaftsgesetzes nennen. Ich weiß, daß dieses Gesetz in den vergangenen zwei oder zweieinhalb Jahren ein sehr wechselvolles Schicksal gehabt hat, weiß freilich momentan nicht, der wievielte Vorschlag zur Debatte steht. Es sind schon viele Abänderungen vom ursprünglichen Vorschlag vorgenommen worden. Ich hoffe, daß das Endprodukt, das vom Parlament beschlossen werden wird, die Erfolge zeitigen möge, die die österreichische Landwirtschaft und die österreichische Bauernschaft von ihm erhofft. Ich glaube, daß alle, die wir hier sitzen — es ist keine gegenteilige Meinung laut geworden — interessiert daran sind, daß ebenso wie alle anderen Stände in unserem Lande die Bauern als Bewahrer unseres Bodens auch weiterhin als Grundlage unseres Staates erhalten bleiben. (Lebhafter Beifall.)

**Abg. Hans Brandl:** Hoher Landtag! Es ist eine alte Übung in diesem Hohen Hause, daß ein Großteil der Abgeordneten besonders in der Budgetdebatte zu den Fragen und Wünschen jenes Berufes Stellung nehmen, dem sie angehören. Erlauben Sie mir, daß ich für die Land- und Forstarbeiter einige Worte sage.

Ich darf mit einer Anfrage an die Abteilung 8, an Herrn Landesrat Prirsch, meine Ausführungen einleiten. Bekanntlich ist im Jahre 1949 die Landarbeiterordnung für Steiermark in diesem Hohen Hause beschlossen worden, die u. a. auch die land- und forstwirtschaftliche Arbeitsinspektion beinhaltet, die im großen und ganzen keine andere Aufgabe zu erfüllen hat als das Arbeitsinspektorat in Industrie und Gewerbe, also das Leben und die Gesundheit der Menschen im einzelnen zu schützen, Vorkehrungen zu treffen, daß entsprechende Schutzvorrichtungen bei den Maschinen angebracht sind, darüber hinaus eine Kontrolle für die Unterkunfts-räume, Wohnungen auszuüben u. dgl. Das alles gehört mit zu den Aufgaben dieses land- und forstwirtschaftlichen Inspektorates. Im § 89 der Landarbeiterordnung ist festgelegt, daß jährlich ein Tä-

tigkeitsbericht dieser Inspektion im Amts- und Verordnungsblatt für Steiermark abgedruckt werden soll. Es wäre besonders für die Öffentlichkeit und die interessierten Stellen sehr wünschenswert, wenn sie über die Tätigkeit dieser Inspektion einen Bericht erhalten könnten. Die Landarbeiterordnung besteht nun fast 10 Jahre und es wäre sehr nett von der Abteilung 8, die sich in Fragen des Arbeitsrechtes der Dienstnehmer der Land- und Forstwirtschaft sehr strenge nach den Grundsätzen hält, wenn vor Ablauf dieser 10 Jahre die gesetzliche Verpflichtung, einen Tätigkeitsbericht in das Amts- und Verordnungsblatt hineinzugeben, erfüllt würde.

Aus dem Budget können wir entnehmen, daß für Landarbeiterwohnungen größere Ansätze vorhanden sind. Es ist dies sehr erfreulich. Erlauben Sie mir ganz kurz, daß ich grundsätzlich einiges sage. Der Landarbeiterwohnungsbau ist eigentlich, wenn wir es genau betrachten, dreigleisig, das heißt, daß Landarbeiter auf drei Wegen zu Förderungsmitteln gelangen können. Im Budget ist vorgesehen, daß erstens die Bauern selbst für den Landarbeiterwohnungsbau, also für den Ausbau der Wohnungen für ihre Dienstnehmer gewisse Mittel erhalten können. Zweitens: Darüber hinaus bekommt die Landarbeiterkammer Beihilfen für den Eigenheimwohnungsbau. Drittens: Letzten Endes hat jeder Land- und Forstarbeiter nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 die Möglichkeit, um Mittel anzusuchen. Ich glaube, daß es zweckmäßig wäre und ich würde es begrüßen, wenn ein Weg beschritten werden würde, um hier zur Koordinierung zu kommen, um die Mittel einheitlich verteilen zu können. Es steht im großen und ganzen fest, die Erhebungen haben dies ergeben, daß rund 80 Prozent der gesamten Landarbeiter ohne Eigenwohnung sind. Wir glauben, daß hier die Hausgemeinschaften einen entsprechenden Einfluß ausüben. Der Herr Abg. Ertl war bereits bei Gruppe 0 so freundlich, auf die patriarchalischen Verhältnisse zwischen Landarbeiter und Bauern auch noch in der heutigen Zeit hinzuweisen. Die Menschen von heute haben genau so wie früher und selbstverständlich auch die jungen Land- und Forstarbeiter das natürliche Verlangen, eine eigene Wohnung zu besitzen, eine eigene Familie zu gründen, zu erhalten und eine gewisse Zeit allein für sich verbringen zu können, um nicht bis in die intimsten Verhältnisse beobachtet zu werden.

Der Herr Präsident Wallner hat in seinem sehr interessanten und sachlichen Referat eingehend über die Landwirtschaft im allgemeinen gesprochen. Er hat dabei auch über die Arbeitslosenversicherungspflicht der Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben einige Worte gesprochen. Er hat dabei zu bedenken gegeben, daß seiner Auffassung nach die Bergbauern nun dafür bezahlen müssen, daß Saisonarbeiter anderer österreichischer Gebiete die Arbeitslosenunterstützung erhalten können und hat sich, wenn ich richtig verstanden habe, grundsätzlich gegen diese Arbeitslosenversicherungspflicht der Landarbeiter ausgesprochen. Ich erwähne dies vor allem deshalb, weil ich aus verschiedenen Besprechungen von der Landarbeiterkammer, der gesetzlichen Interessenvertretung der Land- und Forstarbeiter her weiß, daß wiederholt die Frage der Arbeitslosenversicherungspflicht für alle Landar-

beiter besprochen worden ist und weil sich der Präsident der Landarbeiterkammer letzten Endes auch innerhalb der Kammer dafür verwendet und sich dafür einsetzt. Ich kann begreifen, daß natürlicher der Präsident der Landarbeiterkammer als Vertreter der Dienstnehmer andere Interessen hat als der Präsident der Bauernkammer, und ich glaube, daß das in diesem Haus in dem Bericht des Präsidenten der Landarbeiterkammer zum Ausdruck gekommen ist. Für mich bleibt der Schluß übrig, daß die Arbeitslosenversicherungspflicht für die Landarbeiter nie ein Verdienst der gesetzlichen Interessenvertretung sein kann, sondern daß es nur durch die Initiative der Sozialistischen Partei zu dieser Errungenschaft gekommen ist.

Ganz kurz etwas im allgemeinen über die rechtliche Stellung unseres Berufsstandes. Sie wissen, daß das Arbeits- und Sozialrecht der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft eines Grundsatzgesetzes bedarf und erst auf Grund dieses Grundsatzgesetzes die Länder verpflichtet sind, ihre Ausführungsgesetze zu beschließen. Man hat damals 1948, als unser Nationalrat eine Verfassungsänderung beantragt hat, um das Arbeitsrecht als Bundessache zu erklären, gesagt, das gehe nicht, die Arbeitsbedingungen in den einzelnen Bundesländern seien so verschieden, daß man das unmöglich zentral erledigen könne und daß daher die Ausführungsgesetzgebung durch die Länder absolut notwendig ist. In der Zwischenzeit hat sich allerhand getan und wir können im Entwurf des Landwirtschaftsgesetzes feststellen, daß hier von Seite der Dienstgeber, der Bauern, sehr ernstlich versucht wird, eine Verfassungsänderung anzustreben. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß das gleichzeitig auch für die Dienstnehmer zu gelten hat. Wir glauben, daß besonders in einer Zeit — und in diesem Hohen Haus ist auch ausführlich darüber gesprochen worden — wo sich ein größerer Wirtschaftsraum anbahnen will, wir uns von diesem Kantönlegeist wegbegeben und auf den Standpunkt stellen müssen, daß ein einheitliches Recht für alle Dienstnehmer in unserem Lande das Zweckmäßigste ist. Wir erleben es in der heutigen Zeit immer wieder, wie hemmend sich diese Verfassungsbestimmung für die gesamten Land- und Forstarbeiter auswirkt.

Im Nationalrat ist bekanntlich ein Mutterschutzgesetz beschlossen worden, ein modernes, fortschrittliches Mutterschutzgesetz, wovon jedoch die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ausgeschlossen wurden auf Grund der Verfassungsbestimmungen. (Abg. Gottfried Brandl: „Wir haben das schon seit dem Jahre 1949.“) Nicht in dem Ausmaß wie das Mutterschutzgesetz! (Zwischenruf: „Der Sozialminister hat erst 7 Jahre später die Nowendigkeit erkannt!“)

Wir glauben daher, daß die komplizierten Gesetzesmaschinerien, die jetzt in Bewegung gesetzt werden müßten, um diese Novellierung durchzubringen — 9 Landtage müßten entsprechende Beschlüsse fassen — endlich Erfolg haben sollten. Wir wissen aus der Erfahrung, die Verfassung und das Grundsatzgesetz besagen, daß die Länder verpflichtet sind, innerhalb von sechs Monaten diese Aus-

führungsgesetze durchzusetzen. Das ist bis heute in keinem einzigen Bundesland geschehen. Jahrelange Verspätungen sind eingetreten.

Wir glauben, verehrte Damen und Herren, daß gerade in der jetzigen Zeit, und das ist auch von den Rednern der ÖVP zum Ausdruck gebracht worden, es allergrößter Anstrengungen bedarf, um gerade die Verhältnisse für die Land- und Forstarbeiter zu verändern und zu verbessern und sie mit den übrigen Dienstnehmern in der Industrie und im Gewerbe gleichzustellen. Die nächste Zukunft wird uns eher als wir denken, noch stärker als bisher vor die Notwendigkeit stellen, alles zu tun, und zwar alles gemeinsam zu tun, um für unsere Land- und Forstarbeiter bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und soziale Verhältnisse zu schaffen und wir glauben, daß wir dies nur im Verein mit allen übrigen arbeitenden Menschen, mit den übrigen Arbeitern und Angestellten in Österreich erreichen werden. (Beifall und Bravorufe bei SPO.)

Abg. **Dr. Rainer:** Hohes Haus! Erlauben Sie mir, daß ich mich nochmals mit dem Fremdenverkehr in der Gruppe 7 beschäftige. Nicht um, wie Kollege Scheer gesagt hat, Eulen nach Athen zu tragen. Wenn auch in der Steiermark vielleicht der Fremdenverkehr nicht der Wirtschaftsfaktor ist wie in anderen Bundesländern, so muß man doch sehen können, was geschieht mit diesem Geld, wird es richtig eingesetzt, was sind für dringende Wünsche auf diesem Gebiete und wie arbeitet das Landesfremdenverkehrsamt in der steiermärkischen Landesregierung.

Jede Debatte über den Fremdenverkehr beginnt mit den Straßen. Nun wird seit dem heurigen Jahre auf der Salzburger Seite die Fuschl-Bundesstraße ausgebaut, das Baulos Höllbichl ist in Arbeit, im Laufe des nächsten Jahres wird das Baulos Ennswald fertig. Wir konnten uns heuer im Sommer überzeugen, als die Delegation des Ennstales bei Landeshauptmann Claus vorgesprochen hat, daß seitens der Salzburger Landesregierung wirklich keine Tendenz besteht, daß das Verbindungsstück und das Anschlußstück nach Steiermark irgendwie verzögert wird, so daß unsere schöne Betonstraße im Ennstal bis in zwei Jahren vom Westen her entsprechend angeschlossen ist. Sie wissen außerdem, daß am Pötschen auch gearbeitet wird und er wird 1959 seinen Schrecken für die Auslands-Kraftfahrer verloren haben.

Doch zurück zum steirischen Fremdenverkehr. Wir alle wissen, daß sich unsere Zahlungsbilanz nur mehr durch den überraschenden Aufschwung des Fremdenverkehrs ausgeglichen werden und aktiv sich gestalten läßt. Sie haben in der Budgetdebatte des Nationalrates gehört, daß 3,7 Milliarden Schilling Devisen durch den Fremdenverkehr im letzten Jahr hereingekommen sind. Auf Steiermark entfallen von diesen 3,7 Millionen Schilling ungefähr 8 bis 10 Prozent. Es ist eine beträchtliche Summe, wenn wir uns vorstellen, daß der Fremdenverkehr erst in den letzten Jahren bei uns in Steiermark einen entscheidenden Aufschwung genommen hat. Wir haben hier in unserem Landesbudget über drei Millionen Schilling zur Förderung dieses Fremdenverkehrs, indem wir da und dort die Privatinitiative einzeln unterstützen, andererseits indem wir Geld

für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, der seit Jahren seine Tätigkeit ausübt, auswerfen. Etwas über 3 Millionen Schilling. Es gibt Fachleute, die behaupten, es sei viel zu wenig, vor allem die Länder im Westen, Schweiz, Italien und auch Frankreich geben höhere Beträge für ihre Werbungen aus und haben daher auch einen größeren Anteil an den reiselustigen Europäern. Ich glaube, sagen zu können, daß die Steigerung, die in den letzten Jahren diese Budgetpost erfahren hat, sinnvoll war und wenn Wünsche noch offen sind, so müssen wir doch bei der angespannten Lage anerkennen, daß keine Kürzungen erfolgt sind, sondern Wünsche des Referates, aber auch der Fremdenverkehrsgebiete berücksichtigt wurden. Schwierig ist in der Steiermark der Fremdenverkehr insofern, als wir spezielle Punkte beobachten müssen, einerseits den Fremdenverkehr auf das ganze Land verstreuen müssen, gemäß dem Ziel des Referenten, daß die Steiermark ein totales Fremdenverkehrsland wird, andererseits ist es aber notwendig, daß wir gewisse Schwerpunkte bilden, da diese die Anziehungspunkte für die Fremden vor allem aus dem Auslande sind.

Nun möchte ich vielleicht einige Zahlen aus dem heurigen Jahre herausgreifen und einzelne Monate, August, September, Oktober kurz vor Augen führen und wir werden dann sehen, ob das Referat seine Aufgabe erfüllt hat. Im August 1957 sind 149.000 Fremde gemeldet, davon 112.000 Inländer, während 36.840 Ausländer waren. Das bedeutet im Verhältnis zum vergangenen Jahr 1956, daß die Zahl der Gemeldeten um 3,6 Prozent zugenommen hat, der Inländer um 2,5 Prozent, der Ausländer um 7,2 Prozent. Bei Übernachtungen ergibt sich eine Zunahme um 15 Prozent, Inländer 6,1 Prozent, Ausländer 18,3 Prozent. Ich möchte feststellen, daß die Tendenz wahrnehmbar ist, daß die Fremden länger in einem Orte bleiben, die Reiselust aus den Jahren 1951 bis 1953 irgendwie im Abflauen ist und der Fremde einen ruhigen Platz zur Erholung sucht. Nun die Zahlen von September und Oktober. September 1957 waren 84.000 Fremde, Oktober 44.000, davon Inländer September 65.000, Ausländer 19.000, Oktober 38.000 Inländer, 6000 Ausländer. Es bedeutet, daß dieser Ausländer-Fremdenverkehr eine Steigerung von 18,9 Prozent im September und von 17,1 Prozent im Oktober hatte. Diese Entwicklung ist umso erfreulicher, als sie uns zeigt, daß es gelungen ist, in der toten Saison Oktober—November und in der Vorsaison durch eine verstärkte Werbetätigkeit Fremde aus dem Auslande in unser Land zu bringen und es ist, glaube ich, der Beweis erbracht, daß die Tätigkeit unseres Fremdenverkehrsamtes gut ist und auf den richtigen Weg geht. Es wird vor allem wie aus dem Budget ersichtlich die Privatinitiative gefördert, indem wir helfend eingreifen, wie zum Beispiel die Förderung für den Bau des Lifes auf den Kaibling oder für die Rodelbahn in Weissenbach bei Liezen. Wir haben von anderen Bundesländern, vor allem Salzburg und Oberösterreich, eine ungeheure Werbewirkung auf Fremde durch die Errichtung von Hotels und von Liften. Durch die Seilbahn am Dachstein ist man in Oberösterreich bestrebt, den Fremden in ihrem Bundeslande aufzufangen.

Eine neue Erscheinung ist es, daß die Fremden einen ruhigen Ort suchen. Allerdings wollen sie dort betreut werden, sie wollen irgendwie unterhalten werden. Der Fremde möchte in diesen Orten nicht, wenn er vom schlechten Wetter verfolgt ist, nichts anderes zu tun haben, als die Zeitung zu lesen. Wir finden im Bezirk Liezen, wo ein Drittel des Fremdenverkehrs durchläuft und auch in anderen größeren Orten, daß die Fremdenverkehrsvereine Heimatabende geben und auch andere Veranstaltungen. Es ist besonders erfreulich, daß durch den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds es möglich war, in den Hauptgebieten unseres Fremdenverkehrs die Sanitäreinrichtungen soweit instandzusetzen und zu modernisieren, daß sie halbwegs den Ansprüchen entsprechen. Die Förderung wird aber nicht nur hier in diesem Kapitel getätigt, wir haben auch viele andere Gruppen, wo der Fremdenverkehr indirekt gefördert wird.

Wenn wir heuer Geld ausgeben für den Bau von Museen, so fördern wir damit den Fremdenverkehr, einerseits, um neue Fremde hereinzubekommen und andererseits, damit Fremde, die bei uns sind, deswegen ihren Aufenthalt bei uns verlängern. Wir fördern den Fremdenverkehr durch gute Straßen, wir fördern ihn weiters, indem wir Sportvereine entsprechend unterstützen. Es ist z. B. nicht erfreulich, wenn, wie heuer, als die Steiermark für die Schi-meisterschaften ausersehen war, der Steirische Schiverband diese Veranstaltung ablehnen mußte, weil ein entsprechendes Abfahrtsstück uns nicht zur Verfügung stand. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß die Orte, in denen solche Veranstaltungen stattfinden, nicht nur in ganz Österreich bekannt gemacht werden, sondern auch im Ausland. Wir haben im heurigen Budget erfreulicherweise einen Betrag für den Union-Sportclub in Haus, damit eine Abfahrtsstrecke gebaut werden kann, die internationalen Ansprüchen entspricht.

Abschließend danke ich im Namen des Hohen Hauses dem Landesfremdenverkehrsamt für seine Tüchtigkeit und seine Arbeit, ich danke aber auch allen Fremdenverkehrsvereinen in der Steiermark. Es sind wohl über 300 Personen in unserem Lande, die Jahr und Tag ihre Freizeit in idealer Weise zur Verfügung stellen und daran arbeiten, die Fremden in unser Land zu bringen, ihnen ihren Aufenthalt hier zu verschönern und in jeder Hinsicht angenehm zu machen. (Lebhafter Beifall und Bravorufe.)

Abg. **Rösch**: Meine Damen und Herren! Da die Zeit schon sehr weit vorgeschritten ist, will ich nur einige Fragen aus der Gruppe 7 herausnehmen und kritisch beleuchten. Ich werde mich bemühen, eine absolut positive Kritik zu üben, weil ich der Meinung bin, daß es tatsächlich notwendig ist, daß man der Landwirtschaft vor allem ein großes Augenmerk schenken soll und ich glaube daher mit Berechtigung fordern zu können, daß auch die Agrarier nicht dauernd an unserem guten Willen zweifeln und in uns nicht immer den Wolf im Schafspelz sehen und ähnliche Formulierungen, die wir hier noch voriges Jahr zu hören bekamen. Diese Dinge sind doch scheinbar nicht mehr üblich. (Zwischenruf bei ÖVP: „Siehe Flugblatt bei der Land-

arbeiterkammer!“) Ich habe kein Flugblatt herausgegeben.

Das Kapitel Landwirtschaft, das jedes Jahr einen sehr breiten Raum in der Debatte hier im Hohen Haus einnimmt und auch heuer schon wieder einige Stunden währt, verfügt tatsächlich über ganz beträchtliche Mittel für Förderungszwecke. In den letzten 10 Jahren waren es 269 Millionen Schilling. Natürlich werden alle davon Betroffenen, vor allem also die Bauern, der Meinung sein, daß dies noch viel zu wenig sei. Das ist klar. Der Nachholbedarf auf diesem Sektor dürfte ja auch tatsächlich ein sehr hoher sein. Ich glaube aber, man dürfte, um objektiv zu bleiben, nicht immer gleich so mit einem Auge auf den Finanzreferenten schauen und fragen „warum gibt er uns nicht mehr?“ Schauen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, genau dasselbe würde auch für den Bund gelten. Auch der Herr Landeshaupmann hat dargelegt, daß ja alles gemeinsam geschieht, gemeinsame Regierung, gemeinsame Wege, gemeinsame Beschlüsse. Auch die „Tagespost“ hat das am 21. Mai schwarz auf weiß gesagt. (Landesrat **Prirsich**: „Eine gute Zeitung!“) Herr Landesrat, wenn man aus einer so großen Auflage nur ein Stück herausnimmt, kann man daraus nicht schon auf die Güte einer Zeitung schließen. Jedenfalls, am 21. Mai hat die „Tagespost“ Stellung genommen zu dem Vorwurf der Sozialisten gegenüber dem Finanzminister, daß er nicht genügend Geld für die Elektrifizierung unserer Bundesbahnen hergibt. Es ist wahr, er kann inzwischen seine Meinung geändert haben, aber vielleicht gilt diese Meinung heute noch! „Demgegenüber muß ich feststellen,“ hieß es da, „daß es Sache des Fach-Ressorts ist, mit seinen Mitteln auszukommen und sie in jeder Hinsicht zweckmäßig zu verwenden.“ Ich glaube also, man muß, wenn man das ernst betrachtet, feststellen, daß natürlich die vorhandenen Mittel für die einzelnen Ressorts nie zu viel, manchmal gerade ausreichend und vom Standpunkt des betreffenden Ressorts meistens zu wenig sind. Es wird sich eben jedes Ressort nach der Decke strecken müssen. Ich muß nur feststellen, bei einem Betrag von 269 Millionen für die letzten 10 Jahre war die Förderung der Landwirtschaft sicherlich nicht schlecht bedacht.

Und nun zu den zwei, drei Sachen, die ich noch hervorheben wollte: Und ich bitte, das jetzt nicht zynisch aufzufassen. Zuerst eine vollkommen ernste Anfrage, die ich deshalb stelle, weil man in der Presse vergeblich nach einer Antwort gesucht hat. Sie werden wissen, daß auf der Vollversammlung der oberösterreichischen Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft im Mai dieses Jahres (Zwischenruf: „Schon wieder im Mai!“) Ja, das ist ein beliebter Monat! Daß also auf dieser Vollversammlung der Herr Kammeramtsdirektor Ing. Mayr, der einen sehr guten Namen in weiten Fachkreisen besitzt, eine immerhin sehr ernste Feststellung getroffen hat. Er hat nämlich erklärt, daß 30 bis 50 Prozent — ich weiß nicht, ob die Berechnung richtig ist — der Investitionen in der Landwirtschaft, die seit 1945 durchgeführt worden sind, als Fehl-Investitionen bezeichnet werden müßten. Diese Äußerung stammt von einem Mann, dem man schon eine gewisse Fach- und Sachkenntnis einräumen

muß. Sie stammt von einem Mann, der sich als Kameramtsdirektor der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer bestimmt nicht nur theoretisch mit diesen Dingen befaßt hat. Ich stelle diese Behauptung nicht auf, ich stelle nur fest. (Landeshauptmann K r a i n e r : „Das ist nicht in Steiermark geäußert worden!“) Ich möchte nur bitten, daß von Seiten des Herrn Präsidenten Wallner oder des Herrn Landesrates Prirsch dazu Stellung genommen wird, daß festgestellt wird, ob das eine Fehlmeinung des Herrn Ing. Mayr ist oder ob tatsächlich solche Fehlinvestitionen festgestellt wurden. Im letzteren Fall müßte man das Bestreben haben, das abzustellen und die ganze Angelegenheit in vernünftige Bahnen zu lenken.

Das zweite, das ich noch erwähnen muß, sind die Darstellungen des Herrn Abg. Hegenbarth. Er hat uns über eine Maßnahme der Stadtgemeinde Graz berichtet, die auch mir unsinnig und überholt erscheint und in alter Freundschaft zu Hegenbarth habe ich — zur gleichen Zeit wie das Hohe Haus tagt nämlich drüben auch der Gemeinderat — mich mit dem Gemeinderat in Verbindung gesetzt, damit man Vorkehrungen trifft, um diese auch mir, wie gesagt, unsinnig erscheinende Maßnahme abzustellen. Ich habe mich mit dem Marktamtsdirektor und dem Schlachthausdirektor in Verbindung gesetzt und ihnen gesagt, das sei unsinnig und ob man das nicht ändern könne. Beide haben gesagt, „gerne“, aber das sei eine Verfügung des Landes-Veterinär-Inspektorates auf Grund eines Erlasses des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Auf meine Frage nach dem Zweck dieser Maßnahme antwortete man mir, das wisse man nicht, eine nähere Begründung sei dazu nicht gegeben worden. (Zwischenruf: „Quod licet Jovi, non licet bovi.“) (Abg. Dr. R a i n e r : „Wer ist der bovi?“) (Gelächter.) Jedenfalls ist in der Marktordnung von Graz keine solche Bestimmung. Daher möchte ich Herrn Landesrat Prirsch bitten, dem Veterinärinspektorat den Auftrag zu geben, seine Verfügung zurückzuziehen, weil dies eine unnötige Belastung der Landwirtschaft darstellt, wie ja der Abg. Hegenbarth dargelegt hat. (Zwischenruf: „Am besten schicken Sie Herrn Dr. Pittermann nach Wien.“)

Eine dritte Frage, die ich anschneiden möchte, ich weiß, daß es gewissermaßen ein heißes Eisen ist, ist der Beschluß der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft vom Montag vor Weihnachten, die Kammerumlage zu erhöhen. Damit kein falscher Eindruck entsteht: an sich ist es Aufgabe der Kammer, die Umlage festzusetzen. Sie kann sie erhöhen, sie kann sie gleich lassen und sie kann sie senken. Hier tritt das Problem in ein etwas ernstes Stadium, weil das im Zusammenhang mit anderen Steuern steht, und zwar mit der Grundsteuer. Auf Grund des Grundsteuergesetzes und der Neubemessung ergibt sich nun, wie Abgeordneter Ebner mitgeteilt hat, daß im Durchschnitt gesehen, die Einheitswerte um rund ein Drittel gesenkt werden mit Ausnahme beim Wald. Genau um dieses Drittel, was die Grundsteuer für die Gemeinden sinkt, erhöht die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft den Beitrag. Wir alle haben uns immer wieder in der letzten Zeit den Kopf zerbrochen, wie können wir

gerade den Grundsteuergemeinden irgendwie helfen. Wir haben gerade gestern eine heftige Debatte über den Finanzausgleich abgewickelt und werden heute noch darauf zu sprechen kommen. Aber wenn jetzt den Gemeinden fehlt, was auf der anderen Seite kompensiert wird, dadurch, daß die Kammer die Beiträge erhöht, ist es zweckmäßig, ich sage das aus allgemein steuerpolitischen Erwägungen, daß von Seite der Kammer keine neue Belastung eingeführt wird. Denn es ist eine Belastung, und zwar nicht der Landwirtschaft, aber eine Belastung der betroffenen Grundsteuergemeinden, die in ihren Einnahmen so schlecht gestellt sind. Das ist ein etwas bedenklicher Vorgang. Ich will nicht darauf hinweisen, daß, als dieses Bewertungsgesetz gemacht wurde, ich das Glück oder das Pech hatte, im Finanzministerium zu einer Besprechung eingeladen zu sein, um namens des österreichischen Städtebundes meine Stellungnahme bekanntzugeben. Ich habe mich wenig eingeschaltet, es waren sehr viel prominente Leute dort und nur schlicht die Frage gestellt, ich glaube es war an Ministerialrat Heiligsetzer, wie wird sich das in Ziffern auswirken? Seine Antwort war: Es wird mehr oder weniger gleichbleiben, die Gemeinden werden eine gleiche Steuer erhalten, die Steuerpflichtigen werden die gleiche Steuer zu bezahlen haben. Es kann im Einzelfall variieren, aber in Summe wird es keine Änderung geben. Heute stellen wir fest, daß die Änderung beachtlich ist, 30 Prozent zuungunsten der Gemeinden und 30 Prozent zu Gunsten der Landeskammer. Ob das der richtige Weg ist, bezweifle ich. Günstiger gewesen wäre es, einen anderen Weg zu gehen und hier nicht so augenscheinlich etwas von den Gemeinden auf die Kammer zu übertragen. (1. Präsident Wallner: „Über solche Probleme kann man ja nicht viel sprechen.“)

Als letztes darf ich folgendes anführen: Ich habe bei meiner Rede zur Generaldebatte im Zusammenhang mit Kapitel 5 darauf hingewiesen, daß ich die Auffassung verrete, man soll eine positive Kritik üben, man soll Kritik üben, die nicht zersetzend ist und keine Nörgelei. Wenn ich zum Schluß noch Kritik übe oder einen Appell ausspreche, so möchte ich das Hohe Haus ersuchen, diesen als positiven Appell aufzufassen. Es betrifft die Leitung des steirischen „Bauernbündlers“. Der „Bauernbündler“ stellt in Österreich so ziemlich die radikalste Zeitung dar, die es gibt. Diese Tatsache wird auch dadurch belegt, daß zum Beispiel in der Passage der Bundesparteileitung der ÖVP in Wien der „Bauernbündler“ nicht aufscheint. (Abg. Wegart: „Da komme ich öfters hin wie Sie.“) Ich will sagen, daß am Donnerstag, den 28. November 1957, bei den dort ausgestellten Zeitungen, die schon einige Wochen veraltet waren, der Steirische „Bauernbündler“ gefehlt hat. (Abg. Koch: „Er war eben schon ausverkauft.“) Das kann ich mit Sicherheit sagen. Man kann mit solchen Bemerkungen darüber hinweggehen, wie sie Abgeordneter Koch gemacht hat. Man kann einen ersten Appell so beantworten. Ich habe ausdrücklich gesagt, ich will einen ernstlichen Appell richten, auch wenn Sie ihn lächerlich machen wollen. Ich kann sagen, der Steirische „Bauernbündler“ sieht es als seine Hauptaufgabe an, so und so viel Male im Jahr einen echten Keil

zwischen die Bauern- und Arbeiterschaft zu treiben, indem er in scharfen Formulierungen, Beschimpfungen und persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen versucht, Stimmung zu machen und die Leute zwingt, Entgegnungen einzuklagen. Ich glaube, daß es richtig ist, von dieser Stelle aus den Apell zu richten. Ich sehe nicht die Aufgabe des Obmannes des Bauernbundes, Herr Präsident, darin, daß er ein bis zweimal im Monat einen Beschwichtigungs-Leitartikel, der sachlich und ruhig gehalten ist, bringt, wo er sich bemüht, diese leidenschaftlichen Diskussionen auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Es muß doch möglich sein, dem Redakteur zu sagen, daß er vernünftig schreiben soll. Die Folge ist, daß die Gegenseite ebenfalls in diesen Ton verfällt und daß sich das gegenseitig steigert.

Es liegt im gemeinsamen Interesse, nicht einen Keil zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft zu treiben, sondern alles zu versuchen, eine Brücke zu finden, denn beide sind bis zu einem gewissen Grade aufeinander angewiesen. Wenn man aber mit solcher Härte und gehässigen Ausdrücken immer wieder gegeneinander losgeht, werden nicht Brücken gebaut, sondern es wird mehr getrennt. Wir wollen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten.

Das ist mein Apell, den ich an Sie richte, die auf den „Bauernbündler“ einen Einfluß haben, daß von dieser Seite mitgearbeitet wird an dem gemeinsamen Ziel, das wir und die Mehrheit dieses Hauses miteinander anstreben, daß man etwas Positives für die Landwirtschaft tut, die Fragen nicht zerredet, sondern versucht, wenn Kritik geübt wird, in gegenseitiger Achtung diese Kritik zum Nutzen der Landwirtschaft schließlich zu verwerten. (Lebhafter Beifall bei SPO.)

Landesrat **Brunner**: Hohes Haus! Als zuständiger Referent für das Kapitel Fremdenverkehr habe ich einiges zu ergänzen und zu sagen. Es ist richtig, daß der Fremdenverkehr steigende Tendenz aufweist. Österreich hat im Jahre 1956 rund 3 Milliarden harte Devisen durch den Fremdenverkehr eingenommen. Für das Jahr 1957 sind bis Ende November — Dezember wurde als Regelmonat für 1956 mit hereingenommen — 37 Milliarden eingenommen worden. Jetzt wird vielleicht jemand sagen, das läßt sich ja nicht so genau beurteilen. Das läßt sich aber sehr genau feststellen, weil durch die Buchungen der Valuten, die die Fremden bei den Geldinstituten abheben, die sich genau feststellen läßt, was an Devisen und Valuten hereinkommt. Dieser Ertrag bringt den Fremdenverkehr an die dritte Stelle des Exportes. Und zwar ist der Fremdenverkehr der billigste Export, weil Schillinge angefordert werden und fremde Zahlungsmittel hereinkommen. Es gibt keine Formulare, keine umständlichen Vorgänge, die Fremden kommen von selbst zu uns, fühlen sich, wie wir aus der Entwicklung sehen, wohl in Österreich, und jedes Jahr ist eine Steigerung festzustellen. Wir haben sozusagen eine stille Reserve und die berechtigte Hoffnung, noch mehr als bisher Fremde zu uns hereinzubekommen.

Wir, das heißt der Landtag, der Finanzreferent und die Landesregierung haben Mittel für die Be-

treuung des Fremdenverkehrs von rund 4,300.000 S für 1958 zur Verfügung gestellt. Es waren ursprünglich etwas über 3 Millionen. Aber der Herr Finanzreferent, Landeshauptmannstellvertreter Horvatek, ließ sich überzeugen, daß, wenn man schon Fremdenverkehr pflegen will, man dazu auch Mittel braucht, und er hat uns daher dann um 959.100 S mehr zukommen lassen, als es vorher der Fall war. Diese Mittel werden verwendet zum Ausbau unserer Schwimmbäder, zur Errichtung und zum Ausbau von Schihütten und Schiliften, es werden alpine Vereine damit gefördert, es wird die Fremdenverkehrswerbung in Österreich und im Ausland damit unterstützt. Die Fremdenverkehrswerbung durch Wien wird von uns durch einen anteilmäßigen Betrag von 312.000 Schilling jährlich unterstützt. Es werden unsere Tropfsteinhöhlen damit ausgebaut, wie z. B. die Lurgrotte usw., es werden die Alpengärten, wie der Alpengarten auf der Rannach damit gefördert und wir bezahlen damit Zinsen und Annuitäten.

Weiters haben wir in der Steiermark Fremdenverkehrsverbände gegründet. Seit drei Jahren bemühen wir uns, die einzelnen Vereine in Verbände zusammenzufassen. So haben wir z. B. das Enns-, Liesing- und Paltental, das Mürz- und Murtal, die Ost-, West- und Mittelsteiermark zu Verbänden zusammengefaßt. Die Prospekte werden vom Fremdenverkehrsamt besorgt und diese Fremdenverbände stellen ihre Arbeit in selbstloser Weise als Dienst am Lande zur Verfügung.

Wir haben auch eine fremdenverkehrsfördernde Maßnahme durch das Fremdenverkehrsinvestitionsgesetz getroffen, das sich bekanntlich sehr segensreich auswirkt. Ich komme bei diesem Anlaß auf die Ausführungen des Herrn Abg. Scheer zurück, der sich von einem Fremdenverkehrsgesetz mit Auswirkung für alle Kreise Erfolg verspricht. Wir haben uns auch damit befaßt und die Gemeinden befragt, ob sie gewillt sind, einem solchen Gesetz die Zustimmung zu geben, dabei aber auch gesagt, eine solche Einrichtung könne nur eine Körperschaft öffentlichen Rechtes sein, damit die Gelder, die verlangt werden, auch eingehoben werden können. Nicht einmal ganz 17 Prozent der steirischen Gemeinden haben sich für dieses Gesetz ausgesprochen. Weil wir Demokraten sind, haben wir dann Abstand genommen von der Absicht, ein solches Fremdenverkehrsgesetz zu schaffen. Wir glauben, daß wir durch die Novellierung des Fremdenverkehrsinvestitionsgesetzes den richtigen Weg gefunden haben, und daß wir auch auf diesem Weg Mehreinnahmen für die Fremdenverkehrsförderung bekommen werden.

Wir haben weiters die Anlage von Wegen, Stegen, Wanderwegen, die Durchführung von Markierungen, Errichtung von Schwimmbädern u. dgl. gefördert, weil wir genau wissen, daß diese Gelder indirekt wieder zu uns zurückkommen. Es wurde auch über Straßen gesprochen, und zwar über die Einfallstraßen in die Steiermark und es hat schon Dr. Rainer darauf geantwortet. Es ist nämlich so, daß der Partikularismus, von dem immer gesprochen wird, gar nicht in so großem Ausmaß vorhanden ist. Die Salzburger bauen ihre Straßen eben bis an unsere Grenze, wir könnten genau so sagen, der Weg

zum Phyrnpaß läßt zu wünschen übrig. Es wird aber alles geschehen, wenn wir nur etwas Verständnis haben und abwarten können.

Bezüglich Gleichenberg sagte Abg. Scheer, daß die Gäste sich vorwiegend aus den Patienten der Sozialversicherung zusammensetzen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man die Gäste so nehmen muß, wie sie kommen und froh sein muß, wenn sie überhaupt kommen. Man kann da nicht irgendwie einen Wunsch haben auf bestimmte Gäste. Es ist richtig! Im Jahre 1914 und vorher sind Gäste aus der großen Monarchie nach Gleichenberg gekommen. Da waren Gäste natürlich aus Galizien, Ungarn, aus der Bukowina usw., die alle in Gleichenberg Gesundheit gesucht und diesen Ort bevorzugt haben. Es ist aber nun einmal so im menschlichen Leben, daß jeder Gast, der Geld bringt, entsprechend behandelt werden muß, ob er nun durch eine Sozialversicherung geschickt wird oder ob er als privater Gast einen Kurort aufsucht. Wir haben Dienst am Kunden zu üben, gleichgültig, wer es ist und woher er kommt. (Rufe der Zustimmung).

Damit habe ich ganz kurz ausgeführt, was ich zum Kapitel Fremdenverkehr zu sagen hatte. Ich wiederhole, daß der Fremdenverkehr an dritter Stelle unter den Devisenbringern steht, wir durch ihn 37 Milliarden an Devisen eingenommen haben und daß wir hoffen, diese Einnahmen würden sich weiterhin steigern lassen. Es wird nur an uns liegen, diesen Devisenbringer so zu behandeln und zu pflegen, daß er in finanzieller Hinsicht lebensfähig wird und dadurch weitere Erfolge bringen kann. Deshalb möchte ich schon heute bitten und wünschen, daß wir auch im kommenden Finanzjahr das gleiche Verständnis für unsere Belange finden mögen wie im vergangenen.

Im übrigen möchte ich von dieser Stelle aus allen Personen danken, die in selbstloser Weise, ob nun draußen im Lande bei einem Fremdenverkehrsverein oder sonst wo immer, mitgeholfen haben, den Fremdenverkehr im Interesse des Landes hochzubringen. Es sind dies wahre Patrioten, sehr oft Pensionisten und andere kleine Leute, die sich hergeben, weil sie unser Vaterland lieben. Ihnen sei vor allem von ganzem Herzen Dank gesagt! (Allgemeiner starker Beifall, Bravorufe.)

Landesrat **Prirsch**: Hoher Landtag! Es ist wohl für jedes Regierungsmitglied der Höhepunkt seiner jährlichen Tätigkeit, hier im Landtage anlässlich der Budgetdebatte die Meinungen der Damen und Herren zu hören und auch selbst Rede und Antwort zu stehen. Ich bin Ihnen allen überaus dankbar, daß Sie der Gruppe 7 einen so breiten und ausführlichen Raum gegeben haben.

Der Herr Abgeordnete Pichler, der als ehemaliger Landesfeuerwehrkommandant zwar an Jahren nicht jünger geworden ist, aber sich immerhin sein junges Feuerwehrherz bewahrt hat, hat mich der Aufgabe enthoben, über das steirische Feuerwehrwesen noch allzuviel zu sagen. Ich möchte nur mitteilen, daß in der Verbandsführung im Laufe dieses Jahres ein Wechsel eingetreten ist. Der verdienstvolle Landesfeuerwehrkommandant Hans Mallissa ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten, er

hat sich nicht mehr wählen lassen. Ich stelle dies ausdrücklich fest, weil in der Presse verschiedene andere Meinungen vertreten wurden. Als Landesfeuerwehrkommandant ist der frühere Stellvertreter, Dr. Plass, gewählt worden, zu seinem Stellvertreter wurde der Bezirksfeuerwehrkommandant von Bruck, Herr Merl, gewählt. Die Führung der steirischen Feuerwehren liegt also in besten Händen.

Es freut uns — ich glaube links und rechts — ganz besonders, daß der unentwegte, jahrelange Kampf um die Feuerschutzsteuer der Österreichischen Volkspartei endlich zum Erfolg geführt hat. Im Vorjahre haben wir in diesem Hause noch mit Mehrheit einen Beschluß gefaßt, der den Herrn Landesfinanzreferenten verpflichtet hat, im Jahre 1958 den Erlös aus der Feuerschutzsteuer restlos den Feuerwehren zuzuführen. Ich bin überzeugt, daß diese völlige und ausschließliche Zuführung der Feuerschutzsteuer für Feuerwehrzwecke im ganzen Lande, vor allem bei unseren Feuerwehren Befriedigung hervorrufen wird und ich bin ebenso überzeugt, daß unsere Feuerwehren diese Leistung des Landes, die, wie schon öfters ausgeführt, keine Pflichtleistung, sondern eine freiwillige Leistung des Landes ist, durch restlose Hingabe an ihre hohen Ideale anerkennen werden.

Wenn Abg. Dr. Pittermann nach einer Dienstinstruktion für die Landes-Bezirkstierärzte gerufen hat, darf ich mitteilen, daß daran gearbeitet wird. Ich glaube, daß sich doch eine Formulierung finden lassen wird, die den Bestrebungen der Landes-Bezirkstierärzte entspricht, aber auch unserer Bauernschaft dienlich ist und dem Lande dabei nützt.

Wenn wir die Gruppe 7 durchsehen, haben wir hier auch Mittel für die Landarbeiterkammer. Diese Landarbeiterkammer hat vor wenigen Wochen die Wahlen durchgeführt. Man kann feststellen, die Wahlen sind gut ausgefallen, unser Kollege Gottfried Brandl ist als Präsident wieder gewählt worden. (Heiterkeit.) Es freut mich auch, als zuständiger Referent sagen zu können, daß die Wohnbauförderungsmittel um 150.000 Schilling für Eigenheime erhöht wurden, vor allem aber, daß ein alter Wunsch der Landarbeiterkammer in diesem Budget 1958 seine Erfüllung gefunden hat, nämlich der Tonfilmwagen. Ich glaube, daß auf Grund des neuen Kinogesetzes es doch möglich sein wird, die Schwierigkeiten zu überwinden und daß die Landarbeiterkammer sozusagen als Morgengabe anlässlich der Neuwahlen diesen längst ersehnten Tonfilmwagen bekommt.

Der Herr Abg. Hans Brandl hat die Freundlichkeit gehabt — ich möchte ihm dafür danken —, mich aufmerksam zu machen, daß wir unsrer Pflicht hinsichtlich der Verlautbarung des Inspektionsberichtes über die land- und forstwirtschaftliche Arbeitsinspektion nicht gerecht worden seien. Das werden wir gerne nachholen und ich werde mich freuen, Ihnen den 10jährigen Jubiläumsbericht in die Hand drücken zu können. Vielleicht ist dies dann schon in der neuen „Grazer Zeitung“ möglich.

Herr Abg. Hans Brandl hat auch hinsichtlich einschlägiger Verfassungsfragen berichtet. Aus dem Bericht und der Stellungnahme der Sozialistischen Partei ist klar getan, daß das landwirtschaftliche Arbeitsrecht Bundessache werden soll. Herr Kollege, dann wird die Möglichkeit zum Reden geringer

sein. Sollen wir unsere Kompetenzen abermals bescheiden lassen? Ich glaube nicht! Beim Landwirtschaftsgesetz wird das in sehr bescheidener Weise vielleicht geschehen, das ist noch nicht entschieden. Gerade hier hat sich eine Verzögerung ergeben, weil die ÖVP schwere Sorgen gehabt hat, einen Weg zu finden, der Verfassungsänderungen möglichst vermeidet.

Meine Damen und Herren! In der Gruppe 7 finden Sie auch die Ansätze für die sogenannten Meliorationen. Ich freue mich, daß im Finanz-Ausschuß einstimmig der Antrag angenommen wurde, an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft heranzutreten, daß die Mittel des Bundes für Meliorationen künftighin erhöht werden sollen. Ich habe das schon mehrmals hier im Hohen Hause ausgeführt und tue es heute wieder, denn die Frage der Entwässerung, des Wasser-Haushaltes unseres Kulturbodens, ist für weite, fruchtbare Gebiete unserer steirischen Heimat von entscheidender Bedeutung. Und je weiter wir in der Technisierung fortschreiten, desto drängender wird zwangsläufig dieses Problem.

Hohes Haus! Es hat im Ausschuß längere Debatten darüber gegeben, ob man bei der Landwirtschaftsförderung den Weg der Beihilfe gehen soll oder den Weg des Darlehens. Ich habe im Ausschuß schon Gelegenheit gehabt, anzuführen, daß es ja auch Darlehensmöglichkeiten in verschiedener Art und Weise gibt. Es handelt sich hier vor allem um Möglichkeiten, die der Bund schafft. Nach meiner Auffassung aber sollen die Förderungsmittel des Landes vor allem als Beihilfen für jene kleinen und schwachen Besitzer eingesetzt werden, denen allenfalls die Aufnahme eines Darlehens nicht möglich ist, weil die Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit, vom banktechnischen Standpunkt nicht gegeben erscheint. Wir konnten im Jahre 1957 — jetzt sind die Mittel allerdings verbraucht — immerhin 900 kleine Besitzer mit sogenannten Kleinlandwirtedarlehen oder Beihilfen beteiligen. Wenn Sie sich die Post „Darlehen und Beihilfen“ mit ihren 4.000.000 ansehen, dann können Sie sich ausrechnen, daß der Betrag, der auf einen entfällt, nicht allzu hoch sein kann. Er beträgt vier- bis fünftausend Schilling im Durchschnitt. Hohes Haus! Wenn ich diese kleinen Beträge infolge des echten Notstandes auch noch als Darlehen geben würde, dann müßten diese Darlehen intabuliert werden und dadurch würde eine weitere Kreditaufnahme, die eventuell noch notwendig wird, oft unmöglich gemacht werden. Daß hier ein echter Notstand in weiten Teilen unseres Landes besteht, davon glaube ich, brauche ich Sie nicht erst zu überzeugen. Es genügt zu sagen, daß die Zahl der vorliegenden Ansuchen bereits die Zahl der im Jahre 1957 positiv erledigten Ansuchen erreicht, also auch jetzt schon zirka 900 beträgt. Hoher Landtag, hier wird man sich in künftigen Jahren überlegen müssen, ob man diese Post nicht doch noch erhöht.

Nicht ungünstig, wenn ich mich so ausdrücken darf, war heuer der Schadensverlauf durch Naturkatastrophen. Wir sind von größeren, ausgedehnten Katastrophen im allgemeinen verschont geblieben bzw. davon nicht allzu stark berührt worden, so daß

die Voranschlagsziffer für Schäden solcher Art ausgereicht hat. Ich glaube, und das ist ein Beweis dafür, daß wir mit unseren Mitteln sehr sorgfältig und sparsam umgehen — mancher wird behaupten, vielleicht zu sparsam — daß wir noch einige 10.000 Schilling ersparen werden, von denen wir hoffen, sie im nächsten Jahr verbrauchen zu können.

Meine Damen und Herren, warum ich das alles wohl so ausführlich erzähle? Weil ich alle Damen und Herren dieses Hohen Hauses bitten möchte, nicht Hoffnungen zu erwecken, die der zuständige Referent beim besten Willen nicht erfüllen kann. Ich bin der Auffassung, daß man auch zu Wahlzeiten sich nicht unlauterer Agitationen bedienen soll. Unlängst habe ich von vertrauenswürdiger Seite erfahren, daß da bei einer Versammlung in Waltersdorf im Bezirk Feldbach von einem Redner der Sozialistischen Partei gesagt wurde, der Prirsch, der gibt auch den Kleinen nur 3000 oder 300 Schilling, je nachdem, wie er gerade aufgelegt ist, aber den Großen gibt er 50.000 oder 60.000 Schilling. (Zwischenruf: „Wer soll das gesagt haben?“) Ich möchte hier keinen Namen angeben, ich habe das in christlicher Liebe versichert. (Heiterkeit.) Ich tue es auch deshalb nicht, weil der erwartete Erfolg dieser Behauptung nicht überwältigend war. Es ist überhaupt so, daß der einfache Mensch meistens ein sehr feines Gefühl dafür hat, was möglich und was nicht möglich ist.

Hoher Landtag, wir haben im Vorjahr auf Grund der Initiative der ÖVP — das ist kein Vorwurf, denn schließlich, wer soll denn die Landwirtschaft betreuen, wenn nicht die ÖVP, und Sie, Herr Edlinger, Sie sind ja ein Bundesgenosse (Abg. Weggart: „Sie sind der Sputnik!“) (Schallendes Gelächter), Sie stehen uns ja derzeit näher — wir haben also im Vorjahr zwei neue Aktionen eingeführt. Die eine ist die Maschinenkreditaktion bis zu einem Ausmaß von 5 Millionen Schilling. Sie wurde durch ein Landesgesetz einstimmig beschlossen und somit untermauert. Hier sind die Darlehen in einer Höhe von rund 4.250.000 Schilling vergeben worden. Wir konnten damit 189 Fälle aufrecht erledigen. 62 Fälle sind noch in Bearbeitung. Eine Weiterführung dieser Aktion wird nicht möglich sein. Wir glauben, mit der Aktion, wie schon der Herr Abg. Rösch gesagt hat, ein gewisses Nachziehbedürfnis hinsichtlich der Technisierung der Landwirtschaft befriedigt zu haben. Ich muß sagen, daß hier die Wünsche und Forderungen natürlich noch lange nicht erschöpft waren, aber schließlich und endlich kann das Land nicht für alles aufkommen.

Erfreulich gestaltete sich die zweite Aktion, die Hofankaufaktion. Das ist jene Aktion, bei der das Land für ein Darlehen zum Hofankauf bis zum Betrag von 120.000 Schilling und einer Laufzeit von 20 Jahren einen Zinszuschuß von 6 Prozent p. a. gewährt. Diese Hofankaufaktion war mit 10 Millionen begrenzt. Wir konnten im laufenden Jahr annähernd 50 Jungbauern und Landwirten dieses Darlehen geben. Wir konnten ferner, was ebenso, wenn nicht noch wohlthuender ist, aus 41 Pächtern Besitzer, das heißt Bauern machen. Wir haben dann noch außer diesen 41 Pächtern zwei Winzer zu Besitzern gemacht, so daß wir insgesamt über 100 Fälle

aufrecht erledigen konnten. Im neuen Voranschlag sind die 600.000 Schilling Zinsendienst vorgesehen. Dieser Betrag ist für die ersten 10 Millionen Schilling durch 20 Jahre vom Land zu leisten und es ist gelungen, diesen Betrag um 200.000 Schilling aufzustocken.

In den Resolutionsanträgen des Finanzausschusses wird zum Ausdruck gebracht, daß die Landesregierung das Höfe- und Maschinenankaufsgesetz novellieren möge, damit die Möglichkeit geschaffen wird, diese Höfeankaufsaktion weiterzuführen. Ich sehe in dieser Höfeankaufsaktion eine äußerst wirksame Möglichkeit — und das ist auch unser Ziel — um vor allem im Grenzgebiet auslaufende Höfe anzukaufen. Wir werden diese zusätzlichen Mittel fast ausschließlich für unsere Grenzgebiete zum Einsatz bringen. Hinsichtlich der Maschinenkreditaktion möchten wir mit der Novellierung des Gesetzes erreichen, daß diese 5 Millionen Schilling, wie der Herr Landesfinanzreferent immer sagt, als Wandertaler kursieren und die Möglichkeit schaffen, vor allem der gemeinschaftlichen Maschinenanschaffung dienlich zu sein.

Meine Damen und Herren! Es ist mehrmals und mit sehr viel Ernst über die Posten Aufbaugelände und Grenzland gesprochen worden. 2 Millionen Schilling stehen hier zur Verfügung. Auch dieser Betrag ist ein redliches Bekenntnis für unsere zurückgebliebene Landwirtschaft in den Bergbauerngebieten, aber auch ein redliches Bekenntnis für unsere Grenzgebiete. Ich hoffe, daß es den gemeinsamen Bemühungen der Kammer und Landesregierung gelingen wird, diese Mittel so einzusetzen, daß sie eine möglichst breite und gute Wirkung erzielen. Freilich alle Wünsche können mit diesen 2 Millionen Schilling nicht erfüllt werden. Sie werden so eingesetzt werden müssen, daß auch die eigene Initiative, die Selbsthilfe weitgehend angeregt und zum Tragen kommt. Ich darf Abg. Edlinger die freudige Mitteilung machen, daß nach meinen Informationen geplant ist, den Hopfenanbau in der Südsteiermark, im Grenzlande, im Leutschacher Becken weiter auszubauen. Wenn ich mich an die Zeit vor 7 Jahren erinnere, als bei der Kammer und Landesregierung die ersten Gespräche hierüber geführt wurden, so kann ich sagen, ich habe nie so sehr als gerade damals den Wert einer Interessenvertretung der Landwirtschaft empfunden. Es ist nicht einfach, die Landarbeit auf eine völlig neue Kulturart umzustellen. Das Wenn und Aber hinsichtlich des notwendigen Anlagekapitales, die zu erwartenden anfänglichen Rückschläge, das gefürchtete Lehrgeldzahlen, alle diese Probleme können nur gelöst werden, wenn die Landwirtschaft, wenn der Bauer zu seiner zuständigen Kammer und der Kammerführung ein reiches Maß von Vertrauen hat. Wenn es in den letzten Jahren gelungen ist, die nicht geringen Mittel, welche das Land für die Landwirtschaftsförderung der Landeskammer, also der Bauernkammer zur Verfügung stellt, so fruchtbringend anzuwenden, dann nicht zuletzt deshalb, weil von dieser Seite und auch vom Bunde her finanzielle Möglichkeiten geschaffen wurden, besonders aber weil durch die Arbeit der Bauernkammer auch das notwendige Vertrauen und der Wille zum Fortschritt erweckt werden konnte.

Abg. Edlinger hat auf den Fall der Gemüseverwertung hingewiesen. Ich werde mich erkundigen, das ist eine Lieblingssache des Herrn Landeshauptmannes gewesen. Ich glaube, daß die Regierungsmitglieder und vor allem der Finanzreferent mit Recht bezüglich der Bürgschaften Erfahrungen gesammelt haben, die nicht allzu verlockend für die Zukunft sind. (1. Landeshauptmannstellvertreter Horvatek: „Sehr vorsichtig ausgedrückt!“) Ich glaube aber doch, daß durch einen der letzten Regierungsbeschlüsse — und ich bin glücklich, hier die Zustimmung aller Regierungsmitglieder gefunden zu haben — für solche im Grenzland notwendige Maßnahmen die Möglichkeit von Haftungen gefunden werden soll. Aber nicht das Land soll bürgen, sondern die zuständige Bürgschaftsgenossenschaft, in der das Land reichlich vertreten ist und die jetzt wieder mit dem notwendigen Kleingeld für einige Bürgschaften ausgestattet ist. Ich möchte nur davor warnen, zu glauben, daß es möglich sei, in diesen, wenn ich so sagen darf, unterentwickelten Gebieten mit einem Schlag und in einem Zuge ein großes Unternehmen aufzuziehen. Man wird klein anfangen und erst eine gesunde Basis schaffen müssen, von der aus man sich dann weiter entwickelt zu größeren Dingen. Mit diesen sogenannten großen Dingen hat sowohl die Regierung als auch der Landtag seine Erfahrungen.

Herr Abg. Edlinger, ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie auf den Wiederaufbau zu sprechen gekommen sind. Man könnte sagen, das hat mit dem Kapitel 7 nichts zu tun. Hier sind wir wieder einmal einer Meinung (Gelächter), das hat sehr viel damit zu tun und ich weiß ganz genau, daß gerade dieses Selbsthilfswerk der Österreichischen Landwirtschaft leider Gottes schon vielfach in Vergessenheit geraten ist. Manche, die jetzt nach Entschädigungen rufen — ob mit Recht, das kann ich nicht beurteilen, ich kann das höchstens nachfühlen und von der Gefühlsseite her wird es immer Recht sein — dürften nicht wissen, daß der landwirtschaftliche Wiederaufbau von der Landwirtschaft Österreichs durch Zuschläge zum Grundsteuermaßbetrag — vom Kleineren weniger, dem Mittleren mehr und dem Großen am meisten — gespeist wurde. Dieser landwirtschaftliche Wiederaufbau war also eine Selbsthilfe der österreichischen Landwirtschaft. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn auch andere Wirtschaftsgruppen diesen beispielgebenden Weg der Landwirtschaft gegangen wären, wir manche Schwierigkeiten und manche Forderungen, die uns bzw. dem Nationalrat in nächster Zeit zu schaffen machen werden, dann nicht hätten.

Ich gebe auch ruhig zu, daß die Sitzungen des Landeswiederaufbaufonds ganz anders waren als die sonst üblichen Sitzungen in der Regierung. Es waren, das wird mir der Herr Abg. Edlinger gerne bestätigen, echte Kämpfsitzungen und zwar sind sich teils die Parteien, aber noch stärker — wie könnte das auch anders sein — die geschädigten Bundesländer gegenübergestanden, und es hat sehr oft sehr ernste Auseinandersetzungen gegeben. Ich erinnere mich, daß mich die sozialistischen Kollegen fast entsetzt angeschaut haben, weil ich im Landwirtschaftsministerium so auf den Tisch gehaut habe,

obwohl ich ein OVP-ler bin. (Helles Gelächter.) Aber bei uns gibt es eben keine solche sture Parteidisziplin und darin sehen wir auch einen Vorzug der OVP. (Landesrat Fritz Matzner: „Ja, damals!) Trotzdem, wir sind auch für interne Schwierigkeiten, wenn sie sich für die Steiermark segensreich auswirken.

Außerordentlich erfreulich ist es, daß es in der Regierung als Nachziehverfahren möglich war, für die Mechanisierung der Haushalte noch 500.000 Schilling dazuzubekommen. Diese Post stand bisher an der falschen Stelle im Haushalt, aber den gemeinsamen Bemühungen ist es dann gelungen, sie dorthin zu bringen, wohin sie gehört. Denn sie soll ja vor allem unseren Bäuerinnen dienen. Es hat auch der Herr Präsident Dr. Stephan ein nicht uninteressantes Rezept gebracht, wie man es machen soll, um die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu beseitigen. Diese Sache mit der Umsatzsteuer, da ist nicht nur ein Wunsch der Landwirtschaft, glaube ich, sondern da gibt es mehrere, die das wünschen. Aber wie würden nicht nur der Finanzminister und nicht nur unser Finanzreferent und nicht nur die Steiermark, sondern auch alle anderen Bundesländer anschauen, wenn — so wünschenswert dies auch wäre — diese Umsatzsteuer angeknabbert werden würde, um einen gestrigen Ausdruck zu gebrauchen. Ich glaube, im Budget würde der Anteil etwas über 300 Millionen ausmachen.

Ich muß schon sagen, daß dadurch Schwierigkeiten entstünden, aber man wird sagen, diese sind da, um überwunden zu werden. Zu gleicher Zeit wird man sich freilich fragen müssen, wo man diese Gelder wieder hereinbringt. Doch auch das macht in der Koalition wenig Schwierigkeiten, wenn nicht gerade Wahlzeit ist. (Heiterkeit.)

Der zweite Punkt in diesem Rezept war die Exportförderung. Ich glaube, hier haben sehr weite Kreise der österreichischen Politik und Wirtschaft noch nicht zur Kenntnis genommen, daß die österreichische Landwirtschaft nicht mehr nur den Eigenbedarf im Lande deckt, sondern daß sie bei ihrer Produktion auf den Export genau so angewiesen ist wie die Stickstoffwerke oder die Traktoren- und Maschinenfabriken. (Rufe: „Sehr richtig!“) Die österreichische Landwirtschaft braucht, wenn wir ihr gerecht werden wollen, den Export, und zwar nicht nur für ihre Milchprodukte, sondern auch für Vieh. Das gilt sowohl für Rinder als auch — und nicht nur zeitweise bedingt, sondern überhaupt für das nächste Jahr — für Schweine. Wir brauchen den Export genau so wie die Industrie und die gewerbliche Wirtschaft und es darf hier nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Man darf nicht für die gewerbliche Wirtschaft und für die Industrie den Export zu fördern suchen wo immer man kann, dagegen aber sagen, daß die Produkte, die die Landwirtschaft mehr produziert, von dieser wieder verbilligt im Inland abgegeben werden sollen und zwar zu unter den amtlich festgesetzten Preisen, die, mit Ausnahme der Milchpreise, noch aus dem Jahre 1952 stammen. Alle unsere Förderungsmaßnahmen sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn es nicht gelingt, hier Wandel zu schaffen. Und, glauben Sie mir, daß das nicht nur eine Frage der Land-

wirtschaft ist oder eine Frage der bäuerlichen Bevölkerung, sie ist zumindest eine Frage, von der die Gesundheit der österreichischen Volkswirtschaft abhängt.

Ich möchte Sie nicht allzu lange aufhalten, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß z. B. die Rinderausfuhr an Nutz- und Schlachtrindern des heurigen Jahres ausreichen würde, um den Rinderbedarf von St. Marx durch fast 9 Monate hindurch zu versorgen. Es haben meine Vorredner schon auf die Schwierigkeiten bei Milchprodukten und vor allem bei der Butter hingewiesen. Niemand würde es lieber sehen als wir selbst, wenn die Butter, die mit Stützungen — und das ist ein sehr schweres Opfer, diese Stützung von 10 Groschen — ins Ausland gebracht werden muß, im Inland billiger abgegeben werden könnte. Dr. Stephan hat ja die Schwierigkeiten aufgezählt, den hohen Zoll usw. Hier hat er recht und wir werden auch diese Lasten die Landwirtschaft allein auf die Dauer nicht tragen lassen können.

Vielleicht sagt jemand, da gibt es nur eines, Produktionseinschränkung. Hohes Haus, ich habe noch nie gehört, daß es jemand in Österreich eingefallen wäre, auf dem gewerblichen Sektor, solange noch Exportmöglichkeiten gegeben waren, eine Produktionseinschränkung vorzunehmen. Hier muß ich wohl sagen, was für den einen Teil der Wirtschaft gilt, muß im Sinne der Gerechtigkeit auch für den anderen Teil, also auch für den landwirtschaftlichen Sektor gelten.

Hohes Haus, bitte mißverstehen Sie mich nicht, wir hören doch immer, daß es im großen und ganzen eine Konjunktur gibt und ich weiß auch — ich müßte ja nicht selbst mitten im Leben stehen —, daß es aber noch viele Familienerhalter gibt, deren Einnahmen gar nicht weltbewegend, sondern sehr bescheiden sind. Und viele unserer Mitbürger, die in besseren Verhältnissen leben, und das gilt auch für jene, die sich das Essen und alles, was dazugehört, nicht zu kaufen brauchen, die sehen oft nur den Wochen- oder Monatslohn vor sich, können aber oft gar nicht ermesen, was es heißt einzuteilen bei einem Monatsverdienst von 1500, 1600 oder auch 2000 Schilling, damit die Familie durchkommt. Dieser Schwierigkeit wird man sich am meisten gerade in diesen Wochen bewußt, wo die Auslagen gefüllt sind mit allen möglichen Waren, jetzt in der Weihnachtszeit, die wirklich die schönste Zeit für alle sein sollte. Schließlich wird es aber für jene, die ein so kleines Einkommen und eine Familie haben, nicht immer die schönste und friedlichste Zeit sein.

Ich glaube, daß man diesen Familienerhaltern mit dem kleinen Einkommen wirklich keine höheren Lebenshaltungskosten zumuten darf und kann. Aber man muß das Problem auch so auffassen, daß man sagt: Aber deshalb kann man nicht wirtschaftliche Maßnahmen treffen, Dinge setzen, die für den Großteil unseres Landes, vor allem für unser Landvolk, zu Ungerechtigkeiten führen. Ich kann mir vorstellen, daß gerade diese Familien mit ihrem kleinen Einkommen selbstverständlich — da komme ich wieder aufs landwirtschaftliche — notgedrungen zur Margarine greifen, während die Butter ins Ausland geht. Vielleicht gelingt es, hier einen Weg zu fin-

den. Ja, ich glaube, man müßte überhaupt von allen Seiten her doch versuchen, dieses Butterproblem auch vom Inlandskonsum zu lösen oder noch besser schon die Vorstufe, das Milchproblem. Ich habe mich mit halbem Herzen gefreut, wie ich gehört habe, die Brauereien wollen das Bier teurer abgeben. Ich habe nun geglaubt — leider zu Unrecht —, daß vor allem aus den Kreisen unserer Arbeiter und der sonstigen Berufstätigen mehr zur Milch gegriffen werden wird. Vielleicht könnten wir auf diesem Gebiete mehr tun. Wir müssen nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Volksgesundheit dienen.

Vor einigen Monaten, ich weiß nicht, ob es dem Hohen Landtag bekannt ist, hat es in deutschen Zeitungen eine große Auseinandersetzung darüber gegeben, ob man nicht den Lebensmittelimport, egal, ob er in Schachteln oder Dosen oder sonstwie geliefert wird, genauestens überprüfen müßte, denn die vielen Atomversuche dürften in gewissen Gebieten nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein. Die deutschen Zeitungen haben sich sehr ernst mit diesem Problem beschäftigt. Ich bin Laie auf diesem Gebiet, ich kann mir aber vorstellen, daß es Gebiete geben wird, wo in weitem Umkreis die Strahlungen dieser Atomversuche doch wirksam werden und daß jeder fürsorgliche Staat, ob er A oder B heißt, trachten wird, sich von Lebensmittelbezügen aus solchen Gebieten zurückzuhalten. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, je ausgedehnter diese Versuche werden, desto wichtiger wird für uns die Lebensmittelversorgung aus dem heimatischen Boden. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, die österreichische Landwirtschaft brauchen wir genau so wie die österreichische gewerbliche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, davon hängen die Arbeitsplätze ab. Die Landwirtschaft braucht gerade jetzt, wo wir knapp vor der Integration stehen, die entsprechenden Agrarzölle, damit wir dann, wenn diese Verhandlungen über den europäischen Wirtschaftsraum, über die europäische Integration kommen, entsprechende Kompensationsmöglichkeiten haben. Das ist eine ernste Aufgabe für unsere Regierung, nicht nur für einen Teil, sondern für die gesamte Regierung, und ich glaube, daß man auf beiden Seiten diesen Gegebenheiten, diesen Lebensnotwendigkeiten der österreichischen Landwirtschaft wird Rechnung tragen müssen. Ich möchte offen sagen, es könnte manchmal der Eindruck entstehen, als ob die Landwirtschaft und ihre Probleme derzeit so in den Hintergrund gedrängt seien, als ob die Landwirtschaft sich beschränken müßte auf Bitten und Gnadenempfang. Man hat manchmal, wenn man die österreichische Entwicklung der letzten 10 Jahre überblickt, fast diesen Eindruck.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schlusse kommen. Verzeihen Sie, daß ich Herrn Abg. Rösch übersehen habe, er könnte mir das übelnehmen. Ich glaube an Ihren guten Willen, ich glaube auch an den guten Willen Ihrer Fraktion. (Zwischenruf Landesrat Matzner.) Ich bin auch der Meinung, Sie wollen mich nicht eines Besseren belehren, Herr Kollege Matzner. Es hat Abg. Rösch von beträchtlichen Mitteln gesprochen. Beträchtlich sind sie nicht, ich möchte aber auch nicht sagen, daß sie unbedeutend sind. Sie stellen das dar, was bei

der gegebenen Situation des Landes möglich ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Landwirtschaft letzten Endes Landessache ist. Abg. Rösch hat die Anfrage an den Herrn Präsidenten Wallner oder mich wegen dieses Hofrates Mayer in Linz gerichtet. Angeblich sollen 30 bis 35 Prozent Fehlinvestitionen irgendwo vorgekommen sein. Man müßte die Dinge im Zusammenhang wissen. Ich glaube nicht, daß das stimmt. Und wenn es in dem einen oder anderen Falle doch richtig sein sollte, so bedenken Sie die Fehlinvestitionen andernorts und auf anderen Sektoren, da ließe sich vielleicht ein Buch darüber schreiben. Solange Menschen leben und wirtschaften, werden sie gewissen Irrungen unterworfen sein. Ich glaube nicht, daß der Vorwurf bei der Landwirtschaft berechtigt ist.

Nun die Grazer Marktordnung! Ich bin dankbar, daß dies erwähnt worden ist. Sie haben Recht, die Sache liegt beim Land und beim Bund. Die Schwierigkeit, warum dieser Wiederabtrieb von Schlachtvieh vom Grazer Schlachthof nicht möglich ist, liegt darin, daß dort die notwendigen Einrichtungen nicht vorhanden sind. Ich weiß nicht, ob das den Hohen Landtag berührt. Die Stadt Graz ist hier der Fleischbeschau rund 1½ Millionen Schilling schuldig. Die Stadtgemeinde Graz sagt aber, aus uns bringt ihr nichts heraus. Ich habe deshalb die Absicht, zunächst einmal die Wahlen in Graz abzuwarten, jetzt, knapp vor Torschluß kann man nicht verlangen, daß sich die Herren mit solchen Problemen wie dem Grazer Schlachthof beschäftigen, aber nach den Wahlen werden wir mit den Herren einmal reden müssen. (Abg. Scheer: „Das haben wir schon oft gehört! „Nach den Wahlen!“) Herr Kollege, man muß ja nicht gleich eine Gänsehaut kriegen, wenn von Wahlen die Rede ist! (Schallende Heiterkeit!) Wir werden ja sehen, wie die Situation nach den Wahlen ist und wir glauben schon, daß wir dann das nötige Verständnis finden werden. Vor allem, daß man auch einsieht, daß der Schlachthof einer so großen Stadt wie Graz und deren Ansprüchen nicht mehr gerecht wird und daß es nicht angeht, den Versuch zu machen, sich mit solchen Mitteln zu sanieren. Natürlich ist es klar, daß eine Stadt wie Graz auch für ihren Schlachthof etwas tun und das ganze Problem einer irgendwie zufriedenstellenden Lösung zuführen muß. Leicht wird es allerdings nicht sein. (Abg. Rösch: „Wird ein Privatissimum geben, meistens zwischen Ihnen und Herrn Dr. Amschl!“) Ich möchte Ihnen raten, einmal die Landtagsprotokolle aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg durchzulesen, auch damals hat der Grazer Schlachthof hinsichtlich des Abtriebes eine große Rolle gespielt. Der Stein des Anstoßes war damals ein Tierarzt. Der hatte damals einen schweren Stand.

Der Herr Abg. Rösch hat mir aber auch, wenn schon nicht „aus dem Herzen“, so doch „zum Herzen“ gesprochen, als er sagte, daß die Preise doch ein gewisses Niveau halten sollen. Wie man künftig in den Wald ruft, so wird es widerhallen. Ihre Presse aber, ich möchte fast sagen, je kleiner sie ist, desto gehässiger wird sie. (Abg. Wurm: „Sie haben beide das gleiche Format!“) (Gelächter.) Ich glaube aber, daß man auf beiden Seiten gut daran tun wird, die Wochen-Feuilletons dieser Zeitungen,

die bestimmt ihre Bedeutung haben, wenn sie gut gemacht sind, von Zeit zu Zeit von Seite der Parteileitungen aus einer Überprüfung in Bezug auf ihre Schreibweise zu unterziehen. Ich muß Ihnen bei dieser Gelegenheit schon auch ein bißchen zum Herzen reden. Ihr Landes-Parteiblatt hat sich vor einiger Zeit — es dürfte vor 14 Tagen ungefähr gewesen sein — ich muß schon sagen etwas ganz Einmaliges geleistet. Es ist vielleicht weniger politisch zu betrachten, ich glaube eher, daß man das auf Konto „Anstand“ buchen muß. Es ist da nämlich darin gestanden unter „Neuigkeiten“: „Der ÖVP-Nationalrat So und So . . . usw., dessen Schwiegersohn angezeigt wurde, eine nicht ganz einfache Untat begangen zu haben.“ Als ich das gelesen habe, habe ich mir sofort gedacht, also in unserer Zeit gibt es doch auch so etwas wie Sippenhaftung! Überprüfen Sie das einmal! Ich sagte mir dann, nein, das ist keine „Sippenhaftung“, das scheint mir eher eine „Sippen-Denunziation“ zu sein. Derartiges muß man doch wirklich ablehnen! Denn wenn wir auch alle Kinder und Verwandte haben und Söhne und Töchter — und wer von uns hat noch keine Schwierigkeiten gehabt in seinem Leben mit Verwandten —, so geht das denn doch zu weit, die eventuellen Verfehlungen irgendeines Familienmitgliedes dazu zu benützen, um eine Partei anzuschwärzen. Wenn das so weit ist bei Ihnen, dann muß es trotz des neuen Programmes recht armselig ausschauen in Ihrer Partei. (Abg. Pittermann: „Aber Dialektik ist das!“) Wenn Sie davon nicht gesprochen hätten, würde ich mir erlaubt haben, einmal bei einer Parteibesprechung darauf aufmerksam zu machen, aber vielleicht ist es besser, daß man diese Dinge in aller Öffentlichkeit aufzeigt. Das Volk wünscht das ja. (Abg. Sebastian: „Und der Artikel über Edlinger in der „Tagespost“, das ist Anstand wahrscheinlich?“) Ich will das nicht behaupten, aber immerhin hat es sich dort um einen Abgeordneten selbst gehandelt und nicht um seinen Schwiegersohn. Aber Ihr Zwischenruf veranlaßt mich, diesen Fall — vielleicht gehört er zur Gruppe 7, denn es handelt sich ja um ein landwirtschaftliches Gebäude — doch hier zu besprechen. Es ist so, daß nun einmal der Herr Abgeordnete Edlinger das Unglück hat, dieses Haus zu besitzen. Und es wohnt jemand drin. Es hat Ihre Presse nicht gestört, zu schreiben: „Der ÖVP-Landesrat hat keinen Antrag gestellt.“ Die Frau hat mir eine Karte geschrieben, daß sie nichts haben will von uns. Ja, stolz lieb ich mir den Spanier! Sie ist wohnversorgt. (Abg. Edlinger: „Sie wohnt ja noch drin! Weder die Bezirkshauptmannschaft, noch das Gericht können sie hinausbringen.“) Aber lassen wir die Zeitungsdebatte und hoffen wir, daß sich alle Redakteure ein bißchen an die Brust klopfen und „mea culpa“ sagen, damit in Zukunft solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Meine Damen und Herren! Aus all den Ausführungen über die Landwirtschaft hat ein gewisses Verständnis und eine gewisse Bereitschaft herausgeklungen. Ich möchte abschließend feststellen, ich bin mir der Verantwortung völlig bewußt. Die Lage des österreichischen Bauernstandes ist ernster als wir glauben, die Gefahren, die hier dem österreichischen Volksganzen drohen, sind größer als das Volk ahnt. Die Sorglosigkeit und die Oberflächlichkeit oft auch

einflußreicher Führer politischer und wirtschaftlicher Schichten ist kaum zu verstehen angesichts der Größe der Gefahr. Ich hoffe, daß es noch nicht zu spät ist, denn man kann nach meiner Auffassung den Bauer wohl enturzeln, aber ansetzen kann man ihn nicht. (Sehr lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hohes Haus! Ich darf zum Abschluß der Gruppe 7 mitteilen, daß die Behandlung dieser Gruppe die Rekordzeit von 5 Stunden und 15 Minuten beanspruchte. Ich freue mich, daß so viele Redner des Hohen Hauses sehr eingehend die Abschnitte und Unterabschnitte zerpfückt und behandelt und entsprechende Ratschläge und Wünsche zum Ausdruck gebracht haben. Man konnte hiebei den Eindruck gewinnen, daß man sich in Erinnerung gerufen hat das Sprichwort: Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt.

Zum Abschluß bitte ich, die Ansätze der Gruppe 7, die vom Finanz-Ausschuß samt den Ergänzungen behandelt und dessen Zustimmung gefunden haben, auch im Hohen Hause zu genehmigen.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 7 mit den vom Finanz-Ausschuß beantragten Abänderungen einschließlich der im Verzeichnis 9 der mündlichen Berichte enthaltenen Änderung zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 8, wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen.**

Berichterstatter ist Abg. Oswald Ebner.

Landeshauptmann Krainer: Ich beantrage Unterbrechung der Sitzung auf eine halbe Stunde.

**Präsident:** Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 19 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 20 Uhr 30 Minuten wieder aufgenommen.)

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile zur Gruppe 8 Herrn Abg. Oswald Ebner das Wort.

Berichterstatter Abg. Oswald Ebner: Hohes Haus! Die Gruppe 8, wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen, weist einen Ausgabenstand von 45,900.000 S und Einnahmen von 13,200.000 S auf. Details sind aus der Vorlage und den Berichten ersichtlich. Ich beantrage namens des Finanz-Ausschusses, das Hohe Haus wolle die Gruppe 8 genehmigen.

**Präsident:** Wortmeldung liegt keine vor. Ich schreite daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 8 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur

### Gruppe 9: Finanz- und Vermögensverwaltung.

Berichterstatter ist Abg. Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Gruber**: Hoher Landtag! Die Gruppe 9 beinhaltet die Finanz- und Vermögensverwaltung. Sie hat Einnahmen von 759,278.000 S, Ausgaben von . . . . . 169,264.700 S, daher einen Plüßsaldo von . . . . . 590,013.300 S.

Unsere Einnahmen sind in diesem Kapitel gegenüber dem Vorjahr um 88 Millionen Schilling angestiegen, das sind 13%. Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben die bedeutendste Einnahme die Umsatzsteuer ist mit 295,662.000 S. Dann ist hier noch veranschlagt die Lohnsteuer mit 105,594.000 S, die veranlagte Einkommensteuer mit 91,602.000 S, die Biersteuer mit 33,104.000 S und die Mineralölsteuer mit 25.836.000 S und noch eine Reihe kleinerer Posten. Wenn man eine Gegenüberstellung macht, wie sich die Einnahmen in den letzten 2 Jahren entwickelt haben und ich nehme als Ausgangsbasis das Jahr 1956 mit 100, so ergibt sich folgendes Bild: Die Einnahmen haben sich 1957 um 104 Millionen S, 1958 um 136 Millionen S erhöht. Man kann also im großen und ganzen feststellen, daß bei allen Steuern Erhöhungen stattgefunden haben. Es sind im Durchschnitt für 1956 15%, für 1957 24%. Es ist da interessant, einen Vergleich anzustellen mit den Ertragsanteilen des Bundes. Ich will nur eine Steuer, und zwar die wichtigste herausgreifen, die Umsatzsteuer, die sich, wenn man die Ausgangsbasis 1956 mit 100 annimmt, 1957 auf 133 erhöht hat.

Die Gruppe wurde im Finanz-Ausschuß einer eingehenden Beratung unterzogen und ich beantrage namens des Finanz-Ausschusses, diese Gruppe mit den Änderungen in Beilage Nr. 23, Einl.-Zl. 105, und der Berichtigung nach dem Beschluß der Landesregierung vom 2. Dezember 1957 anzunehmen.

**Präsident**: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite daher zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 9 und den dazu gehörigen Abänderungsanträgen des Finanz-Ausschusses zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Gruppe 9 ist angenommen.

**Präsident**: Wir kommen nun zum

### Außerordentlichen Landesvoranschlag.

Berichterstatter ist Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm**: Hohes Haus! Der außerordentliche Landesvoranschlag sieht Ausgaben in der Höhe von 164,950.000 S vor, wovon 65,176.000 S bedeckt sind, so daß unbedeckt bleiben rund 99,774.000 S. Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Annahme des Außerordentlichen Voranschlages.

**Präsident**: Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Koller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Koller**: Hoher Landtag! Der Außerordentliche Voranschlag für das kommende Jahr weist erfreulicherweise eine ziemlich hohe Bedeckung von rund 65 Millionen Schilling auf. Er reicht damit weit über einen reinen Hoffnungs-Voranschlag hinaus und wird zu einem Voranschlag, der doch zum größeren Teil Erfüllung finden wird. Als Vertreter der bäuerlichen Interessen ist es mir ein Bedürfnis, einige dieser bedeckten Posten herausgreifen und kurz zu besprechen. So ist z. B. der Bau von Landarbeiterwohnungen heute für das Land Steiermark nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern das Land ist auf diesem Gebiet sogar beispielgebend. Außerdem steht außer Zweifel, daß es heute ohne Wohnungen für Landarbeiter der Landwirtschaft unmöglich wäre, überhaupt noch Arbeitskräfte zu bekommen oder draußen auf dem Lande zu halten. Ich meine hier im besonderen den Neubau von Landarbeiterwohnungen bei den landwirtschaftlichen Schulen Kirchberg und Grabnerhof. Es ist, wenn man den heutigen Anforderungen Rechnung trägt, natürlich ebenso eine Notwendigkeit, daß die Personalausgaben an diesen landwirtschaftlichen Schulen steigen, weil ja die bäuerliche Jugend immer mehr von diesen Ausbildungsstätten Gebrauch macht und daher es auch nicht zu umgehen ist, dort auch für die Unterkunft der landwirtschaftlichen Arbeiter vorzusorgen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die unbedeckte Voranschlagspost, betreffend den Ausbau in Hafendorf, im Betrage von 1,6 Millionen Schilling im Laufe des Jahres noch bedeckt werden kann.

Nun eine Sache, die uns, und mir vor allem als Feldbacher am Herzen liegt. Ich hoffe, sie findet auch ihre Erfüllung: Im Voranschlag des Vorjahres war ein Betrag von 1 Million Schilling unbedeckt vorgesehen für den Neubau des Personalwohnhauses beim Landeskrankenhaus in Feldbach. Im Laufe des Jahres haben die OVP-Abgeordneten einen Antrag eingebracht, der im großen und ganzen besagt, man solle Möglichkeiten suchen und finden, diesen Betrag von 1 Million Schilling zu bedecken, weil die Wohnverhältnisse nicht nur für die Ärzte, sondern auch für das Pflegepersonal am Landeskrankenhaus in Feldbach geradezu untragbar geworden sind. Es liegt auch eine Vorlage, ein Bericht der Landesregierung dem Hohen Landtag vor, der dazu Stellung nimmt.

Ich möchte mit besonderer Genugtuung und Freude feststellen, daß im Voranschlag in der Gruppe 5 für die erste Rate dieses Personalhauses in Feldbach bereits ein Betrag von 1,4 Millionen Schilling vorgesehen ist. Wenn man sich einmal von den tatsächlichen Verhältnissen beim Krankenhaus in Feldbach überzeugen konnte, dann ist man von dieser Tatsache wirklich zutiefst befriedigt. Die Schwestern, die ja an und für sich schon einen schweren und anstrengenden Beruf haben, müssen heute oft zu viert und fünft in einem Raum hausen, der lediglich mit Vorhängen etwas abgeteilt ist. Nun halten sich die Schwestern nicht alle zu gleicher Zeit darin auf, das ist richtig, aber eben deswegen, wenn die eine vom Dienst müde kommt und die andere wieder in den Dienst geht, werden die anderen in ihrem Schlaf und in ihrer Ruhezeit dauernd

gestört. Von einer Wohnlichkeit kann nicht die Rede sein und daß es daher auch zu persönlichen Differenzen und Unzukömmlichkeiten kommt, ist begreiflich, weil eben die Lebensgewohnheiten der einzelnen Menschen verschieden sind und auch jeder Mensch das Recht hat, sich seine Freizeit und Ruhezeit nach eigenem Ermessen zu gestalten. Die eine Schwester will noch lesen, die andere will schlafen usw., das gibt dauernd Reibungsmomente, die an der Nervenkraft und Arbeitskraft dieser Menschen zehren. Dieser Wohnhausbau ist daher letzten Endes nicht nur für das Pflegepersonal wichtig, sondern auch für die Patienten selbst, denn ein ausgeruhtes und gut wohnversorgtes und zufriedenes Personal wird auch die Patienten besser betreuen und versorgen. Ich will damit nicht behaupten, daß die Pflegerinnen bisher nicht ihre Pflicht getan hätten, aber man kann sagen, was man will, ein ordentliches Zuhause, ein Raum, in dem der Mensch auch ein Eigenleben führen kann, beeinflusst dieses Pflegepersonal sicherlich nur in positivem Sinn.

Ich möchte daher nochmals meiner Freude Ausdruck geben, daß neben den Ansätzen für die Landarbeiterpersonalhäuser in den genannten Schulen vor allem auch dieser Betrag von 1,4 Millionen Schilling für den Neubau des Personalhauses beim Krankenhaus in Feldbach in diesem Vorschlag bedeckt aufscheint. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich bitte, es mir nicht als Anmaßung anzulasten — insbesondere richte ich diese Bitte an den Debattenredner bei der Debatte über die Akademiker in der vergangenen Nacht —, wenn ich zu diesem Thema noch ein paar Worte verliere. Nicht etwa, weil ich Doktor juris bin — niemand von den Damen und Herren, die gleich mir seit 1949 Angehörige dieses Hohen Hauses sind, kann mir, glaube ich, den Vorwurf des geistigen Hochmutes machen —, drängt es mich zu diesen Äußerungen. Meine langen Erfahrungen haben mir hinlänglich gezeigt, daß nichts falscher ist, als den Wert eines Menschen nach seinem akademischen Grad zu beurteilen. Ich habe viele Menschen in meinem Leben gekannt, die, auf einer viel kürzeren Schulungszeit als der des Akademikers aufbauend, zu hervorragenden Persönlichkeiten von hoher Geistigkeit geworden sind, zu Persönlichkeiten von klar ausgeprägter Führungslinie. Ich habe gesehen, wie viele dieser Menschen Fertigkeiten und Kenntnisse sich erworben haben ohne Hochschulbildung, die sie oft und oft über den Bildungsgrad irgendeines Akademikers stellen. Denn wenn ein junger Doktor der Medizin oder Doktor juris oder ein junger Ingenieur nach der Promotion sagen würde, „so, jetzt habe ich alles erreicht, was ich brauche, ich brauche nichts mehr dazulernen“, dann bliebe er ja ewig ein Stümper und eine Null für die Gemeinschaft. Voraussetzung für eine Persönlichkeit, wie ich sie Ihnen vorhin aus meiner Lebenserfahrung geschildert habe, ist immer der eigene Hunger nach Bildung und nach Wissen, der einem Menschen innewohnt, ganz gleich, ob er nun seine Kenntnisse aus eigenem Streben oder über irgend eine höhere Schulbildung erreicht hat.

Ich glaube, diese meine Auffassung ist gerade unter Ihnen durchaus eine gleiche. Sie ist Allge-

meingut geworden und gleichwertig muß ich auch die Auffassung bezeichnen, daß es sich kein Volk leisten kann, Begabungen brachliegen zu lassen, weil etwa innerhalb der Familie oder bei den Betreffenden die Mittel nicht vorhanden sind. Es war schon früher eine Sünde, solche Begabungen brachliegen zu lassen, aber die technische Entwicklung überhaupt, die Kompliziertheit des Lebens erfordern immer mehr auch eine spezielle Ausbildung, einen speziellen Schulungsgang jedes Menschen. Er kann auf gewisse Positionen nur gestellt werden, wenn er die betreffenden Lehrgänge zurückgelegt hat, zu denen ebenfalls auch viele Fächer der Hochschulstudien gehören.

Für den jungen Menschen aber, betrachtet von der Ausgangsposition, stellt sich die Frage nur so dar: Wähle ich den kürzeren Lehrgang und komme schneller ins Verdienen oder nehme ich es auf mich, lange zu studieren und komme später in die Verdienstmöglichkeit und zu wirtschaftlicher Selbständigkeit aus eigener Arbeit? Wir sind der Meinung, daß ihm in dieser Hinsicht eine möglichst freie Wahl zustehen soll. Diese Wahl ist aber nur dann frei, wenn gewisse Voraussetzungen für ihn auf jeden Fall gegeben sind. Diese Voraussetzungen sind auf einen einfachen Nenner gebracht: das Geld für die Studienzeit, das Geld für die Bekleidung, Essen und Unterkunft und das Studiengeld.

Über das Geld wurden schon einige Worte verloren, als diese Studienbeihilfen unter der neuen Titelbezeichnung „Darlehen für Studenten“ erörtert wurden. Darf ich dazu meine Meinung äußern? Den Weg des Darlehens halte ich nicht für geeignet. Es ist in meinem Beruf schon öfter die Frage des Darlehens an mich herangebracht worden zwischen Freunden und Bekannten. Ich habe immer zum Ausdruck gebracht: Wenn Sie anderen helfen wollen, sagen Sie: Seien wir lieber gleich böse oder ich schenke Dir das Geld. Der gleiche Grundsatz wird auch beim Studenten aus folgendem Gesichtspunkt gelten: Er soll sich nicht jahrelang an seine Studienzeit erinnern und soll nicht lange Zeit mit den Rückzahlungsraten belastet bleiben. Es ist das für ihn eine unangenehme Erinnerung. Es ist besser, wenn das Land helfen will, dies in Form von Beihilfen zu tun, also, daß man ihm Geschenke im notwendigen Ausmaß gibt und damit beiträgt, die Geldsorgen loszuwerden. Die Frage des Essens ist einigermaßen durch die Mensa im Studentenheim lösbar. Die Frage der Unterkunft ist nicht gelöst, in Graz zumindestens unzulänglich und wir begrüßen es außerordentlich, daß im außerordentlichen Voranschlag eine bedeckte Post von 2 Millionen Schilling enthalten ist zur Errichtung des Studentenheimes. Also eine Unterkunft für Studenten, die nicht hier ihre Familien haben.

Es ist damit nur der Anfang für die ersten finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden, doch zeichnen sich weitere erfreuliche Aussichten ab. Denn es ist wohl die Erkenntnis durchgedrungen, daß im großen gesehen die Verwaltung im weiteren Sinne der Akademiker nicht entbehren kann, ebenso nicht die Wirtschaft und diese beiden doch immerhin finanziell kräftigen Verbraucher des Akademikertums müssen beitragen. Es zeigt sich auch häufig

volles Verständnis. Wir haben es erwiesen durch die Aufnahme dieser Position in den außerordentlichen Voranschlag und die Wirtschaft wird es wohl auch erweisen können. Darf ich als dankenswertes Beispiel anführen, daß eine ziemlich große Zahl von Studenten in Graz in begüterten Bürgerhäusern ihren Mittagstisch in der Familie haben und damit die Frage des Essens irgendwie gelöst ist. Ich betrachte das nicht so sehr vom materiellen Gesichtspunkt aus, sondern vom guten Geist, der damit bekundet wird und in dem Sinne, daß wir alle zusammenwirken müssen, um zu verhindern, daß die geistige Substanz der begabten Jugend nicht in unserem Land bleibt. Es ist auch die Hoffnung berechtigt, daß sich andere Kräfte unserer Absicht anschließen und mithelfen werden, daß mit dem Bau des Studentenhauses im Jahre 1958 begonnen werden wird. (Allgemeiner Beifall.)

**Abg. Hofmann:** Hoher Landtag! Ich hätte mich nicht zum außerordentlichen Voranschlag gemeldet, wenn nicht einige Abgeordnete über etwas gesprochen hätten, was mir ebenfalls als Abgeordnetem des Feldbacher Bezirkes am Herzen liegt. Die Verhältnisse im Landeskrankenhaus Feldbach kennt nicht nur der Abg. Koller allein, ich kenne sie auch von allem Anfang an, und zwar sehr genau. Es war früher ein Siechenhaus, war teilweise kriegsbeschädigt und mit Mühe und Not war dann, dank der Initiative des Herrn Landeshauptmannes Machold, für den großen Feldbacher Bezirk, der ohne Krankenanstalt war, ein Krankenhaus eingerichtet worden. Daß dieses Krankenhaus begreiflicherweise 1945/1946 absolut nicht den Anforderungen entsprochen hat und entsprechen konnte, wird jeder, der die Verhältnisse kennt, sehr begreiflich finden. Am Anfang wurde Platz gesucht für die Tausende und Abertausende Schwerekriegsbeschädigten, die man kaum unterbringen konnte. Ich war glücklich, als es mir gelungen war, mit Hilfe der Steiermärkischen Landesregierung für die Kameraden — und ich fühle mich gegenüber den Schwerekriegsbeschädigten aus dem 2. Weltkrieg als Kamerad — eine Unterkunft zu schaffen, wo sie eben notdürftig Unterkunft und Linderung von ihren Leiden erhoffen konnten. Es war damals der Leiter des Krankenhauses Primarius Dr. Neubauer, der heute in Tobelbad eine dankenswerte und segensreiche Wirkung ausübt. Es hat an allem gefehlt. Die Landesregierung und ich und viele andere sind, ehrlich gesagt, damals Betteln gegangen und haben schließlich 30.000 Schweizer Franken bekommen, um den Operationssaal, der wirklich ein solcher ist, zu schaffen. Der Herr Abg. Koller wird mich verstehen, wenn ich sage, wie erbärmlich und traurig es ist, wenn man unter einem Birnbaum jemand operieren muß. (Abg. Koller: „Ich verstehe Sie sehr gut, steige aber nicht auf das gleiche Niveau.“) (Zwischenruf: „Das ist eine Frechheit!“) Ich verstehe Ihre Aufregung nicht, ich sage Ihnen persönlich ja nichts. Es ist ein Operationssaal mit allem Notwendigsten eingerichtet worden und die Landesregierung hat sich auch sonst bemüht, aus diesem Notspital ein brauchbares Spital zu machen.

Nur eines hat gefehlt. Da es seinerzeit ein Siechenhaus war, fehlten die Unterkünfte für die Ver-

waltungsbeamten, für das Pflegepersonal usw. Wir haben jahrelang gedrängt, und nicht ich allein, denn selbstverständlich ist jeder Abgeordnete verpflichtet, auf seinem Gebiet zu trachten, das etwas geschieht. Dieses Vorhaben ist schon vor 1 bis 2 Jahren in den Voranschlag eingesetzt worden. Ich bin glücklich und danke als Abgeordneter der Landesregierung, daß dieser Plan endlich, sogar bedeckt, in den a.-o. Landesvoranschlag aufgenommen wurde.

Wir sind auch dafür dankbar, daß endlich — das macht allerdings nicht das Land, das wird vom Verkehrsministerium bewilligt —, der Fehringner Bahnhof gebaut wird (Zwischenruf: „Der Waldbrunner hat sich lange genug Zeit gelassen!“) Wir sind auch erfreut darüber, daß die BUWOG 600.000 S bekommen hat und 10 Wohnungen, die unter Dach sind, fertiggebaut werden können, womit Platz für Landesbeamte geschaffen wurde. Wir bedauern nur, daß wir für die Lehrer unseres Bezirkes keine Wohnungen schaffen können, weil das Bundesangestellte sind. (LR. Prirsch: „Das werden wir schon auch noch regeln!“) Vielleicht ist es möglich, daß die BUWOG einige Bauten unterbringt. Wir haben als Land in erster Linie für die Leute zu sorgen, die dienstlich allein dem Lande verpflichtet sind.

Hohes Haus! Ich fühlte mich veranlaßt, nachdem andere Abgeordnete über dieses Kapitel gesprochen haben, auch einiges hiezu zu sagen. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich Ihre Zeit ungebührlich in Anspruch genommen habe. (Beifall bei SPO.)

**Präsident:** Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter:

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Ich verzichte.

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem a.-o. Vorschlag mit den dazugehörigen Abänderungsanträgen des Finanz-Ausschusses zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschleht.)

Der a.-o. Voranschlag ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zu den

#### Sondervoranschlägen für

1. den Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark,
2. den Fremdenverkehrs-Investitionsfonds,
3. die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark,
4. den Fonds für gewerbliche Darlehen,
5. den Pensionsfonds der Gemeinden.

Berichterstatter ist Abg. **Wurm.** Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hohes Haus! Die Sondervoranschläge geben Auskunft über die Fondsgewährung des Landes Steiermark.

Im Wohnbauförderungsfonds sind vorgesehen Ausgaben von . . . . . 37,451.000 S,  
im Fremdenverkehrsinvestitionsfonds  
Ausgaben in der Höhe von . . . . . 2,875.000 S,

für die Tierseuchenkasse für das Land Steiermark Ausgaben in der Höhe von . . . . . 1,350.000 S,  
für den Fonds der gewerblichen Darlehen . . . . . 2,885.000 S,  
für den Pensionsfonds Ausgaben in der Höhe von . . . . . 5,065.000 S.

Die Ausgaben sämtlicher Fonds sind Beiträge aus Landesmitteln, Pflichtbeiträge und Erträge der angelegten Geldmittel.

Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich, die Sondervoranschläge zu genehmigen.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die den Sondervoranschlägen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Sondervoranschläge sind angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zum

**Systemierungsplan der Kraftzeuge des Landes für das Jahr 1958.**

Berichterstatter ist gleichfalls Abg. Wurm. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Wurm:** Hohes Haus! Der Systemierungsplan der Kraftfahrzeuge des Landes Steiermark umfaßt die Zahl und Art der im Bereich der Landesverwaltung im Jahre 1958 zur Verwendung zugewiesenen Kraftfahrzeuge.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich das Hohe Haus um Annahme des Systemierungsplanes.

**Präsident:** Keine Wortmeldung. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Systemierungsplan zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Systemierungsplan der Kraftfahrzeuge ist angenommen.

Wir befassen uns jetzt mit dem

**Dienstpostenplan für das Jahr 1958.**

Berichterstatter ist Abg. DDr. **Freunbichler**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **DDr. Freunbichler:** Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Als Anlage 2 zur Gesetzesvorlage über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1958 liegt dem Hohen Haus der „Dienstpostenplan 1958“ vor. Dieser Dienstpostenplan gliedert sich in einen allgemeinen und einen besonderen Teil. Der allgemeine Teil enthält in 8 Punkten die Richtlinien zur Handhabung des Dienstpostenplanes, während der besondere Teil das Verzeichnis der einzelnen Dienstposten enthält.

Der Abschnitt I umfaßt die allgemeine Verwaltung, der Abschnitt II die Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen, der Abschnitt III die Fürsorgeheime, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten und schließlich der Abschnitt IV die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Der Anhang zum Dienstpostenplan enthält darüber hinaus die Dienstposten jener Beschäftigten, die nicht

aus Landesmitteln besoldet werden, in folgender Gliederung:

1. Berufsschulen. Dieser Personalaufwand wird vom Bundesministerium für Unterricht getragen.
2. Landwirtschaftsschulen, deren Personalkosten vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bestritten werden.
3. Gemeindeverbandsverwaltungen, für deren Personalaufwand die einzelnen Gemeindeverbände aufzukommen haben.

Der Dienstpostenplan 1958 weist für die aus Landesmitteln besoldeten Bediensteten zusammen 10.024 Dienstposten aus, während der Dienstpostenplan für das Jahr 1957 noch 10.039 Dienstposten umfaßte, so daß sich eine Verminderung um 15 Dienstposten oder 0,15% trotz der von Jahr zu Jahr steigenden Verwaltungsaufgaben ergibt.

Die einzelnen Dienstposten verteilen sich wie folgt:

1. In der allgemeinen Verwaltung 2.582; dies entspricht einer Verminderung um 13 Dienstposten oder um 0,51% gegenüber dem Vorjahr.
  2. In den Landesanstalten, Schulen und Einrichtungen 2.252 gegenüber 2.278 Dienstposten im Vorjahr. Dies bedeutet wiederum eine Verringerung um 26 Dienstposten oder um 1,14%.
  3. In den Fürsorgeheimen, Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sind insgesamt 4.410 Dienstposten gegenüber 4.381 Dienstposten im Vorjahr vorgesehen. Dies ergibt eine Vermehrung um 29 Dienstposten oder um 0,66%.
- Diese Dienstpostenvermehrung schafft bereits zum Teil die Voraussetzungen für die beabsichtigte Einführung der 48-Stundenwoche in den Landesanstalten.
4. In den Wirtschaftsbetrieben des Landes sind insgesamt 780 Dienstposten gegenüber 785 im Vorjahr vorgesehen, was eine Verminderung um 5 Dienstposten oder um 0,64% bedeutet.

Der Gesamtpersonalaufwand beläuft sich auf 350,300.000 S, das sind 32,89% der im Voranschlag ausgewiesenen ordentlichen Gesamtausgaben des Landes. Von diesem Gesamtpersonalerfordernis entfallen 53,930.200 S auf den Pensionsaufwand, das sind 15,39% im Verhältnis zum Gesamtpersonalaufwand.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Personalaufwand zu den Gesamtausgaben des Landes in einem erträglichen Verhältnis steht und daß die Gliederung der Beschäftigten nach der Art ihres Dienstverhältnisses in 3.940 Beamte, 2.181 Vertragsbedienstete und 3.903 Lohnbedienstete in den tatsächlichen Verhältnissen begründet ist und einer gesunden Schichtung entspricht.

Ich beantrage daher namens des Finanz-Ausschusses, dem vorliegenden Dienstpostenplan 1958 die Zustimmung zu erteilen und möchte gleichzeitig die Gelegenheit wahrnehmen, allen Beschäftigten des Landes für ihre hervorragenden Dienstleistungen in der Vergangenheit den Dank und die Anerkennung auszusprechen und darüber hinaus der begründeten Hoffnung Ausdruck geben, daß sie auch im Rahmen

des neuen Dienstpostenplanes im kommenden Jahr ihre Pflichten vorbildlich und einwandfrei erfüllen.

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Dienstpostenplan zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

**Präsident:** Wir kommen zu den

**Beschlußanträgen des Finanz-Ausschusses,**

die Sie aus der Beilage Nr. 23, Seite 11—15, entnehmen können.

Ich frage den Herrn Hauptberichterstatter, ob er zu den Beschlußanträgen etwas vorzubringen hat.

Hauptberichterstatter Abg. **Hofmann:** Ich habe nichts vorzubringen.

**Präsident:** Ich schlage vor, über alle Beschlußanträge zusammen abzustimmen. Ich nehme die Zustimmung zu diesem Vorschlag an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben. Ich ersuche die Abgeordneten, die den Beschlußanträgen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Die Beschlußanträge sind angenommen.

Wir kommen zum

**Gesetzestext.**

Ich erteile dem Hauptberichterstatter Abg. **Hofmann** das Wort.

Hauptberichterstatter Abg. **Hofmann:** Im § 1, im ordentlichen Voranschlag, sind die Ausgaben mit 1.095.439.100 S beziffert, die Einnahmenseite zeigt denselben Betrag. Der Abgang ist null. Beim außerordentlichen Voranschlag ergeben sich Ausgaben von 164.950.000 S, auf der Einnahmenseite 65.176.800 S. Es wurde mehrmals gesagt, daß der außerordentliche Landesvoranschlag bloß mit 65 Millionen Schilling bedeckt ist und demzufolge im außerordentlichen Voranschlag ein unbedeckter Abgang von 99.773.200 S bestehen bleibt. Im übrigen beantrage ich, dem Gesetz bis auf § 7, der, wie Sie wissen, umstritten ist und zu dem sowohl ein Antrag des Finanz-Ausschusses wie auch ein Minderheitsantrag vorliegen, die Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Rösch:** Hoher Landtag! Wir haben bereits in der Generaldebatte mitgeteilt, daß wir dem gesamten Voranschlag unsere Zustimmung geben werden, daß wir aber nicht in der Lage sind, dem § 7 des Gesetzes zuzustimmen und einen Minderheitsantrag im Finanz-Ausschuß eingebracht haben, den wir hier im Hohen Hause zur Beschlußfassung vorlegen werden. Ich will diesen Minderheitsantrag noch einmal begründen und versuche, mich möglichst kurz zu fassen.

Die Fraktion der OVP und die Freiheitliche Partei, die zusammen die Mehrheit im Hause haben, stehen auf dem Standpunkt, daß man die Landesumlage ebenfalls nach dem Finanzkraftschlüssel auf die Gemeinden umlegen soll, mit der Begründung,

daß dieser deshalb der gerechteste Aufteilungsschlüssel sei, weil es eben finanzstarke und finanzschwache Gemeinden gibt und man die Lasten, die alle Gemeinden im Interesse des Landes zu tragen haben, gerecht auf alle aufteilen müsse. Als gerecht wurde aber im Finanz-Ausschuß von der Mehrheit des Hauses eine Umlegung nach dem Finanzkraftschlüssel bezeichnet. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Finanzkraft der starken Gemeinden ebenfalls nicht unerschöpflich ist, daß es irgendwo eine Grenze geben muß. Als man diese Finanzkraft das erste Mal eingeführt hatte, waren tatsächlich verhältnismäßig große Unterschiede zwischen den steuerkräftigen und den steuerschwachen Gemeinden. In der Zwischenzeit wurden so viele Umlagen nach dem Finanzkraftschlüssel unter den Gemeinden aufgeteilt, daß sich die seinerzeitigen Grundlagen vollkommen verschoben haben. Sie wissen, daß der Antrag, der von der Mehrheit gestellt wird, die Umlage nach dem Finanzkraftschlüssel einzuheben und eine einheitliche Einhebung der 19%, eine Belastung der finanzstarken Gemeinden von nahezu 3 Millionen Schilling bedeutet. Den größten Anteil hat der Bezirk Bruck dabei zu tragen in der Höhe von 1.393.000 S. Also nahezu die Hälfte von der zukünftigen Belastung der finanzstarken Gemeinden entfällt allein auf Bruck. Von diesen 1.393.000 S haben die beiden Gemeinden Bruck und Kapfenberg allein 60% der Belastung zu übernehmen.

Die Aufgaben, die die Gemeinden im Laufe der Jahre übernehmen mußten und stellenweise durch Gesetz übertragen bekommen haben, sind immer größer geworden. Diese finanzstarken Gemeinden haben bereits bei der Gemeindeverbandsumlage, bei der Ausgleichszulage nach dem allgemeinen Sozialversicherungsgesetz nach der Steuerkraft einen Großteil der Lasten übernommen. Wenn man immer wieder neue Belastungen diesen Gemeinden auferlegt, so scheint uns das nicht gerecht zu sein. Wir bestreiten also die Begründung, die man dafür findet, daß man sagt, es ginge um eine Umlagengerechtigkeit. Die Umlagengerechtigkeit kann nicht soweit gehen, daß diesen rein ziffernmäßig finanzstarken Gemeinden immer neue Belastungen aufgetragen werden, ohne zu prüfen, ob sie in der Lage sind, diese überhaupt zu übernehmen.

Ich darf an Hand eines Beispiels, des Voranschlags der Stadtgemeinde Bruck darstellen, wie sich die Entwicklung von 1950 bis heute in dieser Gemeinde vollzogen hat. Man wird nach dieser Zahlendarstellung feststellen müssen, daß alles übrige, was darüber ohne genaue Zahlenkenntnis gesprochen wird, eine wirkliche Zweckpropaganda darstellt und sonst nichts. Die Einnahmen der Stadtgemeinde Bruck aus Steuern, Abgaben und sonstigen Einnahmsquellen betragen im Jahre 1950 6.600.000 S. Nach den Ziffern des Finanzministeriums und der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, die der Gemeinde zugegangen sind, werden es im Jahre 1958 12,2 Millionen Schilling sein, also mit anderen Worten, es ergibt sich eine Steigerung der Einnahmen auf das 1,86fache des Betrages des Jahres 1950. Die Abgaben, die die Gemeinde zu leisten hat, und dazu rechne ich auch die Gemeindeverbandsumlage, die Landesumlage, den Gewerbe-

steuerausgleich, den Gewerbesteuerspitzenausgleich, den Familienlastenausgleich, das Bundespräzipium und den Gemeindeausgleichsfonds, das sind die Beiträge, die den Gemeinden von Haus aus abgezogen werden, waren 1950 rund 1'4 Millionen Schilling und sind 1958 rund 4'7 Millionen Schilling. Diese Abgaben haben sich also auf das 3'32fache erhöht. Während die Einnahmen dieser steuerstarken Gemeinde Bruck sich auf das 1'86fache erhöht haben, sind die Abgaben im selben Zeitraum auf das 3'32fache gestiegen. Ich glaube, man muß feststellen, daß in diesem Zeitraum der Gemeinde Bruck schon so viel abgeschöpft wurde, daß es nicht mehr sehr einfach ist, im Interesse der Bevölkerung und mit Rücksicht auf die Größe des Gebietes, zu budgetieren.

Das zeigt auch die Schuldenlast. Sie beläuft sich auf 24'1 Millionen Schilling. Warum machen sie so viel Schulden, oder verschulden sie sich leichtfertig? Laut Schuldenausweis wurden alle 24'1 Millionen Schilling von der Stadtgemeinde ausschließlich für den Wohnungsbau aufgenommen und für nichts anderes. Das sind die einzigen Schulden, die Bruck hat, aber wer die Wohnungsverhältnisse kennt, der weiß, daß der Stadt nichts anderes übrig geblieben ist. Ich könnte natürlich genau so wie Bruck noch eine andere Reihe von Beispielen anführen, von sogenannten steuerkräftigen Gemeinden und wie sich dort die Belastungen auswirken. Von den 1'3 Millionen, die für den Bezirk Bruck auf Grund der heute neu zu beschließenden Umlage entfallen, werden 278.000 S die Stadtgemeinde Bruck treffen und 556.000 S die Stadtgemeinde Kapfenberg, das sind zusammen 60% der gesamten Belastung, die sie heute beschließen wollen und die die Gemeinden auch übernehmen werden müssen.

So sieht die Sache also im Bezirk Bruck aus, der die größte Belastung erleiden wird. Dann folgt Leoben mit 258.000 S, Liezen mit 75.000 S und Mürzzuschlag mit 299.000 S zusätzlicher Belastung. Die Stadt Graz, für die auch mitunter zu verschiedenen Zeiten schöne Worte gefunden werden, wird zufolge Ihres Beschlusses mit 672.000 S zusätzlich belastet werden. Der Stadtgemeinde Graz werden also weniger Gelder zur Verfügung stehen, obwohl gerade an sie im Laufe der Budgetdebatte eine Reihe neuer Forderungen gerichtet wurde, daß das und jenes geschehen müsse. Voraussichtlich wird auch der kommende Wahlkampf der Stadtgemeinde wieder ein Bukett von Forderungen und Wünschen bringen, und zwar von allen Parteien, aber man bedenkt nicht, daß man auf der anderen Seite die Stadtgemeinde durch diesen Beschluß wieder neuerlich belastet.

Wir sind daher nicht in der Lage, für diesen Antrag unsere Stimme abzugeben, weil wir ihn nicht für gerechtfertigt halten und weil wir die Belastung dieser Gemeinden als nicht gerecht empfinden. Wir haben daher einen Minderheitsantrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Der § 7 hat zu lauten:

(1) Die Landeshauptstadt Graz und die übrigen Gemeinden in der Steiermark haben eine Landesumlage nach § 3 Abs. 2 des Finanzverfassungsge-

setzes 1948, BGBl. Nr. 45, zu entrichten. Die Bemessungsgrundlage der Landesumlage bilden die Bruttoertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, vermindert um 5 v. H. des auf diese Gemeinden entfallenden Vorzugsanteiles des Bundes. Die Landesumlage beträgt bei Gemeinden bis zu 2.500 Einwohnern 18 v. H. und bei allen übrigen Gemeinden 20 v. H. der Bemessungsgrundlage.

(2) Die Landesumlage, die auf die einzelnen Gemeinden entfällt, wird endgültig durch die Steiermärkische Landesregierung festgesetzt, sobald auf Grund des Rechnungsabschlusses des Bundes die Abrechnung der Ertragsanteile der Gemeinden vorliegt.

(3) Die Landesumlage ist durch die Steiermärkische Landesregierung in Teilbeträgen hereinzubringen, die den monatlichen Vorschüssen der Gemeinden auf ihre Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben bzw. einer allfälligen Nachzahlung auf diese Ertragsanteile entsprechen.“

Die übrigen Paragraphen sind unverändert geblieben. (Beifall bei SPO.)

Landeshauptmann **Krainer**: Wir haben seit 3 Jahren anlässlich der Finanzdebatte die Frage der Abänderung des § 7 diskutiert und es hat sich bisher in diesem Haus für unsere Auffassung keine Mehrheit gefunden. Wir haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß es uns nicht um die finanzielle Verschiebung von 3 Millionen zugunsten der finanzschwachen Gemeinden geht, sondern ausschließlich um die Steuergerechtigkeit. Ich möchte festhalten, daß kein anderes österreichisches Bundesland, mit Ausnahme von Steiermark, die Ertragsanteile als Basis der Landesumlage bisher verwendet hat. Und wenn Sie meinen, daß der bisherige Aufkommenschlüssel ein Unrecht war, dann möchte ich Ihnen entgegenhalten, daß bei jeder anderen Steuer selbstverständlich das Aufkommen maßgebend ist. Bei der Einkommensteuer, Warenumsatzsteuer, Lohnsummensteuer, Gewerbesteuer usw., immer ist für die Umlage die Höhe des Aufkommens maßgebend. Nur bei der Landesumlage sollen die gemeinschaftlichen Bundesabgaben der Maßstab für die Bemessung sein. Sie wissen doch ganz genau, wie ungerecht die gemeinschaftlichen Bundesabgaben verteilt sind. Immer zugrunde liegt das Aufkommen. Es ist so verschlüsselt, daß auf die kleinen Gemeinden mit vielen Kindern und großen Familien überhaupt keine Rücksicht oder praktisch keine Rücksicht genommen wird. Daher wird dieser schmale Streifen gemeinschaftlicher Bundesabgaben nie eine gerechte Grundlage für die Besteuerung durch die Landesumlage sein können.

Wenn Sie sagen, die Stadtgemeinde Bruck wird durch diese Neuordnung mit 1'2 Millionen betroffen, so stimmt das nicht. Es müßte heißen, der Bezirk Bruck. (Abg. R ö s c h: „Habe ich auch gesagt!“) Dieser Bezirk Bruck hat, glaube ich, auch die Möglichkeit, innerhalb der einzelnen Gemeinden dies etwas auszugleichen, so daß der Hauptträger nicht die Stadtgemeinde ist. (Abg. R ö s c h: „Ich habe gesagt Bruck und Kapfenberg zusammen 60%! Ich habe nur von beiden gemeinsam gesprochen!“) Das ist aber dann schon wesentlich anders,

Es wird Ihnen aber die Finanzkraft der Stadtgemeinde Kapfenberg bekannt sein. Sie haben nur von der Stadt gesprochen, die sich nicht in rosigen Verhältnissen befinde, daß sie nicht teilhabe an den Erfolgen des Kamitz-Planes und daß dieser neue Ausgleich für Bruck keinen großen Betrag bringe.

Es ist nun einmal eine Tatsache, daß der neue Schlüssel nach der Steuerkraft der Steuergerechtigkeit am nächsten kommt. Wenn wir dieselben Grundsätze, wie wir sie selbstverständlich bei der Lohnsummensteuer, Einkommensteuer und Lohnsteuer gelten lassen, auch für das Aufkommen der Landesumlage anwenden würden, dann müßten wir ja das Aufkommen der Gemeinde zur Grundlage nehmen, denn das wäre wirklich der gerechte Schlüssel. Aber wir haben, weil das eine stärkere Gemeinde rund 42 Millionen Schilling gekostet hätte und weil es nicht um das Geld geht, sondern lediglich um ein Prinzip der Ordnung und Gerechtigkeit, einen Mittelweg gewählt und den Steuerkraftschlüssel zur Grundlage genommen, der ja auch nicht von uns erfunden wurde, sondern durch das Parlament in Wien. Es ist unsere feste Überzeugung und es wird sich sicher auch in diesem Hause eine Mehrheit finden, weil sich ja auch die FPÖ für diesen Antrag erklärt hat, nachdem ihr Minderheitsantrag mit diesen 18 Prozent nicht durchgegangen ist; dieser hätte das Land rund 3 Millionen gekostet. Wir dürfen nicht übersehen, daß das Land Steiermark durch die Erhaltung der Spitäler gegenüber den anderen Bundesländern eine sehr beträchtliche Auflage hat, die wir ja auch zum Teil auf die Gemeinden abwälzen könnten; Es ist daher nicht angängig, bei Festsetzung der neuen Landesumlage von diesen ohnehin wenigen wirklichen Steuern des Landes noch einen Teil abzuzweigen bzw. dieses um 3 Millionen zu schädigen.

Ich möchte also sagen, daß die beantragte Neufassung des § 7 einigermaßen den Dingen gerecht wird und eine gerechte Verteilung damit eintreten wird. Es ist kein Zweifel, daß auch die großen Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Man könnte stundenlang in diesem Zusammenhang zum Beispiel über Graz sprechen. Es ist sehr bedauerlich, daß es so weit gekommen ist. Wir wissen auch, daß die Gemeinden noch viel mehr Geld brauchen würden, um allen ihren Aufgaben nachzukommen. Aber, meine Damen und Herren, Sie werden nicht bestreiten können, daß auch die finanzschwachen Gemeinden eine Unmenge von Aufgaben zu erfüllen haben. Das Streusiedlungsgebiet allein verursacht für den Bau von Wegen und Verbindungen ungeheure Kosten. Sie können vielfach überhaupt nicht gemacht werden oder nur allmählich gemacht werden, Stück für Stück, so weit ihnen hiefür Bedarfszuweisungen gegeben werden und die Betroffenen auch bereit sind, auch heute noch, im 20. Jahrhundert, Robot zu leisten. (Zustimmungsrufe.) Wir haben 26.000 Kilometer Gemeindewege in Steiermark, davon liegen zwei Drittel in finanzschwachen Gemeinden. Das ist eine unerhörte Belastung. Es erfordert der heutige Verkehr, das Auto, der Lastwagen, die bis in jede Katastralgemeinde, in jedes Ried hineinfahren, den Ausbau von Wegen und Brücken und die Mittel dafür sind

nicht vorhanden. Es bringt uns auch der neue Finanzausgleich keine beachtliche Verbesserung, dieser Finanzausgleich, der mit Recht von uns kritisiert wurde und wird. Wir kennen die Zahlen, die jene Städte und Gemeinden erhalten, welche beispielsweise eine Eisenbahnwerkstätte haben. Den betreffenden Gemeinden werden für jeden Bediensteten 1200 Schilling zufließen, das ist ein sehr beachtlicher Ausgleich. Es werden auch gerade einer Gemeinde, und zwar der Gemeinde Knittelfeld Mittel gegeben, die sie in den vergangenen Jahren nicht hatte, um diese schwer zerstörte Stadt wieder in Ordnung zu bringen. Wir wissen von ein paar Gemeinden, Bruck, Mürzzuschlag, Graz, — Fehring kann nicht stimmen, weil die Werkstätte in Johnsdorf liegt, dort, wo sie nicht hingehören würde — daß diese Beiträge erhalten und diese Auswirkungen können wir heute schon berechnen. Wieviel aber der Finanzausgleich, der zusammengepfuschte Finanzausgleich den Gemeinden bringen wird, werden wir bestenfalls im August des kommenden Jahres wissen, weil der Gewerbesteuer Spitzenausgleich erst nach der zweiten Hälfte des kommenden Jahres errechnet und abgerechnet werden kann. Nach den Schätzungen, die das Finanzministerium, der Städte- und Gemeindebund ziemlich übereinstimmend angestellt haben, werden auf die finanzschwachen Gemeinden pro Person 25 bis höchstens 30 Schilling fallen. Das bedeutet für Gemeinden mit 300, 400 oder 500 Einwohnern 6000, 10.000 oder 12.000 Schilling. Das ist besser als nichts und wir sind dankbar, daß wenigstens diese Vereinbarung zustande gekommen ist, weil so und so viele Gemeinden ein paar Kubikmeter Schotter am Ende des Jahres kaufen können. Man kann aber nicht sagen, daß das der Ausgleich wäre. Wenn die Gemeinden für die primitivsten Pflichtaufgaben nicht mehr die Mittel aufzubringen vermögen, dann ist es wirklich überflüssig, zu sagen, daß eben die Gemeinschaft die Aufgaben zu erfüllen hätte, die die einzelne Gemeinde nicht erfüllen kann. Wir müssen uns mit den Dingen abfinden.

Ich empfinde es trotzdem als Fortschritt, daß sowohl im Bund ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist und daß auch das Land, die Mehrheit des Hauses dafür stimmt, daß wenigstens die Landessteuer, diese schmale Basis, gerecht verteilt wird. Es wird niemand in diesem Hohen Hause mit Überzeugung sagen können, daß dieser Vorgang ungerecht ist. (Zwischenruf bei SPO: „Er ist ungerecht!“) Es kann das niemand sagen, es kann das niemand behaupten. (Zwischenruf bei SPO: „Er bringt den kleinen Gemeinden nichts!“) Unternehmen wir es, bei der Lohn-, Einkommen- oder Lohnsummensteuer nach einem anderen Schlüssel als nach dem wirklichen Aufkommen zu besteuern, welchen Maßstab sollen wir dann anwenden? Wir müssen sagen, wir sind nicht vom Istaufkommen ausgegangen, wir haben den Mittelweg gewählt und sind dadurch der Gerechtigkeit nähergekommen.

Wir werden für den Antrag des § 7 stimmen und ich bin überzeugt, daß wir nicht der Belastung oder Entlastung wegen uns zu freuen brauchen, wir freuen uns darüber, daß wir bemüht sind, den rechten Weg in der Besteuerung der Gemeinden zu finden. (Beifall, Händeklatszen bei OVP.)

Abg. **DDR. Hueber:** Hoher Landtag! Nachdem sich über die Einhebung der Landesumlage eine Debatte entwickelt und der Herr Landeshauptmann erklärt hat, daß unsere Fraktion für die berichtigte Regierungsvorlage stimmen werde, erlauben Sie mir, daß ich namens meiner Fraktion dazu noch eine Erklärung abgebe.

Es geht um die Steuergerechtigkeit einerseits, andererseits um die Berücksichtigung der finanzschwachen Gemeinden. Für die Einhebung der Landesumlage stehen zwei Systeme zur Verfügung: Einmal der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, zum anderen der Steuerkraftschlüssel. Beide Systeme wollen ja die finanzschwachen, sogenannten kleinen Gemeinden begünstigen. Beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel besteht die Begünstigung darin, daß die Landesumlage bei Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis zu 2500 Einwohnern mit 18 Prozent der Bemessungsgrundlage und bei Gemeinden mit einer größeren Einwohnerzahl mit 20 Prozent der Bemessungsgrundlage eingehoben werden soll. Beim Steuerkraftschlüssel hingegen liegt die Steuerkraft, das eigentliche Leistungsvermögen der Einhebung der Landesumlage zu Grunde.

Wir sind nun im Gegensatz zur Auffassung der sozialistischen Fraktion der Meinung, daß der gerechte Schlüssel der Steuerkraftschlüssel ist. Denn das Leistungsvermögen ist nicht abhängig von der Einwohnerzahl, sondern ist abhängig von der eigenen Kraft, von der Steuerkraft. Es war daher auch unser Bestreben, die Einhebung der Landesumlage vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel auf den Steuerkraftschlüssel umzustellen.

Wir waren allerdings anderer Meinung als die Österreichische Volkspartei. Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei hat in zwei Minderheitsanträgen den Steuerkraftschlüssel nach der Gemeindeverbandsumlage herangezogen, der uns zu weitgehend schien und ist erst beim dritten Minderheitsantrag, den sie anlässlich der Beratungen des Voranschlags 1957 gestellt haben, auf den Steuerkraftschlüssel des Finanzausgleichsgesetzes übergegangen, den wir bereits zum Voranschlag 1956 beantragt haben. Bei allen drei aufgezählten Minderheitsanträgen ist die Fraktion der Österreichischen Volkspartei von einem grundlegenden Irrtum ausgegangen. Sie hat nämlich die Einhebungsform, 18 Prozent für Gemeinden bis zu 2500, und 20 Prozent für Gemeinden über 2500 Einwohner beibehalten, sie hat also den abgestuften Bevölkerungsschlüssel beibehalten und wir mußten zweimal in der Budgetdebatte darauf hinweisen, daß man ja nicht nach zwei Gesichtspunkten einheben kann, weil damit der Erfolg, der mit dem Steuerkraftschlüssel angestrebt wird, nicht erreicht werden kann.

Nunmehr ist die Fraktion der Österreichischen Volkspartei tatsächlich auf unseren Antrag eingegangen, hat aber die Herabsetzung des Einhebungssatzes nicht auf 18 Prozent, sondern nur auf 19 Prozent vorgenommen. Es ist dies offenbar ein Kompromiß, der in der Landesregierung zustande gekommen ist und der auch zur Berichtigung der ursprünglichen Regierungsvorlage geführt hat.

Wir, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, haben im Finanzausschuß an unserem ursprüng-

lichen Antrag festgehalten. In unserem Antrag war die Herabsetzung des Einhebungssatzes auf 18 Prozent vorgesehen. Wir haben dies immer wieder damit begründet, daß wir dadurch dreierlei erreichen wollen:

1. Den finanzschwachen Gemeinden wäre dadurch die erstrebte Erleichterung geschaffen,
2. den Industriegemeinden würde dadurch nichts genommen werden und
3. dem Land Steiermark wäre bei der Landesumlage eine tragbare Einbuße auferlegt worden. Diese Einbuße ist uns insbesondere bei der Beratung des vorliegenden Budgets als durchaus vertretbar erschienen.

Meine Damen und Herren, um was geht es eigentlich? Es geht um eine Einbuße von 3 Millionen! Nachdem — wie von den Debattenrednern beider Koalitionsparteien hervorgehoben wurde — die Einnahmensteigerung für den Haushalt 1958 einen echten Betrag von 100 Millionen ausmacht, wäre das Land wohl in der Lage gewesen, eine Einbuße bei der Landesumlage von sage und schreibe 3 Millionen in Kauf zu nehmen. Es ist uns und war uns insbesondere bei den Ausschlußberatungen unverständlich, daß bei einem solchen Budget ein Verzicht auf 3 Millionen den beiden Koalitionsparteien nicht möglich erschienen ist und daß man diese geringfügige Erleichterung den Gemeinden nicht konzederen wollte.

Wir bedauern es, daß wir mit unserem Antrag im Finanzausschuß nicht durchgedrungen sind, und ich erkläre hier, daß wir in den folgenden Jahren, wenn die Grundlage dafür gegeben erscheint, neuerlich mit diesem Antrag kommen, daß wir neuerlich die Herabsetzung der Landesumlage auf 18 Prozent beantragen werden, um diesen dreifachen Effekt, den ich angedeutet habe, zu erzielen. Wir stimmen aber dennoch für die vorliegende berichtigte Regierungsvorlage zum § 7 des Finanzgesetzes, um die von uns erstrebte und auch von uns als gerecht gehaltene Umstellung vom abgestuften Bevölkerungsschlüssel zum Steuerkraftschlüssel zu ermöglichen. (Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir können daher zur Abstimmung schreiten.

Über alle Paragraphen des Gesetzes, ausgenommen § 7, herrscht volle Übereinstimmung.

Ich lasse daher über alle Bestimmungen des Gesetzes, ausgenommen § 7, abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen Bestimmungen zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Bestimmungen sind angenommen.

Wir schreiten zur Abstimmung über § 7 der Gesetzesvorlage.

Wie Sie gehört haben, hat die Sozialistische Partei Österreichs zu dieser Bestimmung einen Minderheitsantrag eingebracht.

Ich lasse zuerst über diesen Minderheitsantrag abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht). Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir schreiten zur Abstimmung über die im Berichtigungsblatt enthaltene Fassung des § 7.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dieser Fassung einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Mehrheit. Der § 7 ist in dieser Fassung angenommen.

Damit ist das Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1958 verabschiedet.

Ich danke dem Herrn Finanzreferenten und den Beamten der Abteilung 10 des Amtes der Landesregierung für die gewissenhafte Erstellung des Lan-

desvoranschlags und allen Abgeordneten, im besonderen den Mitgliedern des Finanzausschusses für die eingehenden positiven Stellungnahmen, die es ermöglichten, daß wir den Landesvoranschlag rechtzeitig heute verabschieden konnten.

Ich möchte die Gelegenheit nicht verabsäumen, allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, sowie unseren Mitarbeitern gesegnete Weihnachten und der gesamten Bevölkerung der Steiermark ein glückliches erfolgreiches Jahr 1958 zu wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 21:40 Uhr.)